

REGIERUNGSRAT

Regierungsgebäude, 5001 Aarau
Telefon 062 835 12 40, Fax 062 835 12 50
regierungsrat@ag.ch
www.ag.ch/regierungsrat

A-Post Plus

Bundesamt für Lebensmittelsicherheit
und Veterinärwesen
Schwarzenburgstrasse 155
3003 Bern

25. August 2021

**Totalrevision der Verordnung über die Informationssysteme für den öffentlichen Veterinär-
dienst (ISVet-V, neu: Verordnung über Informationssysteme des BLV für die Lebensmittel-
kette); Vernehmlassung**

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 12. Mai 2021 hat das Eidgenössische Departement des Innern die oben ge-
nannte Revision eröffnet und die Kantone zur Stellungnahme eingeladen.

Der Kanton Aargau erkennt grundsätzlich das Bedürfnis für Anpassungen. Diverse Punkte des vor-
liegenden Verordnungsentwurfs bedürfen vor Inkraftsetzung einer Präzisierung. Diese Anliegen fin-
den Sie in der Beilage.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Vernehmlassung.

Freundliche Grüsse

Im Namen des Regierungsrats

Stephan Attiger
Landammann

Joana Filippi
Staatsschreiberin

Beilage
• Antwortformular

Kopie
• vernehmlassungen@blv.admin.ch



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Departement des Innern EDI
**Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und
Veterinärwesen BLV**
Recht

**Vernehmlassung zur Totalrevision der Verordnung über die Informationssysteme für den öffentlichen Veterinärdienst
(ISVet-V, neu: Verordnung über Informationssysteme des BLV für die Lebensmittelkette)
(12.05. bis 30.08.2021)**

Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation / Amt : Regierungsrat Kanton Aargau
Abkürzung der Firma / Organisation / Amt : RR AG
Adresse, Ort : Regierungsgebäude, 5000 Aarau
Kontaktperson : Alda Breitenmoser
Telefon : 062 835 20 21
E-Mail : alda.breitenmoser@ag.ch
Datum : 25. August 2021

Wichtige Hinweise:

1. Wir bitten Sie, keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen!
2. Bitte pro Artikel der Verordnung eine eigene Zeile verwenden.
3. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte als **Word**-Dokument bis am 11.08.2021 an folgende E-Mail-Adresse:
vernehmlassungen@blv.admin.ch

Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und
Veterinärwesen BLV
Schwarzenburgstrasse 155, 3003 Bern
Tel. +41 58 463 30 33
info@blv.admin.ch
www.blv.admin.ch

1 Allgemeine Bemerkungen

Der Kanton Aargau anerkennt den grossen Nutzen der von Bund und Kantonen im Veterinärvollzug gemeinsam betriebenen Systeme. Dass zukünftig die Informationssysteme auch Daten aus der amtlichen Kontrolle von Lebensmitteln und Gebrauchsgegenständen enthalten sollen, ist vor dem Hintergrund der "Gesamtstrategie Lebensmittelkette" und der Umsetzung des "nationalen Kontrollplans" zu begrüssen.

Mit der Verordnungsrevision wird auch der Kostenbeitrag der Kantone an den Betrieb der Systeme erhöht. Es ist unbestritten, dass ein gemeinsames System gegenüber kantonalen Einzelsystemen kosteneffizient ist. Auch lässt sich die Erhöhung der Kosten mit neuen Funktionalitäten begründen. Allerdings fehlt in den Erläuterungen eine einleuchtende Begründung, wieso mit dem Wechsel von der Labordatenbank "Informationssystem für Labordaten (ALIS)" zum "Informationssystem für Resultate von Kontrollen und Untersuchungen (ARES)" insbesondere für die Kantone ein grösserer Nutzen entstehen soll. Eher ist der Nutzen auf Seiten des Bundes, bekommt er doch so in Zukunft Daten aus der Lebensmittelüberwachung einheitlich über eine Schnittstelle zu den kantonalen Systemen der Labore. Weiter fehlt eine mehrjährige Finanzplanung, aufgrund derer in den Kantonen eine mittelfristige Planung vorgenommen werden kann. Es ist deshalb eine entsprechende mehrjährige Finanzplanung durch das Bundesamt auszuarbeiten. Die Mitwirkung der Kantone bei der Weiterentwicklung der gemeinsamen Systeme ist nach Ansicht des Kantons Aargau unbedingt in der Verordnung festzulegen.

Die Möglichkeiten elektronischer Behördenleistungen sollen genutzt werden, wie dies auf allen Stufen der Verwaltung angestrebt wird. Die gemachten Erfahrungen und erhaltenen Erkenntnissen mit den heute gemeinsam mit dem Bund realisierten Systemen (Informationssystem für Vollzugsdaten des öffentlichen Veterinärdiensts (ASAN), Informationssystem für die Ergebnisse der Schlacht tier- und Fleischuntersuchungen (FLEKO)) sollen genutzt werden. Die neuen technischen Möglichkeiten und Anforderungen der Benutzer sind dabei zu berücksichtigen. Falls die Systeme weiterhin gemeinsam mit allen Kantonen und dem Bund umgesetzt werden sollen, muss die Zusammenarbeit, Mitsprache und Finanzierung langfristig und nachhaltig zwischen den Kantonen und dem Bund geregelt und somit auch vorliegende Verordnung über Informationssysteme des BLV für die Lebensmittelkette nochmals überarbeitet werden.

Bemerkungen zu den einzelnen Bestimmungen)

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 2 Abs. 1	Bei der Aufzählung der Vollzugsbereiche fehlen die Heilmittel. Falls diese nicht generell der Tiergesundheit zugerechnet werden, ist eine Ergänzung nötig. Eine indirekte oder direkte Schnittstelle zu ASAN für die Übertragung weiterer Daten (zum Beispiel alle Daten gemäss Ziffer 2 des Anhangs 1 der Verordnung) aus den kantonalen Systemen wie Limsophy, wäre aus Sicht des Kantons Aargau äusserst wünschenswert.	...zur Erfüllung ihrer Vollzugsaufgaben in den Bereichen Tiergesundheit, Tierschutz, Lebensmittelsicherheit und Heilmittel
Art. 3 Abs. 1 Bst. b	In Anhang 1 sind auch Vollzugsdaten im Bereich Tierarzneimittel und Veterinärberufe aufgeführt. In Art. 3 fehlt dieser Bereich jedoch.	Neue Ziffer 4. Tierarzneimittel und Veterinärberufe
Art. 6 Abs. 1 Bst. b	Der Begriff "andere kantonale Verwaltungseinheiten" ist verwirrend. Man könnte meinen, dass es sich auf andere Verwaltungseinheiten innerhalb desselben Kantons bezieht.	Präzisierung des Begriffs
Art. 8 Abs. 5 Bst. b	Für den Zugriff auf die Vollzugsdaten einer anderen kantonalen Verwaltungseinheit in ARES müssen nicht nur Tierhaltungen abgefragt werden können, sondern auch andere Betriebe, zum Beispiel Lebensmittelbetriebe, Tierarztpraxen etc. Für die Suche sind die Unternehmensidentifikations- (UID) bzw. die Betriebs- und Unternehmensregister- (BUR)-Nummer der Schlüssel. Tierhaltungen werden möglicherweise in Zukunft auch über die BUR Nummer identifiziert und nicht mehr über die Tierverkehrsdatenbank- (TVD)-Nummer. Für Personen (zum Beispiel Heimtierhalter) ist in der Schweiz die Sozialversicherungsnummer der eindeutige Schlüssel, welcher in Zukunft von der Verwaltung genutzt werden kann. Daher ist diese in die Aufzählung aufzunehmen. Es handelt sich nicht in jedem Fall um Tierhalter, zu welchen Daten in ARES vorhanden sind (zum Beispiel Tierärzte, Exporteure, Importeure etc.)	...durch Eingabe der BUR- oder UID-Nummer des Betriebs , der TVD-Nummer der Tierhaltung, der Identifikationsnummer des betreffenden Tieres, der Sozialversicherungsnummer oder des Namens des Tierhalters oder einer andern Person .

Art. 10	Die Bekanntgabe von Daten aus diesen Informations- und Auswertesystemen ist mit Aufwand verbunden (zum Beispiel für Anonymisierungsmassnahmen). Zur Herausgabe solcher Daten sollte also zumindest ein begründetes, schriftliches Gesuch verlangt werden, in welchem konkret beschrieben ist, welche Daten für welche Zwecke benötigt werden. Dabei geht es nicht darum, den bürokratischen Prozess auszubauen, sondern vielmehr darum, einen verantwortungsvollen Umgang mit diesen Daten sicherzustellen.	Der Bund und die kantonalen Vollzugsbehörden können auf schriftliches Gesuch hin die Daten des ASAN, des ARES und der FLEKO für wissenschaftliche und statistische Zwecke Dritten bekannt geben. Diese Daten sind vor der Bekanntgabe zu anonymisieren.
Art. 11 Bst. h und i (neu)	National- und Ständerat haben im Dezember 2020 einer Gesetzesänderung zugestimmt, wonach Behörden von Bund, Kantonen und Gemeinden im Rahmen ihrer gesetzlichen Aufgaben die AHV-Nummer systematisch verwenden dürfen. Falls es die nationale Gesetzgebung erlaubt, sollen die A-Systeme zur Identifikation der Personen die Sozialversicherungsnummer aus dem zentralen Versichertenregister des Bundes beziehen können. Weiter sollen sie, wie für ARES ja bereits in den Erläuterungen zu Art. 2 erwähnt, auch Daten aus kantonalen Systemen, wie Limsophy beziehen können.	Erweiterung um Bst. h und i: h. Versichertenregister der Sozialversicherungen des Bundes i. Kantonale Geschäftsmanagementsysteme für den Lebensmittel- und Veterinärvollzug
Art. 12 Abs. 2 Bst. d	Wie in den Erläuterungen zu Artikel 16 dargelegt, werden ASAN, ARES und FLEKO primär zur Wahrnehmung der Vollzugsaufgaben der Kantone betrieben. Dies rechtfertigt, dass zwei Drittel der Kosten für Betrieb, Wartung und Weiterentwicklung zu Lasten der Kantone gehen. Allerdings muss damit auch ein relevantes Mitbestimmungsrecht der Kantone bei der Weiterentwicklung der Systeme einhergehen. Zudem ist eine mehrjährige Finanzplanung zu erstellen, in welcher die zu erwartenden Mehrkosten von Weiterentwicklungen berücksichtigt werden.	Neufassung von Bst. d oder Erweiterung des Artikels um einen weiteren Bst. mit folgendem Inhalt: Es (das BLV) plant unter Einbezug der Kantone die Weiterentwicklung der Systeme und erstellt eine mehrjährige Finanzplanung.
Art. 14 Abs. 1	Aufgrund der gegenüber anderen Stellen sehr grossen Abhängigkeit der kantonalen Veterinärbehörden von den in der Verordnung geregelten Bundessystemen soll die Zusammensetzung des Gemeinsamen Ausschusses, wie er in den Erläuterungen erwähnt ist, in der Verordnung exakter festgelegt werden. Vier der fünf kantonalen Vertreter oder Vertreterinnen sollen aus den kantonalen Veterinärdiensten kommen, einer oder eine aus einem kantonalen Labor (Kantonschemiker oder Kantonschemikerin)	...besteht aus vier Vertreterinnen und Vertretern des BLV sowie vier Vertreterinnen und Vertretern von kantonalen Veterinärdiensten und einer Vertreterin oder einem Vertreter eines kantonalen Laboratoriums.

Art. 14 Abs. 4	Die Fachstelle und der Gemeinsame Ausschuss sind in Art. 13 beziehungsweise 14 definiert. Auf operativer Ebene existieren jedoch weitere Gremien, wie zum Beispiel K-ASAN und Anwenderausschüsse. Diese wird es weiterhin brauchen. Es sollte Aufgabe des Gemeinsamen Ausschusses sein, Ausschüsse gemäss Art. 13 zu beauftragen oder einzusetzen.	Erweiterung von Abs. 4 Er (der Gemeinsame Ausschuss) kann den Fachstellen Aufträge erteilen und sie verpflichten, einen oder mehrere Fachausschüsse mit Vertreterinnen und Vertretern der Kantone und/oder anderer Bundesämter einzusetzen.
Art. 15	Unklar ist, wieso nur für das System FLEKO ausdrücklich eine konkrete Leistungserbringerin aufgeführt wird und wie diese Leistungserbringung von den Aufgaben der Fachstellen (Art. 13) abgegrenzt wird. Gemäss Art. 13 Abs. 2 lit. d sind explizit die Fachstellen für die technischen Anpassungen zuständig. Der Titel des 4. Abschnitts sollte zudem erweitert werden, wenn die Identitas AG darunter in Art. 15 als Leistungserbringerin für FLEKO aufgeführt wird, denn sie gehört weder zum BLV, noch zu den Fachstellen noch zum gemeinsamen Ausschuss.	Die Abgrenzung der Zuständigkeiten und der Umfang der Leistungserbringung durch externe Partner sollte einheitlich für alle Systeme festgelegt werden.
Art. 17 Abs. 1 Bst. b	Damit, wie in den Erläuterungen zu Art. 2 erwähnt, auch Daten aus kantonalen Systemen ausgewertet werden können, ist die Aufzählung gemäss den Erweiterungen in Art. 11 zu ergänzen.	Abs. 1 Bst. b: den Informationssystemen nach Art. 11 Bst. a–d, g und i .
Art. 21	In den Informationssystemen werden Daten des kantonalen Vollzugs geführt. Die Aufbewahrung, Archivierung und Vernichtung von solchen kantonalen Daten richtet sich nach der jeweiligen kantonalen Gesetzgebung. Gemäss der Schweizerischen Archivdirektorinnen- und Archivdirektorenkonferenz (ADK) können Unterlagen aus Ebenen übergreifender Informationssysteme grundsätzlich sowohl auf Bundes- wie auch auf Kantonsebene archivierungspflichtig sein (https://kost-ceco.ch/cms/18-038-gt-sit_de.html).	Das BLV soll prüfen, ob die Daten nach den Vorschriften des Archivierungsgesetzes vom 26. Juni 1998 und den einschlägigen kantonalen Gesetzen vor deren Löschung dem Bundesarchiv und dem entsprechenden Kantonsarchiv angeboten werden müssen. Wenn dies der Fall ist, ist in Art. 21 diese Pflicht zu beschreiben und der Prozess, wie dies sichergestellt wird, zu regeln.
Art. 22	Die unter den Buchstaben a bis e aufgeführten Punkte sind sehr allgemein gehalten und es ist schwierig, sich die konkrete Umsetzung dieser Aspekte vorzustellen.	Konkretisierung der genannten Punkte
Art. 24	Aufgrund des Budgetierungsprozess in den Kantonen sind die Änderungen, welche für die Kantone finanzielle Auswirkungen haben, erst per 1. Januar 2023 in Kraft zu setzen. Dies betrifft insbesondere Art. 16.	Die Verordnungsänderung soll nicht wie in den Erläuterungen erwähnt auf den 1. Januar 2022 in Kraft gesetzt werden, sondern wegen den finanziellen Konsequenzen auf 1. Januar 2023. Alternativ ist zu prüfen, ob nur die Wirksamkeit von Art. 16 bis zu diesem späteren Datum verschoben werden kann, das heisst, dass bis dann weiterhin der entsprechende Artikel in der alten Verordnung Gültigkeit hätte.

Aufhebung und Änderungen anderer Erlasse, röm. Ziffer II, Ziffern 1, 2, 6 und 8	Unter Ziffer 3 (Vollzug der Lebensmittelgesetzgebung) steht, dass das BLV nach Absprache mit den kantonalen Vollzugsbehörden die Art und Form der Datenerfassung bestimmt. Die Absprache mit dem kantonalen Vollzug, wie die Daten in den Bundessystemen erfasst (was, wann, wie) werden, soll in allen Vollzugsbereichen erfolgen. Der letzte Satz unter Ziffer 3, Art. 6 Abs. 2 der Verordnung über den Vollzug der Lebensmittelgesetzgebung soll auch in die anderen Vollzugsverordnungen übernommen werden.	Bei allen Änderungen unter den Ziffern 1, 2, 6 und 8 ist folgendes zu ergänzen: "Das BLV bestimmt nach Absprache mit den kantonalen Vollzugsbehörden die Art und Form der Datenerfassung."
Anhang 2	Die Liste der in ARES enthaltenen Daten ist viel zu vage, was die Lebensmittelsicherheit betrifft. Diese müssen besser spezifiziert werden.	Entsprechende Ergänzung von Anhang 2.
Anhang 4 Ziff. 3: Art. 6 Abs. 2 LMVV	Die Änderung der Verordnung über den Vollzug der Lebensmittelgesetzgebung (LMVV) sieht die Schaffung eines neuen Art. 6 Abs. 2 LMVV vor. Danach müssten die zuständigen Vollzugsbehörden (der Lebensmittelkontrolle) ihre Kontrollergebnisse regelmässig im ARES erfassen. Das BLV hat zudem die Befugnisse, die Art und Form der Datenerfassung zu bestimmen. Diese Formulierung ist zu pauschal und in dieser Form abzulehnen. Sie verlangt im Prinzip, dass sämtliche (kantonalen) Ergebnisse amtlicher Kontrollen von Lebensmitteln und Gebrauchsgegenständen im ARES regelmässig zu erfassen sind. Damit wird faktisch ein Bundes-Labor-Informationen-Management-System postuliert. Es stellt sich zudem die Frage, ob im Lebensmittelgesetz (LMG, SR 817.0) für diese Bestimmung eine Rechtsgrundlage vorhanden ist. Eine generelle Pflicht zur regelmässigen Erfassung von sämtlichen Kontrollergebnissen im ARES kann gestützt auf Art. 42 Abs. 3 LMG kaum begründet werden.	Der vorgesehene Art. 6 Abs. 2 LMVV ist in dieser Form zu streichen oder entsprechend präziser zu formulieren.



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Departement des Innern EDI
**Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und
Veterinärwesen BLV**
Recht

**Vernehmlassung zur Totalrevision der Verordnung über die Informationssysteme für den öffentlichen Veterinärdienst
(ISVet-V, neu: Verordnung über Informationssysteme des BLV für die Lebensmittelkette)
(12.05. bis 30.08.2021)**

Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation / Amt : Kanton Appenzell Ausserrhoden, Departement Gesundheit und Soziales
Abkürzung der Firma / Organisation / Amt : AR
Adresse, Ort : Kasernenstrasse 17, 9102 Herisau
Kontaktperson : Armin Hanselmann, stv. Departementssekretär
Telefon : +41 71 353 64 89
E-Mail : armin.hanselmann@ar.ch
Datum : 25. August 2021

Wichtige Hinweise:

1. Wir bitten Sie, keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen!
2. Bitte pro Artikel der Verordnung eine eigene Zeile verwenden.
3. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte als **Word**-Dokument bis am 30.08.2021 an folgende E-Mail-Adresse:
vernehmlassungen@blv.admin.ch

Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und
Veterinärwesen BLV
Schwarzenburgstrasse 155, 3003 Bern
Tel. +41 58 463 30 33
info@blv.admin.ch
www.blv.admin.ch

1

Allgemeine Bemerkungen

Appenzell Ausserrhoden sieht den grossen Nutzen von gemeinsam durch den Bund und die Kantone betriebene Systeme im Veterinärvollzug. Dass zukünftig die Informationssysteme auch Daten aus der amtlichen Kontrolle von Lebensmitteln und Gebrauchsgegenständen enthalten sollen, ist vor dem Hintergrund der "Gesamtstrategie Lebensmittelkette" und der Umsetzung des "nationalen Kontrollplans" zu begrüßen.

Mit der Verordnungsrevision wird der Kostenbeitrag der Kantone an den Betrieb der Systeme erhöht, was unter anderem durch neue Funktionalitäten zu begründen ist. Es ist jedoch unbestritten, dass ein gemeinsames System gegenüber kantonalen Einzelsystemen kosteneffizienter ist. Allerdings fehlt in den Erläuterungen eine Begründung, weshalb mit dem Wechsel von der Labordatenbank ALIS zu ARES für die Kantone ein grösserer Nutzen entstehen soll. Der Nutzen liegt aus Sicht von Appenzell Ausserrhoden primär auf Seiten des Bundes; bekommt er doch in Zukunft einheitliche Daten aus der Lebensmittelüberwachung über eine Schnittstelle zu den kantonalen Systemen der Labore.

Appenzell Ausserrhoden vertritt die Ansicht, dass bei der Weiterentwicklung der gemeinsamen Systeme die Kantone stärker einbezogen werden sollten. Denn die wenig überzeugenden Funktionalitäten des Informationssystems FLEKO im Vollzug zeigen, dass die kantonalen Bedürfnisse bei der Entwicklung kaum berücksichtigt wurden. Weiter fehlt eine mehrjährige Finanzplanung, aufgrund derer in den Kantonen eine mittelfristige Planung vorgenommen werden kann. Diese beiden Punkte sollten im Zuge der Verordnungsrevision zwingend berücksichtigt werden.

Bemerkungen zu den einzelnen Bestimmungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 8 Abs. 5 lit. b	Für den Zugriff auf die Vollzugsdaten einer anderen kantonalen Verwaltungseinheit in ARES müssen nicht nur Tierhaltungen abgefragt werden können, sondern auch andere Betriebe (z.B. Lebensmittelbetriebe, Tierarztpraxen etc.). Für die Suche ist die UID/BUR-Nummer der Schlüssel. So können Tierhaltungen eventuell in Zukunft auch über die BUR-Nummer identifiziert werden und nicht mehr nur über die TVD-Nummer. Zudem ist zu prüfen, ob neben dem Namen der Tierhalterin oder des Tierhalters auch die Sozialversicherungsnummer in die Aufzählung von lit. b aufgenommen werden sollte. Für Personen (z.B. Heimtierhalter) ist in der Schweiz die Sozialversicherungsnummer der eindeutige Schlüssel, welcher in Zukunft von der Verwaltung genutzt werden kann. Das wäre ein wesentlicher Vorteil im Gegensatz zur heutigen Verwendung von Name und Vorname (Schreibweisen, ausländische Namen).	<i>Art. 8 Abs. 5 lit. b ergänzen:</i> ...durch Eingabe der BUR- oder UID-Nummer des Betriebes, der TVD-Nummer der Tierhaltung, der Identifikationsnummer des betreffenden Tieres oder des Namens der Tierhalterin oder des Tierhalters.
Art. 11	National- und Ständerat haben im Dezember 2020 einer Gesetzesänderung zugestimmt, wonach Behörden von Bund, Kantonen und Gemeinden im Rahmen ihrer gesetzlichen Aufgaben die Sozialversicherungsnummer systematisch verwenden dürfen. Falls es die nationale Gesetzgebung erlaubt, sollen die Informationssysteme für den öffentlichen Veterinärdienst als Personenidentifikator die Sozialversicherungsnummer aus dem Register der Sozialversicherungen des Bundes beziehen können. Weiter sollen sie, wie für ARES ja bereits gemäss Erläuterungen zu Art. 2 erwähnt, auch Daten aus kantonalen Systemen, wie Limsophy u.a. beziehen können.	
Art. 12 Abs. 2	Wie in den Erläuterungen zu Art. 16 dargelegt, werden ASAN, ARES und FLEKO primär zur Wahrnehmung der Vollzugsaufgaben der Kantone betrieben. Dies rechtfertigt, dass zwei Drittel der Kosten für Betrieb, Wartung und Weiterentwicklung zu Lasten der Kantone gehen. Allerdings muss damit auch die Mitwirkung der Kantone bei der Weiterentwicklung der Systeme einhergehen. Zudem ist aus Gründen der Planungssicherheit eine	

	mehrfährige Finanzplanung zu erstellen, in welcher die zu erwartenden Mehrkosten aufgrund von Weiterentwicklungen berücksichtigt werden.	
Art. 14 Abs. 4	Die Fachstelle und der gemeinsame Ausschuss sind in Art. 13 und 14 definiert. Auf operativer Ebene existieren jedoch weitere Gremien, wie z. B. K-ASAN oder Anwenderausschüsse. Diese wird es weiterhin benötigen, neue sollen bedarfsweise temporär oder dauernd geschaffen werden können. Dies sollte klar Aufgabe des gemeinsamen Ausschusses sein, der eine oder mehrere Fachstellen gemäss Art. 13 beauftragt, Ausschüsse mit Vertreterinnen und Vertretern der Kantone und/oder anderer Bundesämter einzusetzen.	<i>Art. 14 Abs. 4 ergänzen</i> Er kann den Fachstellen Aufträge erteilen und sie verpflichten, einen oder mehrere Fachausschüsse mit Vertreterinnen und Vertretern der Kantone und/oder anderer Bundesämter einzusetzen.
Art. 16	Die Erhöhung der Kantonsbeiträge ist aufgrund der neuen Funktionalitäten nachvollziehbar. Allerdings vermögen die Funktionalitäten des Informationssystems FLEKO im Vollzug nicht zu überzeugen, was zeigt, dass die kantonalen Bedürfnisse bei der Entwicklung zu wenig berücksichtigt wurden. Weiter fehlt eine mehrjährige Finanzplanung, aufgrund derer in den Kantonen eine korrekte Budgetierung vorgenommen werden kann. Es ist zu präzisieren, dass die drei Lizenzen gemäss Abs. 4 von jeder Veterinärvollzugsbehörde bzw. von der Behörde, in welcher der Veterinärdienst integriert ist, zu beziehen sind und eine Lizenz den Zugang zu allen drei Systemen gewährt.	<i>Art. 16 Abs. ist gemäss den Bemerkungen zu präzisieren.</i>
Art. 17	Damit wie in den Erläuterungen zu Art. 2 erwähnt, auch Daten aus kantonalen Systemen ausgewertet werden können, ist zu prüfen, ob die Sozialversicherungsnummer als Personenidentifikator aufgenommen werden sollte und somit Art. 17 ergänzt werden muss.	<i>Art. 17 Abs. ist gemäss den Bemerkungen zu präzisieren.</i>
Art. 24	Da die Budgetierung für das Jahr 2022 in allen Kantonen bereits sehr fortgeschritten ist oder teilweise bereits abgeschlossen wurde, wird vorgeschlagen die Änderungen, welche für die Kantone finanzielle Auswirkungen haben erst per 1.1.2023 in Kraft zu setzen. Alternativ ist zu prüfen, ob nur die Wirksamkeit von Art. 16 bis zu diesem späteren Datum verschoben werden kann, d.h. dass bis dann weiterhin der entsprechende Artikel in der alten Verordnung seine Gültigkeit behält.	

Aufhebung und Änderungen anderer Erlasse Ziffer II, Abschnitt 3	Unter Abschnitt 3 (Vollzug der Lebensmittelgesetzgebung) steht, dass das BLV nach Absprache mit den kantonalen Vollzugsbehörden die Art und Form der Datenerfassung bestimmt. Die Absprache mit dem kantonalen Vollzug, wie die Daten in den Bundessystemen erfasst werden, soll in allen Vollzugsbereichen gleich erfolgen. Der letzte Satz unter Ziff. II Abschnitt 3, Art. 6 Abs. 2 der Verordnung über den Vollzug der Lebensmittelgesetzgebung soll auch in die anderen Vollzugsverordnungen übernommen werden.	<i>Bei allen Änderungen unter den Abschnitte 1, 2, 6 und 8 ist folgendes zu ergänzen:</i> Das BLV bestimmt nach Absprache mit den kantonalen Vollzugsbehörden die Art und Form der Datenerfassung.
---	---	--



KANTON
APPENZEL INNERRHODEN

Landammann und Standeskommission

Sekretariat Ratskanzlei
Marktgasse 2
9050 Appenzell
Telefon +41 71 788 93 11
info@rk.ai.ch
www.ai.ch

Ratskanzlei, Marktgasse 2, 9050 Appenzell

Per E-Mail an
vernehmlassungen@blv.admin.ch

Appenzell, 18. August 2021

Totalrevision der Verordnung über die Informationssysteme für den öffentlichen Veterinärdienst (ISVet-V, neu: Verordnung über Informationssysteme des BLV für die Lebensmittelkette) Stellungnahme Kanton Appenzell I.Rh.

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom Mai 2021 haben Sie uns die Vernehmlassungsunterlagen zur Totalrevision der Verordnung über die Informationssysteme für den öffentlichen Veterinärdienst (ISVet-V) zukommen lassen.

Die Standeskommission hat die Unterlagen geprüft. Die Vorlage wird im Grundsatz begrüsst. Es werden aber noch verschiedene Anpassungen beantragt. Wir verweisen auf den beiliegenden Fragebogen.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme und grüssen Sie freundlich.

Im Auftrage von Landammann und Standeskommission

Der Ratschreiber:

Markus Dörig

Beilage:
Fragebogen

Zur Kenntnis an:

- Land- und Forstwirtschaftsdepartement Appenzell I.Rh., Gaiserstrasse 8, 9050 Appenzell
- Ständerat Daniel Fässler, Weissbadstrasse 3a, 9050 Appenzell
- Nationalrat Thomas Rechsteiner (thomas.rechsteiner@parl.ch)



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Departement des Innern EDI
**Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und
Veterinärwesen BLV**
Recht

**Vernehmlassung zur Totalrevision der Verordnung über die Informationssysteme für den öffentlichen Veterinärdienst (IS-Vet-V, neu: Verordnung über Informationssysteme des BLV für die Lebensmittelkette)
(12.05. bis 30.08.2021)**

Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation / Amt : Standeskommission des Kantons Appenzell I.Rh.
Abkürzung der Firma / Organisation / Amt : Kt. AI
Adresse, Ort : Marktgasse 2
Kontaktperson : Markus Dörig
Telefon : 071 788 93 11
E-Mail : info@rk.ai.ch
Datum : 16. August 2021

Wichtige Hinweise:

1. Wir bitten Sie, keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen!
2. Bitte pro Artikel der Verordnung eine eigene Zeile verwenden.
3. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte als **Word**-Dokument bis am 30.08.2021 an folgende E-Mail-Adresse:
vernehmlassungen@blv.admin.ch

Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und
Veterinärwesen BLV
Schwarzenburgstrasse 155, 3003 Bern
Tel. +41 58 463 30 33
info@blv.admin.ch
www.blv.admin.ch

1

Allgemeine Bemerkungen

Die Standeskommission des Kantons Appenzell I.Rh. anerkennt den grossen Nutzen der von Bund und Kantonen im Veterinärvollzug gemeinsam betriebenen Systeme. Dass zukünftig die Informationssysteme auch Daten aus der amtlichen Kontrolle von Lebensmitteln und Gebrauchsgegenständen enthalten sollen, ist vor dem Hintergrund der «Gesamtstrategie Lebensmittelkette» und der Umsetzung des «nationalen Kontrollplans» zu begrüßen.

Mit der Verordnungsrevision wird auch der Kostenbeitrag der Kantone an den Betrieb der Systeme erhöht. Es ist unbestritten, dass ein gemeinsames System gegenüber kantonalen Einzelsystemen kosteneffizienter ist. Auch lässt sich die Erhöhung der Kosten mit neuen Funktionalitäten begründen. Allerdings fehlt in den Erläuterungen eine einleuchtende Begründung, wieso mit dem Wechsel von der Labordatenbank ALIS zu ARES insbesondere für die Kantone ein grösserer Nutzen entstehen soll. Der Nutzen liegt auf Seiten des Bundes, bekommt er doch so in Zukunft Daten aus der Lebensmittelüberwachung einheitlich über eine Schnittstelle zu den kantonalen Systemen der Labore. Weiter vermögen die Funktionalitäten des Informationssystems FLEKO im Vollzug nicht zu überzeugen, was zeigt, dass die kantonalen Bedürfnisse bei der Entwicklung zu wenig berücksichtigt wurden. Weiter fehlt eine mehrjährige Finanzplanung, aufgrund derer in den Kantonen eine mittelfristige Planung vorgenommen werden kann. Dementsprechend ist die Standeskommission der Ansicht, dass die Mitwirkung der Kantone bei der Weiterentwicklung der gemeinsamen Systeme unbedingt in der Verordnung festzulegen ist und eine entsprechende mehrjährige Finanzplanung zukünftig durch das Bundesamt auszuarbeiten ist.

Bemerkungen zu den einzelnen Bestimmungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 8 Abs. 5 lit. b	Für den Zugriff auf die Vollzugsdaten einer anderen kantonalen Verwaltungseinheit in ARES müssen nicht nur Tierhaltungen abgefragt werden können, sondern auch andere Betriebe, z.B. Lebensmittelbetriebe, Tierarztpraxen etc. Für die Suche ist die UID/BUR Nummer der Schlüssel. Tierhaltungen sind eventuell in Zukunft auch über die BUR Nummer identifiziert und nicht mehr über die TVD Nummer. Für Personen (z.B. Heimtierhalterinnen und -halter) ist in der Schweiz die Sozialversicherungsnummer der eindeutige Schlüssel, welcher in Zukunft von der Verwaltung genutzt werden kann, ein wesentlicher Vorteil im Gegensatz zur Verwendung von Name-Vorname (Schreibweisen, ausländische Namen) Daher ist auch diese in die Aufzählung aufzunehmen. Nicht alle Daten in ARES beziehen sich auf Tierhaltende, sondern auch auf andere Personen (z.B. Bewilligungsinhaberinnen und -inhaber, Tierärztinnen und -ärzte, Exporteurinnen und Exporteure, Importeurinnen und Importeure etc.)	...durch Eingabe der BUR oder UID Nummer des Betriebs , der TVD Nummer der Tierhaltung, der Identifikationsnummer des betreffenden Tieres, der Sozialversicherungsnummer oder des Namens der Tierhalterin oder des Tierhalters oder einer andern Person .
Art. 11 lit. h und i (neu)	National- und Ständerat haben im Dezember 2020 einer Gesetzesänderung zugestimmt, wonach Behörden von Bund, Kantonen und Gemeinden im Rahmen ihrer gesetzlichen Aufgaben generell die AHV-Nummer systematisch verwenden dürfen. Falls es die nationale Gesetzgebung erlaubt, sollen die A-Systeme als Personenidentifikator die Sozialversicherungsnummer aus dem zentralen Versichertenregister der Sozialversicherungen des Bundes beziehen können. Weiter sollen sie, wie für ARES bereits gemäss Erläuterungen zu Art. 2 erwähnt, auch Daten aus kantonalen Systemen, wie Limsophy unter anderem beziehen können.	Art. 11 lit. h und i, neu h. Versichertenregister der Sozialversicherungen des Bundes i. Kantonale Geschäftsmanagementsysteme für den Lebensmittel- und Veterinärvollzug
Art. 12 Abs. 2 lit. d	Wie in den Erläuterungen zu Art. 16 dargelegt, werden ASAN, ARES und FLEKO primär zur Wahrnehmung der Vollzugsaufgaben der Kantone betrieben. Dies rechtfertigt, dass zwei Drittel der Kosten für Betrieb, Wartung und Weiterentwicklung zu Lasten der Kantone gehen. Allerdings muss damit auch ein relevantes Mitbestimmungsrecht der Kantone bei der Weiterentwicklung der Systeme einhergehen. Zudem ist aus Gründen der Planungssicherheit	Art. 12 Abs. 2 lit. d: Jahresrechnung und plant unter Einbezug der Kantone die Weiterentwicklung der Systeme und erstellt eine mehrjährige Finanzplanung.

	eine mehrjährige Finanzplanung zu erstellen, in welcher die zu erwartenden Mehrkosten aufgrund von Weiterentwicklungen berücksichtigt werden.	
Art. 14 Abs. 1	Aufgrund der gegenüber anderen Stellen sehr grossen Abhängigkeit der kantonalen Veterinärbehörden von den in der Verordnung geregelten Bundessystemen soll die Zusammensetzung des gemeinsamen Ausschusses wie er in den Erläuterungen erwähnt ist, in der Verordnung exakter festgelegt werden. Vier der fünf kantonalen Vertreterinnen und Vertreter sollen aus den kantonalen Veterinärdiensten kommen, eine oder einer aus einem kantonalen Labor (Kantonschemikerin oder Kantonschemiker)	...besteht aus vier Vertreterinnen und Vertretern des BLV sowie vier Vertreterinnen und Vertretern von kantonalen Veterinärdiensten und einer Vertreterin oder einem Vertreter eines kantonalen Laboratoriums.
Art. 14 Abs. 4	Die Fachstelle und der Gemeinsame Ausschuss sind in Art. 13 und Art. 14 definiert. Auf operativer Ebene existieren jedoch weitere Gremien, wie K-ASAN und Anwenderausschüsse. Diese wird es weiter brauchen, neue sollen sie bedarfsweise temporär oder dauernd geschaffen werden können. Dies sollte klar eine Aufgabe des gemeinsamen Ausschusses sein, der eine oder mehrere Fachstellen gemäss Art. 13 beauftragt, Ausschüsse mit Vertreterinnen und Vertretern der Kantone und/oder anderer Bundesämter einzusetzen.	Erweiterung von Abs. 4 Er (der Gemeinsame Ausschuss) kann den Fachstellen Aufträge erteilen und sie verpflichten, einen oder mehrere Fachausschüsse mit Vertreterinnen und Vertretern der Kantone und/oder anderer Bundesämter einzusetzen.
Art. 16	Die Erhöhung der Kantonsbeiträge ist aufgrund der neuen Funktionalitäten nachvollziehbar und beträgt für die einzelnen Kantone Fr. 1'500.-- bis maximal Fr. 11'000.--. Allerdings vermögen die Funktionalitäten des Informationssystems FLEKO im Vollzug nicht zu überzeugen, was zeigt, dass die kantonalen Bedürfnisse bei der Entwicklung zu wenig berücksichtigt wurden. Weiter fehlt eine mehrjährige Finanzplanung, aufgrund derer in den Kantonen eine korrekte Budgetierung vorgenommen werden kann. Es ist klarer zu formulieren, dass die drei Lizenzen gemäss Abs. 4 von jeder Veterinärvollzugsbehörde oder von der Behörde, in welcher der Veterinärdienst integriert ist, zu beziehen sind und eine Lizenz den Zugang zu allen drei Systemen gewährt.	siehe Antrag zu Art. 12 Abs. 2. Abs. 4 ist im Sinne des Kommentars genauer zu formulieren.
Art. 17 Abs. 1 lit. b	Damit wie in den Erläuterungen zu Art. 2 erwähnt, auch Daten aus kantonalen Systemen ausgewertet werden können, ist die Aufzählung gemäss den Erweiterungen in Art. 11 zu ergänzen.	Abs. 1 lit. b: den Informationssystemen nach Art. 11 lit. a-d, g und i .

Art. 21	In den Informationssystemen werden Daten des kantonalen Vollzugs geführt. Die Aufbewahrung, Archivierung und Vernichtung von solchen kantonalen Daten richtet sich nach der jeweiligen kantonalen Gesetzgebung. Gemäss der Schweizerischen Archivdirektorinnen- und Archivdirektorenkonferenz (ADK) können Unterlagen aus der Ebene von übergreifenden Informationssystemen grundsätzlich sowohl auf Bundes- wie auch auf Kantonsebene archivierungspflichtig sein (https://kost-ceco.ch/cms/18-038-gt-sit_de.html).	Das BLV soll prüfen, ob die Daten nach den Vorschriften des Archivierungsgesetzes vom 26. Juni 1998 und den einschlägigen kantonalen Gesetzen vor deren Löschung dem Bundesarchiv und dem entsprechenden Kantonsarchiv angeboten werden müssen. Wenn dies der Fall ist, ist in Art. 21 diese Pflicht zu beschreiben und der Prozess, wie dies sichergestellt wird, zu regeln.
Art. 24	Da die Budgetierung für das Jahr 2022 in allen Kantonen im Verlaufe des Sommers abgeschlossen sein wird und die Amtsstellen nachträglich keine Eingaben mehr machen können, sind die Änderungen, welche für die Kantone finanzielle Auswirkungen haben erst per 1. Januar 2023 in Kraft zu setzen. Dies betrifft insbesondere Art. 16.	Die Verordnungsänderung soll nicht wie in den Erläuterungen erwähnt auf den 1. Januar 2022 in Kraft gesetzt werden, sondern wegen den finanziellen Konsequenzen auf den 1. Januar 2023. Alternativ ist zu prüfen, ob nur die Wirksamkeit von Art. 16 bis zu diesem späteren Datum verschoben werden kann, sodass bis dann weiterhin der entsprechende Artikel in der alten Verordnung seine Gültigkeit behält.
Aufhebung und Änderungen anderer Erlasse, röm. Ziff. II, Ziff. 1, 2, 6 und 8	Unter Ziff. 3 (Vollzug der Lebensmittelgesetzgebung) steht, dass das BLV nach Absprache mit den kantonalen Vollzugsbehörden die Art und Form der Datenerfassung bestimmt. Die Absprache mit dem kantonalen Vollzug, wie die Daten in den Bundessystemen erfasst (was, wann, wie) werden, soll in allen Vollzugsbereichen erfolgen. Der letzte Satz unter Ziff. 3, Art. 6 Abs. 2 der Verordnung über den Vollzug der Lebensmittelgesetzgebung soll auch in die anderen Vollzugsverordnungen übernommen werden.	Bei allen Änderungen unter den Ziff. 1, 2, 6 und 8 ist folgendes zu ergänzen: «Das BLV bestimmt nach Absprache mit den kantonalen Vollzugsbehörden die Art und Form der Datenerfassung.»



Regierungsrat

Postgasse 68
Postfach
3000 Bern 8
info.regierungsrat@be.ch
www.be.ch/rr

Staatskanzlei, Postfach, 3000 Bern 8

Eidgenössisches Departement des Innern EDI
Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen
(BLV)
Schwarzenburgstrasse 155
3003 Bern

vernehmlassungen@blv.admin.ch

Ihr Zeichen:

25. August 2021

Unser Zeichen: 2021.WEU.829

RRB Nr.: 968/2021

Direktion: Wirtschafts-, Energie- und Umweltdirektion

Klassifizierung: Nicht klassifiziert

Vernehmlassung des Bundes: Totalrevision der Verordnung über Informationssysteme für den öffentlichen Veterinärdienst (ISVet-V, neu: Verordnung über die Informationssysteme des BLV für die Lebensmittelkette)

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Der Regierungsrat des Kantons Bern anerkennt den grossen Nutzen der von Bund und Kantonen im Veterinärvollzug gemeinsam betriebenen Informationssysteme und ist vor diesem Hintergrund mit den vorgeschlagenen Änderungen grundsätzlich einverstanden.

Dass zukünftig diese Systeme auch Daten aus der amtlichen Kontrolle von Lebensmitteln und Gebrauchsgegenständen enthalten sollen, ist vor dem Hintergrund der "Gesamtstrategie Lebensmittelkette" und der Umsetzung des "nationalen Kontrollplans" zu begrüßen. Mit der Verordnungsrevision wird auch der Kostenbeitrag der Kantone an den Betrieb der Systeme erhöht. Es ist unbestritten, dass ein gemeinsames System gegenüber kantonalen Einzelsystemen kosteneffizient ist. Auch lässt sich die Erhöhung der Kosten mit neuen Funktionalitäten begründen. Allerdings fehlt in den Erläuterungen eine einleuchtende Begründung, wieso mit dem Wechsel von der Labordatenbank ALIS zu ARES insbesondere für die Kantone ein grösserer Nutzen entstehen soll. Eher ist der Nutzen auf Seiten des Bundes, bekommt er doch so in Zukunft Daten aus der Lebensmittelüberwachung einheitlich über eine Schnittstelle zu den kantonalen Systemen der Labore. Weiter vermögen die Funktionalitäten des Informationssystems FLEKO im Vollzug nicht zu überzeugen, was zeigt, dass die kantonalen Bedürfnisse bei der Entwicklung zu wenig berücksichtigt wurden. Zudem fehlt eine mehrjährige Finanzplanung, aufgrund derer in den Kantonen eine mittelfristige Planung vorgenommen werden kann. Dementsprechend ist der Regierungsrat des Kantons Bern der Ansicht, dass die Mitwirkung der Kantone bei der Weiterentwicklung der gemeinsamen Systeme in der Verordnung festzulegen und eine entsprechende mehrjährige Finanzplanung zukünftig durch das Bundesamt auszuarbeiten ist.

Die Bemerkungen zu den einzelnen Artikeln entnehmen Sie bitte der beigelegten Tabelle des Amts für Veterinärwesen.

Besten Dank für die Berücksichtigung unserer Anliegen.

Freundliche Grüsse
Im Namen des Regierungsrates

Beatrice Simon
Regierungspräsidentin

Christoph Auer
Staatsschreiber

Verteiler

- Finanzdirektion
- Wirtschafts-, Energie- und Umweltdirektion

Beilagen

- Tabelle Revision ISLMKV_StellungnahmeAVET



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Departement des Innern EDI
**Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und
Veterinärwesen BLV**
Recht

**Vernehmlassung zur Totalrevision der Verordnung über die Informationssysteme für den öffentlichen Veterinärdienst
(ISVet-V, neu: Verordnung über Informationssysteme des BLV für die Lebensmittelkette)
(12.05. bis 30.08.2021)**

Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation / Amt : Amt für Veterinärwesen des Kantons Bern
Abkürzung der Firma / Organisation / Amt : AVET
Adresse, Ort : Herrengasse 1, Postfach, 3000 Bern 8
Kontaktperson : Reto Wyss
Telefon : 031 633 47 04
E-Mail : reto.wyss@be.ch
Datum : 11.6.2021

Wichtige Hinweise:

1. Wir bitten Sie, keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen!
2. Bitte pro Artikel der Verordnung eine eigene Zeile verwenden.
3. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte als **Word**-Dokument bis am 30.08.2021 an folgende E-Mail-Adresse:
vernehmlassungen@blv.admin.ch

Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und
Veterinärwesen BLV
Schwarzenburgstrasse 155, 3003 Bern
Tel. +41 58 463 30 33
info@blv.admin.ch
www.blv.admin.ch

1 Allgemeine Bemerkungen

Das Amt für Veterinärwesen des Kantons Bern (AVET) anerkennt den grossen Nutzen der von Bund und Kantonen im Veterinärvollzug gemeinsam betriebenen Systeme. Dass zukünftig die Informationssysteme auch Daten aus der amtlichen Kontrolle von Lebensmitteln und Gebrauchsgegenständen enthalten sollen, ist vor dem Hintergrund der "Gesamtstrategie Lebensmittelkette" und der Umsetzung des "nationalen Kontrollplans" zu begrüßen.

Mit der Verordnungsrevision wird auch der Kostenbeitrag der Kantone an den Betrieb der Systeme erhöht. Es ist unbestritten, dass ein gemeinsames System gegenüber kantonalen Einzelsystemen kosteneffizient ist. Auch lässt sich die Erhöhung der Kosten mit neuen Funktionalitäten begründen. Allerdings fehlt in den Erläuterungen eine einleuchtende Begründung, wieso mit dem Wechsel von der Labordatenbank ALIS zu ARES insbesondere für die Kantone ein grösserer Nutzen entstehen soll. Eher ist der Nutzen auf Seiten des Bundes, bekommt er doch so in Zukunft Daten aus der Lebensmittelüberwachung einheitlich über eine Schnittstelle zu den kantonalen Systemen der Labore. Weiter vermögen die Funktionalitäten des Informationssystems FLEKO im Vollzug nicht zu überzeugen, was zeigt, dass die kantonalen Bedürfnisse bei der Entwicklung zu wenig berücksichtigt wurden. Weiter fehlt eine mehrjährige Finanzplanung, aufgrund derer in den Kantonen eine mittelfristige Planung vorgenommen werden kann. Dementsprechend ist das AVET der Ansicht, dass die Mitwirkung der Kantone bei der Weiterentwicklung der gemeinsamen Systeme unbedingt in der Verordnung festzulegen ist und eine entsprechende mehrjährige Finanzplanung zukünftig durch das Bundesamt auszuarbeiten ist.

Bemerkungen zu den einzelnen Bestimmungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Ingress	Die Kantone müssen gemäss Art. 212a der Tierschutzverordnung Tierhalteverbote in ASAN eingeben. Ergebnisse der Tierschutzkontrollen in AControl werden an ASAN zur weiteren Bearbeitung übertragen. Die Rechtsgrundlage dafür müsste im Tierschutzgesetz zu finden sein. Es ist zu prüfen, ob das TSchG im Ingress ebenfalls aufzuführen ist. Falls im Tierschutzgesetz die Rechtsgrundlage für die Regelung in dieser Verordnung fehlt, ist diese bei der nächsten Revision zu schaffen.	Prüfen, ob das TSchG im Ingress fehlt bzw. ob im TSchG die Delegation für die Regelung an den Bundesrat erst noch zu schaffen ist.
Art. 2 Abs. 1	Bei der Aufzählung der Vollzugsbereiche fehlt der Heilmittel-, im Speziellen Tierarzneimittelbereich, obwohl in ASAN die Detailhandelsbewilligungen bearbeitet oder zumindest erfasst werden, die Ergebnisse der Primärproduktionskontrollen aus AControl geholt werden und die Daten der Antibiotikadatenbank im Auswertungssystem ALVPH analysiert werden.	...zur Erfüllung ihrer Vollzugsaufgaben in den Bereichen Tiergesundheit, Tierschutz, Lebensmittelsicherheit und Heilmittel
Art. 3 Abs. 1 Bst. b	Im Anhang 1 sind auch Vollzugsdaten aus dem Bereich Tierarzneimittel und Veterinärberufe aufgeführt. Im Art. 3 fehlt dieser Bereich jedoch in der Aufzählung.	Neue Ziffer 4. Tierarzneimittel und Veterinärberufe
Art. 8 Abs. 5 Bst. b	Für den Zugriff auf die Vollzugsdaten einer anderen kantonalen Verwaltungseinheit in ARES müssen nicht nur Tierhaltungen abgefragt werden können, sondern auch andere Betriebe (z.B. Lebensmittelbetriebe, Tierarztpraxen) und Personen. Für die Suche ist die UID/BUR Nummer der Schlüssel. Tierhaltungen sind ev. in Zukunft auch über die BUR Nummer identifiziert und nicht mehr über die TVD Nummer. Für Personen wie z.B. Heimtierhalter, Tierärztinnen, Exporteure, Importeure, Bewilligungsinhaberinnen fehlt der Zugriff auf ein nationales Adressregister. Es ist zu prüfen, ob die Sozialversicherungsnummer oder ggf. ein anderer nationaler Identifikator für die Abfrage von Personenadressen genutzt werden kann.	...durch Eingabe der BUR oder UID Nummer des Betriebes , der TVD Nummer der Tierhaltung, der Identifikationsnummer des betreffenden Tieres, der Sozialversicherungsnummer oder Name des Tierhalters oder einer anderen Person .
Art. 11 Bst. h	National- und Ständerat haben im Dezember 2020 einer Gesetzesänderung zugestimmt, wonach Behörden von Bund, Kantonen und Gemeinden im Rahmen ihrer gesetzlichen Aufgaben generell die AHV-Nummer	Erweiterung um Bst. h:

	systematisch verwenden dürfen. Für die Erfüllung der Aufgaben im kantonalen Veterinärwesen und die Etablierung von e-Government Anwendungen in diesem Bereich, wäre dies von grossem Nutzen. Falls es die nationale Gesetzgebung erlaubt, sollen die A-Systeme als Personenidentifikator die Sozialversicherungsnummer aus dem zentralen Versichertenregister der Sozialversicherungen des Bundes beziehen können.	h. Versichertenregister der Sozialversicherungen des Bundes
Art. 12 Abs. 2 Bst. d	Wie in den Erläuterungen zu Artikel 16 dargelegt, werden ASAN, ARES und FLEKO primär zur Wahrnehmung der Vollzugsaufgaben der Kantone betrieben. Dies rechtfertigt, dass zwei Drittel der Kosten für Betrieb, Wartung und Weiterentwicklung zu Lasten der Kantone gehen. Allerdings muss damit auch ein relevantes Mitbestimmungsrecht der Kantone bei der Weiterentwicklung der Systeme einhergehen. Zudem ist aus Gründen der Planungssicherheit eine mehrjährige Finanzplanung zu erstellen, in welcher die zu erwartenden Mehrkosten aufgrund von Weiterentwicklungen berücksichtigt werden.	Neufassung von Bst. d oder Erweiterung des Artikels um einen weiteren Bst. mit folgendem Inhalt: Es (das BLV) plant unter Einbezug der Kantone die Weiterentwicklung der Systeme und erstellt eine mehrjährige Finanzplanung.
Art. 14 Abs. 1	Aufgrund der gegenüber anderen Stellen sehr grossen Abhängigkeit der kantonalen Veterinärbehörden von den in der Verordnung geregelten Bundessystemen soll die Zusammensetzung des Gemeinsamen Ausschusses wie er in den Erläuterungen erwähnt ist, in der Verordnung im exakter festgelegt werden. Vier der fünf kantonalen Vertreterinnen oder Vertreter sollen aus den kantonalen Veterinärdiensten kommen, einer oder eine aus einem kantonalen Labor (Kantonschemiker oder Kantonschemikerin).	...besteht aus vier Vertreterinnen und Vertretern des BLV sowie vier Vertreterinnen und Vertretern von kantonalen Veterinärdiensten und einer Vertreterin oder einem Vertreter eines kantonalen Laboratoriums.
Art. 14 Abs. 4	Die Fachstelle und der Gemeinsame Ausschuss sind in Art. 13 bzw. 14 definiert. Auf operativer Ebene existieren jedoch weitere Gremien, wie K-ASAN und Anwenderausschüsse. Diese wird es weiter brauchen, neue sollen bedarfsweise temporär oder dauernd geschaffen werden können. Dies sollte klar Aufgabe des Gemeinsamen Ausschusses sein, der eine oder mehrere Fachstellen gemäss Art. 13 beauftragt, Ausschüsse mit Vertreterinnen und Vertretern der Kantone und/oder anderer Bundesämter einzusetzen.	Erweiterung von Abs. 4 Er (der Gemeinsame Ausschuss) kann den Fachstellen Aufträge erteilen und sie verpflichten, einen oder mehrere Fachausschüsse mit Vertreterinnen und Vertretern der Kantone und/oder anderer Bundesämter einzusetzen.
Art. 16	Die Erhöhung der Kantonsbeiträge ist aufgrund der neuen Funktionalitäten nachvollziehbar und beträgt für den Kanton Bern rund CHF 11'000. Allerdings vermögen die Funktionalitäten des Informationssystems FLEKO im Vollzug nicht zu überzeugen, was zeigt, dass die kantonalen Bedürfnisse bei der	s. Antrag zu Art. 12 Abs. 2

	Entwicklung zu wenig berücksichtigt wurden. Weiter fehlt eine mehrjährige Finanzplanung, aufgrund derer in den Kantonen eine korrekte Budgetierung vorgenommen werden kann.	
Art. 21	In den Informationssystemen werden Daten des kantonalen Vollzugs geführt. Die Aufbewahrung, Archivierung und Vernichtung von solchen kantonalen Daten richtet sich nach der jeweiligen kantonalen Gesetzgebung. Gemäss der Schweizerischen Archivdirektorinnen- und Archivdirektorenkonferenz (ADK) können Unterlagen aus Ebenen übergreifenden Informationssystemen grundsätzlich sowohl auf Bundes- wie auch auf Kantonsebene archivierungspflichtig sein (https://kost-ceco.ch/cms/18-038-gt-sit_de.html).	Das BLV soll prüfen, ob die Daten nach den Vorschriften des Archivierungsgesetzes vom 26. Juni 1998 und den einschlägigen kantonalen Gesetzen vor deren Löschung dem Bundesarchiv und dem entsprechenden Kantonsarchiv angeboten werden müssen. Wenn dies der Fall ist, ist in Art. 21 diese Pflicht zu beschreiben und der Prozess, wie dies sichergestellt wird, zu regeln.
Art. 24	Da die Budgetierung für das Jahr 2022 soweit fortgeschritten ist, dass nachträglich keine Eingaben mehr gemacht werden können, sind die Änderungen, welche für die Kantone finanzielle Auswirkungen haben erst per 1.1.2023 in Kraft zu setzen. Dies betrifft insbesondere Art. 16	Die Verordnungsänderung soll nicht wie in den Erläuterungen erwähnt auf den 1.1.2022 in Kraft gesetzt werden, sondern wegen den finanziellen Konsequenzen auf 1.1.2023. Alternativ ist zu prüfen, ob nur die Wirksamkeit von Art. 16 auf dieses spätere Datum verschoben werden kann, d.h. bis dann weiterhin der entsprechende Artikel in der bisherigen Verordnung seine Gültigkeit behält.
Anhang 1 (ASAN)	Unter Ziffer 2.4 fehlt «Meldung an anderen Prozess »	Ziffer 2.4 ergänzen

Regierungsrat, Rathausstrasse 2, 4410 Liestal

Eidg. Departement des Innern, EDI
Alain Berset, Bundespräsident
3000 Bern

Per Mail an vernehmlassungen@blv.admin.ch

Liestal, 24. August 2021
VGD/ALV

**Totalrevision der Verordnung über die Informationssysteme für den öffentlichen Veterinär-
dienst: Eröffnung des Vernehmlassungsverfahrens, Schreiben des EDI (undatiert)**

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Im Rahmen der Vernehmlassung zur Totalrevision der Verordnung über die Informationssysteme für den öffentlichen Veterinärdienst haben Sie uns eingeladen, Stellung zu nehmen. Für die Möglichkeit zur Stellungnahme bedanken wir uns.

Wir begrüssen die vorgeschlagenen Änderungen mehrheitlich und geben Ihnen gerne folgende Rückmeldung:

- Im Sinn der "Gesamtstrategie Lebensmittelkette" und der Umsetzung des "nationalen Kontrollplans" wird begrüsst, dass zukünftig die Informationssysteme auch Daten aus der amtlichen Kontrolle von Lebensmitteln und Gebrauchsgegenständen enthalten sollen.
- Mit der Verordnungsrevision wird auch der Kostenbeitrag der Kantone an den Betrieb der Systeme erhöht. Die Erhöhung der Kosten lässt sich mit neuen Funktionalitäten begründen. Allerdings fehlt eine mehrjährige Finanzplanung, aufgrund derer in den Kantonen eine mittelfristige Planung vorgenommen werden kann.
- Die Mitwirkung der Kantone bei der Weiterentwicklung der gemeinsamen Systeme ist in der Verordnung festzulegen. Nur so kann sichergestellt werden, dass den Bedürfnissen des kantonalen Vollzuges ausreichend Rechnung getragen wird.

Wir bitten höflich um Berücksichtigung der in unserer Stellungnahme aufgeführten Aspekte.

Hochachtungsvoll

Thomas Weber
Regierungspräsident

Elisabeth Heer Dietrich
Landschreiberin

– Formular Stellungnahme BL



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Departement des Innern EDI
**Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und
Veterinärwesen BLV**
Recht

**Vernehmlassung zur Totalrevision der Verordnung über die Informationssysteme für den öffentlichen Veterinärdienst
(ISVet-V, neu: Verordnung über Informationssysteme des BLV für die Lebensmittelkette)
(12.05. bis 30.08.2021)**

Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation / Amt : Amt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen Basel-Landschaft
Abkürzung der Firma / Organisation / Amt : ALV
Adresse, Ort : Gräubernstrasse 12, 4410 Liestal
Kontaktperson : Marie-Louise Bienfait
Telefon : 061 552 2014
E-Mail : marie-louise.bienfait@bl.ch
Datum : 24.08.2021

Wichtige Hinweise:

1. Wir bitten Sie, keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen!
2. Bitte pro Artikel der Verordnung eine eigene Zeile verwenden.
3. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte als **Word**-Dokument bis am 30.08.2021 an folgende E-Mail-Adresse:
vernehmlassungen@blv.admin.ch

Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und
Veterinärwesen BLV
Schwarzenburgstrasse 155, 3003 Bern
Tel. +41 58 463 30 33
info@blv.admin.ch
www.blv.admin.ch

1 Allgemeine Bemerkungen

Das ALV erkennt den grossen Nutzen der von Bund und Kantonen im Veterinärvollzug gemeinsam betriebenen Systeme und begrüsst im Sinn einer "Gesamtstrategie Lebensmittelkette" und der Umsetzung des "nationalen Kontrollplans", dass zukünftig die Informationssysteme auch Daten aus der amtlichen Kontrolle von Lebensmitteln und Gebrauchsgegenständen enthalten sollen. Das ALV ist jedoch der Ansicht, dass die Mitwirkung der Kantone bei der Weiterentwicklung gemeinsamer Systeme unbedingt in der Verordnung festzulegen ist.

Bemerkungen zu den einzelnen Bestimmungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Ingress	Die Kantone müssen gemäss Art. 212a der Tierschutzverordnung (SR 455.1; abgekürzt TSchV) Tierhalteverbote in ASAN eingeben. Ergebnisse der Tierschutzkontrollen in AControl werden an ASAN zur weiteren Bearbeitung übertragen. Die Rechtsgrundlage dafür müsste im Tierschutzgesetz (SR 455; abgekürzt TSchG) zu finden sein. Es ist zu prüfen, ob das TSchG im Ingress ebenfalls aufzuführen ist. Falls im Tierschutzgesetz die Rechtsgrundlage für die Regelung in dieser Verordnung fehlt, ist diese bei der nächsten Revision zu schaffen.	Prüfen, ob das TSchG im Ingress fehlt bzw. ob im TSchG die Delegation für die Regelung an den Bundesrat erst noch zu schaffen ist.
Art. 2 Abs. 1	Bei der Aufzählung der Vollzugsbereiche fehlt der Heilmittel, im Speziellen Tierarzneimittelbereich, obwohl in ASAN die Detailhandelsbewilligungen bearbeitet oder zumindest erfasst werden, die Ergebnisse der Primärproduktionskontrollen aus AControl geholt werden und die Daten der Antibiotikadatenbank im Auswertungssystem ALVPH analysiert werden.	...zur Erfüllung ihrer Vollzugsaufgaben in den Bereichen Tiergesundheit, Tierschutz, Lebensmittelsicherheit und Heilmittel
Art. 3 Abs. 1 Bst. b	Im Anhang 1 sind auch Vollzugsdaten im Bereich Tierarzneimittel und Veterinärberufe aufgeführt. Im Art. 3 fehlt dieser Bereich jedoch in der Aufzählung.	Neue Ziffer 4. Tierarzneimittel und Veterinärberufe
Art. 8 Abs. 5 Bst. b	Für den Zugriff auf die Vollzugsdaten einer anderen kantonalen Verwaltungseinheit in ARES müssen nicht nur Tierhaltungen abgefragt werden können, sondern auch andere Betriebe, z.B. Lebensmittelbetriebe, Tierarztpraxen etc. Für die Suche ist die UID/BUR Nummer der Schlüssel. Tierhaltungen sind ev. in Zukunft auch über die BUR Nummer identifiziert und nicht mehr über die TVD Nummer. Für Personen (z.B. Heimtierhalter) ist in der Schweiz die Sozialversicherungsnummer der eindeutige Schlüssel, welcher in Zukunft von der Verwaltung genutzt werden kann, ein wesentlicher Vorteil im Gegensatz zur Verwendung von Name-Vorname (Schreibweisen, ausländische Namen) Daher ist auch diese in die Aufzählung aufzunehmen.	...durch Eingabe der BUR oder UID Nummer des Betriebes , der TVD Nummer der Tierhaltung, der Identifikationsnummer des betreffenden Tieres, der Sozialversicherungsnummer oder Name des Tierhalters oder einer andern Person .

Art. 11 Bst. h und i (neu)	National- und Ständerat haben im Dezember 2020 einer Gesetzesänderung zugestimmt, wonach Behörden von Bund, Kantonen und Gemeinden im Rahmen ihrer gesetzlichen Aufgaben generell die AHV-Nummer systematisch verwenden dürfen. Falls es die nationale Gesetzgebung erlaubt, sollen die A-Systeme als Personenidentifikator die Sozialversicherungsnummer aus dem zentralen Versichertenregister der Sozialversicherungen des Bundes beziehen können. Weiter sollen sie, wie für ARES ja bereits gemäss Erläuterungen zu Art. 2 erwähnt, auch Daten aus kantonalen Systemen, wie Limsophy u.a. beziehen können.	Erweiterung um Bst. h und i: h. Versichertenregister der Sozialversicherungen des Bundes i. Kantonale Geschäftsmanagementsysteme für den Lebensmittel- und Veterinärvollzug
Art. 12 Abs. 2 Bst. d	Wie in den Erläuterungen zu Artikel 16 dargelegt, werden ASAN, ARES und FLEKO primär zur Wahrnehmung der Vollzugsaufgaben der Kantone betrieben. Dies rechtfertigt, dass zwei Drittel der Kosten für Betrieb, Wartung und Weiterentwicklung zu Lasten der Kantone gehen. Allerdings muss damit auch ein relevantes Mitbestimmungsrecht der Kantone bei der Weiterentwicklung der Systeme einhergehen. Zudem ist aus Gründen der Planungssicherheit eine mehrjährige Finanzplanung zu erstellen, in welcher die zu erwartenden Mehrkosten aufgrund von Weiterentwicklungen berücksichtigt werden.	Neufassung von Bst. d oder Erweiterung des Artikels um einen weiteren Bst. mit folgendem Inhalt: Es (das BLV) plant unter Einbezug der Kantone die Weiterentwicklung der Systeme und erstellt eine mehrjährige Finanzplanung.
Art. 14 Abs. 1	Aufgrund der gegenüber anderen Stellen sehr grossen Abhängigkeit der kantonalen Veterinärbehörden von den in der Verordnung geregelten Bundessystemen soll die Zusammensetzung des Gemeinsamen Ausschusses wie er in den Erläuterungen erwähnt ist, in der Verordnung im exakter festgelegt werden. Vier der fünf kantonalen Vertreter oder Vertreterinnen sollen aus den kantonalen Veterinärdiensten kommen, einer oder eine aus einem kantonalen Labor (Kantonschemiker oder Kantonschemikerin)	...besteht aus vier Vertreterinnen und Vertretern des BLV sowie vier Vertreterinnen und Vertretern von kantonalen Veterinärdiensten und einer Vertreterin oder einem Vertreter eines kantonalen Laboratoriums.
Art. 14 Abs. 4	Die Fachstelle und der Gemeinsame Ausschuss sind in Art. 13 bzw. 14 definiert. Auf operativer Ebene existieren jedoch weitere Gremien, wie K-ASAN und Anwenderausschüsse. Diese wird es weiter brauchen, neue sollen vom Gemeinsamen Ausschuss bedarfsweise temporär oder dauernd geschaffen werden können.	Erweiterung von Abs. 4 Er (der Gemeinsame Ausschuss) kann den Fachstellen Aufträge erteilen und sie verpflichten, einen oder mehrere Fachausschüsse mit Vertreterinnen und Vertretern der Kantone und/oder anderer Bundesämter einzusetzen.

Art. 16	Die Erhöhung der Kantonsbeiträge ist aufgrund der neuen Funktionalitäten nachvollziehbar. Die Kostenverteilung rechtfertigt jedoch auch einen Anspruch der Kantone, dass deren Bedürfnisse bei der Entwicklung stärker berücksichtigt werden. Zudem ist eine mehrjährige Finanzplanung zwingend, um den Kantonen eine korrekte Budgetierung zu ermöglichen. Es ist klarer zu formulieren, dass die drei Lizenzen gemäss Abs. 4 von jeder Veterinärvollzugsbehörde bzw. von der Behörde, in welcher der Veterinärdienst integriert ist, zu beziehen sind und eine Lizenz den Zugang zu allen drei Systemen gewährt.	s. Antrag zu Art. 12 Abs. 2 Abs. 4 ist genauer zu formulieren im Sinne des Kommentars
Art. 17 Abs. 1 Bst. b	Damit auch Daten aus kantonalen Systemen ausgewertet werden können, ist die Aufzählung gemäss den Erweiterungen in Art. 11 zu ergänzen.	Abs. 1 Bst. b: den Informationssystemen nach Art. 11. Buchstaben a-d, g und i .
Art. 21	In den Informationssystemen werden Daten des kantonalen Vollzugs geführt. Die Aufbewahrung, Archivierung und Vernichtung von solchen kantonalen Daten richtet sich nach der jeweiligen kantonalen Gesetzgebung. Gemäss der Schweizerischen Archivdirektorinnen- und Archivdirektorenkonferenz (ADK) können Unterlagen aus Ebenen übergreifenden Informationssystemen grundsätzlich sowohl auf Bundes- wie auch auf Kantonsebene archivierungspflichtig sein (https://kost-ceco.ch/cms/18-038-gt-sit_de.html).	Das BLV soll prüfen, ob die Daten nach den Vorschriften des Archivierungsgesetzes vom 26. Juni 1998 und den einschlägigen kantonalen Gesetzen vor deren Löschung dem Bundesarchiv und dem entsprechenden Kantonsarchiv angeboten werden müssen. Wenn dies der Fall ist, ist in Art. 21 diese Pflicht zu beschreiben und der Prozess, wie dies sichergestellt wird, zu regeln.
Art. 24	Da die Budgetierung für das Jahr 2022 in allen Kantonen im Verlaufe des Sommers abgeschlossen sein wird und die Amtsstellen nachträglich keine Eingaben mehr machen können, sind die Änderungen, welche für die Kantone finanzielle Auswirkungen haben erst per 1.1.2023 in Kraft zu setzen. Dies betrifft insbesondere Art. 16	Die Verordnungsänderung soll nicht wie in den Erläuterungen erwähnt auf den 1.1.2022 in Kraft gesetzt werden, sondern wegen den finanziellen Konsequenzen auf 1.1.2023. Alternativ ist zu prüfen, ob nur die Wirksamkeit von Art. 16 bis zu diesem späteren Datum verschoben werden kann, d.h. bis dann weiterhin der entsprechende Artikel in der alten Verordnung seine Gültigkeit behält.
Anhang 1 (ASAN)	Unter Ziffer 2.4 fehlt «Meldung an anderen Prozess»	Ziffer 2.4 ergänzen

Aufhebung und Änderungen anderer Erlasse, röm. Ziffer II, Ziffern 1, 2, 6 und 8	Unter Ziffer 3 (Vollzug der Lebensmittelgesetzgebung) steht, dass das BLV nach Absprache mit den kantonalen Vollzugsbehörden die Art und Form der Datenerfassung bestimmt. Die Absprache mit dem kantonalen Vollzug, wie die Daten in den Bundessystemen erfasst (was, wann, wie) werden, soll in allen Vollzugsbereichen erfolgen. Der letzte Satz unter Ziffer 3, Art. 6 Abs. 2 der Verordnung über den Vollzug der Lebensmittelgesetzgebung soll auch in die anderen Vollzugsverordnungen übernommen werden.	Bei allen Änderungen unter den Ziffern 1, 2, 6 und 8 ist folgendes zu ergänzen: "Das BLV bestimmt nach Absprache mit den kantonalen Vollzugsbehörden die Art und Form der Datenerfassung."
--	--	---



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Departement des Innern EDI
**Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und
Veterinärwesen BLV**
Recht

**Vernehmlassung zur Totalrevision der Verordnung über die Informationssysteme für den öffentlichen Veterinärdienst
(ISVet-V, neu: Verordnung über Informationssysteme des BLV für die Lebensmittelkette)
(12.05. bis 30.08.2021)**

Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation / Amt : Kanton Basel-Stadt
Abkürzung der Firma / Organisation / Amt : BS
Adresse, Ort : Rathaus, Marktplatz 9, 4001 Basel
Kontaktperson : Dr. Michel Laszlo, Kantonstierarzt
Telefon : 061 267 58 34
E-Mail : michel.laszlo@bs.ch
Datum : 17. August 2021

Wichtige Hinweise:

1. Wir bitten Sie, keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen!
2. Bitte pro Artikel der Verordnung eine eigene Zeile verwenden.
3. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte als **Word**-Dokument bis am 30.08.2021 an folgende E-Mail-Adresse:
vernehmlassungen@blv.admin.ch

Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und
Veterinärwesen BLV
Schwarzenburgstrasse 155, 3003 Bern
Tel. +41 58 463 30 33
info@blv.admin.ch
www.blv.admin.ch

1 Allgemeine Bemerkungen

Der Kanton Basel-Stadt begrüsst die Totalrevision der Verordnung über die Informationssysteme für den öffentlichen Veterinärdienst im Grundsatz. Die neue Verordnung über Informationssysteme des BLV trägt der "Gesamtstrategie Lebensmittelkette" Rechnung und setzt den "nationalen Kontrollplan" um, indem die Informationssysteme künftig auch Daten aus der amtlichen Kontrolle von Lebensmitteln und Gebrauchsgegenständen enthalten sollen. Der Kanton Basel-Stadt begrüsst daher den grossen Nutzen der gemeinsam vom Bund und den Kantonen betriebenen Informationssysteme.

Mit der Verordnungsrevision wird auch der Kostenbeitrag der Kantone an den Betrieb der Systeme erhöht. Es ist zwar unbestritten, dass ein gemeinsames System gegenüber kantonalen Einzelsystemen kosteneffizient ist und sich die Erhöhung der Kosten mit neuen Funktionalitäten begründen lässt. Allerdings legen die Erläuterungen keine nachvollziehbare Begründung dar, weshalb mit dem Wechsel von der Labordatenbank ALIS zu ARES insbesondere für die Kantone ein grösserer Nutzen entstehen soll. Vielmehr entsteht auf Seiten des Bundes ein grösserer Nutzen, indem er in Zukunft Daten aus der Lebensmittelüberwachung einheitlich über eine Schnittstelle zu den kantonalen Systemen der Labore erhält. Nach jahrelangen Debatten des Verbands der Kantonschemiker (VKCS) mit dem zuständigen Bundesamt (früher BAG, heute BLV) über den Sinn einer nationalen Datenbank im Vollzugsbereich der Kantonschemikerinnen und Kantonschemiker und nachdem sich der VKCS mit dem BLV darauf geeinigt hat, dem Bund die gewünschten Daten über eine Schnittstelle kostenlos für seine Zwecke zur Verfügung zu stellen, erstaunt es, dass die Kantone nun eine aus kantonaler Sicht unnötige Datenbank zu zwei Dritteln finanzieren sollen. Der Kanton Basel-Stadt lehnt dies ab, zumal die Leitung des BLV den Kantonen mehrfach zugesichert hat, dass den Kantonen beim Aufbau und insbesondere beim Betrieb einer nationalen Datenbank keine Kosten entstehen würden.

Zudem fehlt es an einer mehrjährigen Finanzplanung, aufgrund derer in den Kantonen eine mittelfristige Planung vorgenommen werden kann. Dementsprechend ist der Kanton Basel-Stadt der Ansicht, dass die Mitwirkung der Kantone bei der Weiterentwicklung der gemeinsamen Systeme explizit in der Verordnung festzulegen und eine entsprechende mehrjährige Finanzplanung zukünftig durch das Bundesamt auszuarbeiten ist.

Des Weiteren erachtet der Kanton Basel-Stadt die Vorlage als eine Übergangsregelung bis zur Umsetzung der "IKT Strategie 2025" (Informations- und Kommunikationstechnologien, IKT) des Veterinärdienstes Schweiz (VetD CH), welche der Verband VSKT (Vereinigung der Schweizer Kantonstierärztinnen und Kantonstierärzte) im Juni 2020 verabschiedet hat. Die Vision der VSKT besteht in einem effizienten und effektiven IKT System, welches zum Ziel hat, die kantonalen Veterinärdienste administrativ zu entlasten. Die Flexibilität des IKT Systems soll erhöht und die Möglichkeiten elektronischer Behördenleistungen sollen genutzt werden, wie dies auf allen Stufen der Verwaltung angestrebt wird (vgl. Digitale Verwaltung Schweiz, egovernment.ch, kantonale IKT-Strategien etc.). Die Realisierung soll auf den Erkenntnissen aus den heute gemeinsam mit dem Bund realisierten Systemen (ASAN, AControl, ARES, FLEKO) basieren. Die neuen technischen Möglichkeiten und Anforderungen der Benutzer sind dabei zu berücksichtigen. Falls die Systeme weiterhin gemeinsam mit allen Kantonen und dem Bund umgesetzt werden sollen, was zu hoffen ist, muss die Zusammenarbeit, die Mitsprache und die Finanzierung langfristig und nachhaltig zwischen den Kantonen und mit dem Bund neu geregelt werden. Entsprechend wird auch die vorliegende Verordnung nochmals überarbeitet werden müssen.

Bemerkungen zu den einzelnen Bestimmungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Ingress	Die Kantone müssen gemäss Art. 212a der Tierschutzverordnung (TSchV, SR 455.1) Tierhalteverbote in ASAN eingeben. Ergebnisse der Tierschutzkontrollen in AControl werden an ASAN zur weiteren Bearbeitung übertragen. Die Rechtsgrundlage dafür müsste im Tierschutzgesetz (TSchG, SR 455) zu finden sein. Daher ist zu prüfen, ob das TSchG im Ingress ebenfalls aufzuführen ist. Falls im TSchG die Rechtsgrundlage für die Regelung in dieser Verordnung fehlt, ist diese bei der nächsten Revision zu schaffen.	Prüfen, ob das TSchG im Ingress fehlt bzw. ob im TSchG die Delegation für die Regelung an den Bundesrat erst noch zu schaffen ist.
Art. 2 Abs. 1	Bei der Aufzählung der Vollzugsbereiche fehlt der Heilmittelbereich, im Speziellen der Tierarzneimittelbereich, obwohl in ASAN die Detailhandelsbewilligungen bearbeitet oder zumindest erfasst werden, die Ergebnisse der Primärproduktionskontrollen aus AControl geholt werden und die Daten der Antibiotikadatenbank im Auswertungssystem ALVPH analysiert werden. Zudem dient ASAN nur im Veterinärbereich der Lebensmittelsicherheit. Erfreulich ist, dass zukünftig ARES von denjenigen Kantonen, welche nicht mit ASAN arbeiten, für die Übermittlung der Kontrolldaten im Veterinärbereich aus kantonseigenen Systemen in das Auswertungs- und Analysesystem ALVPH genutzt werden kann (Erläuterungen S. 2). Eine direkte oder indirekte Schnittstelle zu ASAN für die Übertragung weiterer Daten (z.B. alle Daten gemäss Ziffer 2 des Anhangs 1 der Verordnung) aus den kantonalen Systemen, wie Limsophy, wäre aus Sicht einiger weniger Kantone äusserst wünschenswert. Es ist jedoch verständlich, dass das Anliegen erst im Rahmen der IKT Strategie 2025 geprüft werden soll bzw. sich mit der Strategie die Ausgangslage ändert.	...zur Erfüllung ihrer Vollzugsaufgaben in den Bereichen Tiergesundheit, Tierschutz, Lebensmittelsicherheit im Veterinärbereich und Heilmittel...
Art. 3 Abs. 1 Bst. b	Im Anhang 1 sind auch die Vollzugsdaten im Bereich Tierarzneimittel und Veterinärberufe aufgeführt. Im Art. 3 fehlt dieser Bereich jedoch in der Aufzählung.	Neue Ziffer 4. Tierarzneimittel und Veterinärberufe

Art. 4 Abs. 1 Bst. e	Die Kantonschemiker benötigen keinen Zugriff auf ARES und sollen daher auch nicht zugriffsberechtigt sein.	In den Bereichen Sicherheit von Lebensmitteln und Gebrauchsgegenständen , Futtermittelsicherheit ...
Art. 8 Abs. 5 Bst. b	Für den Zugriff auf die Vollzugsdaten einer anderen kantonalen Verwaltungseinheit in ARES müssen nicht nur Tierhaltungen abgefragt werden können, sondern auch andere Betriebe wie Lebensmittelbetriebe, Tierarztpraxen etc. Für die Suche ist die UID/BUR Nummer der Schlüssel. Tierhaltungen sind ev. in Zukunft auch über die BUR Nummer identifiziert und nicht mehr über die TVD Nummer. Für Personen (z.B. Heimtierhalter) ist in der Schweiz die Sozialversicherungsnummer der eindeutige Schlüssel, welcher in Zukunft von der Verwaltung genutzt werden kann. Sie Sozialversicherungsnummer bietet einen wesentlichen Vorteil betreffend die Eindeutigkeit der Suchergebnisse im Gegensatz zur Verwendung von Namen und Vornamen (z.B. Schreibweisen, ausländische Namen). Daher ist auch diese in die Aufzählung aufzunehmen. Es sind nicht alles Tierhalter, zu welchen Daten in ARES sind, sondern auch andere Personen (z.B. Bewilligungsinhaber, Tierärzte, Exporteure, Importeure etc.).	...durch Eingabe der BUR oder UID Nummer des Betriebes , der TVD Nummer der Tierhaltung, der Identifikationsnummer des betreffenden Tieres, der Sozialversicherungsnummer oder Name des Tierhalters oder einer anderen Person .
Art. 11 Bst. h und i (neu)	National- und Ständerat haben im Dezember 2020 einer Gesetzesänderung zugestimmt, wonach Behörden von Bund, Kantonen und Gemeinden im Rahmen ihrer gesetzlichen Aufgaben generell die AHV-Nummer systematisch verwenden dürfen. Falls es die nationale Gesetzgebung erlaubt, sollen die A-Systeme als Personenidentifikator die Sozialversicherungsnummer aus dem zentralen Versichertenregister der Sozialversicherungen des Bundes beziehen können. Weiter sollen sie, wie für ARES ja bereits gemäss Erläuterungen zu Art. 2 erwähnt, auch Daten aus kantonalen Systemen, wie Limsophy u.a. beziehen können.	Erweiterung um Bst. h und i: h. Versichertenregister der Sozialversicherungen des Bundes i. Kantonale Geschäftsmanagementsysteme für den Lebensmittel- und Veterinärvollzug
Art. 12 Abs. 2 Bst. d	Wie in den Erläuterungen zu Art. 16 dargelegt, werden ASAN, ARES und FLEKO primär zur Wahrnehmung der Vollzugsaufgaben der Kantone betrieben. Dies rechtfertigt, dass zwei Drittel der Kosten für Betrieb, Wartung und Weiterentwicklung zu Lasten der Kantone gehen. Allerdings muss damit auch ein relevantes Mitbestimmungsrecht der Kantone bei der Weiterentwicklung der Systeme einhergehen. Zudem ist aus Gründen der Planungssicherheit eine mehrjährige Finanzplanung zu erstellen, in welcher die zu erwartenden Mehrkosten aufgrund von Weiterentwicklungen	Neufassung von Bst. d oder Erweiterung des Artikels um einen weiteren Bst. mit folgendem Inhalt: Es (das BLV) plant unter Einbezug der Kantone die Weiterentwicklung der Systeme und erstellt eine mehrjährige Finanzplanung.

	berücksichtigt werden.	
Art. 14 Abs. 1	Aufgrund der gegenüber anderen Stellen sehr grossen Abhängigkeit der kantonalen Veterinärbehörden von den in der Verordnung geregelten Bundessystemen soll die Zusammensetzung des Gemeinsamen Ausschusses wie er in den Erläuterungen erwähnt ist, in der Verordnung genauer festgelegt werden. Vier der fünf kantonalen Vertreter bzw. Vertreterinnen sollen aus den kantonalen Veterinärdiensten kommen, einer bzw. eine aus einem kantonalen Labor (Kantonschemiker oder Kantonschemikerin).	...besteht aus vier Vertreterinnen bzw. Vertretern des BLV sowie vier Vertreterinnen bzw. Vertretern von kantonalen Veterinärdiensten und einer Vertreterin oder einem Vertreter eines kantonalen Laboratoriums.
Art. 14 Abs. 4	Die Fachstelle und der Gemeinsame Ausschuss sind in Art. 13 bzw. 14 definiert. Auf operativer Ebene existieren jedoch weitere Gremien, wie K-ASAN und Anwenderausschüsse. Diese wird es weiter brauchen, neue sollen bedarfsweise temporär oder dauernd geschaffen werden können. Dies sollte klar Aufgabe des Gemeinsamen Ausschusses sein, der eine oder mehrere Fachstellen gemäss Art. 13 beauftragt, Ausschüsse mit Vertreterinnen und Vertretern der Kantone und/oder anderer Bundesämter einzusetzen.	Erweiterung von Abs. 4 Er (der Gemeinsame Ausschuss) kann den Fachstellen Aufträge erteilen und sie verpflichten, einen oder mehrere Fachausschüsse mit Vertreterinnen und Vertretern der Kantone und/oder anderer Bundesämter einzusetzen.
Art. 16 Abs. 1	Da ARES von den Kantonschemikerinnen und Kantonschemikern nicht genutzt wird, sind die Kosten für dieses System alleine vom Bund zu bezahlen.	ARES streichen: Die Kosten für den Betrieb des ASAN und des Fleko gehen zu einem Drittel zulasten des Bundes und zu zwei Dritteln zulasten der Kantone. Die Kosten für den Betrieb des ARES gehen zulasten des Bundes.
Art. 16	Die Erhöhung der Kantonsbeiträge ist aufgrund der neuen Funktionalitäten nachvollziehbar und betragen für die einzelnen Kantone 1500 Franken bis maximal 11'000 Franken. Allerdings vermögen die Funktionalitäten des Informationssystems FLEKO im Vollzug nicht ganz zu überzeugen, was zeigt, dass die kantonalen Bedürfnisse bei der Entwicklung zu wenig berücksichtigt wurden. Weiter fehlt eine mehrjährige Finanzplanung, aufgrund derer in den Kantonen eine korrekte Budgetierung vorgenommen werden kann. Es ist klarer zu formulieren, dass die drei Lizenzen gemäss Abs. 4 von jeder Veterinärvollzugsbehörde bzw. von der Behörde, in welcher der Veterinärdienst integriert ist, zu beziehen sind und eine Lizenz den Zugang zu allen drei Systemen gewährt.	s. Antrag zu Art. 12 Abs. 2 Abs. 4 ist genauer zu formulieren im Sinne des Kommentars

Art. 17 Abs. 1 Bst. b	Damit wie in den Erläuterungen zu Art. 2 erwähnt, auch Daten aus kantonalen Systemen ausgewertet werden können, ist die Aufzählung gemäss den Erweiterungen in Art. 11 zu ergänzen.	Abs. 1 Bst. b: den Informationssystemen nach Art. 11. Buchstaben a-d, g und i .
Art. 21	In den Informationssystemen werden Daten des kantonalen Vollzugs geführt. Die Aufbewahrung, Archivierung und Vernichtung von solchen kantonalen Daten richtet sich nach der jeweiligen kantonalen Gesetzgebung. Gemäss der Schweizerischen Archivdirektorinnen- und Archivdirektorenkonferenz (ADK) können Unterlagen aus Ebenen übergreifenden Informationssystemen grundsätzlich sowohl auf Bundes- wie auch auf Kantonsebene archivierungspflichtig sein (https://kost-ceco.ch/cms/18-038-gt-sit_de.html).	Das BLV soll prüfen, ob die Daten nach den Vorschriften des Archivierungsgesetzes vom 26. Juni 1998 und den einschlägigen kantonalen Gesetzen vor deren Löschung dem Bundesarchiv und dem entsprechenden Kantonsarchiv angeboten werden müssen. Wenn dies der Fall ist, ist in Art. 21 diese Pflicht zu beschreiben und der Prozess, wie dies sichergestellt wird, zu regeln.
Art. 24	Da die Budgetierung für das Jahr 2022 in allen Kantonen im Verlaufe des Sommers abgeschlossen sein wird und die Amtsstellen nachträglich keine Eingaben mehr machen können, sind die Änderungen, welche für die Kantone finanzielle Auswirkungen haben erst per 1.1.2023 in Kraft zu setzen. Dies betrifft insbesondere Art. 16.	Die Verordnungsänderung soll nicht wie in den Erläuterungen erwähnt auf den 1.1.2022 in Kraft gesetzt werden, sondern wegen den finanziellen Konsequenzen auf 1.1.2023. Alternativ ist zu prüfen, ob nur die Wirksamkeit von Art. 16 bis zu diesem späteren Datum verschoben werden kann, d.h. bis dann weiterhin der entsprechende Artikel in der alten Verordnung seine Gültigkeit behält.
Anhang 1 (ASAN) Ziffer 2.4	Unter Ziffer 2.4 fehlt «Meldung an anderen Prozess»	Ziffer 2.4 ergänzen
Anhang 4 (Aufhebung und Änderungen anderer Erlasse) Ziffer II, Ziffern 1, 2, 3, 6 und 8	Unter Ziffer 3 (Vollzug der Lebensmittelgesetzgebung) steht, dass das BLV nach Absprache mit den kantonalen Vollzugsbehörden die Art und Form der Datenerfassung bestimmt. Die Absprache mit den kantonalen Vollzugsbehörden, wie die Daten in den Bundessystemen erfasst (was, wann, wie ...) werden, soll in allen Vollzugsbereichen erfolgen. Der letzte Satz unter Ziffer 3, Art. 6 Abs. 2 der Verordnung über den Vollzug der Lebensmittelgesetzgebung soll auch in die anderen Vollzugsverordnungen übernommen werden.	Bei allen Änderungen unter den Ziffern 1, 2, 3, 6 und 8 ist folgendes zu ergänzen: "Das BLV bestimmt nach Absprache mit den kantonalen Vollzugsbehörden die Art und Form der Datenerfassung."



ETAT DE FRIBOURG
STAAT FREIBURG

Conseil d'Etat CE
Staatsrat SR

Rue des Chanoines 17, 1701 Fribourg

T +41 26 305 10 40, F +41 26 305 10 48
www.fr.ch/ce

Conseil d'Etat
Rue des Chanoines 17, 1701 Fribourg

PAR COURRIEL

Département fédéral de l'intérieur
Monsieur Alain Berset
Conseiller fédéral
Inselgasse 1
3003 Berne

Courriel : vernehmlassungen@blv.admin.ch

Fribourg, le 17 août 2021

2021-930

Procédure de consultation de la révision totale de l'ordonnance concernant des systèmes d'information du service vétérinaire public (OSIVét ; nouveau titre : ordonnance concernant les systèmes d'information de l'OSAV pour la chaîne agroalimentaire) de l'ordonnance sur les épizooties

Monsieur le Conseiller fédéral,

La procédure de consultation citée en titre a retenu toute notre attention.

De manière générale, nous soutenons partiellement le projet de modification tel que proposé, projet qui est toutefois nécessaire. Les remarques relatives à l'ordonnance citée en titre sont détaillées dans le formulaire qui est joint à la présente détermination et dont il fait partie intégrante.

En vous remerciant de nous avoir consultés, nous vous prions d'agréer, Monsieur le Conseiller fédéral, l'expression de nos sentiments les meilleurs.

Au nom du Conseil d'Etat :

Jean-François Steiert, Président

Danielle Gagnaux-Morel, Chancelière d'Etat

L'original de ce document est établi en version électronique

Annexe

—

Formulaire en format PDF et Word

Communication :

- a) à la Direction des instructions, agriculture et forêts ;
- b) au Service de la sécurité alimentaire et des affaires vétérinaires ;
- c) à la Chancellerie d'Etat.

Danielle Gagnaux-Morel
Chancelière d'Etat

Extrait de procès-verbal non signé, l'acte signé peut être consulté à la Chancellerie d'Etat



Procédure de consultation de la révision totale de l'ordonnance concernant des systèmes d'information du service vétérinaire public (OSIVét ; nouveau titre : ordonnance concernant les systèmes d'information de l'OSAV pour la chaîne agroalimentaire) de l'ordonnance sur les épizooties (du 12 mai au 30 août 2021)

Avis de

Nom / entreprise / organisation / service : Canton de Fribourg, via son Service de la sécurité alimentaire et des affaires vétérinaires

Sigle entreprise / organisation / service : Canton FR - SAAV

Adresse, lieu : Impasse de la Colline 4, 1762 Givisiez

Interlocuteurs : Dr Grégoire Seitert et Xavier Guillaume

Téléphone : 026 305 80 00

Courriel : Gregoire.Seitert@fr.ch et Xavier.Guillaume@fr.ch

Date : 13.07.2021

Remarques importantes :

1. Nous vous prions de ne pas modifier le formatage du formulaire.
2. Merci d'utiliser une ligne séparée par article d'ordonnance.
3. Veuillez faire parvenir votre avis au **format Word** d'ici au 30 août 2021 à l'adresse suivante :
vernehmlassungen@blv.admin.ch

Office fédéral de la sécurité alimentaire et
des affaires vétérinaires OSAV
Schwarzenburgstrasse 155, 3003 Berne
Tél. +41 58 463 30 33
info@blv.admin.ch
www.osav.admin.ch

1 Remarques générales

De manière générale, le canton de Fribourg soutient partiellement le présent projet de modification qui semble nécessaire au bon fonctionnement et à l'actualisation de ces systèmes indispensables à notre travail. Le fait qu'à l'avenir les systèmes d'information contiendront également des données provenant du contrôle officiel des denrées alimentaires et des objets usuels est à saluer dans le contexte de la "stratégie globale de la chaîne alimentaire" et de la mise en œuvre du "plan de contrôle national". Toutefois, le passage de la base de données des laboratoires ALIS à ARES devrait se traduire par des avantages plus importants, notamment pour les cantons. L'avantage est plutôt du côté de la Confédération, car elle recevra à l'avenir les données de surveillance des denrées alimentaires sous une forme standardisée via une interface avec les systèmes des laboratoires cantonaux. En outre, les fonctionnalités du système d'information FLEKO ne sont pas convaincantes dans l'application quotidienne, ce qui montre que les besoins des cantons n'ont pas été suffisamment pris en compte dans le développement.

Aussi, trois éléments nous semblent particulièrement importants, en sachant que ni le besoin de ces systèmes informatiques pour notre activité, ni la nécessité de les financer ne doivent ici être remis en question.

1. Aucune mention n'est faite dans cette révision du fait que le système A (SAN, etc.) est bientôt moribond, ni du projet stratégie IKT de l'ASVC. Même s'il s'agit de 2 choses différentes (mais parallèles), nous nous demandons si le développement actuel (et les adaptations législatives y relatives) ne devrait pas déjà tenir compte (ou du moins peut-être encore attendre) le développement de la stratégie VSKT ; en effet, il n'est pas imaginable que les adaptations significatives prévues pour ces 10 prochaines années conditionnent l'étude stratégie IT de l'ASVC (« mettre la charrue avant les bœufs ») et prônent un statut quo, car les doublons actuels ne sont pas finançables à moyen terme et doivent définitivement disparaître. En effet, les nouvelles possibilités techniques et les exigences des utilisateurs doivent être prises en compte. Si les systèmes doivent continuer à être mis en œuvre conjointement avec tous les cantons et la Confédération, ce qui est à espérer, la coopération, la cogestion et le financement doivent alors être réorganisés sur une base durable et à long terme entre les cantons et avec la Confédération. Cette ordonnance devra alors être révisée à nouveau.
2. Le mode de financement devra probablement être revu par les cantons. En effet, l'article 16 concernant le financement semble être problématique. Cela pose d'ailleurs aussi la question du rôle du GA ASAN. S'il y a une hausse des frais ASAN comme actuellement, cette augmentation peut être refusée par les administrations cantonales centrales, et l'enveloppe budgétaire rester la même que l'année précédente. Il faudra donc trouver une solution entre essayer d'augmenter les recettes, renoncer au montant prévu (et donc au programme d'assainissement volontaire du piétin pour 2024 par exemple) ou réduire le nombre d'utilisateurs d'ASAN (en partageant des accès pour les collaborateurs à temps partiel). En outre, il n'existe pas de planification financière pluriannuelle sur la base de laquelle une planification à moyen terme puisse être effectuée dans les cantons. En conséquence, la participation des cantons à la poursuite du développement des systèmes communs doit être mentionnée dans l'ordonnance, et un plan financier pluriannuel correspondant doit être établi à l'avenir par l'Office fédéral.
3. Aussi, le but pour tous est de pouvoir n'enregistrer qu'une seule fois les données, mais pour cela il faudrait tendre à une réelle diminution des interfaces, même si cela pouvait s'avérer compliqué ; c'est dans ce sens qu'un système pourrait être optimal et ainsi éviter les doubles saisies. Par exemple, il pourrait être prévu que les données qui se trouvent dans Limsophy soient intégrées dans le nouveau système ARES. Il est donc déterminant de développer un système fédéral suffisamment agile pour reprendre les données des applications cantons déjà existantes et ayant

été développées entretemps par déficit d'agilité d'outil permettant la gestion des données et des processus de A à Z y compris la facturation, ex. LIMSOPHY, AC-Mobile, DG-WEB ou GELAN.

2 Remarques sur les différentes dispositions

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)
Ên-tête	Conformément à l'art. 212a de l'ordonnance sur la protection des animaux (RS 455.1 ; OPAn), les cantons doivent saisir les interdictions de détention d'animaux dans ASAN. Les résultats des contrôles du bien-être animal dans AControl sont transférés à ASAN pour un traitement ultérieur. La base légale se trouve dans la loi sur la protection des animaux (RS 455 ; LPA). Il convient de vérifier si la LPA ou l'OPAn doit également figurer dans l'en-tête.	Vérifier si la LPA ou l'OPAn manque dans l'en-tête.
Art. 2 al. 1	Les produits thérapeutiques, et en particulier les médicaments vétérinaires, sont absents de la liste des domaines d'application, bien que les licences de commerce de détail soient traitées ou du moins enregistrées dans ASAN, que les résultats des contrôles de la production primaire soient récupérés dans AControl et que les données de la base de données des antibiotiques soient analysées dans le système d'évaluation ALVPH. Une interface indirecte ou directe avec ASAN pour le transfert d'autres données (par exemple toutes les données selon le chiffre 2 de l'annexe 1 de l'ordonnance) à partir des systèmes cantonaux, comme Limsophy, serait hautement souhaitable.	Compléter : « [...] pour accomplir leurs tâches d'exécution dans les domaines de la santé animale, de la protection des animaux, de la sécurité des denrées alimentaires et des produits thérapeutiques [...] ». Prévoir une interface entre ASAN et Limsophy.
Art. 3 al. 1 let. b	L'annexe 1 énumère également les données relatives à l'application de la législation dans le domaine des médicaments vétérinaires et des professions vétérinaires. Dans l'article 3, cependant, ces domaines sont absents de la liste.	Rajouter un chiffre : « 4. Médicaments vétérinaires et professions vétérinaires ».

Art. 4 al. 1 let. d	L'UCAL n'est à notre connaissance pas une autorité de surveillance. Dans le domaine des denrées alimentaires en tout cas, ce rôle est dévolu à l'OSAV (https://www.fedlex.admin.ch/eli/cc/2020/460/fr#art_12) sur la base de l'art. 42 al. 1 LDAI.	Remplacer : « <i>l'Unité fédérale pour la chaîne agroalimentaire (UCAL): afin de garantir le suivi la surveillance de l'exécution de la législation phytosanitaire et des législations relatives aux aliments pour animaux, aux épizooties, à la protection des animaux et aux denrées alimentaires ;</i> »
Art. 4 al. 1 let. h	De quels services spécialisés parle-t-on ? sont-ils définis quelque part ? sinon, comment peut-on savoir qui décidera – notamment – d'attribuer des accès aux collaborateurs/trices des cantons ?	Clarifier l'identité des services spécialisés.
Art. 11 let. h et i (nouveaux)	En décembre 2020, le Conseil national et le Conseil des États ont approuvé une modification de la loi en vertu de laquelle les autorités fédérales, cantonales et communales peuvent utiliser systématiquement le numéro AVS dans le cadre de leurs tâches légales. Donc, les systèmes « A » de la Confédération devraient pouvoir utiliser le numéro de sécurité sociale du registre central des assurés des assurances sociales de la Confédération comme identifiant de la personne. En outre, comme déjà mentionné ci-dessus à l'article 2, ils devraient également pouvoir obtenir des données des systèmes cantonaux tels que Limsophy.	Rajouter les lettres h et i : « <i>h. Registre des assurés des régimes fédéraux d'assurance sociale</i> <i>i. Systèmes cantonaux de gestion des affaires alimentaires et vétérinaires</i> »
Art. 12 al. 2 let. d	Comme expliqué dans les commentaires de l'article 16, ASAN, ARES et FLEKO sont principalement exploités pour accomplir les tâches d'exécution des cantons. Cela justifie le fait que deux tiers des coûts d'exploitation, d'entretien et de développement ultérieur sont supportés par les cantons. Toutefois, cela doit également s'accompagner d'un droit de codécision permanent pour les cantons dans le développement ultérieur des systèmes. En outre, pour des raisons de sécurité de la planification, un plan financier pluriannuel doit être établi, dans lequel les coûts supplémentaires à prévoir en raison de développements ultérieurs sont pris en compte.	Reformuler la lettre d) ou rajouter une nouvelle lettre dont le contenu est le suivant : « <i>Il (l'OSAV) planifie le développement ultérieur des systèmes avec la participation des cantons et établit un plan financier pluriannuel</i> ».
Art. 16	L'augmentation des contributions cantonales est compréhensible au vu des nouvelles fonctionnalités. Cependant, les fonctionnalités du système	Voir la proposition de l'article 12.

	d'information FLEKO ne sont pas convaincantes en termes de mise en œuvre, ce qui montre que les besoins des cantons ont été trop peu pris en compte lors du développement. En outre, il n'existe pas de planification financière pluriannuelle sur la base de laquelle une budgétisation correcte peut être effectuée dans les cantons.	
Art. 17 al. 1 let. b	Afin que les données des systèmes cantonaux puissent également être évaluées, comme mentionné dans le commentaire de l'article 2, la liste doit être complétée dans l'article 11.	Rajouter à l'alinéa 1 let. b : « <i>les systèmes d'information visés à l'art. 11 let. a à d et g à i.</i> »
Art. 24	Comme le budget pour 2022 sera sous toit, les modifications ayant des incidences financières ne devraient être en vigueur qu'à partir du 1er janvier 2023. Il s'agit en particulier de l'art. 16.	Les modifications de l'ordonnance ne devraient pas entrer en vigueur le 1.1.2022, comme mentionné dans les notes explicatives, mais plutôt le 1.1.2023 en raison des conséquences financières. Alternativement, il faudrait examiner si seule l'entrée en vigueur de l'art. 16 peut être reportée à cette date ultérieure.



Genève, le 7 juillet 2021

Le Conseil d'Etat

3329-2021

Département fédéral de l'intérieur
Monsieur Alain BERSET
Conseiller fédéral
Ingelgasse 1
3003 Berne

Concerne : révision totale de l'ordonnance concernant les systèmes d'information du service vétérinaire public (OSIVét, nouveau titre : ordonnance concernant les systèmes d'information de l'OSAV pour la chaîne agroalimentaire) : ouverture de la procédure de consultation du 12 mai 2021

Monsieur le Conseiller fédéral,

Nous vous remercions pour votre courrier du 12 mai 2021 qui a retenu toute notre attention.

Notre Conseil salue le projet de révision totale de l'ordonnance concernant les systèmes d'information du service vétérinaire public (OSIVét, nouveau titre : ordonnance concernant les systèmes d'information de l'OSAV pour la chaîne agroalimentaire) allant dans le sens d'un renforcement du contrôle et de la sécurité des denrées alimentaires.

Cependant, notre Conseil souhaiterait que la nature exacte des données livrées par les cantons dans le système d'information pour les résultats de contrôles et d'analyses (ARES), en ce qui concerne les contrôles officiels des denrées alimentaires et des objets usuels, soit intégrée dans l'ordonnance. En effet, la liste des données contenues dans ARES, telle que spécifiée dans ce projet d'ordonnance, est beaucoup trop vague. Au minimum, il faudrait préciser que la nature des données transmises est fixée d'entente avec les cantons. Par ailleurs, nous souhaitons que l'anonymat des entreprises dont les produits ou les processus ont été contrôlés soit totalement garanti et que cela soit indiqué de manière explicite dans cette révision.

Finalelement, notre Conseil souhaiterait que les modalités de restriction des accès aux systèmes d'information soient clairement définies afin de garantir que l'utilisateur n'aura accès qu'aux données nécessaires à la réalisation des tâches qui lui incombent.

En vous remerciant de nous avoir consultés à ce sujet, nous vous prions de croire, Monsieur le Conseiller fédéral, à l'expression de notre parfaite considération.

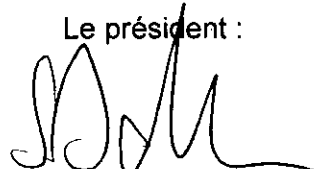
AU NOM DU CONSEIL D'ÉTAT

La chancelière :



Michèle Righetti

Le président :



Serge Dal Busco

Annexe : questionnaire en retour

Copie par courrier électronique (format Word et PDF) à : vernehmlassungen@blv.admin.ch



**Procédure de consultation de la révision totale de l'ordonnance concernant des systèmes d'information du service
vétérinaire public (OSIVét ; nouveau titre : ordonnance concernant les systèmes d'information de l'OSAV pour la chaîne
agroalimentaire) de l'ordonnance sur les épizooties
(du 12 mai au 30 août 2021)**

Avis de

Nom / entreprise / organisation / service : service de la consommation et des affaires vétérinaires
Sigle entreprise / organisation / service : SCAV
Adresse, lieu : quai Ernest-Ansermet 22, 1205 Genève
Interlocuteurs : Dr Patrick Edder, chimiste cantonal / Dr Michel Rérat, vétérinaire cantonal
Téléphone : 022 546 56 00
Courriel : patrick.edder@etat.ge.ch / michel.rerat@etat.ge.ch
Date : 15.06.2021

Remarques importantes :

1. Nous vous prions de ne pas modifier le formatage du formulaire.
2. Merci d'utiliser une ligne séparée par article d'ordonnance.
3. Veuillez faire parvenir votre avis au **format Word** d'ici au 30 août 2021 à l'adresse suivante :
vernehmlassungen@blv.admin.ch

Office fédéral de la sécurité alimentaire et
des affaires vétérinaires OSAV
Schwarzenburgstrasse 155, 3003 Berne
Tél. +41 58 463 30 33
info@blv.admin.ch
www.osav.admin.ch

De manière générale, la révision totale ainsi que l'élargissement des données aux aspects de denrées alimentaires sont à saluer.

Le délai de la révision du financement mise en consultation jusqu'à la fin août 2021 (augmentation de la participation des cantons à hauteur de CHF 250'000.--) pour une mise en application pour 2022 n'est pas réaliste au vu des planifications cantonales budgétaires déjà clôturées pour 2022. Une planification financière pluriannuelle permettrait d'entreprendre une planification à moyen terme dans les cantons.

Enfin, il est à remarquer que la mise à disposition par la Confédération d'un système tel ASAN, véritable outil polyvalent et intégratif pour les cantons dans la réalisation de leurs tâches exécutives, est parfaitement louable et s'inscrit dans une évolution logique du monde actuel. Bien que les aspects technocratiques semblent réglés par cette ordonnance, l'ergonomie d'utilisation de ces systèmes d'information dispose encore d'une marge importante de progression pour être parachevée.

Concernant FLEKO, les fonctionnalités du système dernièrement installées ne sont pas convaincantes en termes de mise en œuvre pour les autorités compétentes, ce qui montre que les besoins des cantons n'ont pas été suffisamment pris en compte lors du développement.

La liste des données contenues dans le système d'information pour les résultats de contrôles et d'analyses (ARES) telle que spécifiée dans ce projet d'ordonnance est beaucoup trop vague. Par conséquent, la nature exacte des données livrées par les cantons en ce qui concerne les contrôles officiels des denrées alimentaires et des objets usuels doit être intégrée dans l'ordonnance ou qu'il soit au minimum indiqué qu'elles sont fixées d'entente avec les cantons. Par ailleurs, ce projet d'ordonnance ne précise pas de manière explicite que l'anonymat des entreprises, dont les produits ou les processus ont été contrôlés, sera garanti.

Finalement, il faudrait que les modalités de restriction des accès aux systèmes d'information soient clairement définies afin de garantir que l'utilisateur n'aura accès qu'aux données nécessaires à la réalisation des tâches qui lui incombent.

2 Remarques sur les différentes dispositions		
Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)
Article 6	Les droits d'accès semblent être donnés pour l'entier d'un système d'information donné. Or, certains systèmes d'informations, comme ASAN, contiennent des données provenant de diverses législations et seraient accessibles par différentes entités, étatiques ou privées. L'accès aux données doit être restreint seulement aux données nécessaires à l'accomplissement de la tâche prévue. Il convient donc de mieux définir les restrictions d'accès aux données pour chacun des systèmes d'information ASAN, Fleko et ARES et de préciser comment la notion de « données d'exécution nécessaires à l'accomplissement des tâches » sera mise en pratique.	Préciser que les accès peuvent être restreints aux seuls champs nécessaires à l'accomplissement de leur tâches légales et pas à l'ensemble du système d'information ainsi que les critères qui seront utilisés pour cloisonner ou limiter l'accès aux données.
Article 11	La banque de données sur le lait semble faire défaut alors que celle-ci est partie intégrante des données sur une denrée alimentaire courante (pas de mention dans OSI Agr). En revanche Acontrol y figure, bien que non précisé explicitement.	Précision sur la possibilité d'échange de données avec la BD Lait.
Article 12 alinéa 2	Comme expliqué dans les commentaires sur l'article 16, ASAN, ARES, et Fleko sont principalement exploités pour accomplir les tâches d'exécution des cantons. Cela justifie le fait que deux tiers des coûts d'exploitation, d'entretien et de développement ultérieurs sont supportés par les cantons. Toutefois, cela doit également s'accompagner d'un droit de codécision pertinent pour les cantons dans le développement ultérieur des systèmes. En outre, pour des raisons de sécurité de la planification, un plan financier pluriannuel doit être établi, dans lequel les coûts supplémentaires à prévoir en raison de développements ultérieurs sont pris en compte.	Lettre d : il planifie le développement des systèmes avec la participation des cantons et établit un plan financier pluriannuel.

Article 14 alinéa 1	Il convient de fixer dans l'ordonnance la composition de la commission mixte telle que mentionnée dans les notes explicatives.	...est composé de quatre représentants de l'OSAV, de quatre représentants des services vétérinaires cantonaux et d'un représentant d'un laboratoire cantonal.
alinéa 4	Afin de répondre aux demandes opérationnelles spécifiques, il doit exister la possibilité pour le comité mixte de créer une commission spécialisée.	Il peut donner des mandats aux services spécialisés et leur demander de mettre en place une (ou plusieurs) commission(s) spécialisée(s) avec des représentants des cantons.
Article 16 alinéas 1 et 2	Le système ARES n'étant pas utile pour les autorités d'exécution du droit alimentaire, le financement par les cantons doit être supprimé. L'augmentation des contributions cantonales est compréhensible au vu des nouvelles fonctionnalités. Cependant, les fonctionnalités du système d'information Fleko ne sont pas convaincantes en termes de mise en œuvre, ce qui montre que les besoins des cantons ont été trop peu pris en compte lors du développement. En outre, il n'existe pas de planification financière pluriannuelle sur la base de laquelle une budgétisation correcte peut être effectuée dans les cantons.	Alinéa 1 : supprimer ARES Voir proposition de modification à l'article 12 alinéa 2.
alinéa 4	Au vu de l'augmentation des coûts et de l'éventuelle extension du périmètre au domaine des denrées alimentaires et des objets usuels, le nombre minimal de licences couvert par la contribution de base devrait être augmenté.	La contribution minimale devrait couvrir au moins dix licences.

Article 18 alinéa 2	L'expérience, notamment en matière d'épizooties, montre que le système actuel de saisies et d'utilisation des données (ASAN) connaît des limites. En effet, la saisie des exploitations, de leurs coordonnées GPS et des espèces animales présentes sont sous la responsabilité d'un service cantonal différent de celui pouvant être amené à l'utiliser (agriculture versus vétérinaire). Il importe donc que les données fournies par un service soient rigoureuses, même si leur propre utilisation en est limitée. En cas d'épizootie hautement contagieuse, les données du système ASAN se doivent d'être à jour. La répartition actuelle des tâches n'optimise pas cette nécessité d'efficience et donne une impression d'opacité.	
Article 24	Le délai de la révision du financement mise en consultation ne permet pas une mise en application pour 2022 au vu des planifications cantonales budgétaires déjà clôturées pour l'année prochaine. Les changements ne peuvent entrer en vigueur qu'à partir du 1^{er} janvier 2023.	
Annexe 2	La liste des données contenues dans ARES est beaucoup trop vague en ce qui concerne la sécurité alimentaire. Ces dernières doivent être précisées dans l'ordonnance en lien avec les fiches du projet DAKA.	Compléter l'annexe 2 avec les fiches du projet DAKA ou alors introduire dans l'article 3 alinéa 2 que la nature précises des données est déterminée d'entente avec les cantons.



**Procédure de consultation de la révision totale de l'ordonnance concernant des systèmes d'information du service vétérinaire public (OSIVét ; nouveau titre : ordonnance concernant les systèmes d'information de l'OSAV pour la chaîne agroalimentaire) de l'ordonnance sur les épizooties
(du 12 mai au 30 août 2021)**

Avis de

Nom / entreprise / organisation / service : service de la consommation et des affaires vétérinaires
Sigle entreprise / organisation / service : SCAV
Adresse, lieu : quai Ernest-Ansermet 22, 1205 Genève
Interlocuteurs : Dr Patrick Edder, chimiste cantonal / Dr Michel Rérat, vétérinaire cantonal
Téléphone : 022 546 56 00
Courriel : patrick.edder@etat.ge.ch / michel.rerat@etat.ge.ch
Date : 15.06.2021

Remarques importantes :

1. Nous vous prions de ne pas modifier le formatage du formulaire.
2. Merci d'utiliser une ligne séparée par article d'ordonnance.
3. Veuillez faire parvenir votre avis au **format Word** d'ici au 30 août 2021 à l'adresse suivante :
vernehmlassungen@blv.admin.ch

Office fédéral de la sécurité alimentaire et
des affaires vétérinaires OSAV
Schwarzenburgstrasse 155, 3003 Berne
Tél. +41 58 463 30 33
info@blv.admin.ch
www.osav.admin.ch

1 Remarques générales

De manière générale, la révision totale ainsi que l'élargissement des données aux aspects de denrées alimentaires sont à saluer.

Le délai de la révision du financement mise en consultation jusqu'à la fin août 2021 (augmentation de la participation des cantons à hauteur de CHF 250'000.-) pour une mise en application pour 2022 n'est pas réaliste au vu des planifications cantonales budgétaires déjà clôturées pour 2022. Une planification financière pluriannuelle permettrait d'entreprendre une planification à moyen terme dans les cantons.

Enfin, il est à remarquer que la mise à disposition par la Confédération d'un système tel ASAN, véritable outil polyvalent et intégratif pour les cantons dans la réalisation de leurs tâches exécutives, est parfaitement louable et s'inscrit dans une évolution logique du monde actuel. Bien que les aspects technocratiques semblent réglés par cette ordonnance, l'ergonomie d'utilisation de ces systèmes d'information dispose encore d'une marge importante de progression pour être parachevée.

Concernant FLEKO, les fonctionnalités du système dernièrement installées ne sont pas convaincantes en termes de mise en œuvre pour les autorités compétentes, ce qui montre que les besoins des cantons n'ont pas été suffisamment pris en compte lors du développement.

La liste des données contenues dans le système d'information pour les résultats de contrôles et d'analyses (ARES) telle que spécifiée dans ce projet d'ordonnance est beaucoup trop vague. Par conséquent, la nature exacte des données livrées par les cantons en ce qui concerne les contrôles officiels des denrées alimentaires et des objets usuels doit être intégrée dans l'ordonnance ou qu'il soit au minimum indiqué qu'elles sont fixées d'entente avec les cantons. Par ailleurs, ce projet d'ordonnance ne précise pas de manière explicite que l'anonymat des entreprises, dont les produits ou les processus ont été contrôlés, sera garanti.

Finalement, il faudrait que les modalités de restriction des accès aux systèmes d'information soient clairement définies afin de garantir que l'utilisateur n'aura accès qu'aux données nécessaires à la réalisation des tâches qui lui incombent.

2 Remarques sur les différentes dispositions

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)
Article 6	Les droits d'accès semblent être donnés pour l'entier d'un système d'information donné. Or, certains systèmes d'informations, comme ASAN, contiennent des données provenant de diverses législations et seraient accessibles par différentes entités, étatiques ou privées. L'accès aux données doit être restreint seulement aux données nécessaires à l'accomplissement de la tâche prévue. Il convient donc de mieux définir les restrictions d'accès aux données pour chacun des systèmes d'information ASAN, Fleko et ARES et de préciser comment la notion de « données d'exécution nécessaires à l'accomplissement des tâches » sera mise en pratique.	Préciser que les accès peuvent être restreints aux seuls champs nécessaires à l'accomplissement de leur tâches légales et pas à l'ensemble du système d'information ainsi que les critères qui seront utilisés pour cloisonner ou limiter l'accès aux données.
Article 11	La banque de données sur le lait semble faire défaut alors que celle-ci est partie intégrante des données sur une denrée alimentaire courante (pas de mention dans OSI Agr). En revanche Acontrol y figure, bien que non précisé explicitement.	Précision sur la possibilité d'échange de données avec la BD Lait.
Article 12 alinéa 2	Comme expliqué dans les commentaires sur l'article 16, ASAN, ARES et Fleko sont principalement exploités pour accomplir les tâches d'exécution des cantons. Cela justifie le fait que deux tiers des coûts d'exploitation, d'entretien et de développement ultérieurs sont supportés par les cantons. Toutefois, cela doit également s'accompagner d'un droit de codécision pertinent pour les cantons dans le développement ultérieur des systèmes. En outre, pour des raisons de sécurité de la planification, un plan financier pluriannuel doit être établi, dans lequel les coûts supplémentaires à prévoir en raison de développements ultérieurs sont pris en compte.	Lettre d : il planifie le développement des systèmes avec la participation des cantons et établit un plan financier pluriannuel.

Article 14 alinéa 1	Il convient de fixer dans l'ordonnance la composition de la commission mixte telle que mentionnée dans les notes explicatives.	...est composé de quatre représentants de l'OSAV, de quatre représentants des services vétérinaires cantonaux et d'un représentant d'un laboratoire cantonal.
alinéa 4	Afin de répondre aux demandes opérationnelles spécifiques, il doit exister la possibilité pour le comité mixte de créer une commission spécialisée.	Il peut donner des mandats aux services spécialisés et leur demander de mettre en place une (ou plusieurs) commission(s) spécialisée(s) avec des représentants des cantons.
Article 16 alinéas 1 et 2	Le système ARES n'étant pas utile pour les autorités d'exécution du droit alimentaire, le financement par les cantons doit être supprimé. L'augmentation des contributions cantonales est compréhensible au vu des nouvelles fonctionnalités. Cependant, les fonctionnalités du système d'information Fleko ne sont pas convaincantes en termes de mise en œuvre, ce qui montre que les besoins des cantons ont été trop peu pris en compte lors du développement. En outre, il n'existe pas de planification financière pluriannuelle sur la base de laquelle une budgétisation correcte peut être effectuée dans les cantons.	Alinéa 1 : supprimer ARES Voir proposition de modification à l'article 12 alinéa 2.
alinéa 4	Au vu de l'augmentation des coûts et de l'éventuelle extension du périmètre au domaine des denrées alimentaires et des objets usuels, le nombre minimal de licences couvert par la contribution de base devrait être augmenté.	La contribution minimale devrait couvrir au moins dix licences.

Article 18 alinéa 2	L'expérience, notamment en matière d'épizooties, montre que le système actuel de saisies et d'utilisation des données (ASAN) connaît des limites. En effet, la saisie des exploitations, de leurs coordonnées GPS et des espèces animales présentes sont sous la responsabilité d'un service cantonal différent de celui pouvant être amené à l'utiliser (agriculture versus vétérinaire). Il importe donc que les données fournies par un service soient rigoureuses, même si leur propre utilisation en est limitée. En cas d'épizootie hautement contagieuse, les données du système ASAN se doivent d'être à jour. La répartition actuelle des tâches n'optimise pas cette nécessité d'efficacité et donne une impression d'opacité.	
Article 24	Le délai de la révision du financement mise en consultation ne permet pas une mise en application pour 2022 au vu des planifications cantonales budgétaires déjà clôturées pour l'année prochaine. Les changements ne peuvent entrer en vigueur qu'à partir du 1^{er} janvier 2023.	
Annexe 2	La liste des données contenues dans ARES est beaucoup trop vague en ce qui concerne la sécurité alimentaire. Ces dernières doivent être précisées dans l'ordonnance en lien avec les fiches du projet DAKA.	Compléter l'annexe 2 avec les fiches du projet DAKA ou alors introduire dans l'article 3 alinéa 2 que la nature précises des données est déterminée d'entente avec les cantons.



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Departement des Innern EDI
**Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und
Veterinärwesen BLV**
Recht

**Vernehmlassung zur Totalrevision der Verordnung über die Informationssysteme für den öffentlichen Veterinärdienst
(ISVet-V, neu: Verordnung über Informationssysteme des BLV für die Lebensmittelkette)
(12.05. bis 30.08.2021)**

Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation / Amt : Kanton Glarus
Abkürzung der Firma / Organisation / Amt : GL
Adresse, Ort : Ringstrasse 10
7001 Chur
Kontaktperson : Giochen Bearth, Kantonstierarzt GR/GL
Telefon : +41 (0)58 464 92 25
E-Mail : giochen.bearth@alt.gr.ch
Datum : 12.08.2021

Wichtige Hinweise:

1. Wir bitten Sie, keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen!
2. Bitte pro Artikel der Verordnung eine eigene Zeile verwenden.
3. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte als **Word**-Dokument bis am 30.08.2021 an folgende E-Mail-Adresse:
vernehmlassungen@blv.admin.ch

Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und
Veterinärwesen BLV
Schwarzenburgstrasse 155, 3003 Bern
Tel. +41 58 463 30 33
info@blv.admin.ch
www.blv.admin.ch

1

Allgemeine Bemerkungen

Der Kanton Glarus anerkennt den grossen Nutzen der von Bund und Kantonen im Veterinärvollzug gemeinsam betriebenen Systeme. Dass zukünftig die Informationssysteme auch Daten aus der amtlichen Kontrolle von Lebensmitteln und Gebrauchsgegenständen enthalten sollen, ist vor dem Hintergrund der "Gesamtstrategie Lebensmittelkette" und der Umsetzung des "nationalen Kontrollplans" zu begrüssen.

Mit der Verordnungsrevision wird auch der Kostenbeitrag der Kantone an den Betrieb der Systeme erhöht. Es ist unbestritten, dass ein gemeinsames System gegenüber kantonalen Einzelsystemen kosteneffizienter ist. Auch lässt sich die Erhöhung der Kosten mit neuen Funktionalitäten begründen. Allerdings fehlt in den Erläuterungen eine einleuchtende Begründung, wieso mit dem Wechsel von der Labordatenbank ALIS zu ARES insbesondere für die Kantone ein grösserer Nutzen entstehen soll. Der Nutzen liegt auf Seiten des Bundes, bekommt er doch so in Zukunft Daten aus der Lebensmittelüberwachung einheitlich über eine Schnittstelle zu den kantonalen Systemen der Labore. Weiter vermögen die Funktionalitäten des Informationssystems FLEKO im Vollzug nicht zu überzeugen, was zeigt, dass die kantonalen Bedürfnisse bei der Entwicklung zu wenig berücksichtigt wurden. Weiter fehlt eine mehrjährige Finanzplanung, aufgrund derer in den Kantonen eine mittelfristige Planung vorgenommen werden kann. Dementsprechend ist der Kanton Glarus der Ansicht, dass die Mitwirkung der Kantone bei der Weiterentwicklung der gemeinsamen Systeme unbedingt in der Verordnung festzulegen ist und eine entsprechende mehrjährige Finanzplanung zukünftig durch das Bundesamt auszuarbeiten ist.

Der Kanton Glarus sieht die vorgelegte Verordnung als Übergangsregelung bis zur Umsetzung der "IKT Strategie 2025" des Veterinärdienstes Schweiz (VetD CH), welche die Vereinigung der Schweizer Kantonstierärztinnen und Kantonstierärzte (VSKT) im Juni 2020 verabschiedet hat. Die Vision des Kantons Glarus besteht in einem effizienten und effektiven IKT System, welches die kantonalen Veterinärdienste administrativ maximal entlastet. Die Flexibilität des IKT Systems soll erhöht und die Möglichkeiten elektronischer Behördenleistungen sollen genutzt werden, wie dies auf allen Stufen der Verwaltung angestrebt wird (Siehe Digitale Verwaltung Schweiz, egovernment.ch, kantonale IKT-Strategien etc.). Die Realisierung soll auf den gemachten Erkenntnissen mit den heute gemeinsam mit dem Bund realisierten Systemen (ASAN, Acontrol, ARES, FLEKO) basieren. Die neuen technischen Möglichkeiten und Anforderungen der Benutzer sind dabei zu berücksichtigen. Falls die Systeme weiterhin gemeinsam mit allen Kantonen und dem Bund umgesetzt werden sollen, was zu hoffen ist, dann muss die Zusammenarbeit, die Mitsprache und die Finanzierung langfristig und nachhaltig zwischen den Kantonen und mit dem Bund neu geregelt werden. Dann wird auch diese Verordnung nochmals überarbeitet werden müssen.

Bemerkungen zu den einzelnen Bestimmungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Ingress	Die Kantone müssen gemäss Art. 212a der Tierschutzverordnung (SR 455.1; abgekürzt TSchV) Tierhalteverbote in ASAN eingeben. Ergebnisse der Tierschutzkontrollen in AControl werden an ASAN zur weiteren Bearbeitung übertragen. Die Rechtsgrundlage dafür müsste im Tierschutzgesetz (SR 455; abgekürzt TSchG) zu finden sein. Es ist zu prüfen, ob das TSchG im Ingress ebenfalls aufzuführen ist. Falls im Tierschutzgesetz die Rechtsgrundlage für die Regelung in dieser Verordnung fehlt, ist diese bei der nächsten Revision zu schaffen.	Prüfen, ob das TSchG im Ingress fehlt bzw. ob im TSchG die Delegation für die Regelung an den Bundesrat erst noch zu schaffen ist.
Art. 2 Abs. 1	Bei der Aufzählung der Vollzugsbereiche fehlt der Heilmittel-, im Speziellen Tierarzneimittelbereich, obwohl in ASAN die Detailhandelsbewilligungen bearbeitet oder zumindest erfasst werden, die Ergebnisse der Primärproduktionskontrollen aus AControl geholt werden und die Daten der Antibiotikadatenbank im Auswertungssystem ALVPH analysiert werden. Erfreulich ist, dass zukünftig ARES von denjenigen Kantonen, welche nicht mit ASAN arbeiten, für die Übermittlung der Kontrolldaten im Veterinärbereich aus kantonseigenen Systemen in das Auswertungs- und Analysesystem ALVPH genutzt werden kann (Erläuterungen S.2). Eine indirekte oder direkte Schnittstelle zu ASAN für die Übertragung weiterer Daten (z.B. alle Daten gemäss Ziffer 2 des Anhangs 1 der Verordnung) aus den kantonalen Systemen, wie Limsophy, wäre aus Sicht einiger weniger Kantone äusserst wünschenswert. Es ist jedoch verständlich, dass das Anliegen erst im Rahmen der IKT Strategie 2025 geprüft werden soll bzw. sich mit der Strategie die Ausgangslage ändert.	...zur Erfüllung ihrer Vollzugsaufgaben in den Bereichen Tiergesundheit, Tierschutz, Lebensmittel- und Heilmittelsicherheit...
Art. 3 Abs. 1 Bst. b	Im Anhang 1 sind auch Vollzugsdaten im Bereich Tierarzneimittel und Veterinärberufe aufgeführt. Im Art. 3 fehlt dieser Bereich jedoch in der Aufzählung.	Art. 3 Abs. 1 Bst b, neu: 4. Tierarzneimittel und Veterinärberufe

Art. 4 Abs. 1 Bst a, b, d, e, f	Bei allen aufgeführten Buchstaben ist der Bereich Heilmittel ebenfalls aufzuführen.	Art. 4 Abs. 1 Bst a, b, e: ...des Tierschutzes, einer einwandfreien Primärproduktion und der Heilmittelsicherheit... Art. 4 Abs. 1 Bst d: ... Tierschutz-, Lebensmittel- und Heilmittelgesetzgebung; Art. 4 Abs. 1 Bst f: ... Tierschutz, Lebens- und Heilmittelsicherheit...
Art. 5 Bst c	Auch hier fehlt die Aufzählung des Heilmittelbereiches	Art. 5 Bst c: ... Tierschutz, Lebens- und Heilmittelsicherheit...
Art. 6 Abs. 1 Bst. c	Auch hier fehlt die Aufzählung des Heilmittelbereiches	Art. 6 Abs. 1 Bst c: ... Tierschutz, Lebens- und Heilmittelsicherheit...
Art. 8 Abs. 4	Auch hier fehlt die Aufzählung des Heilmittelbereiches	Art. 8 Abs. 4: ... Tierschutz, Lebens- und Heilmittelsicherheit...
Art. 8 Abs. 5 Bst. a	Die Kriterien für die hier erwähnten Betriebe muss durch solche, die mit Heilmitteln umgehen, erweitert werden.	Art. 8 Abs. 5 Bst. a: ... von Betrieben betreffen, die mit Lebensmitteln und Gebrauchsgegenständen oder Heilmitteln...
Art. 8 Abs. 5 Bst. b	Für den Zugriff auf die Vollzugsdaten einer anderen kantonalen Verwaltungseinheit in ARES müssen nicht nur Tierhaltungen abgefragt werden können, sondern auch andere Betriebe, z.B. Lebensmittelbetriebe, Tierarztpraxen etc. Für die Suche ist die UID/BUR Nummer der Schlüssel. Tierhaltungen sind ev. in Zukunft auch über die BUR Nummer identifiziert und nicht mehr über die TVD Nummer. Für Personen (z.B. Heimtierhalter) ist in der Schweiz die Sozialversicherungsnummer der eindeutige Schlüssel, welcher in Zukunft von der Verwaltung genutzt werden kann, ein wesentlicher Vorteil im Gegensatz zur Verwendung von Name-Vorname (Schreibweisen, ausländische Namen) Daher ist auch diese in die Aufzählung aufzunehmen. Es sind nicht alle Tierhalter, zu welchen Daten in ARES sind, sondern auch andere Personen (z.B. Bewilligungsinhaber, Tierärzte, Exporteure, Importeure etc.)	...durch Eingabe der BUR oder UID Nummer des Betriebes , der TVD Nummer der Tierhaltung, der Identifikationsnummer des betreffenden Tieres, der Sozialversicherungsnummer oder des Namens der Tierhalterin oder des Tierhalters oder einer andern Person.

Art. 11 Bst. h und i (neu)	National- und Ständerat haben im Dezember 2020 einer Gesetzesänderung zugestimmt, wonach Behörden von Bund, Kantonen und Gemeinden im Rahmen ihrer gesetzlichen Aufgaben generell die AHV-Nummer systematisch verwenden dürfen. Falls es die nationale Gesetzgebung erlaubt, sollen die A-Systeme als Personenidentifikator die Sozialversicherungsnummer aus dem zentralen Versichertenregister der Sozialversicherungen des Bundes beziehen können. Weiter sollen sie, wie für ARES ja bereits gemäss Erläuterungen zu Art. 2 erwähnt, auch Daten aus kantonalen Systemen, wie Limsophy u.a. beziehen können.	Art. 11 Bst. h und i, neu h. Versichertenregister der Sozialversicherungen des Bundes i. Kantonale Geschäftsmanagementsysteme für den Lebensmittel- und Veterinärvollzug
Art. 12 Abs. 2 Bst. d	Wie in den Erläuterungen zu Artikel 16 dargelegt, werden ASAN, ARES und FLEKO primär zur Wahrnehmung der Vollzugsaufgaben der Kantone betrieben. Dies rechtfertigt, dass zwei Drittel der Kosten für Betrieb, Wartung und Weiterentwicklung zu Lasten der Kantone gehen. Allerdings muss damit auch ein relevantes Mitbestimmungsrecht der Kantone bei der Weiterentwicklung der Systeme einhergehen. Zudem ist aus Gründen der Planungssicherheit eine mehrjährige Finanzplanung zu erstellen, in welcher die zu erwartenden Mehrkosten aufgrund von Weiterentwicklungen berücksichtigt werden.	Art. 12 Abs. 2 Bst d: ...Jahresrechnung und plant unter Einbezug der Kantone die Weiterentwicklung der Systeme und erstellt eine mehrjährige Finanzplanung
Art. 14 Abs. 1	Aufgrund der gegenüber anderen Stellen sehr grossen Abhängigkeit der kantonalen Veterinärbehörden von den in der Verordnung geregelten Bundessystemen soll die Zusammensetzung des Gemeinsamen Ausschusses wie er in den Erläuterungen erwähnt ist, in der Verordnung im exakter festgelegt werden. Vier der fünf kantonalen Vertreter oder Vertreterinnen sollen aus den kantonalen Veterinärdiensten kommen, einer oder eine aus einem kantonalen Labor (Kantonschemiker oder Kantonschemikerin)	...besteht aus vier Vertreterinnen und Vertretern des BLV sowie vier Vertreterinnen und Vertretern von kantonalen Veterinärdiensten und einer Vertreterin oder einem Vertreter eines kantonalen Laboratoriums.
Art. 14 Abs. 4	Die Fachstelle und der Gemeinsame Ausschuss sind in Art. 13 bzw. 14 definiert. Auf operativer Ebene existieren jedoch weitere Gremien, wie K-ASAN und Anwenderausschüsse. Diese wird es weiter brauchen, neue sollen bedarfsweise temporär oder dauernd geschaffen werden können. Dies sollte klar Aufgabe des Gemeinsamen Ausschusses sein, der eine oder mehrere Fachstellen gemäss Art. 13 beauftragt, Ausschüsse mit Vertreterinnen und Vertretern der Kantone und/oder anderer Bundesämter einzusetzen.	Erweiterung von Abs. 4 Er (der Gemeinsame Ausschuss) kann den Fachstellen Aufträge erteilen und sie verpflichten, einen oder mehrere Fachausschüsse mit Vertreterinnen und Vertretern der Kantone und/oder anderer Bundesämter einzusetzen.

Art. 16	Die Erhöhung der Kantonsbeiträge ist aufgrund der neuen Funktionalitäten nachvollziehbar und betragen für die einzelnen Kantone CHF 1500 bis maximal CHF 11'000. Allerdings vermögen die Funktionalitäten des Informationssystems FLEKO im Vollzug nicht zu überzeugen, was zeigt, dass die kantonalen Bedürfnisse bei der Entwicklung zu wenig berücksichtigt wurden. Weiter fehlt eine mehrjährige Finanzplanung, aufgrund derer in den Kantonen eine korrekte Budgetierung vorgenommen werden kann. Es ist klarer zu formulieren, dass die drei Lizenzen gemäss Abs. 4 von jeder Veterinärvollzugsbehörde bzw. von der Behörde, in welcher der Veterinärdienst integriert ist, zu beziehen sind und eine Lizenz den Zugang zu allen drei Systemen gewährt.	s. Antrag zu Art. 12 Abs. 2 Abs. 4 ist genauer zu formulieren im Sinne des Kommentars
Art. 17 Abs. 1 Bst. b	Damit wie in den Erläuterungen zu Art 2 erwähnt, auch Daten aus kantonalen Systemen ausgewertet werden können, ist die Aufzählung gemäss den Erweiterungen in Art. 11 zu ergänzen.	Abs. 1 Bst. b: den Informationssystemen nach Art. 11. Buchstaben a-d, g und i .
Art. 21	In den Informationssystemen werden Daten des kantonalen Vollzugs geführt. Die Aufbewahrung, Archivierung und Vernichtung von solchen kantonalen Daten richtet sich nach der jeweiligen kantonalen Gesetzgebung. Gemäss der Schweizerischen Archivdirektorinnen- und Archivdirektorenkonferenz (ADK) können Unterlagen aus Ebenen übergreifenden Informationssystemen grundsätzlich sowohl auf Bundes- wie auch auf Kantonsebene archivierungspflichtig sein (https://kost-ceco.ch/cms/18-038-gt-sit_de.html).	Das BLV soll prüfen, ob die Daten nach den Vorschriften des Archivierungsgesetzes vom 26. Juni 1998 und den einschlägigen kantonalen Gesetzen vor deren Löschung dem Bundesarchiv und dem entsprechenden Kantonsarchiv angeboten werden müssen. Wenn dies der Fall ist, ist in Art. 21 diese Pflicht zu beschreiben und der Prozess, wie dies sichergestellt wird, zu regeln.
Art. 24	Da die Budgetierung für das Jahr 2022 in allen Kantonen im Verlaufe des Sommers abgeschlossen sein wird und die Amtsstellen nachträglich keine Eingaben mehr machen können, sind die Änderungen, welche für die Kantone finanzielle Auswirkungen haben erst per 1.1.2023 in Kraft zu setzen. Dies betrifft insbesondere Art. 16	Die Verordnungsänderung soll nicht wie in den Erläuterungen erwähnt auf den 1.1.2022 in Kraft gesetzt werden, sondern wegen den finanziellen Konsequenzen auf 1.1.2023. Alternativ ist zu prüfen, ob nur die Wirksamkeit von Art. 16 bis zu diesem späteren Datum verschoben werden kann, d.h. bis dann weiterhin der entsprechende Artikel in der alten Verordnung seine Gültigkeit behält.
Anhang 1 (ASAN)	Unter Ziffer 2.4 fehlt «Meldung an anderen Prozess »	Ziffer 2.4 ergänzen

Aufhebung und Änderungen anderer Erlasse, röm. Ziffer II, Ziffern 1, 2, 6 und 8	Unter Ziffer 3 (Vollzug der Lebensmittelgesetzgebung) steht, dass das BLV nach Absprache mit den kantonalen Vollzugsbehörden die Art und Form der Datenerfassung bestimmt. Die Absprache mit dem kantonalen Vollzug, wie die Daten in den Bundessystemen erfasst (was, wann, wie) werden, soll in allen Vollzugsbereichen erfolgen. Der letzte Satz unter Ziffer 3, Art. 6 Abs. 2 der Verordnung über den Vollzug der Lebensmittelgesetzgebung soll auch in die anderen Vollzugsverordnungen übernommen werden.	Bei allen Änderungen unter den Ziffern 1, 2, 6 und 8 ist folgendes zu ergänzen: "Das BLV bestimmt nach Absprache mit den kantonalen Vollzugsbehörden die Art und Form der Datenerfassung."
Art. 18 Abs. 2	Auch hier fehlt die Aufzählung des Heilmittelbereiches	Art. 18 Abs. 2: ... Tierschutz, Lebens- und Heilmittelsicherheit...

Die Regierung
des Kantons Graubünden

La Regenza
dal chantun Grischun

Il Governo
del Cantone dei Grigioni



Sitzung vom
24. August 2021

Mitgeteilt den
24. August 2021

Protokoll Nr.
770/2021

Eidgenössisches Departement
des Innern EDI

per E-Mail an:

vernehmlassungen@blv.admin.ch

Totalrevision der Verordnung über die Informationssysteme für den öffentlichen Veterinärdienst (ISVet-V, neu: Verordnung über Informationssysteme des BLV für die Lebensmittelkette) – Vernehmlassung

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Wir beziehen uns auf Ihr Schreiben vom 12. Mai 2021 in erwähnter Sache und bedanken uns für die Möglichkeit zur Stellungnahme.

Gerne machen wir davon im beigeschlossenen Formular Gebrauch.

Freundliche Grüsse

Namens der Regierung

Der Präsident:

Der Kanzleidirektor:



Dr. Mario Cavigelli

Daniel Spadin

Beilage: erwähnt



**Vernehmlassung zur Totalrevision der Verordnung über die Informationssysteme für den öffentlichen Veterinärdienst
(ISVet-V, neu: Verordnung über Informationssysteme des BLV für die Lebensmittelkette)
(12.05. bis 30.08.2021)**

Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation / Amt : Kanton Graubünden
Abkürzung der Firma / Organisation / Amt : GR
Adresse, Ort : Amt für Lebensmittelsicherheit und Tiergesundheit Graubünden, Ringstrasse 10, 7001 Chur
Kontaktperson : Giochen Bearth
Telefon : +41 (0)58 464 92 25
E-Mail : giochen.bearth@alt.gr.ch
Datum : 13.08.2021

Wichtige Hinweise:

1. Wir bitten Sie, keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen!
2. Bitte pro Artikel der Verordnung eine eigene Zeile verwenden.
3. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte als **Word**-Dokument bis am 30.08.2021 an folgende E-Mail-Adresse:
vernehmlassungen@blv.admin.ch

Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und
Veterinärwesen BLV
Schwarzenburgstrasse 155, 3003 Bern
Tel. +41 58 463 30 33
info@blv.admin.ch
www.blv.admin.ch

Der Kanton Graubünden anerkennt den grossen Nutzen der von Bund und Kantonen im Veterinärvollzug gemeinsam betriebenen Systeme. Dass zukünftig die Informationssysteme auch Daten aus der amtlichen Kontrolle von Lebensmitteln und Gebrauchsgegenständen enthalten sollen, ist vor dem Hintergrund der "Gesamtstrategie Lebensmittelkette" und der Umsetzung des "nationalen Kontrollplans" zu begrüssen.

Mit der Verordnungsrevision wird auch der Kostenbeitrag der Kantone an den Betrieb der Systeme erhöht. Es ist unbestritten, dass ein gemeinsames System gegenüber kantonalen Einzelsystemen kosteneffizienter ist. Auch lässt sich die Erhöhung der Kosten mit neuen Funktionalitäten begründen. Allerdings fehlt in den Erläuterungen eine einleuchtende Begründung, wieso mit dem Wechsel von der Labordatenbank ALIS zu ARES insbesondere für die Kantone ein grösserer Nutzen entstehen soll. Der Nutzen liegt auf Seiten des Bundes, bekommt er doch so in Zukunft Daten aus der Lebensmittelüberwachung einheitlich über eine Schnittstelle zu den kantonalen Systemen der Labore. Weiter vermögen die Funktionalitäten des Informationssystems FLEKO im Vollzug nicht zu überzeugen, was zeigt, dass die kantonalen Bedürfnisse bei der Entwicklung zu wenig berücksichtigt wurden. Weiter fehlt eine mehrjährige Finanzplanung, aufgrund derer in den Kantonen eine mittelfristige Planung vorgenommen werden kann. Dementsprechend ist der Kanton Graubünden der Ansicht, dass die Mitwirkung der Kantone bei der Weiterentwicklung der gemeinsamen Systeme unbedingt in der Verordnung festzulegen ist und eine entsprechende mehrjährige Finanzplanung zukünftig durch das Bundesamt auszuarbeiten ist.

Der Kanton Graubünden sieht die vorgelegte Verordnung als Übergangsregelung bis zur Umsetzung der "IKT Strategie 2025" des Veterinärdienstes Schweiz (VetD CH), welche die Vereinigung der Schweizer Kantonstierärztinnen und Kantonstierärzte (VSKT) im Juni 2020 verabschiedet hat. Die Vision des ALT besteht in einem effizienten und effektiven IKT System, welches die kantonalen Veterinärdienste administrativ maximal entlastet. Die Flexibilität des IKT Systems soll erhöht, und die Möglichkeiten elektronischer Behördenleistungen sollen genutzt werden, wie dies auf allen Stufen der Verwaltung angestrebt wird (siehe Digitale Verwaltung Schweiz, egovernment.ch, kantonale IKT-Strategien etc.). Die Realisierung soll auf den gemachten Erkenntnissen mit den heute gemeinsam mit dem Bund realisierten Systemen (ASAN, Acontrol, ARES, FLEKO) basieren. Die neuen technischen Möglichkeiten und Anforderungen der Benutzenden sind dabei zu berücksichtigen. Falls die Systeme weiterhin gemeinsam mit allen Kantonen und dem Bund umgesetzt werden sollen, was zu hoffen ist, dann muss die Zusammenarbeit, die Mitsprache und die Finanzierung langfristig und nachhaltig zwischen den Kantonen und mit dem Bund neu geregelt werden. Dann wird auch diese Verordnung nochmals überarbeitet werden müssen.

Bemerkungen zu den einzelnen Bestimmungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Ingress	Die Kantone müssen gemäss Artikel 212a der Tierschutzverordnung (TSchV; SR 455.1) Tierhalteverbote in ASAN eingeben. Ergebnisse der Tierschutzkontrollen in AControl werden an ASAN zur weiteren Bearbeitung übertragen. Die Rechtsgrundlage dafür müsste im Tierschutzgesetz (TSchG; SR 455) zu finden sein. Es ist zu prüfen, ob das TSchG im Ingress ebenfalls aufzuführen ist. Falls im TSchG die Rechtsgrundlage für die Regelung in dieser Verordnung fehlt, ist diese bei der nächsten Revision zu schaffen.	Prüfen, ob das TSchG im Ingress fehlt bzw. ob im TSchG die Delegation für die Regelung an den Bundesrat erst noch zu schaffen ist.
Art. 2 Abs. 1	Bei der Aufzählung der Vollzugsbereiche fehlt der Heilmittelbereich, im Speziellen Tierarzneimittelbereich, obwohl in ASAN die Detailhandelsbewilligungen bearbeitet oder zumindest erfasst werden, die Ergebnisse der Primärproduktionskontrollen aus AControl geholt werden und die Daten der Antibiotikadatenbank im Auswertungssystem ALVPH analysiert werden. Erfreulich ist, dass zukünftig ARES von denjenigen Kantonen, welche nicht mit ASAN arbeiten, für die Übermittlung der Kontrolldaten im Veterinärbereich aus kantonseigenen Systemen in das Auswertungs- und Analysesystem ALVPH genutzt werden kann (Erläuterungen S.2). Eine indirekte oder direkte Schnittstelle zu ASAN für die Übertragung weiterer Daten (z.B. alle Daten gemäss Ziffer 2 des Anhangs 1 der Verordnung) aus den kantonalen Systemen, wie Limsophy, wäre aus Sicht einiger weniger Kantone äusserst wünschenswert. Es ist jedoch verständlich, dass das Anliegen erst im Rahmen der IKT Strategie 2025 geprüft werden soll bzw. sich mit der Strategie die Ausgangslage ändert.	...zur Erfüllung ihrer Vollzugsaufgaben in den Bereichen Tiergesundheit, Tierschutz, Lebensmittel- und Heilmittelsicherheit...
Art. 3 Abs. 1 Bst. b	Im Anhang 1 sind auch Vollzugsdaten im Bereich Tierarzneimittel und Veterinärberufe aufgeführt. Im Artikel 3 fehlt dieser Bereich jedoch in der Aufzählung.	Artikel 3 Absatz 1 Buchstabe b, neu: 4. Tierarzneimittel und Veterinärberufe

Art. 4 Abs. 1 Bst. a, b, d, e, f	Bei allen aufgeführten Buchstaben ist der Bereich Heilmittel ebenfalls aufzuführen.	Artikel 4 Absatz 1 Buchstabe a, b, e: ...des Tierschutzes, einer einwandfreien Primärproduktion und der Heilmittelsicherheit... Artikel 4 Absatz 1 Buchstabe d: ... Tierschutz-, Lebensmittel- und Heilmittelgesetzgebung; Artikel 4 Absatz 1 Buchstabe f: ... Tierschutz, Lebens- und Heilmittelsicherheit...
Art. 5 Bst. c	Auch hier fehlt die Aufzählung des Heilmittelbereiches	Artikel 5 Buchstabe c: ... Tierschutz, Lebens- und Heilmittelsicherheit...
Art. 6 Abs. 1 Bst. c	Auch hier fehlt die Aufzählung des Heilmittelbereiches	Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe c: ... Tierschutz, Lebens- und Heilmittelsicherheit...
Art. 8 Abs. 4	Auch hier fehlt die Aufzählung des Heilmittelbereiches	Artikel 8 Absatz 4: ... Tierschutz, Lebens- und Heilmittelsicherheit...
Art. 8 Abs. 5 Bst. a	Die Kriterien für die hier erwähnten Betriebe muss durch solche, die mit Heilmitteln umgehen, erweitert werden.	Artikel 8 Absatz 5 Buchstabe. a: ... von Betrieben betreffen, die mit Lebensmitteln und Gebrauchsgegenständen oder Heilmitteln...
Art. 8 Abs. 5 Bst. b	Für den Zugriff auf die Vollzugsdaten einer anderen kantonalen Verwaltungseinheit in ARES müssen nicht nur Tierhaltungen abgefragt werden können, sondern auch andere Betriebe, z.B. Lebensmittelbetriebe, Tierarztpraxen etc. Für die Suche ist die UID/BUR Nummer der Schlüssel. Tierhaltungen sind ev. in Zukunft auch über die BUR Nummer identifiziert und nicht mehr über die TVD Nummer. Für Personen (z.B. Heimtierhaltende) ist in der Schweiz die Sozialversicherungsnummer (AHV-N) der eindeutige Schlüssel, welcher in Zukunft von der Verwaltung genutzt werden kann, ein wesentlicher Vorteil im Gegensatz zur Verwendung von Name-Vorname (Schreibweisen, ausländische Namen) Daher ist auch diese in die Aufzählung aufzunehmen. Es sind nicht alles Tierhaltenden, zu welchen Daten in ARES sind, sondern auch andere Personen (z.B. Bewilligungsinhabende, Tierärztinnen und Tierärzte, Exportierende, Importierende etc.)	...durch Eingabe der BUR oder UID-Nummer des Betriebes , der TVD-Nummer der Tierhaltung, der Identifikationsnummer des betreffenden Tieres, der AHV-N oder des Namens der Tierhalterin oder des Tierhalters oder einer andern Person.

Art. 11 Bst. h und i (neu)	National- und Ständerat haben im Dezember 2020 einer Gesetzesänderung zugestimmt, wonach Behörden von Bund, Kantonen und Gemeinden im Rahmen ihrer gesetzlichen Aufgaben generell die AHV-N systematisch verwenden dürfen. Falls es die nationale Gesetzgebung erlaubt, sollen die A-Systeme als Personenidentifikator die AHV-N aus dem zentralen Versichertenregister der Sozialversicherungen des Bundes beziehen können. Weiter sollen sie, wie für ARES ja bereits gemäss Erläuterungen zu Artikel 2 erwähnt, auch Daten aus kantonalen Systemen, wie Limsophy u.a. beziehen können.	Artikel 11 Buchstabe h und i, neu h. Versichertenregister der Sozialversicherungen des Bundes i. Kantonale Geschäftsmanagementsysteme für den Lebensmittel- und Veterinärvollzug
Art. 12 Abs. 2 Bst. d	Wie in den Erläuterungen zu Artikel 16 dargelegt, werden ASAN, ARES und FLEKO primär zur Wahrnehmung der Vollzugsaufgaben der Kantone betrieben. Dies rechtfertigt, dass zwei Drittel der Kosten für Betrieb, Wartung und Weiterentwicklung zu Lasten der Kantone gehen. Allerdings muss damit auch ein relevantes Mitbestimmungsrecht der Kantone bei der Weiterentwicklung der Systeme einhergehen. Zudem ist aus Gründen der Planungssicherheit eine mehrjährige Finanzplanung zu erstellen, in welcher die zu erwartenden Mehrkosten aufgrund von Weiterentwicklungen berücksichtigt werden.	Artikel 12 Absatz 2 Buchstabe d: ...Jahresrechnung und plant unter Einbezug der Kantone die Weiterentwicklung der Systeme und erstellt eine mehrjährige Finanzplanung
Art. 14 Abs. 1	Aufgrund der gegenüber anderen Stellen sehr grossen Abhängigkeit der kantonalen Veterinärbehörden von den in der Verordnung geregelten Bundessystemen soll die Zusammensetzung des Gemeinsamen Ausschusses, wie er in den Erläuterungen erwähnt ist, in der Verordnung im exakter festgelegt werden. Vier der fünf kantonalen Vertreterinnen oder Vertreter sollen aus den kantonalen Veterinärdiensten kommen, eine oder einer aus einem kantonalen Labor (Kantonschemiker oder Kantonschemikerin).	...besteht aus vier Vertreterinnen und Vertretern des BLV sowie vier Vertreterinnen und Vertretern von kantonalen Veterinärdiensten und einer Vertreterin oder einem Vertreter eines kantonalen Laboratoriums.
Art. 14 Abs. 4	Die Fachstelle und der Gemeinsame Ausschuss sind in Artikel 13 bzw. 14 definiert. Auf operativer Ebene existieren jedoch weitere Gremien, wie K-ASAN und Anwenderausschüsse. Diese wird es weiter brauchen, neue sollen bedarfsweise temporär oder dauernd geschaffen werden können. Dies sollte klar Aufgabe des Gemeinsamen Ausschusses sein, der eine oder mehrere Fachstellen gemäss Artikel 13 beauftragt, Ausschüsse mit	Erweiterung von Absatz 4 Er (der Gemeinsame Ausschuss) kann den Fachstellen Aufträge erteilen und sie verpflichten, einen oder mehrere Fachausschüsse mit Vertreterinnen und Vertretern der Kantone und/oder anderer Bundesämter einzusetzen.

	Vertreterinnen und Vertretern der Kantone und/oder anderer Bundesämter einzusetzen.	
Art. 16	Die Erhöhung der Kantonsbeiträge ist aufgrund der neuen Funktionalitäten nachvollziehbar und betragen für die einzelnen Kantone Fr. 1500 bis maximal Fr. 11 000. Allerdings vermögen die Funktionalitäten des Informationssystems FLEKO im Vollzug nicht zu überzeugen, was zeigt, dass die kantonalen Bedürfnisse bei der Entwicklung zu wenig berücksichtigt wurden. Weiter fehlt eine mehrjährige Finanzplanung, aufgrund derer in den Kantonen eine korrekte Budgetierung vorgenommen werden kann. Es ist klarer zu formulieren, dass die drei Lizenzen gemäss Absatz 4 von jeder Veterinärvollzugsbehörde bzw. von der Behörde, in welcher der Veterinärdienst integriert ist, zu beziehen sind und eine Lizenz den Zugang zu allen drei Systemen gewährt.	s. Antrag zu Artikel 12 Absatz 2 Absatz 4 ist genauer zu formulieren im Sinn des Kommentars
Art. 17 Abs. 1 Bst. b	Damit wie in den Erläuterungen zu Artikel 2 erwähnt auch Daten aus kantonalen Systemen ausgewertet werden können, ist die Aufzählung gemäss den Erweiterungen in Artikel 11 zu ergänzen.	Absatz 1 Buchstabe b: den Informationssystemen nach Artikel 11. Buchstaben a-d, g und i .
Art. 21	In den Informationssystemen werden Daten des kantonalen Vollzugs geführt. Die Aufbewahrung, Archivierung und Vernichtung von solchen kantonalen Daten richtet sich nach der jeweiligen kantonalen Gesetzgebung. Gemäss der Schweizerischen Archivdirektorinnen- und Archivdirektorenkonferenz (ADK) können Unterlagen aus Ebenen übergreifenden Informationssystemen grundsätzlich sowohl auf Bundes- wie auch auf Kantonsebene archivierungspflichtig sein (https://kost-ceco.ch/cms/18-038-gt-sit_de.html).	Das BLV soll prüfen, ob die Daten nach den Vorschriften des Archivierungsgesetzes vom 26. Juni 1998 und den einschlägigen kantonalen Gesetzen vor deren Löschung dem Bundesarchiv und dem entsprechenden Kantonsarchiv angeboten werden müssen. Wenn dies der Fall ist, ist in Artikel 21 diese Pflicht zu beschreiben und der Prozess, wie dies sichergestellt wird, zu regeln.
Art. 24	Da die Budgetierung für das Jahr 2022 in allen Kantonen im Verlauf des Sommers abgeschlossen sein wird und die Amtsstellen nachträglich keine Eingaben mehr machen können, sind die Änderungen, welche für die Kantone finanzielle Auswirkungen haben erst per 1.1.2023 in Kraft zu setzen. Dies betrifft insbesondere Artikel 16.	Die Verordnungsänderung soll nicht wie in den Erläuterungen erwähnt auf den 1.1.2022 in Kraft gesetzt werden, sondern wegen der finanziellen Konsequenzen auf 1.1.2023. Alternativ ist zu prüfen, ob nur die Wirksamkeit von Artikel 16 bis zu diesem späteren Datum verschoben werden kann, d.h. bis dann weiterhin der entsprechende Artikel in der alten Verordnung seine Gültigkeit behält.

Anhang 1 (ASAN)	Unter Ziffer 2.4 fehlt «Meldung an anderen Prozess».	Ziffer 2.4 ergänzen
Aufhebung und Änderungen anderer Erlasse, röm. Ziffer II, Ziffern 1, 2, 6 und 8	Unter Ziffer 3 (Vollzug der Lebensmittelgesetzgebung) steht, dass das BLV nach Absprache mit den kantonalen Vollzugsbehörden die Art und Form der Datenerfassung bestimmt. Die Absprache mit dem kantonalen Vollzug, wie die Daten in den Bundessystemen erfasst (was, wann, wie) werden, soll in allen Vollzugsbereichen erfolgen. Der letzte Satz, wie er für die Revision von Artikel 6 Absatz 2 der Verordnung über den Vollzug der Lebensmittelgesetzgebung (s. Anhang 4, Ziffer II.3) vorgesehen ist ("Das BLV bestimmt nach Absprache mit den kantonalen Vollzugsbehörden die Art und die Form der Datenerfassung") soll auch in die anderen Vollzugsverordnungen übernommen werden.	Bei allen Änderungen unter den Ziffern 1, 2, 6 und 8 ist folgendes zu ergänzen: "Das BLV bestimmt nach Absprache mit den kantonalen Vollzugsbehörden die Art und Form der Datenerfassung."
Art. 18 Abs. 2	Auch hier fehlt die Aufzählung des Heilmittelbereiches	Artikel 18 Absatz 2: ... Tierschutz, Lebens- und Heilmittelsicherheit ...



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Departement des Innern EDI
**Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und
Veterinärwesen BLV**
Recht

**Vernehmlassung zur Totalrevision der Verordnung über die Informationssysteme für den öffentlichen Veterinärdienst
(ISVet-V, neu: Verordnung über Informationssysteme des BLV für die Lebensmittelkette)
(12.05. bis 30.08.2021)**

Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation / Amt : Kanton Graubünden
Abkürzung der Firma / Organisation / Amt : GR
Adresse, Ort : Amt für Lebensmittelsicherheit und Tiergesundheit Graubünden, Ringstrasse 10, 7001 Chur
Kontaktperson : Giochen Bearth
Telefon : +41 (0)58 464 92 25
E-Mail : giochen.bearth@alt.gr.ch
Datum : 13.08.2021

Wichtige Hinweise:

1. Wir bitten Sie, keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen!
2. Bitte pro Artikel der Verordnung eine eigene Zeile verwenden.
3. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte als **Word**-Dokument bis am 30.08.2021 an folgende E-Mail-Adresse:
vernehmlassungen@blv.admin.ch

Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und
Veterinärwesen BLV
Schwarzenburgstrasse 155, 3003 Bern
Tel. +41 58 463 30 33
info@blv.admin.ch
www.blv.admin.ch

1 Allgemeine Bemerkungen

Der Kanton Graubünden anerkennt den grossen Nutzen der von Bund und Kantonen im Veterinärvollzug gemeinsam betriebenen Systeme. Dass zukünftig die Informationssysteme auch Daten aus der amtlichen Kontrolle von Lebensmitteln und Gebrauchsgegenständen enthalten sollen, ist vor dem Hintergrund der "Gesamtstrategie Lebensmittelkette" und der Umsetzung des "nationalen Kontrollplans" zu begrüßen.

Mit der Verordnungsrevision wird auch der Kostenbeitrag der Kantone an den Betrieb der Systeme erhöht. Es ist unbestritten, dass ein gemeinsames System gegenüber kantonalen Einzelsystemen kosteneffizienter ist. Auch lässt sich die Erhöhung der Kosten mit neuen Funktionalitäten begründen. Allerdings fehlt in den Erläuterungen eine einleuchtende Begründung, wieso mit dem Wechsel von der Labordatenbank ALIS zu ARES insbesondere für die Kantone ein grösserer Nutzen entstehen soll. Der Nutzen liegt auf Seiten des Bundes, bekommt er doch so in Zukunft Daten aus der Lebensmittelüberwachung einheitlich über eine Schnittstelle zu den kantonalen Systemen der Labore. Weiter vermögen die Funktionalitäten des Informationssystems FLEKO im Vollzug nicht zu überzeugen, was zeigt, dass die kantonalen Bedürfnisse bei der Entwicklung zu wenig berücksichtigt wurden. Weiter fehlt eine mehrjährige Finanzplanung, aufgrund derer in den Kantonen eine mittelfristige Planung vorgenommen werden kann. Dementsprechend ist der Kanton Graubünden der Ansicht, dass die Mitwirkung der Kantone bei der Weiterentwicklung der gemeinsamen Systeme unbedingt in der Verordnung festzulegen ist und eine entsprechende mehrjährige Finanzplanung zukünftig durch das Bundesamt auszuarbeiten ist.

Der Kanton Graubünden sieht die vorgelegte Verordnung als Übergangsregelung bis zur Umsetzung der "IKT Strategie 2025" des Veterinärdienstes Schweiz (VetD CH), welche die Vereinigung der Schweizer Kantonstierärztinnen und Kantonstierärzte (VSKT) im Juni 2020 verabschiedet hat. Die Vision des ALT besteht in einem effizienten und effektiven IKT System, welches die kantonalen Veterinärdienste administrativ maximal entlastet. Die Flexibilität des IKT Systems soll erhöht, und die Möglichkeiten elektronischer Behördenleistungen sollen genutzt werden, wie dies auf allen Stufen der Verwaltung angestrebt wird (siehe Digitale Verwaltung Schweiz, egovernment.ch, kantonale IKT-Strategien etc.). Die Realisierung soll auf den gemachten Erkenntnissen mit den heute gemeinsam mit dem Bund realisierten Systemen (ASAN, Acontrol, ARES, FLEKO) basieren. Die neuen technischen Möglichkeiten und Anforderungen der Benutzenden sind dabei zu berücksichtigen. Falls die Systeme weiterhin gemeinsam mit allen Kantonen und dem Bund umgesetzt werden sollen, was zu hoffen ist, dann muss die Zusammenarbeit, die Mitsprache und die Finanzierung langfristig und nachhaltig zwischen den Kantonen und mit dem Bund neu geregelt werden. Dann wird auch diese Verordnung nochmals überarbeitet werden müssen.

Bemerkungen zu den einzelnen Bestimmungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Ingress	Die Kantone müssen gemäss Artikel 212a der Tierschutzverordnung (TSchV; SR 455.1) Tierhalteverbote in ASAN eingeben. Ergebnisse der Tierschutzkontrollen in AControl werden an ASAN zur weiteren Bearbeitung übertragen. Die Rechtsgrundlage dafür müsste im Tierschutzgesetz (TSchG; SR 455) zu finden sein. Es ist zu prüfen, ob das TSchG im Ingress ebenfalls aufzuführen ist. Falls im TSchG die Rechtsgrundlage für die Regelung in dieser Verordnung fehlt, ist diese bei der nächsten Revision zu schaffen.	Prüfen, ob das TSchG im Ingress fehlt bzw. ob im TSchG die Delegation für die Regelung an den Bundesrat erst noch zu schaffen ist.
Art. 2 Abs. 1	Bei der Aufzählung der Vollzugsbereiche fehlt der Heilmittelbereich, im Speziellen Tierarzneimittelbereich, obwohl in ASAN die Detailhandelsbewilligungen bearbeitet oder zumindest erfasst werden, die Ergebnisse der Primärproduktionskontrollen aus AControl geholt werden und die Daten der Antibiotikadatenbank im Auswertungssystem ALVPH analysiert werden. Erfreulich ist, dass zukünftig ARES von denjenigen Kantonen, welche nicht mit ASAN arbeiten, für die Übermittlung der Kontrolldaten im Veterinärbereich aus kantonseigenen Systemen in das Auswertungs- und Analysesystem ALVPH genutzt werden kann (Erläuterungen S.2). Eine indirekte oder direkte Schnittstelle zu ASAN für die Übertragung weiterer Daten (z.B. alle Daten gemäss Ziffer 2 des Anhangs 1 der Verordnung) aus den kantonalen Systemen, wie Limsophy, wäre aus Sicht einiger weniger Kantone äusserst wünschenswert. Es ist jedoch verständlich, dass das Anliegen erst im Rahmen der IKT Strategie 2025 geprüft werden soll bzw. sich mit der Strategie die Ausgangslage ändert.	...zur Erfüllung ihrer Vollzugsaufgaben in den Bereichen Tiergesundheit, Tierschutz, Lebensmittel- und Heilmittelsicherheit...
Art. 3 Abs. 1 Bst. b	Im Anhang 1 sind auch Vollzugsdaten im Bereich Tierarzneimittel und Veterinärberufe aufgeführt. Im Artikel 3 fehlt dieser Bereich jedoch in der Aufzählung.	Artikel 3 Absatz 1 Buchstabe b, neu: 4. Tierarzneimittel und Veterinärberufe

Art. 4 Abs. 1 Bst. a, b, d, e, f	Bei allen aufgeführten Buchstaben ist der Bereich Heilmittel ebenfalls aufzuführen.	Artikel 4 Absatz 1 Buchstabe a, b, e: ...des Tierschutzes, einer einwandfreien Primärproduktion und der Heilmittelsicherheit... Artikel 4 Absatz 1 Buchstabe d: ... Tierschutz-, Lebensmittel- und Heilmittelgesetzgebung; Artikel 4 Absatz 1 Buchstabe f: ... Tierschutz, Lebens- und Heilmittelsicherheit...
Art. 5 Bst. c	Auch hier fehlt die Aufzählung des Heilmittelbereiches	Artikel 5 Buchstabe c: ... Tierschutz, Lebens- und Heilmittelsicherheit...
Art. 6 Abs. 1 Bst. c	Auch hier fehlt die Aufzählung des Heilmittelbereiches	Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe c: ... Tierschutz, Lebens- und Heilmittelsicherheit...
Art. 8 Abs. 4	Auch hier fehlt die Aufzählung des Heilmittelbereiches	Artikel 8 Absatz 4: ... Tierschutz, Lebens- und Heilmittelsicherheit...
Art. 8 Abs. 5 Bst. a	Die Kriterien für die hier erwähnten Betriebe muss durch solche, die mit Heilmitteln umgehen, erweitert werden.	Artikel 8 Absatz 5 Buchstabe. a: ... von Betrieben betreffen, die mit Lebensmitteln und Gebrauchsgegenständen oder Heilmitteln...
Art. 8 Abs. 5 Bst. b	Für den Zugriff auf die Vollzugsdaten einer anderen kantonalen Verwaltungseinheit in ARES müssen nicht nur Tierhaltungen abgefragt werden können, sondern auch andere Betriebe, z.B. Lebensmittelbetriebe, Tierarztpraxen etc. Für die Suche ist die UID/BUR Nummer der Schlüssel. Tierhaltungen sind ev. in Zukunft auch über die BUR Nummer identifiziert und nicht mehr über die TVD Nummer. Für Personen (z.B. Heimtierhaltende) ist in der Schweiz die Sozialversicherungsnummer (AHV-N) der eindeutige Schlüssel, welcher in Zukunft von der Verwaltung genutzt werden kann, ein wesentlicher Vorteil im Gegensatz zur Verwendung von Name-Vorname (Schreibweisen, ausländische Namen) Daher ist auch diese in die Aufzählung aufzunehmen. Es sind nicht alles Tierhaltenden, zu welchen Daten in ARES sind, sondern auch andere Personen (z.B. Bewilligungsinhabende, Tierärztinnen und Tierärzte, Exportierende, Importierende etc.)	...durch Eingabe der BUR oder UID-Nummer des Betriebes , der TVD-Nummer der Tierhaltung, der Identifikationsnummer des betreffenden Tieres, der AHV-N oder des Namens der Tierhalterin oder des Tierhalters oder einer andern Person.

Art. 11 Bst. h und i (neu)	National- und Ständerat haben im Dezember 2020 einer Gesetzesänderung zugestimmt, wonach Behörden von Bund, Kantonen und Gemeinden im Rahmen ihrer gesetzlichen Aufgaben generell die AHV-N systematisch verwenden dürfen. Falls es die nationale Gesetzgebung erlaubt, sollen die A-Systeme als Personenidentifikator die AHV-N aus dem zentralen Versichertenregister der Sozialversicherungen des Bundes beziehen können. Weiter sollen sie, wie für ARES ja bereits gemäss Erläuterungen zu Artikel 2 erwähnt, auch Daten aus kantonalen Systemen, wie Limsophy u.a. beziehen können.	Artikel 11 Buchstabe h und i, neu h. Versichertenregister der Sozialversicherungen des Bundes i. Kantonale Geschäftsmanagementsysteme für den Lebensmittel- und Veterinärvollzug
Art. 12 Abs. 2 Bst. d	Wie in den Erläuterungen zu Artikel 16 dargelegt, werden ASAN, ARES und FLEKO primär zur Wahrnehmung der Vollzugsaufgaben der Kantone betrieben. Dies rechtfertigt, dass zwei Drittel der Kosten für Betrieb, Wartung und Weiterentwicklung zu Lasten der Kantone gehen. Allerdings muss damit auch ein relevantes Mitbestimmungsrecht der Kantone bei der Weiterentwicklung der Systeme einhergehen. Zudem ist aus Gründen der Planungssicherheit eine mehrjährige Finanzplanung zu erstellen, in welcher die zu erwartenden Mehrkosten aufgrund von Weiterentwicklungen berücksichtigt werden.	Artikel 12 Absatz 2 Buchstabe d: ...Jahresrechnung und plant unter Einbezug der Kantone die Weiterentwicklung der Systeme und erstellt eine mehrjährige Finanzplanung
Art. 14 Abs. 1	Aufgrund der gegenüber anderen Stellen sehr grossen Abhängigkeit der kantonalen Veterinärbehörden von den in der Verordnung geregelten Bundessystemen soll die Zusammensetzung des Gemeinsamen Ausschusses, wie er in den Erläuterungen erwähnt ist, in der Verordnung im exakter festgelegt werden. Vier der fünf kantonalen Vertreterinnen oder Vertreter sollen aus den kantonalen Veterinärdiensten kommen, eine oder einer aus einem kantonalen Labor (Kantonschemiker oder Kantonschemikerin).	...besteht aus vier Vertreterinnen und Vertretern des BLV sowie vier Vertreterinnen und Vertretern von kantonalen Veterinärdiensten und einer Vertreterin oder einem Vertreter eines kantonalen Laboratoriums.
Art. 14 Abs. 4	Die Fachstelle und der Gemeinsame Ausschuss sind in Artikel 13 bzw. 14 definiert. Auf operativer Ebene existieren jedoch weitere Gremien, wie K-ASAN und Anwenderausschüsse. Diese wird es weiter brauchen, neue sollen bedarfsweise temporär oder dauernd geschaffen werden können. Dies sollte klar Aufgabe des Gemeinsamen Ausschusses sein, der eine oder mehrere Fachstellen gemäss Artikel 13 beauftragt, Ausschüsse mit	Erweiterung von Absatz 4 Er (der Gemeinsame Ausschuss) kann den Fachstellen Aufträge erteilen und sie verpflichten, einen oder mehrere Fachausschüsse mit Vertreterinnen und Vertretern der Kantone und/oder anderer Bundesämter einzusetzen.

	Vertreterinnen und Vertretern der Kantone und/oder anderer Bundesämter einzusetzen.	
Art. 16	Die Erhöhung der Kantonsbeiträge ist aufgrund der neuen Funktionalitäten nachvollziehbar und betragen für die einzelnen Kantone Fr. 1500 bis maximal Fr. 11 000. Allerdings vermögen die Funktionalitäten des Informationssystems FLEKO im Vollzug nicht zu überzeugen, was zeigt, dass die kantonalen Bedürfnisse bei der Entwicklung zu wenig berücksichtigt wurden. Weiter fehlt eine mehrjährige Finanzplanung, aufgrund derer in den Kantonen eine korrekte Budgetierung vorgenommen werden kann. Es ist klarer zu formulieren, dass die drei Lizenzen gemäss Absatz 4 von jeder Veterinärvollzugsbehörde bzw. von der Behörde, in welcher der Veterinärdienst integriert ist, zu beziehen sind und eine Lizenz den Zugang zu allen drei Systemen gewährt.	s. Antrag zu Artikel 12 Absatz 2 Absatz 4 ist genauer zu formulieren im Sinn des Kommentars
Art. 17 Abs. 1 Bst. b	Damit wie in den Erläuterungen zu Artikel 2 erwähnt auch Daten aus kantonalen Systemen ausgewertet werden können, ist die Aufzählung gemäss den Erweiterungen in Artikel 11 zu ergänzen.	Absatz 1 Buchstabe b: den Informationssystemen nach Artikel 11. Buchstaben a-d, g und i.
Art. 21	In den Informationssystemen werden Daten des kantonalen Vollzugs geführt. Die Aufbewahrung, Archivierung und Vernichtung von solchen kantonalen Daten richtet sich nach der jeweiligen kantonalen Gesetzgebung. Gemäss der Schweizerischen Archivdirektorinnen- und Archivdirektorenkonferenz (ADK) können Unterlagen aus Ebenen übergreifenden Informationssystemen grundsätzlich sowohl auf Bundes- wie auch auf Kantonsebene archivierungspflichtig sein (https://kost-ceco.ch/cms/18-038-gt-sit_de.html).	Das BLV soll prüfen, ob die Daten nach den Vorschriften des Archivierungsgesetzes vom 26. Juni 1998 und den einschlägigen kantonalen Gesetzen vor deren Löschung dem Bundesarchiv und dem entsprechenden Kantonsarchiv angeboten werden müssen. Wenn dies der Fall ist, ist in Artikel 21 diese Pflicht zu beschreiben und der Prozess, wie dies sichergestellt wird, zu regeln.
Art. 24	Da die Budgetierung für das Jahr 2022 in allen Kantonen im Verlauf des Sommers abgeschlossen sein wird und die Amtsstellen nachträglich keine Eingaben mehr machen können, sind die Änderungen, welche für die Kantone finanzielle Auswirkungen haben erst per 1.1.2023 in Kraft zu setzen. Dies betrifft insbesondere Artikel 16.	Die Verordnungsänderung soll nicht wie in den Erläuterungen erwähnt auf den 1.1.2022 in Kraft gesetzt werden, sondern wegen der finanziellen Konsequenzen auf 1.1.2023. Alternativ ist zu prüfen, ob nur die Wirksamkeit von Artikel 16 bis zu diesem späteren Datum verschoben werden kann, d.h. bis dann weiterhin der entsprechende Artikel in der alten Verordnung seine Gültigkeit behält.

Anhang 1 (ASAN)	Unter Ziffer 2.4 fehlt «Meldung an anderen Prozess».	Ziffer 2.4 ergänzen
Aufhebung und Änderungen anderer Erlasse, röm. Ziffer II, Ziffern 1, 2, 6 und 8	Unter Ziffer 3 (Vollzug der Lebensmittelgesetzgebung) steht, dass das BLV nach Absprache mit den kantonalen Vollzugsbehörden die Art und Form der Datenerfassung bestimmt. Die Absprache mit dem kantonalen Vollzug, wie die Daten in den Bundessystemen erfasst (was, wann, wie) werden, soll in allen Vollzugsbereichen erfolgen. Der letzte Satz, wie er für die Revision von Artikel 6 Absatz 2 der Verordnung über den Vollzug der Lebensmittelgesetzgebung (s. Anhang 4, Ziffer II.3) vorgesehen ist ("Das BLV bestimmt nach Absprache mit den kantonalen Vollzugsbehörden die Art und die Form der Datenerfassung") soll auch in die anderen Vollzugsverordnungen übernommen werden.	Bei allen Änderungen unter den Ziffern 1, 2, 6 und 8 ist folgendes zu ergänzen: "Das BLV bestimmt nach Absprache mit den kantonalen Vollzugsbehörden die Art und Form der Datenerfassung."
Art. 18 Abs. 2	Auch hier fehlt die Aufzählung des Heilmittelbereiches	Artikel 18 Absatz 2: ... Tierschutz, Lebens- und Heilmittelsicherheit...

Hôtel du Gouvernement – 2, rue de l'Hôpital, 2800 Delémont

Département fédéral de l'intérieur DFI
Monsieur le Conseiller fédéral Alain Berset
Berne
Par e-mail

Hôtel du Gouvernement
2, rue de l'Hôpital
CH-2800 Delémont

t +41 32 420 51 11
f +41 32 420 72 01
chancellerie@jura.ch

Delémont, le 17 août 2021

Révision totale de l'ordonnance concernant les systèmes d'information du service vétérinaire public (OSIVét, nouveau titre : ordonnance concernant les systèmes d'information de l'OSAV pour la chaîne agroalimentaire) : ouverture de la procédure de consultation.

Monsieur le Conseiller fédéral,
Madame, Monsieur,

Le Gouvernement jurassien a bien reçu votre courrier relatif à l'objet cité sous rubrique et vous en remercie.

Vous trouverez, en annexe et selon votre demande, une version Word en plus d'une version PDF de notre prise de position.

Tout en restant à votre disposition pour toute demande complémentaire et en vous remerciant de l'avoir consulté, le Gouvernement jurassien vous prie de croire, Monsieur le Conseiller fédéral, Madame, Monsieur, à l'expression de sa parfaite considération.

AU NOM DU GOUVERNEMENT DE LA
RÉPUBLIQUE ET CANTON DU JURA


Nathalie Barthoulot
Présidente




Gladys Winkler Docourt
Chancelière d'Etat



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Département fédéral de l'intérieur DFI
**Office fédéral de la sécurité alimentaire et
des affaires vétérinaires OSAV**
Division Droit

**Procédure de consultation de la révision totale de l'ordonnance concernant les systèmes d'information du service
vétérinaire public (ISVet-V, nouveau: Ordonnance concernant les systèmes d'information de
l'OSAV pour la chaîne agroalimentaire)
(12.05.2021 - 30.08.2021)**

Avis de

Nom / entreprise / organisation / service : Service de la consommation et des affaires vétérinaires

Sigle entreprise / organisation / service : SCAV

Adresse, lieu : Faubourg des Capucins 20, 2800 Delémont

Interlocuteur : Dr Flavien Beuchat

Téléphone : +41 (0)32 420 52 80

Courriel : secre.vet@jura.ch

Date : 03.08.2021

Remarques importantes :

1. Nous vous prions de ne pas modifier le formatage du formulaire.
2. Merci d'utiliser une ligne séparée par article d'ordonnance.
3. Veuillez faire parvenir votre avis au **format Word** d'ici au 30 août 2021 à l'adresse suivante :
vernehmlassungen@blv.admin.ch

Office fédéral de la sécurité alimentaire et
des affaires vétérinaires OSAV
Schwarzenburgstrasse 155, 3003 Berne
Tél. +41 58 463 30 33
info@blv.admin.ch
www.osav.admin.ch

1 Remarques générales

Le Gouvernement jurassien reconnaît les grands avantages des systèmes de contrôle vétérinaire gérés conjointement par la Confédération et les cantons. Le fait qu'à l'avenir les systèmes d'information contiennent également des données du contrôle officiel des denrées alimentaires et des objets usuels est à saluer dans le contexte de la « stratégie globale pour la chaîne alimentaire » et de la mise en œuvre du « plan national de contrôle ».

Avec la révision de l'ordonnance, la contribution des cantons aux frais d'exploitation des systèmes sera également augmentée. L'augmentation des coûts peut être justifiée par de nouvelles fonctionnalités. Cependant, les explications reçues ne permettent pas d'expliquer clairement pourquoi le passage de la base de données des laboratoires ALIS à l'ARES devrait se traduire par des bénéfices plus importants, notamment pour les cantons. L'avantage est davantage du côté du gouvernement fédéral, car il recevra à l'avenir les données des contrôles alimentaires de manière uniforme via une interface avec les systèmes cantonaux des laboratoires. De plus, les fonctionnalités du système d'information FLEKO ne sont pas convaincantes en matière d'exécution, ce qui montre que les besoins du canton n'ont pas été suffisamment pris en compte lors du développement. De plus, il n'existe pas de planification financière pluriannuelle qui permettrait aux cantons d'entreprendre une planification à moyen terme. En conséquence, le gouvernement jurassien est d'avis que l'implication des cantons dans le développement ultérieur des systèmes communs doit être précisée dans l'ordonnance et qu'un plan financier pluriannuel correspondant doit être établi par l'Office fédéral à l'avenir.

Le gouvernement jurassien considère l'ordonnance présentée comme un règlement transitoire jusqu'à la mise en œuvre de la "Stratégie TIC 2025" du Service vétérinaire suisse (VetD CH), que l'association des vétérinaires cantonaux (ASVC) a adoptée en juin 2020. La vision des vétérinaires cantonaux est un système TIC efficace et efficient, qui allège au maximum les charges administratives des services vétérinaires cantonaux. La flexibilité du système TIC doit être accrue et les possibilités des services gouvernementaux électroniques doivent être utilisées, comme c'est l'objectif à tous les niveaux de l'administration (voir Administration numérique Suisse, e.gouvernement.ch, stratégies TIC cantonales, etc.). La mise en œuvre doit être basée sur les connaissances acquises avec les systèmes mis en œuvre aujourd'hui en collaboration avec le gouvernement fédéral (ASAN, AControl, ARES, FLEKO). Les nouvelles possibilités techniques et les besoins des utilisateurs doivent être pris en compte. Si les systèmes doivent continuer à être mis en œuvre conjointement avec tous les cantons et la Confédération, ce qui est souhaité, il faudra alors réorganiser la coopération, la participation et le financement sur une base à long terme et durable entre les cantons et avec le gouvernement fédéral. Ensuite, ce règlement devra également être révisé à nouveau.

2 Remarques sur les différentes dispositions :

Article (texte)	Commentaires / remarques	Proposition de modification
Préambule	Conformément à l'article 212a de l'ordonnance sur la protection des animaux (RS 455.1; abrégé OPAn), les cantons doivent saisir les interdictions de détention d'animaux dans l'ASAN. Les résultats des contrôles dans le domaine de la protection des animaux dans AControl seront transférés dans l'ASAN pour un traitement ultérieur. La base légale pour cela devrait alors se trouver dans la loi sur la protection des animaux (RS 455; abrégé LPA). Il faut vérifier si la LPA doit également être répertorié dans le préambule. Si la base légale de la réglementation de cette ordonnance manque dans la loi sur la protection des animaux, elle doit être créée lors de la prochaine révision.	Vérifiez si la LPA manque dans le préambule ou si la délégation pour le règlement au Conseil fédéral n'a pas encore été créée dans la LPA.
Art. 2, al. 1	Dans l'énumération des domaines d'application, il n'y a pas de « produit thérapeutique » dans la section des médicaments vétérinaires, bien que les autorisations de commerce de détail soient traitées ou au moins enregistrées dans ASAN, les résultats des contrôles de production primaires sont extraits d'AControl et les données de la base de données sur les antibiotiques sont analysées dans le système d'évaluation ALVPH. Il est réjouissant qu'à l'avenir, ARES puisse être utilisé par les cantons qui ne travaillent pas avec ASAN pour transférer les données de contrôle dans le domaine vétérinaire des propres systèmes du canton vers le système d'évaluation et d'analyse ALVPH (explications à la page 2). Une interface indirecte ou directe avec ASAN pour la transmission d'autres données (par exemple toutes	... pour accomplir leurs tâches d'exécution dans les domaines de la santé animale, de la protection des animaux, de la sécurité alimentaire et des produits thérapeutiques ...

	les données conformément à la section 2 de l'annexe 1 de l'ordonnance) des systèmes cantonaux, tels que Limsophy, serait extrêmement souhaitable du point de vue de quelques cantons. Il est cependant compréhensible que la question ne doive être examinée que dans le cadre de la Stratégie TIC 2025 ou que la position de départ change avec la stratégie.	
Art. 3, al. 1, let. b	L'annexe 1 énumère également les dates de mise en œuvre dans le domaine des médicaments vétérinaires et des professions vétérinaires. À l'article 3, cependant, ce domaine est absent.	Nouveau point 4- Médicaments vétérinaires et professions vétérinaires
Art. 8, al. 5, let. b	Pour accéder aux données d'exécution d'une autre unité administrative cantonale dans ARES, non seulement les exploitations qui détiennent les animaux doivent être interrogées, mais également d'autres entreprises, par exemple les entreprises alimentaires, les cabinets vétérinaires, etc. Le numéro IDE/ REE est la clé de la recherche. A l'avenir, les exploitations qui détiennent les animaux pourront également être identifiées via le numéro REE et non plus via le numéro OGV. Pour les personnes (par exemple les propriétaires d'animaux) en Suisse, le numéro AVS est la clé unique qui pourra être utilisée par l'administration à l'avenir, un avantage non négligeable par rapport à l'utilisation du nom-prénom (orthographe, noms étrangers). Ceci s'inscrit également dans les arguments à défendre. Les propriétaires d'animaux ne sont pas les seuls à être inscrits dans ARES. D'autres acteurs y figurent également (par exemple les titulaires d'autorisation, les vétérinaires, les exportateurs, les importateurs, etc.).	... en saisissant le numéro REE ou IDE de l'entreprise, le numéro TVD de l'exploitation, le numéro d'identification de l'animal concerné, le numéro de sécurité sociale ou le nom du propriétaire de l'animal ou d'une autre personne.
Art. 11, let. h et i (nouveau)	En décembre 2020, le Conseil national et le Conseil des États ont approuvé une modification de la loi, selon laquelle les autorités fédérales, cantonales et communales sont généralement autorisées à utiliser systématiquement le numéro AVS dans le cadre de leurs obligations légales. Si la législation fédérale le permet, les systèmes A devraient pouvoir obtenir le numéro AVS comme identifiant personnel du registre central des assurés des caisses fédérales de sécurité	Extension pour lettre h et i : H. Registre des assurés des assurances sociales fédérales I. Systèmes de gestion d'entreprise cantonaux pour l'application des lois alimentaires et vétérinaires

	sociale. De plus, comme déjà mentionné pour ARES conformément aux explications de l'article 2, ils devraient également pouvoir obtenir des données des systèmes cantonaux tels que Limsophy et autres.	
Art. 12, al. 2, let. d	Comme indiqué dans les explications de l'article 16, ASAN, ARES et FLEKO sont principalement utilisées pour les tâches d'exécution des cantons. Cela peut expliquer le fait que les deux tiers des frais d'exploitation, d'entretien et de développement sont à la charge des cantons. Cependant, cela doit également s'accompagner d'un droit de codétermination pertinent pour les cantons dans le développement ultérieur des systèmes. En outre, pour des raisons de sécurité de planification, un plan financier pluriannuel doit être établi dans lequel sont pris en compte les surcoûts à prévoir du fait de développements ultérieurs.	Nouvelle version de la let. d ou extension de l'article par une autre lettre, avec le contenu suivant : Il (l'OSAV) planifie le développement ultérieur des systèmes avec la participation des cantons et prépare un plan financier pluriannuel.
Art. 14, al. 1	En raison du fait que les autorités vétérinaires cantonales sont très dépendantes des systèmes fédéraux réglementés par l'ordonnance, la composition de la commission paritaire telle que mentionnée dans les explications doit être précisée dans l'ordonnance. Quatre des cinq représentants cantonaux devraient provenir des services vétérinaires cantonaux, un d'un laboratoire cantonal (chimiste cantonal).	... se compose de quatre représentants de l'OSAV ainsi que de quatre représentants des services vétérinaires cantonaux et d'un représentant d'un laboratoire cantonal.
Art. 14, al. 4	L'unité spécialisée et la commission paritaire sont définies respectivement aux articles 13 et 14. Au niveau opérationnel, cependant, il existe d'autres organismes tels que le K-ASAN et les comités d'utilisateurs. Ceux-ci continueront d'être nécessaires, de nouveaux devraient pouvoir être créés temporairement ou définitivement si nécessaire. Cela devrait clairement être la tâche de la commission paritaire, qui charge un ou plusieurs organes spécialisés conformément à l'article 13 de constituer des commissions avec des représentants des cantons et/ou d'autres offices fédéraux.	Extension du paragraphe 4 : Elle (la Commission paritaire) peut charger les unités spécialisées de constituer une ou plusieurs commissions spécialisées avec des représentants des cantons et/ou d'autres offices fédéraux.
Art. 16	L'augmentation des contributions cantonales s'explique par les nouvelles fonctionnalités et s'élève à CHF 1'500	

	à un maximum de CHF 11'000 pour les différents cantons. Cependant, les fonctionnalités du système d'information FLEKO ne sont pas convaincantes en matière d'exécution, ce qui montre que les besoins du canton n'ont pas été pris en compte lors du développement. De plus, il n'existe pas de planification financière pluriannuelle qui permettrait une budgétisation correcte dans les cantons. Il devrait être formulé plus clairement que les trois licences selon le paragraphe 4 peuvent être obtenues auprès de chaque autorité de contrôle vétérinaire ou de l'autorité dans laquelle le service vétérinaire est intégré et qu'une seule licence donne accès aux trois systèmes.	voir application à l'article 12, paragraphe 2 Le paragraphe 4 est à formuler plus précisément dans le sens du commentaire
Art. 17, al. 1, let. b	Afin que les données des systèmes cantonaux puissent également être évaluées, comme mentionné dans les explications de l'article 2, la liste doit être complétée conformément aux extensions de l'art.11.	Al. 1, let. b : les systèmes d'information selon l'article 11. Lettres a-d, g et i.
Art. 21	Les données relatives à l'exécution cantonale sont conservées dans les systèmes d'information. Le stockage, l'archivage et la destruction de ces données cantonales sont basés sur la législation cantonale respective. Selon la Conférence des directeurs des archives suisses (CDA), les documents des systèmes d'information transversaux peuvent généralement être archivés au niveau fédéral et cantonal. (https://kost-ceco.ch/cms/18-038-gt-sit_de.html).	L'OSAV doit vérifier si les données doivent être proposées aux Archives fédérales et aux archives cantonales concernées conformément aux dispositions de la loi sur l'archivage du 26 juin 1998 et aux lois cantonales pertinentes avant leur suppression. Si tel est le cas, cette obligation doit être décrite à l'article 21 et le processus permettant de s'en assurer doit être réglementé.
Art. 24	Étant donné que la budgétisation pour l'année 2022 sera achevée dans tous les cantons au cours de l'été et que les autorités ne pourront plus effectuer d'écritures par la suite, les modifications ayant des implications financières pour les cantons n'entreront en vigueur qu'au 1.1. 2023. Cela s'applique en particulier à l'article 16.	La modification de l'ordonnance ne devrait pas entrer en vigueur le 1er janvier 2022, comme mentionné dans les explications, mais plutôt le 1er janvier 2023 en raison des conséquences financières. Alternativement, il convient

		de vérifier si seule la validité de l'article 16 peut être reportée à cette date ultérieure, c'est-à-dire tant que l'article correspondant de l'ancien règlement reste en vigueur.
Annexe 1 (ASAN)	« Notification à un autre processus » est manquant dans la section 2.4	Ajouter le point 2.4



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Departement des Innern EDI
**Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und
Veterinärwesen BLV**
Recht

**Vernehmlassung zur Totalrevision der Verordnung über die Informationssysteme für den öffentlichen Veterinärdienst
(ISVet-V, neu: Verordnung über Informationssysteme des BLV für die Lebensmittelkette)
(12.05. bis 30.08.2021)**

Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation / Amt : Gesundheits- und Sozialdepartement Kanton Luzern
Abkürzung der Firma / Organisation / Amt : LU
Adresse, Ort : Bahnhofstrasse 15, 6002 Luzern
Kontaktperson : Hanspeter Vogler
Telefon : +41 (0)41 228 60 94
E-Mail : hanspeter.vogler@lu.ch
Datum : 30.08.2021

Wichtige Hinweise:

1. Wir bitten Sie, keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen!
2. Bitte pro Artikel der Verordnung eine eigene Zeile verwenden.
3. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte als **Word**-Dokument bis am 30.08.2021 an folgende E-Mail-Adresse:
vernehmlassungen@blv.admin.ch

Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und
Veterinärwesen BLV
Schwarzenburgstrasse 155, 3003 Bern
Tel. +41 58 463 30 33
info@blv.admin.ch
www.blv.admin.ch

1

Allgemeine Bemerkungen

LU anerkennt den grossen Nutzen der von Bund und Kantonen im Veterinärvollzug gemeinsam betriebenen Systeme. Dass zukünftig die Informationssysteme auch Daten aus der amtlichen Kontrolle von Lebensmitteln und Gebrauchsgegenständen enthalten sollen, ist vor dem Hintergrund der "Gesamtstrategie Lebensmittelkette" und der Umsetzung des "nationalen Kontrollplans" zu begrüssen.

Mit der Verordnungsrevision wird auch der Kostenbeitrag der Kantone an den Betrieb der Systeme erhöht. Es ist unbestritten, dass ein gemeinsames System gegenüber kantonalen Einzelsystemen kosteneffizienter ist. Auch lässt sich die Erhöhung der Kosten mit neuen Funktionalitäten begründen. Allerdings fehlt in den Erläuterungen eine einleuchtende Begründung, wieso mit dem Wechsel von der Labordatenbank ALIS zu ARES insbesondere für die Kantone ein grösserer Nutzen entstehen soll. Der Nutzen liegt auf Seiten des Bundes, bekommt er doch so in Zukunft Daten aus der Lebensmittelüberwachung einheitlich über eine Schnittstelle zu den kantonalen Systemen der Labore. Weiter vermögen die Funktionalitäten des Informationssystems FLEKO bisher im Vollzug nicht zu überzeugen, was zeigt, dass die kantonalen Bedürfnisse bei der Entwicklung zu wenig berücksichtigt wurden. Weiter fehlt eine mehrjährige Finanzplanung, aufgrund derer in den Kantonen eine mittelfristige Planung vorgenommen werden kann. Dementsprechend ist LU der Ansicht, dass die Mitwirkung der Kantone bei der Weiterentwicklung der gemeinsamen Systeme unbedingt in der Verordnung festzulegen ist und eine entsprechende mehrjährige Finanzplanung zukünftig durch das Bundesamt auszuarbeiten ist.

LU sieht die vorgelegte Verordnung als Übergangsregelung bis zur Umsetzung der "IKT Strategie 2025" des Veterinärdienstes Schweiz (VetD CH), welche die Vereinigung der Schweizer Kantonstierärztinnen und Kantonstierärzte (VSKT) im Juni 2020 verabschiedet hat. Die Vision der VSKT besteht in einem effizienten und effektiven IKT System, welches die kantonalen Veterinärdienste administrativ maximal entlastet. Die Flexibilität des IKT Systems soll erhöht und die Möglichkeiten elektronischer Behördenleistungen sollen genutzt werden, wie dies auf allen Stufen der Verwaltung angestrebt wird (Siehe Digitale Verwaltung Schweiz, egovernment.ch, kantonale IKT-Strategien etc.). Die Realisierung soll auf den gemachten Erkenntnissen mit den heute gemeinsam mit dem Bund realisierten Systemen (ASAN, Acontrol, ARES, FLEKO) basieren. Die neuen technischen Möglichkeiten und Anforderungen der Benutzer sind dabei zu berücksichtigen. Falls die Systeme weiterhin gemeinsam mit allen Kantonen und dem Bund umgesetzt werden sollen, was zu hoffen ist, dann muss die Zusammenarbeit, die Mitsprache und die Finanzierung langfristig und nachhaltig zwischen den Kantonen und mit dem Bund neu geregelt werden. Dann wird auch diese Verordnung nochmals überarbeitet werden müssen.

Bemerkungen zu den einzelnen Bestimmungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Ingress	Die Kantone müssen gemäss Art. 212a der Tierschutzverordnung (SR 455.1; TSchV) Tierhalteverbote in ASAN eingeben. Ergebnisse der Tierschutzkontrollen in Acontrol werden an ASAN zur weiteren Bearbeitung übertragen. Die Rechtsgrundlage dafür müsste im Tierschutzgesetz (SR 455; abgekürzt TSchG) zu finden sein. Es ist zu prüfen, ob das TSchG im Ingress ebenfalls aufzuführen ist. Falls im Tierschutzgesetz die Rechtsgrundlage für die Regelung in dieser Verordnung fehlt, ist diese bei der nächsten Revision zu schaffen.	Prüfen, ob das TSchG im Ingress fehlt bzw. ob im TSchG die Delegation für die Regelung an den Bundesrat erst noch zu schaffen ist.
Art. 2 Abs. 1	Bei der Aufzählung der Vollzugsbereiche fehlt der Heilmittel-, im Speziellen der Tierarzneimittelbereich. In ASAN werden die Detailhandelsbewilligungen erfasst und/oder bearbeitet, die Ergebnisse der Primärproduktions- und der Detailhandelskontrollen werden nach Acontrol geliefert und von dort bei Bedarf nach ASAN transferiert und die Daten der Antibiotikadatenbank werden im Auswertungssystem ALVPH analysiert. Somit muss dieser Bereich in der Verordnung auch erwähnt werden.	Art. 2 Abs. 1: ...zur Erfüllung ihrer Vollzugsaufgaben in den Bereichen Tiergesundheit, Tierschutz, Lebensmittel- und Heilmittelsicherheit.....
Art. 3 Abs. 1 Bst. b	Im Anhang 1 sind auch Vollzugsdaten im Bereich Tierarzneimittel und Veterinärberufe aufgeführt. Im Art. 3 fehlt dieser Bereich jedoch in der Aufzählung.	Art. 3 Abs. 1 Bst b, neu: 4. Tierarzneimittel und Veterinärberufe
Art. 4 Abs. 1 Bst a, b, d, e, f	Bei allen aufgeführten Buchstaben ist der Bereich Heilmittel ebenfalls aufzuführen.	Art. 4 Abs. 1 Bst a, b, e: ...des Tierschutzes, einer einwandfreien Primärproduktion und der Heilmittelsicherheit... Art. 4 Abs. 1 Bst d: ... Tierschutz-, Lebensmittel- und Heilmittelgesetzgebung; Art. 4 Abs. 1 Bst f: ... Tierschutz, Lebens- und Heilmittelsicherheit...

Art. 5 Bst c	Auch hier fehlt die Aufzählung des Heilmittelbereiches	Art. 5 Bst c: ... Tierschutz, Lebens- und Heilmittelsicherheit...
Art. 6 Abs. 1 Bst. c	Auch hier fehlt die Aufzählung des Heilmittelbereiches	Art. 6 Abs. 1 Bst c: ... Tierschutz, Lebens- und Heilmittelsicherheit...
Art. 8 Abs. 4	Auch hier fehlt die Aufzählung des Heilmittelbereiches	Art. 8 Abs. 4: ... Tierschutz, Lebens- und Heilmittelsicherheit...
Art. 8 Abs. 5 Bst. a	Die Kriterien für die hier erwähnten Betriebe muss durch solche, die mit Heilmitteln umgehen, erweitert werden.	Art. 8 Abs. 5 Bst. a: ... von Betrieben betreffen, die mit Lebensmitteln und Gebrauchsgegenständen oder Heilmitteln...
Art. 8 Abs. 5 Bst. b	Für den Zugriff auf die Vollzugsdaten einer anderen kantonalen Verwaltungseinheit in ARES müssen nicht nur Tierhaltungen abgefragt werden können, sondern auch andere Betriebe, z.B. Lebensmittelbetriebe, Tierarztpraxen etc. Für die Suche ist die UID/BUR Nummer der Schlüssel. Tierhaltungen sind ev. in Zukunft auch über die BUR Nummer identifiziert und nicht mehr über die TVD Nummer. Für Personen (z.B. Heimtierhalter) ist in der Schweiz die Sozialversicherungsnummer der eindeutige Schlüssel, welcher in Zukunft von der Verwaltung genutzt werden kann, ein wesentlicher Vorteil im Gegensatz zur Verwendung von Name-Vorname (Schreibweisen, ausländische Namen) Daher ist auch diese in die Aufzählung aufzunehmen. Es sind nicht alles Tierhalter, zu welchen Daten in ARES sind, sondern auch andere Personen (z.B. Bewilligungsinhaber, Tierärzte, Exporteure, Importeure etc.)	...durch Eingabe der BUR oder UID Nummer des Betriebes , der TVD Nummer der Tierhaltung, der Identifikationsnummer des betreffenden Tieres, der Sozialversicherungsnummer oder des Namen der Tierhalterin oder des Tierhalters oder einer andern Person.
Art. 11 Bst. h und i (neu)	National- und Ständerat haben im Dezember 2020 einer Gesetzesänderung zugestimmt, wonach Behörden von Bund, Kantonen und Gemeinden im Rahmen ihrer gesetzlichen Aufgaben generell die AHV-Nummer systematisch verwenden dürfen. Falls es die nationale Gesetzgebung erlaubt, sollen die A-Systeme als Personenidentifikator die Sozialversicherungsnummer aus dem zentralen Versichertenregister der Sozialversicherungen des Bundes beziehen können. Weiter sollen sie, wie für ARES ja bereits gemäss Erläuterungen zu Art. 2 erwähnt, auch Daten aus kantonalen Systemen, wie Limsophy u.a. beziehen können.	Art. 11 Bst. h und i, neu: h. Versichertenregister der Sozialversicherungen des Bundes i. Kantonale Geschäftsmanagementsysteme für den Lebensmittel- und Veterinärvollzug

Art. 12 Abs. 2 Bst. d	Wie in den Erläuterungen zu Artikel 16 dargelegt, werden ASAN, ARES und FLEKO primär zur Wahrnehmung der Vollzugsaufgaben der Kantone betrieben. Dies rechtfertigt, dass zwei Drittel der Kosten für Betrieb, Wartung und Weiterentwicklung zu Lasten der Kantone gehen. Allerdings muss damit auch ein relevantes Mitbestimmungsrecht der Kantone bei der Weiterentwicklung der Systeme einhergehen. Zudem ist aus Gründen der Planungssicherheit eine mehrjährige Finanzplanung zu erstellen, in welcher die zu erwartenden Mehrkosten aufgrund von Weiterentwicklungen berücksichtigt werden.	Art. 12 Abs. 2 Bst d: ...Jahresrechnung und plant unter Einbezug der Kantone die Weiterentwicklung der Systeme und erstellt eine mehrjährige Finanzplanung
Art. 14 Abs. 1	Aufgrund der gegenüber anderen Stellen sehr grossen Abhängigkeit der kantonalen Veterinärbehörden von den in der Verordnung geregelten Bundessystemen soll die Zusammensetzung des Gemeinsamen Ausschusses wie er in den Erläuterungen erwähnt ist, in der Verordnung im exakter festgelegt werden. Vier der fünf kantonalen Vertreter oder Vertreterinnen sollen aus den kantonalen Veterinärdiensten kommen, einer oder eine aus einem kantonalen Labor (Kantonschemiker oder Kantonschemikerin)	Art. 14 Abs. 1: ...besteht aus vier Vertreterinnen und Vertretern des BLV sowie vier Vertreterinnen und Vertretern von kantonalen Veterinärdiensten und einer Vertreterin oder einem Vertreter eines kantonalen Laboratoriums...
Art. 14 Abs. 4	Die Fachstelle und der Gemeinsame Ausschuss sind in Art. 13 bzw. 14 definiert. Auf operativer Ebene existieren jedoch weitere Gremien, wie K-ASAN und Anwenderausschüsse. Diese wird es weiter brauchen, neue sollen bedarfsweise temporär oder dauernd geschaffen werden können. Dies sollte klar Aufgabe des Gemeinsamen Ausschusses sein, der eine oder mehrere Fachstellen gemäss Art. 13 beauftragt, Ausschüsse mit Vertreterinnen und Vertretern der Kantone und/oder anderer Bundesämter einzusetzen.	Art. 14 Abs. 4: Er kann den Fachstellen Aufträge erteilen und sie verpflichten, einen oder mehrere Fachausschüsse mit Vertreterinnen und Vertretern der Kantone und/oder anderer Bundesämter einzusetzen.
Art. 17 Abs. 1 Bst. b	Damit wie in den Erläuterungen zu Art. 2 erwähnt, auch Daten aus kantonalen Systemen ausgewertet werden können, ist die Aufzählung gemäss den Erweiterungen in Art. 11 zu ergänzen.	Art. 17 Abs. 1 Bst. b: den Informationssystemen nach Art. 11. Buchstaben a-d, g und i ;
Art. 18 Abs. 2	Auch hier fehlt die Aufzählung des Heilmittelbereiches	Art. 18 Abs. 2: ... Tierschutz, Lebens- und Heilmittelsicherheit...
Art. 21	In den Informationssystemen werden Daten des kantonalen Vollzugs geführt. Die Aufbewahrung, Archivierung und Vernichtung von solchen kantonalen Daten richtet sich nach der jeweiligen kantonalen Gesetzgebung. Gemäss	Das BLV soll prüfen, ob die Daten nach den Vorschriften des Archivierungsgesetzes vom 26. Juni 1998 und den einschlägigen kantonalen Gesetzen vor deren Löschung

	der Schweizerischen Archivdirektorinnen- und Archivdirektorenkonferenz (ADK) können Unterlagen aus Ebenen übergreifenden Informationssystemen grundsätzlich sowohl auf Bundes- wie auch auf Kantonsebene archivierungspflichtig sein (https://kost-ceco.ch/cms/18-038-gt-sit_de.html).	dem Bundesarchiv und dem entsprechenden Kantonsarchiv angeboten werden müssen. Wenn dies der Fall ist, ist in Art. 21 diese Pflicht zu beschreiben und der Prozess, wie dies sichergestellt wird, zu regeln.
Art. 24	Da die Budgetierung für das Jahr 2022 in allen Kantonen im Verlaufe des Sommers abgeschlossen sein wird und die Amtsstellen nachträglich keine Eingaben mehr machen können, sind die Änderungen, welche für die Kantone finanzielle Auswirkungen haben erst per 1.1.2023 in Kraft zu setzen. Dies betrifft insbesondere Art. 16	Die Verordnungsänderung soll nicht wie in den Erläuterungen erwähnt auf den 1.1.2022 in Kraft gesetzt werden, sondern wegen den finanziellen Konsequenzen auf 1.1.2023. Alternativ ist zu prüfen, ob nur die Wirksamkeit von Art. 16 bis zu diesem späteren Datum verschoben werden kann, d.h. bis dann weiterhin der entsprechende Artikel in der alten Verordnung seine Gültigkeit behält.
Anhang 1 (ASAN)	Unter Ziffer 2.4 fehlt «Meldung an anderen Prozess »	Ziffer 2.4 ergänzen
Aufhebung und Änderungen anderer Erlasse, röm. Ziffer II, Ziffern 1, 2, 6 und 8	Unter Ziffer 3 (Vollzug der Lebensmittelgesetzgebung) steht, dass das BLV nach Absprache mit den kantonalen Vollzugsbehörden die Art und Form der Datenerfassung bestimmt. Die Absprache mit dem kantonalen Vollzug, wie die Daten in den Bundessystemen erfasst (was, wann, wie..) werden, soll in allen Vollzugsbereichen erfolgen. Der letzte Satz unter Ziffer 3, Art. 6 Abs. 2 der Verordnung über den Vollzug der Lebensmittelgesetzgebung soll auch in die anderen Vollzugsverordnungen übernommen werden.	Bei allen Änderungen unter den Ziffern 1, 2, 6 und 8 ist folgendes zu ergänzen: ... Das BLV bestimmt nach Absprache mit den kantonalen Vollzugsbehörden die Art und Form der Datenerfassung.



LE CONSEIL D'ÉTAT

DE LA RÉPUBLIQUE ET
CANTON DE NEUCHÂTEL

Par courriel :
vernehmlassungen@blv.admin.ch
Département fédéral de l'intérieur
Palais fédéral
3003 Berne

Révision totale de l'ordonnance concernant les systèmes d'information du service vétérinaire public

Monsieur le conseiller fédéral,

Nous vous remercions de nous avoir consultés sur la révision de l'ordonnance citée en titre et vous prions de trouver notre prise de position en annexe, sous forme électronique.

Nous reconnaissons le grand intérêt à exploiter les systèmes informatiques développés dans le domaine vétérinaire en commun par la Confédération et les cantons. Dès lors, l'extension envisagée de ces systèmes à l'ensemble de la chaîne alimentaire est expressément saluée.

La révision de l'ordonnance engendre également une augmentation de la participation financière des cantons à l'exploitation des systèmes informatiques partagés. Nous admettons volontiers qu'un système commun à la Confédération et aux cantons est à l'usage nettement plus économique que des systèmes cantonaux individuels. Les nouvelles fonctionnalités prévues engendrent de fait une augmentation des coûts, qui n'est pas contestée. Par contre, le passage d'ALIS à ARES n'engendre pas d'avantage déterminant pour les cantons; au contraire, ce changement – qui s'accompagne de coûts d'adaptation pour les cantons – profite essentiellement à la Confédération, qui obtient ainsi des données standardisées de la part des laboratoires cantonaux. Idéalement, les coûts d'adaptation devraient donc être assumés par la Confédération. Il manque également une planification financière pluriannuelle, qui permettrait aux cantons d'adapter et de prévoir leurs budgets en conséquence. Dès lors, nous demandons que la collaboration des cantons dans le développement des systèmes informatiques communs soit expressément mentionnée dans l'ordonnance et qu'une planification pluriannuelle des coûts à charge des cantons soit élaborée par l'office fédéral concerné.

Nous considérons cette ordonnance comme une disposition transitoire jusqu'à la mise en œuvre de la stratégie IKT 2025 du service vétérinaire suisse, laquelle devra concrétiser la réalisation d'un système informatique efficace et efficient, propre à décharger au maximum les services vétérinaires cantonaux de leurs tâches administratives. La flexibilité du système et la digitalisation la plus large possible des processus administratifs devront être réalisées à cette

occasion, à l'instar de ce qui se met en place dans l'ensemble des services publics. Les nouvelles possibilités techniques et les exigences des utilisateurs devront y être intégrées.

Réitérant nos remerciements de nous avoir consulté, nous vous prions de croire, Monsieur le conseiller fédéral, à l'expression de notre haute considération.

Neuchâtel, le 18 août 2021

Au nom du Conseil d'État :

Le président,
L. FAVRE

La chancière,
S. DESPLAND



Annexe : 1 questionnaire



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Département fédéral de l'intérieur DFI
**Office fédéral de la sécurité alimentaire et
des affaires vétérinaires OSAV**
Division Droit

**Procédure de consultation de la révision totale de l'ordonnance concernant des systèmes d'information du service
vétérinaire public (OSIVét ; nouveau titre : ordonnance concernant les systèmes d'information de l'OSAV pour la chaîne
agroalimentaire) de l'ordonnance sur les épizooties
(du 12 mai au 30 août 2021)**

Avis de

Nom / entreprise / organisation / service : République et canton de Neuchâtel

Sigle entreprise / organisation / service : NE

Adresse, lieu : Château, 2000 Neuchâtel

Interlocuteur : Dr Pierre-François Gobat, vétérinaire cantonal

Téléphone : 032/8896830

Courriel : pierre-francois.gobat@ne.ch

Date : 18 août 2021

Remarques importantes :

1. Nous vous prions de ne pas modifier le formatage du formulaire.
2. Merci d'utiliser une ligne séparée par article d'ordonnance.

Office fédéral de la sécurité alimentaire et
des affaires vétérinaires OSAV
Schwarzenburgstrasse 155, 3003 Berne
Tél. +41 58 463 30 33
info@blv.admin.ch
www.osav.admin.ch

3. Veuillez faire parvenir votre avis au **format Word** d'ici au 30 août 2021 à l'adresse suivante :
vernehmlassungen@blv.admin.ch

1 Remarques générales

Nous reconnaissons le grand intérêt à exploiter les systèmes informatiques développés dans le domaine vétérinaire en commun par la Confédération et les cantons. Dès lors, l'extension envisagée de ces systèmes à l'ensemble de la chaîne alimentaire est expressément saluée.

La révision de l'ordonnance engendre également l'augmentation de la participation financière des cantons à l'exploitation des systèmes informatiques partagés. Nous reconnaissons qu'un système commun à la Confédération et aux cantons est à l'usage nettement plus économique que des systèmes cantonaux individuels. Les nouvelles fonctionnalités prévues engendrent de fait une augmentation des coûts, qui n'est pas contestée. Par contre, le passage d'ALIS à ARES n'engendre pas d'avantage déterminant pour les cantons; au contraire, ce changement – qui s'accompagne de coûts d'adaptation pour les cantons – profite essentiellement à la Confédération, qui obtient ainsi des données standardisées de la part des laboratoires cantonaux. Idéalement, les coûts d'adaptation devraient donc être assumés par la Confédération. Il manque également une planification financière pluriannuelle, qui permettrait aux cantons d'adapter et de prévoir leurs budgets en conséquence. Dès lors, nous demandons que la collaboration des cantons dans le développement des systèmes informatiques communs soit expressément mentionnée dans l'ordonnance et qu'une planification pluriannuelle des coûts à charge des cantons soit élaborée par l'office fédéral concerné.

Nous considérons cette ordonnance comme une disposition transitoire jusqu'à la mise en oeuvre de la stratégie IKT 2025 du service vétérinaire suisse, laquelle devra concrétiser la réalisation d'un système informatique efficace et efficient, propre à décharger au maximum les services vétérinaires cantonaux de leurs tâches administratives. La flexibilité du système et la digitalisation la plus large possible des processus administratifs devront être réalisées à cette occasion, à l'instar de ce qui se met en place dans l'ensemble des services publics. Les nouvelles possibilités techniques et les exigences des utilisateurs devront y être intégrées.

2 Remarques sur les différentes dispositions

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)
2, alinéa 1	Il manque la gestion des médicaments vétérinaires dans la liste des domaines d'exécution, bien que les autorisations de commerce de détail soient gérées au travers d'ASAN, que les résultats des contrôles de la production primaire et des inspections des pharmacies vétérinaires soient saisis dans Acontrol et que les données de la banque de données des antibiotiques soient analysées dans ALVPH.	Ajouter : médicaments vétérinaires
8, alinéa 5, let. b	L'identification des personnes (par exemple des détenteurs d'animaux de compagnie) doit se faire par le numéro d'assurances sociales (numéro AVS), qui pourra être utilisé à futur par l'administration publique. Ce numéro unique apportera de nets avantages par rapport à l'utilisation actuelle de l'identification par le nom et le prénom. Raison pour laquelle ce numéro devrait être intégré à la liste des identifiants. D'autres personnes sont également mentionnées dans ARES, à savoir notamment les détenteurs d'autorisations, les vétérinaires, les importateurs, les exportateurs, etc.	

11, lettre h	Les Chambres fédérales ont adopté en décembre 2020 une modification légale autorisant les autorités fédérales, cantonales et communales à utiliser de manière systématique le numéro AVS dans le cadre de leurs tâches légales. Le système informatique dont il est question ici devrait dès lors utiliser le numéro AVS comme identifiant des personnes.	
12, alinéa 2, let. d	Comme décrit dans les explications à l'article 16, les systèmes ASAN, ARES et FLEKO sont avant tout destinés à l'exécution de la législation par les cantons, ce qui justifie que deux tiers des coûts d'exploitation, de maintenance et de développement soient pris en charge par les cantons. Par contre, un droit de codécision étendu doit être accordé aux cantons lors du développement de ces logiciels. De plus, une planification financière pluriannuelle doit être élaborée par la Confédération, qui prendra en compte les surcoûts générés par les développements envisagés.	
24	Étant donné que le budget cantonal pour l'année 2022 est d'ores et déjà bouclé au niveau des exécutifs cantonaux et que les services administratifs ne peuvent plus déposer de demandes d'adaptations, les modifications qui ont une incidence financière sur les cantons ne doivent être mises en vigueur qu'à partir du 1 ^{er} janvier 2023 ; ceci concerne en particulier l'article 16.	



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Département fédéral de l'intérieur DFI
**Office fédéral de la sécurité alimentaire et
des affaires vétérinaires OSAV**
Division Droit

**Procédure de consultation de la révision totale de l'ordonnance concernant des systèmes d'information du service
vétérinaire public (OSIVét ; nouveau titre : ordonnance concernant les systèmes d'information de l'OSAV pour la chaîne
agroalimentaire) de l'ordonnance sur les épizooties
(du 12 mai au 30 août 2021)**

Avis de

Nom / entreprise / organisation / service : République et canton de Neuchâtel

Sigle entreprise / organisation / service : NE

Adresse, lieu : Château, 2000 Neuchâtel

Interlocuteur : Dr Pierre-François Gobat, vétérinaire cantonal

Téléphone : 032/8896830

Courriel : pierre-francois.gobat@ne.ch

Date : 18 août 2021

Remarques importantes :

1. Nous vous prions de ne pas modifier le formatage du formulaire.
2. Merci d'utiliser une ligne séparée par article d'ordonnance.

Office fédéral de la sécurité alimentaire et
des affaires vétérinaires OSAV
Schwarzenburgstrasse 155, 3003 Berne
Tél. +41 58 463 30 33
info@blv.admin.ch
www.osav.admin.ch

3. Veuillez faire parvenir votre avis au **format Word** d'ici au 30 août 2021 à l'adresse suivante :
vernehmlassungen@blv.admin.ch

1 Remarques générales

Nous reconnaissons le grand intérêt à exploiter les systèmes informatiques développés dans le domaine vétérinaire en commun par la Confédération et les cantons. Dès lors, l'extension envisagée de ces systèmes à l'ensemble de la chaîne alimentaire est expressément saluée.

La révision de l'ordonnance engendre également l'augmentation de la participation financière des cantons à l'exploitation des systèmes informatiques partagés. Nous reconnaissons qu'un système commun à la Confédération et aux cantons est à l'usage nettement plus économique que des systèmes cantonaux individuels. Les nouvelles fonctionnalités prévues engendrent de fait une augmentation des coûts, qui n'est pas contestée. Par contre, le passage d'ALIS à ARES n'engendre pas d'avantage déterminant pour les cantons; au contraire, ce changement – qui s'accompagne de coûts d'adaptation pour les cantons – profite essentiellement à la Confédération, qui obtient ainsi des données standardisées de la part des laboratoires cantonaux. Idéalement, les coûts d'adaptation devraient donc être assumés par la Confédération. Il manque également une planification financière pluriannuelle, qui permettrait aux cantons d'adapter et de prévoir leurs budgets en conséquence. Dès lors, nous demandons que la collaboration des cantons dans le développement des systèmes informatiques communs soit expressément mentionnée dans l'ordonnance et qu'une planification pluriannuelle des coûts à charge des cantons soit élaborée par l'office fédéral concerné.

Nous considérons cette ordonnance comme une disposition transitoire jusqu'à la mise en oeuvre de la stratégie IKT 2025 du service vétérinaire suisse, laquelle devra concrétiser la réalisation d'un système informatique efficace et efficient, propre à décharger au maximum les services vétérinaires cantonaux de leurs tâches administratives. La flexibilité du système et la digitalisation la plus large possible des processus administratifs devront être réalisées à cette occasion, à l'instar de ce qui se met en place dans l'ensemble des services publics. Les nouvelles possibilités techniques et les exigences des utilisateurs devront y être intégrées.

2 Remarques sur les différentes dispositions

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)
2, alinéa 1	Il manque la gestion des médicaments vétérinaires dans la liste des domaines d'exécution, bien que les autorisations de commerce de détail soient gérées au travers d'ASAN, que les résultats des contrôles de la production primaire et des inspections des pharmacies vétérinaires soient saisis dans Acontrol et que les données de la banque de données des antibiotiques soient analysées dans ALVPH.	Ajouter : médicaments vétérinaires
8, alinéa 5, let. b	L'identification des personnes (par exemple des détenteurs d'animaux de compagnie) doit se faire par le numéro d'assurances sociales (numéro AVS), qui pourra être utilisé à futur par l'administration publique. Ce numéro unique apportera de nets avantages par rapport à l'utilisation actuelle de l'identification par le nom et le prénom. Raison pour laquelle ce numéro devrait être intégrer à la liste des identifiants. D'autres personnes sont également mentionnées dans ARES, à savoir notamment les détenteurs d'autorisations, les vétérinaires, les importateurs, les exportateurs, etc.	

11, lettre h	Les Chambres fédérales ont adopté en décembre 2020 une modification légale autorisant les autorités fédérales, cantonales et communales à utiliser de manière systématique le numéro AVS dans le cadre de leurs tâches légales. Le système informatique dont il est question ici devrait dès lors utiliser le numéro AVS comme identifiant des personnes.	
12, alinéa 2, let. d	Comme décrit dans les explications à l'article 16, les systèmes ASAN, ARES et FLEKO sont avant tout destinés à l'exécution de la législation par les cantons, ce qui justifie que deux tiers des coûts d'exploitation, de maintenance et de développement soient pris en charge par les cantons. Par contre, un droit de codécision étendu doit être accordé aux cantons lors du développement de ces logiciels. De plus, une planification financière pluriannuelle doit être élaborée par la Confédération, qui prendra en compte les surcoûts générés par les développements envisagés.	
24	Étant donné que le budget cantonal pour l'année 2022 est d'ores et déjà bouclé au niveau des exécutifs cantonaux et que les services administratifs ne peuvent plus déposer de demandes d'adaptations, les modifications qui ont une incidence financière sur les cantons ne doivent être mises en vigueur qu'à partir du 1 ^{er} janvier 2023 ; ceci concerne en particulier l'article 16.	



KANTON
NIDWALDEN

LANDAMMANN UND
REGIERUNGSRAT

Dorfplatz 2, Postfach 1246, 6371 Stans
Telefon 041 618 79 02, www.nw.ch

CH-6371 Stans, Dorfplatz 2, Postfach 1246, STK

PER E-MAIL

Eidgenössisches Departement des Innern
Herr Bundespräsident Alain Berset
Generalsekretariat GS-EDI
Inselgasse 1
3003 Bern

Telefon 041 618 79 02
staatskanzlei@nw.ch
Stans, 24. August 2021

Totalrevision der Verordnung über die Informationssysteme für den öffentlichen Veterinärdienst (ISVet-V, neu: Verordnung über Informationssysteme des BLV für die Lebensmittelkette). Stellungnahme

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Mit Schreiben vom Mai 2021 unterbreiteten Sie uns den Entwurf zur Totalrevision der Verordnung über die Informationssysteme für den öffentlichen Veterinärdienst (ISVet-V, neu: Verordnung über Informationssysteme des BLV für die Lebensmittelkette) mit der Bitte, bis zum 30. August 2021 eine Stellungnahme abzugeben.

Wir danken Ihnen für diese Möglichkeit und vernehmen uns wie folgt:

Wir anerkennen den grossen Nutzen der von Bund und Kantonen im Veterinärvollzug gemeinsam betriebenen Systeme. Dass zukünftig die Informationssysteme auch Daten aus der amtlichen Kontrolle von Lebensmitteln und Gebrauchsgegenständen enthalten sollen, ist vor dem Hintergrund der "Gesamtstrategie Lebensmittelkette" und der Umsetzung des "nationalen Kontrollplans" zu begrüßen.

Mit der Verordnungsrevision wird auch der Kostenbeitrag der Kantone an den Betrieb der Systeme erhöht. Es ist unbestritten, dass ein gemeinsames System gegenüber kantonalen Einzelsystemen kosteneffizient ist. Auch lässt sich die Erhöhung der Kosten mit neuen Funktionalitäten begründen. Allerdings fehlt in den Erläuterungen eine einleuchtende Begründung, wieso mit dem Wechsel von der Labordatenbank ALIS zu ARES insbesondere für die Kantone ein grösserer Nutzen entstehen soll. Eher ist der Nutzen auf Seiten des Bundes, bekommt er doch so in Zukunft Daten aus der Lebensmittelüberwachung einheitlich über eine Schnittstelle zu den kantonalen Systemen der Labore. Weiter vermögen die Funktionalitäten des Informationssystems FLEKO im Vollzug nicht zu überzeugen, was zeigt, dass die kantonalen Bedürfnisse bei der Entwicklung zu wenig berücksichtigt wurden. Weiter fehlt eine mehrjährige Finanzplanung, aufgrund derer in den Kantonen eine mittelfristige Planung vorgenommen werden kann. **Dementsprechend sind wir der Ansicht, dass die Mitwirkung der Kantone bei der Weiterentwicklung der gemeinsamen Systeme unbedingt in der Verordnung festzulegen und eine entsprechende mehrjährige Finanzplanung zukünftig durch das Bundesamt auszuarbeiten sind.**

Wir sehen die vorgelegte Verordnung als Übergangsregelung bis zur Umsetzung der "IKT Strategie 2025" des Veterinärdienstes Schweiz (VetD CH), welche der Verband VSKT im Juni 2020 verabschiedet hat. Diese Vision besteht in einem effizienten und effektiven IKT-System, welches die kantonalen Veterinärdienste administrativ maximal entlastet. Die Flexibilität des IKT-Systems soll erhöht und die Möglichkeiten elektronischer Behördenleistungen sollen genutzt werden, wie dies auf allen Stufen der Verwaltung angestrebt wird (siehe Digitale Verwaltung Schweiz, egovernment.ch, kantonale IKT-Strategien usw.). Die Realisierung soll auf den gemachten Erkenntnissen mit den heute gemeinsam mit dem Bund realisierten Systemen (ASAN, AControl, ARES, FLEKO) basieren. Die neuen technischen Möglichkeiten und Anforderungen der Benutzer sind dabei zu berücksichtigen. Falls die Systeme weiterhin gemeinsam mit allen Kantonen und dem Bund umgesetzt werden sollen, was zu hoffen ist, müssen die Zusammenarbeit, die Mitsprache und die Finanzierung langfristig und nachhaltig zwischen den Kantonen und mit dem Bund neu geregelt werden. Dann wird auch diese Verordnung nochmals überarbeitet werden müssen.

Herzlichen Dank für die Berücksichtigung unserer Überlegungen.

Freundliche Grüsse
NAMENS DES REGIERUNGSRATES

Karin Kayser-Frutschi
Landammann



lic. iur. Armin Eberli
Landschreiber

Geht an:

- vernehmlassungen@blv.admin.ch



CH-6061 Sarnen, St. Antonistrasse 4, FD

Elektronisch an:

vernehmlassungen@blv.admin.ch

Sarnen, 13. August 2021/wg

**Vernehmlassung zur Totalrevision der Verordnung über die Informationssysteme für den öffentlichen Veterinärdienst (ISVet-V, neu: Verordnung über Informationssysteme des BLV für die Lebensmittelkette);
Stellungnahme.**

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken für die Möglichkeit zur Stellungnahme im Rahmen des Vernehmlassungsverfahrens zur Totalrevision der ISVet-Verordnung (SR 916.408, neu: Verordnung über Informationssysteme des BLV für die Lebensmittelkette).

Gemäss den Erläuterungen, ist eine Erweiterung des Informationssystems für Veterinär-Labordaten mit Daten aus der amtlichen Kontrolle von Lebensmitteln und Gebrauchsgegenständen, geplant. Dies soll die Lebensmittelkontrolle stärken und ermöglichen dem BLV, seine Aufsichtsfunktion über die kantonalen Vollzugsorgane effizienter wahrzunehmen. Der Betrieb des "ARES" soll sich gemäss Botschaft nicht verteuern. Hingegen sollen sich die Kantone an den Kosten für "Fleko", welches zur Wahrnehmung der Vollzugsaufgaben der Kantone dient, beteiligen.

1. Allgemeine Bemerkungen

Wir anerkennen den grossen Nutzen der von Bund und Kantonen im Veterinärvollzug gemeinsam betriebenen Systeme. Dass zukünftig die Informationssysteme auch Daten aus der amtlichen Kontrolle von Lebensmitteln und Gebrauchsgegenständen enthalten sollen, ist vor dem Hintergrund der "Gesamtstrategie Lebensmittelkette" und der Umsetzung des "nationalen Kontrollplans" zu begrüssen.

Mit der Verordnungsrevision wird auch der Kostenbeitrag der Kantone an den Betrieb der Systeme erhöht. Es ist unbestritten, dass ein gemeinsames System gegenüber kantonalen Einzelsystemen kosteneffizient ist. Auch lässt sich die Erhöhung der Kosten mit neuen Funktionalitäten begründen. Allerdings fehlt in den Erläuterungen eine einleuchtende Begründung, wieso mit dem Wechsel von der Labordatenbank ALIS zu ARES insbesondere für die Kantone ein grösserer Nutzen entstehen

soll. Eher ist der Nutzen auf Seiten des Bundes, bekommt er doch so in Zukunft Daten aus der Lebensmittelüberwachung einheitlich über eine Schnittstelle zu den kantonalen Systemen der Labore. Weiter vermögen die Funktionalitäten des Informationssystems FLEKO im Vollzug nicht zu überzeugen, was zeigt, dass die kantonalen Bedürfnisse bei der Entwicklung zu wenig berücksichtigt wurden. Weiter fehlt eine mehrjährige Finanzplanung, aufgrund derer in den Kantonen eine mittelfristige Planung vorgenommen werden kann. Dementsprechend sind wir der Ansicht, dass die Mitwirkung der Kantone bei der Weiterentwicklung der gemeinsamen Systeme unbedingt in der Verordnung festzulegen ist und eine entsprechende mehrjährige Finanzplanung zukünftig durch das Bundesamt auszuarbeiten ist.

Wir sehen die vorgelegte Verordnung als Übergangsregelung bis zur Umsetzung der "IKT Strategie 2025" des Veterinärdienstes Schweiz (VetD CH), welche der Verband VSKT im Juni 2020 verabschiedet hat. Diese Vision besteht in einem effizienten und effektiven IKT System, welches die kantonalen Veterinärdienste administrativ maximal entlastet. Die Flexibilität des IKT Systems soll erhöht und die Möglichkeiten elektronischer Behördenleistungen sollen genutzt werden, wie dies auf allen Stufen der Verwaltung angestrebt wird (siehe Digitale Verwaltung Schweiz, egovernment.ch, kantonale IKT-Strategien etc.). Die Realisierung soll auf den gemachten Erkenntnissen mit den heute gemeinsam mit dem Bund realisierten Systemen (ASAN, AControl, ARES, FLEKO) basieren. Die neuen technischen Möglichkeiten und Anforderungen der Benutzer sind dabei zu berücksichtigen. Falls die Systeme weiterhin gemeinsam mit allen Kantonen und dem Bund umgesetzt werden sollen, was zu hoffen ist, muss dann die Zusammenarbeit, die Mitsprache und die Finanzierung langfristig und nachhaltig zwischen den Kantonen und mit dem Bund neu geregelt werden. Dann wird auch diese Verordnung nochmals überarbeitet werden müssen.

2. Konkrete Bemerkungen zur Verordnung

Für die Bemerkungen zu den einzelnen Bestimmungen verweisen wir auf das beigegefügte Formular, welches vom fachlich zuständigen Kantonstierarzt ausgefüllt wurde.

Freundliche Grüsse



Maya Büchi-Kaiser
Landstatthalter

Brief und Formular als Word-Version per Email an:
vernehmlassungen@blv.admin.ch



**Vernehmlassung zur Totalrevision der Verordnung über die Informationssysteme für den öffentlichen Veterinärdienst
(ISVet-V, neu: Verordnung über Informationssysteme des BLV für die Lebensmittelkette)
(12.05. bis 30.08.2021)**

Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation / Amt : Kantonstierarzt der Urkantone
Abkürzung der Firma / Organisation / Amt : Laboratorium der Urkantone
Adresse, Ort : Föhneneichstr. 15, 6440 Brunnen

Kontaktperson : Andreas Ewy
Telefon : +41 (0)41 825 4151
E-Mail : andreas.ewy@laburk.ch
Datum : 30.07.2021

Wichtige Hinweise:

1. Wir bitten Sie, keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen!
2. Bitte pro Artikel der Verordnung eine eigene Zeile verwenden.
3. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte als **Word**-Dokument bis am 30.08.2021 an folgende E-Mail-Adresse:
vernehmlassungen@blv.admin.ch

1 Allgemeine Bemerkungen

Wir anerkennen den grossen Nutzen der von Bund und Kantonen im Veterinärvollzug gemeinsam betriebenen Systeme. Dass zukünftig die Informationssysteme auch Daten aus der amtlichen Kontrolle von Lebensmitteln und Gebrauchsgegenständen enthalten sollen, ist vor dem Hintergrund der "Gesamtstrategie Lebensmittelkette" und der Umsetzung des "nationalen Kontrollplans" zu begrüssen.

Mit der Verordnungsrevision wird auch der Kostenbeitrag der Kantone an den Betrieb der Systeme erhöht. Es ist unbestritten, dass ein gemeinsames System gegenüber kantonalen Einzelsystemen kosteneffizient ist. Auch lässt sich die Erhöhung der Kosten mit neuen Funktionalitäten begründen. Allerdings fehlt in den Erläuterungen eine einleuchtende Begründung, wieso mit dem Wechsel von der Labordatenbank ALIS zu ARES insbesondere für die Kantone ein grösserer Nutzen entstehen soll. Eher ist der Nutzen auf Seiten des Bundes, bekommt er doch so in Zukunft Daten aus der Lebensmittelüberwachung einheitlich über eine Schnittstelle zu den kantonalen Systemen der Labore. Weiter vermögen die Funktionalitäten des Informationssystems FLEKO im Vollzug nicht zu überzeugen, was zeigt, dass die kantonalen Bedürfnisse bei der Entwicklung zu wenig berücksichtigt wurden. Weiter fehlt eine mehrjährige Finanzplanung, aufgrund derer in den Kantonen eine mittelfristige Planung vorgenommen werden kann. Dementsprechend sind wir der Ansicht, dass die Mitwirkung der Kantone bei der Weiterentwicklung der gemeinsamen Systeme unbedingt in der Verordnung festzulegen ist und eine entsprechende mehrjährige Finanzplanung zukünftig durch das Bundesamt auszuarbeiten ist.

Wir sehen die vorgelegte Verordnung als Übergangsregelung bis zur Umsetzung der "IKT Strategie 2025" des Veterinärdienstes Schweiz (VetD CH), welche der Verband VSKT im Juni 2020 verabschiedet hat. Diese Vision besteht in einem effizienten und effektiven IKT System, welches die kantonalen Veterinärdienste administrativ maximal entlastet. Die Flexibilität des IKT Systems soll erhöht und die Möglichkeiten elektronischer Behördenleistungen sollen genutzt werden, wie dies auf allen Stufen der Verwaltung angestrebt wird (siehe Digitale Verwaltung Schweiz, egovernment.ch, kantonale IKT-Strategien etc.). Die Realisierung soll auf den gemachten Erkenntnissen mit den heute gemeinsam mit dem Bund realisierten Systemen (ASAN, AControl, ARES, FLEKO) basieren. Die neuen technischen Möglichkeiten und Anforderungen der Benutzer sind dabei zu berücksichtigen. Falls die Systeme weiterhin gemeinsam mit allen Kantonen und dem Bund umgesetzt werden sollen, was zu hoffen ist, muss dann die Zusammenarbeit, die Mitsprache und die Finanzierung langfristig und nachhaltig zwischen den Kantonen und mit dem Bund neu geregelt werden. Dann wird auch diese Verordnung nochmals überarbeitet werden müssen.

Bemerkungen zu den einzelnen Bestimmungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Ingress	Die Kantone müssen gemäss Art. 212a der Tierschutzverordnung (SR 455.1; abgekürzt TSchV) Tierhalteverbote in ASAN eingeben. Ergebnisse der Tierschutzkontrollen in AControl werden an ASAN zur weiteren Bearbeitung übertragen. Die Rechtsgrundlage dafür müsste im Tierschutzgesetz (SR 455; abgekürzt TSchG) zu finden sein. Es ist zu prüfen, ob das TSchG im Ingress ebenfalls aufzuführen ist. Falls im Tierschutzgesetz die Rechtsgrundlage für die Regelung in dieser Verordnung fehlt, ist diese bei der nächsten Revision zu schaffen.	Prüfen, ob das TSchG im Ingress fehlt bzw. ob im TSchG die Delegation für die Regelung an den Bundesrat erst noch zu schaffen ist.
Art. 2 Abs. 1	Bei der Aufzählung der Vollzugsbereiche fehlt der Heilmittel, im Speziellen Tierarzneimittelbereich, obwohl in ASAN die Detailhandelsbewilligungen bearbeitet oder zumindest erfasst werden, die Ergebnisse der Primärproduktionskontrollen aus AControl geholt werden und die Daten der Antibiotikadatenbank im Auswertungssystem ALVPH analysiert werden. Erfreulich ist, dass zukünftig ARES von denjenigen Kantonen, welche nicht mit ASAN arbeiten, für die Übermittlung der Kontrolldaten im Veterinärbereich aus kantonseigenen Systemen in das Auswertungs- und Analysesystem ALVPH genutzt werden kann (Erläuterungen S.2). Eine indirekte oder direkte Schnittstelle zu ASAN für die Übertragung weiterer Daten (z.B. alle Daten gemäss Ziffer 2 des Anhangs 1 der Verordnung) aus den kantonalen Systemen, wie Limsophy, wäre aus Sicht einiger weniger Kantone äusserst wünschenswert. Es ist jedoch verständlich, dass das Anliegen erst im Rahmen der IKT Strategie 2025 geprüft werden soll bzw. sich mit der Strategie die Ausgangslage ändert.	...zur Erfüllung ihrer Vollzugsaufgaben in den Bereichen Tiergesundheit, Tierschutz, Lebensmittelsicherheit und Heilmittel.....
Art. 3 Abs. 1 Bst. b	Im Anhang 1 sind auch Vollzugsdaten im Bereich Tierarzneimittel und Veterinärberufe aufgeführt. Im Art. 3 fehlt dieser Bereich jedoch in der Aufzählung.	Neue Ziffer 4. Tierarzneimittel und Veterinärberufe
	Für den Zugriff auf die Vollzugsdaten einer anderen kantonalen Verwaltungseinheit in ARES müssen nicht nur Tierhaltungen abgefragt	...durch Eingabe der BUR oder UID Nummer des Betriebes , der TVD Nummer der Tierhaltung, der

Art. 8 Abs. 5 Bst. b	werden können, sondern auch andere Betriebe, z.B. Lebensmittelbetriebe, Tierarztpraxen etc. Für die Suche ist die UID/BUR Nummer der Schlüssel. Tierhaltungen sind ev. in Zukunft auch über die BUR Nummer identifiziert und nicht mehr über die TVD Nummer. Für Personen (z.B. Heimtierhalter) ist in der Schweiz die Sozialversicherungsnummer der eindeutige Schlüssel, welcher in Zukunft von der Verwaltung genutzt werden kann, ein wesentlicher Vorteil im Gegensatz zur Verwendung von Name-Vorname (Schreibweisen, ausländische Namen) Daher ist auch diese in die Aufzählung aufzunehmen. Es sind nicht alles Tierhalter, zu welchen Daten in ARES sind, sondern auch andere Personen (z.B. Bewilligungsinhaber, Tierärzte, Exporteure, Importeure etc.)	Identifikationsnummer des betreffenden Tieres, der Sozialversicherungsnummer oder Name des Tierhalters oder einer andern Person.
Art. 11 Bst. h und i (neu)	National- und Ständerat haben im Dezember 2020 einer Gesetzesänderung zugestimmt, wonach Behörden von Bund, Kantonen und Gemeinden im Rahmen ihrer gesetzlichen Aufgaben generell die AHV-Nummer systematisch verwenden dürfen. Falls es die nationale Gesetzgebung erlaubt, sollen die A-Systeme als Personenidentifikator die Sozialversicherungsnummer aus dem zentralen Versichertenregister der Sozialversicherungen des Bundes beziehen können. Weiter sollen sie, wie für ARES ja bereits gemäss Erläuterungen zu Art. 2 erwähnt, auch Daten aus kantonalen Systemen, wie Limsophy u.a. beziehen können.	Erweiterung um Bst. h und i: h. Versichertenregister der Sozialversicherungen des Bundes i. Kantonale Geschäftsmanagementsysteme für den Lebensmittel- und Veterinärvollzug
Art. 12 Abs. 2 Bst. d	Wie in den Erläuterungen zu Artikel 16 dargelegt, werden ASAN, ARES und FLEKO primär zur Wahrnehmung der Vollzugsaufgaben der Kantone betrieben. Dies rechtfertigt, dass zwei Drittel der Kosten für Betrieb, Wartung und Weiterentwicklung zu Lasten der Kantone gehen. Allerdings muss damit auch ein relevantes Mitbestimmungsrecht der Kantone bei der Weiterentwicklung der Systeme einhergehen. Zudem ist aus Gründen der Planungssicherheit eine mehrjährige Finanzplanung zu erstellen, in welcher die zu erwartenden Mehrkosten aufgrund von Weiterentwicklungen berücksichtigt werden.	Neufassung von Bst. d oder Erweiterung des Artikels um einen weiteren Bst. mit folgendem Inhalt: Es (das BLV) plant unter Einbezug der Kantone die Weiterentwicklung der Systeme und erstellt eine mehrjährige Finanzplanung.
Art. 14 Abs. 1	Aufgrund der gegenüber anderen Stellen sehr grossen Abhängigkeit der kantonalen Veterinärbehörden von den in der Verordnung geregelten Bundessystemen soll die Zusammensetzung des Gemeinsamen Ausschusses wie er in den Erläuterungen erwähnt ist, in der Verordnung im exakter festgelegt werden. Vier der fünf kantonalen Vertreter oder	...besteht aus vier Vertreterinnen und Vertretern des BLV sowie vier Vertreterinnen und Vertretern von kantonalen Veterinärdiensten und einer Vertreterin oder einem Vertreter eines kantonalen Laboratoriums.

	Vetreterinnen sollen aus den kantonalen Veterinärdiensten kommen, einer oder eine aus einem kantonalen Labor (Kantonschemiker oder Kantonschemikerin)	
Art. 14 Abs. 4	Die Fachstelle und der Gemeinsame Ausschuss sind in Art. 13 bzw. 14 definiert. Auf operativer Ebene existieren jedoch weitere Gremien, wie K-ASAN und Anwenderausschüsse. Diese wird es weiter brauchen, neue sollen bedarfsweise temporär oder dauernd geschaffen werden können. Dies sollte klar Aufgabe des Gemeinsamen Ausschusses sein, der eine oder mehrere Fachstellen gemäss Art. 13 beauftragt, Ausschüsse mit Vertreterinnen und Vertretern der Kantone und/oder anderer Bundesämter einzusetzen.	Erweiterung von Abs. 4 Er (der Gemeinsame Ausschuss) kann den Fachstellen Aufträge erteilen und sie verpflichten, einen oder mehrere Fachausschüsse mit Vertreterinnen und Vertretern der Kantone und/oder anderer Bundesämter einzusetzen.
Art. 16	Die Erhöhung der Kantonsbeiträge ist aufgrund der neuen Funktionalitäten nachvollziehbar und betragen für die einzelnen Kantone CHF 1500 bis maximal CHF 11'000. Allerdings vermögen die Funktionalitäten des Informationssystems FLEKO im Vollzug nicht zu überzeugen, was zeigt, dass die kantonalen Bedürfnisse bei der Entwicklung zu wenig berücksichtigt wurden. Weiter fehlt eine mehrjährige Finanzplanung, aufgrund derer in den Kantonen eine korrekte Budgetierung vorgenommen werden kann. Es ist klarer zu formulieren, dass die drei Lizenzen gemäss Abs. 4 von jeder Veterinärvollzugsbehörde bzw. von der Behörde, in welcher der Veterinärdienst integriert ist, zu beziehen sind und eine Lizenz den Zugang zu allen drei Systemen gewährt.	s. Antrag zu Art. 12 Abs. 2 Abs. 4 ist genauer zu formulieren im Sinne des Kommentars
Art. 17 Abs. 1 Bst. b	Damit wie in den Erläuterungen zu Art 2 erwähnt, auch Daten aus kantonalen Systemen ausgewertet werden können, ist die Aufzählung gemäss den Erweiterungen in Art. 11 zu ergänzen.	Abs. 1 Bst. b: den Informationssystemen nach Art. 11. Buchstaben a-d, g und i .
Art. 21	In den Informationssystemen werden Daten des kantonalen Vollzugs geführt. Die Aufbewahrung, Archivierung und Vernichtung von solchen kantonalen Daten richtet sich nach der jeweiligen kantonalen Gesetzgebung. Gemäss der Schweizerischen Archivdirektorinnen- und Archivdirektorenkonferenz (ADK) können Unterlagen aus Ebenen übergreifenden Informationssystemen	Das BLV soll prüfen, ob die Daten nach den Vorschriften des Archivierungsgesetzes vom 26. Juni 1998 und den einschlägigen kantonalen Gesetzen vor deren Löschung dem Bundesarchiv und dem entsprechenden Kantonsarchiv angeboten werden müssen. Wenn dies

	grundsätzlich sowohl auf Bundes- wie auch auf Kantonsebene archivierungspflichtig sein (https://kost-ceco.ch/cms/18-038-gt-sit_de.html).	der Fall ist, ist in Art. 21 diese Pflicht zu beschreiben und der Prozess, wie dies sichergestellt wird, zu regeln.
Art. 24	Da die Budgetierung für das Jahr 2022 in allen Kantonen im Verlaufe des Sommers abgeschlossen sein wird und die Amtsstellen nachträglich keine Eingaben mehr machen können, sind die Änderungen, welche für die Kantone finanzielle Auswirkungen haben erst per 1.1.2023 in Kraft zu setzen. Dies betrifft insbesondere Art. 16	Die Verordnungsänderung soll nicht wie in den Erläuterungen erwähnt auf den 1.1.2022 in Kraft gesetzt werden, sondern wegen den finanziellen Konsequenzen auf 1.1.2023. Alternativ ist zu prüfen, ob nur die Wirksamkeit von Art. 16 bis zu diesem späteren Datum verschoben werden kann, d.h. bis dann weiterhin der entsprechende Artikel in der alten Verordnung seine Gültigkeit behält.
Anhang 1 (ASAN)	Unter Ziffer 2.4 fehlt «Meldung an anderen Prozess »	Ziffer 2.4 ergänzen
Aufhebung und Änderungen anderer Erlasse, röm. Ziffer II, Ziffern 1, 2, 6 und 8	Unter Ziffer 3 (Vollzug der Lebensmittelgesetzgebung) steht, dass das BLV nach Absprache mit den kantonalen Vollzugsbehörden die Art und Form der Datenerfassung bestimmt. Die Absprache mit dem kantonalen Vollzug, wie die Daten in den Bundessystemen erfasst (was, wann, wie..) werden, soll in allen Vollzugsbereichen erfolgen. Der letzte Satz unter Ziffer 3, Art. 6 Abs. 2 der Verordnung über den Vollzug der Lebensmittelgesetzgebung soll auch in die anderen Vollzugsverordnungen übernommen werden.	Bei allen Änderungen unter den Ziffern 1, 2, 6 und 8 ist folgendes zu ergänzen: "Das BLV bestimmt nach Absprache mit den kantonalen Vollzugsbehörden die Art und Form der Datenerfassung."



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Departement des Innern EDI
**Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und
Veterinärwesen BLV**
Recht

**Vernehmlassung zur Totalrevision der Verordnung über die Informationssysteme für den öffentlichen Veterinärdienst
(ISVet-V, neu: Verordnung über Informationssysteme des BLV für die Lebensmittelkette)
(12.05. bis 30.08.2021)**

Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation / Amt : Kanton St.Gallen
Abkürzung der Firma / Organisation / Amt : SG
Adresse, Ort : Gesundheitsdepartement, Oberer Graben 32, 9001 St.Gallen
Kontaktperson : Dr. Albert Fritsche
Telefon : 058 229 28 00
E-Mail : albert.fritsche@sg.ch
Datum : 14.07.2021

Wichtige Hinweise:

1. Wir bitten Sie, keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen!
2. Bitte pro Artikel der Verordnung eine eigene Zeile verwenden.
3. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte als **Word**-Dokument bis am 30.08.2021 an folgende E-Mail-Adresse:
vernehmlassungen@blv.admin.ch

Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und
Veterinärwesen BLV
Schwarzenburgstrasse 155, 3003 Bern
Tel. +41 58 463 30 33
info@blv.admin.ch
www.blv.admin.ch

1

Allgemeine Bemerkungen

Der Kanton St.Gallen anerkennt den grossen Nutzen der von Bund und Kantonen im Veterinärvollzug gemeinsam betriebenen Systeme. Dass zukünftig die Informationssysteme auch Daten aus der amtlichen Kontrolle von Lebensmitteln und Gebrauchsgegenständen enthalten sollen, ist vor dem Hintergrund der «Gesamtstrategie Lebensmittelkette» und der Umsetzung des «nationalen Kontrollplans» zu begrüßen. Der Kanton bedauert, dass für die Daten, die der Veterinärdienst gemäss diverser Verordnungen in ASAN registrieren muss, die elektronische Übertragung aus dem kantonalen System Limsophy nur beschränkt via ARES ermöglicht wird. Mit der Weiterentwicklung des Systems ASAN ist die direkte Anbindung der kantonalen Systeme dringend zu schaffen. Ansonsten wird der Kanton St.Gallen die finanzielle Beteiligung an den gemeinsamen Systemen überprüfen.

Mit der Ordnungsrevision wird der Kostenbeitrag der Kantone an den Betrieb der Systeme erhöht. Allerdings fehlt in den Erläuterungen eine einleuchtende Begründung, wieso mit dem Wechsel von der Labordatenbank ALIS zu ARES insbesondere für die Kantone ein grösserer Nutzen entstehen soll. Eher ist der Nutzen auf Seiten des Bundes, bekommt er doch so in Zukunft Daten aus der Lebensmittelüberwachung einheitlich über eine Schnittstelle zu den kantonalen Systemen der Labore. Jedoch fehlt weiterhin die Möglichkeit, dass Veterinärdaten aus Limsophy direkt nach ASAN übertragen werden können (via ARES nur bedingt). Die Funktionalitäten des Informationssystems FLEKO vermögen im Vollzug nicht zu überzeugen, was zeigt, dass die kantonalen Bedürfnisse bei der Entwicklung zu wenig berücksichtigt wurden. Weiter fehlt eine mehrjährige Finanzplanung, aufgrund derer in den Kantonen eine mittelfristige Planung vorgenommen werden kann. Dementsprechend ist der Kanton St.Gallen der Ansicht, dass die Mitwirkung der Kantone bei der Weiterentwicklung der gemeinsamen Systeme unbedingt in der Verordnung festzulegen ist und eine entsprechende mehrjährige Finanzplanung zukünftig durch das Bundesamt auszuarbeiten ist.

Da die Budgetierung 2022 bereits abgeschlossen ist, ist ein Inkrafttreten von Art. 16 der Verordnung (Erhöhung der kantonalen Beiträge) frühestens für das Jahr 2023 vorzusehen.

Der Kanton St.Gallen sieht die vorgelegte Verordnung als Übergangsregelung bis zur Umsetzung der «IKT Strategie 2025» des Veterinärdienstes Schweiz (VetD CH), die der Verein der Schweizer Kantonstierärzte und Kantonstierärztinnen (VSKT) im Juni 2020 verabschiedet hat. Die Vision der VSKT besteht in einem effizienten und effektiven IKT System, das die kantonalen Veterinärdienste administrativ maximal entlastet. Die Flexibilität des IKT Systems soll erhöht und die Möglichkeiten elektronischer Behördenleistungen sollen genutzt werden, wie dies auf allen Stufen der Verwaltung angestrebt wird (Siehe Digitale Verwaltung Schweiz, egovernment.ch, kantonale IKT-Strategien etc.). Die Realisierung soll auf den gemachten Erkenntnissen mit den heute gemeinsam mit dem Bund realisierten Systemen (ASAN, AControl, ARES, FLEKO) basieren. Die neuen technischen Möglichkeiten und Anforderungen der Benutzer sind dabei zu berücksichtigen. Kantonal betriebene Systeme müssen via Schnittstellen angebunden werden können. Für die gemeinsam genutzten Systeme müssen die Zusammenarbeit, die Mitsprache und die Finanzierung spätestens dann langfristig und nachhaltig zwischen den Kantonen und mit dem Bund neu geregelt werden.

Bemerkungen zu den einzelnen Bestimmungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Ingress	Die Kantone müssen gemäss Art. 212a der Tierschutzverordnung (SR 455.1; abgekürzt TSchV) Tierhalteverbote in ASAN eingeben. Ergebnisse der Tierschutzkontrollen in AControl werden an ASAN zur weiteren Bearbeitung übertragen. Die Rechtsgrundlage dafür müsste im Tierschutzgesetz (SR 455; abgekürzt TSchG) zu finden sein. Es ist zu prüfen, ob das TSchG im Ingress ebenfalls aufzuführen ist. Falls im Tierschutzgesetz die Rechtsgrundlage für die Regelung in dieser Verordnung fehlt, ist diese bei der nächsten Revision zu schaffen.	Prüfen, ob das TSchG im Ingress fehlt bzw. ob im TSchG die Delegation für die Regelung an den Bundesrat erst noch zu schaffen ist.
Art. 2 Abs. 1	Bei der Aufzählung der Vollzugsbereiche fehlt der Heilmittel, im Speziellen Tierarzneimittelbereich, obwohl in ASAN die Detailhandelsbewilligungen bearbeitet oder zumindest erfasst werden, die Ergebnisse der Primärproduktionskontrollen aus AControl geholt werden und die Daten der Antibiotikadatenbank im Auswertungssystem ALVPH analysiert werden. Erfreulich ist, dass zukünftig ARES von denjenigen Kantonen, welche nicht mit ASAN arbeiten, für die Übermittlung der Kontrolldaten im Veterinärbereich aus kantonseigenen Systemen in das Auswertungs- und Analysesystem ALVPH genutzt werden kann (Erläuterungen S.2). Eine indirekte oder direkte Schnittstelle zu ASAN für die Übertragung weiterer Daten (z.B. alle Daten gemäss Ziffer 2 des Anhangs 1 der Verordnung) aus den kantonalen Systemen, wie Limsophy, ist aus Sicht des Kantons St.Gallen äusserst wünschenswert. Es ist jedoch verständlich, dass das Anliegen erst im Rahmen der IKT Strategie 2025 geprüft werden soll bzw. sich mit der Strategie die Ausgangslage ändert.	...zur Erfüllung ihrer Vollzugsaufgaben in den Bereichen Tiergesundheit, Tierschutz, Lebensmittelsicherheit und Heilmittel.....
Art. 3 Abs. 1 Bst. b	Im Anhang 1 sind auch Vollzugsdaten im Bereich Tierarzneimittel und Veterinärberufe aufgeführt. Im Art. 3 fehlt dieser Bereich jedoch in der Aufzählung.	Neue Ziffer 4. Tierarzneimittel und Veterinärberufe
	Für den Zugriff auf die Vollzugsdaten einer anderen kantonalen Verwaltungseinheit in ARES müssen nicht nur Tierhaltungen abgefragt	...durch Eingabe der BUR oder UID Nummer des Betriebes , der TVD Nummer der Tierhaltung, der

Art. 8 Abs. 5 Bst. b	werden können, sondern auch andere Betriebe, z.B. Lebensmittelbetriebe, Tierarztpraxen etc. Für die Suche ist die UID/BUR Nummer der Schlüssel. Tierhaltungen sind ev. in Zukunft auch über die BUR Nummer identifiziert und nicht mehr über die TVD Nummer. Für Personen (z.B. Heimtierhalter) ist in der Schweiz die Sozialversicherungsnummer der eindeutige Schlüssel, welcher in Zukunft von der Verwaltung genutzt werden kann, ein wesentlicher Vorteil im Gegensatz zur Verwendung von Name-Vorname (Schreibweisen, ausländische Namen) Daher ist auch diese in die Aufzählung aufzunehmen. Es sind nicht alles Tierhalter, zu welchen Daten in ARES sind, sondern auch andere Personen (z.B. Bewilligungsinhaber, Tierärzte, Exporteure, Importeure etc.)	Identifikationsnummer des betreffenden Tieres, der Sozialversicherungsnummer oder Name des Tierhalters oder einer andern Person.
Art. 11 Bst. h und i (neu)	National- und Ständerat haben im Dezember 2020 einer Gesetzesänderung zugestimmt, wonach Behörden von Bund, Kantonen und Gemeinden im Rahmen ihrer gesetzlichen Aufgaben generell die AHV-Nummer systematisch verwenden dürfen. Falls es die nationale Gesetzgebung erlaubt, sollen die A-Systeme als Personenidentifikator die Sozialversicherungsnummer aus dem zentralen Versichertenregister der Sozialversicherungen des Bundes beziehen können. Weiter sollen sie, wie für ARES ja bereits gemäss Erläuterungen zu Art. 2 erwähnt, auch Daten aus kantonalen Systemen, wie Limsophy u.a. beziehen können.	Erweiterung um Bst. h und i: h. Versichertenregister der Sozialversicherungen des Bundes i. Kantonale Geschäftsmanagementsysteme für den Lebensmittel- und Veterinärvollzug
Art. 12 Abs. 2 Bst. d	Wie in den Erläuterungen zu Artikel 16 dargelegt, werden ASAN, ARES und FLEKO primär zur Wahrnehmung der Vollzugsaufgaben der Kantone betrieben. Dies rechtfertigt, dass zwei Drittel der Kosten für Betrieb, Wartung und Weiterentwicklung zu Lasten der Kantone gehen. Allerdings muss damit auch ein relevantes Mitbestimmungsrecht der Kantone bei der Weiterentwicklung der Systeme einhergehen. Zudem ist aus Gründen der Planungssicherheit eine mehrjährige Finanzplanung zu erstellen, in welcher die zu erwartenden Mehrkosten aufgrund von Weiterentwicklungen berücksichtigt werden.	Neufassung von Bst. d oder Erweiterung des Artikels um einen weiteren Bst. mit folgendem Inhalt: Es (das BLV) plant unter Einbezug der Kantone die Weiterentwicklung der Systeme und erstellt eine mehrjährige Finanzplanung.
Art. 14 Abs. 1	Aufgrund der gegenüber anderen Stellen sehr grossen Abhängigkeit der kantonalen Veterinärbehörden von den in der Verordnung geregelten Bundessystemen soll die Zusammensetzung des Gemeinsamen Ausschusses wie er in den Erläuterungen erwähnt ist, in der Verordnung im exakter festgelegt werden. Vier der fünf kantonalen Vertreter oder	...besteht aus vier Vertreterinnen und Vertretern des BLV sowie vier Vertreterinnen und Vertretern von kantonalen Veterinärdiensten und einer Vertreterin oder einem Vertreter eines kantonalen Laboratoriums.

	Vertreterinnen sollen aus den kantonalen Veterinärdiensten kommen, einer oder eine aus einem kantonalen Labor (Kantonschemiker oder Kantonschemikerin)	
Art. 14 Abs. 4	Die Fachstelle und der Gemeinsame Ausschuss sind in Art. 13 bzw. 14 definiert. Auf operativer Ebene existieren jedoch weitere Gremien, wie K-ASAN und Anwenderausschüsse. Diese wird es weiter brauchen, neue sollen bedarfsweise temporär oder dauernd geschaffen werden können. Dies sollte klar Aufgabe des Gemeinsamen Ausschusses sein, der eine oder mehrere Fachstellen gemäss Art. 13 beauftragt, Ausschüsse mit Vertreterinnen und Vertretern der Kantone und/oder anderer Bundesämter einzusetzen.	Erweiterung von Abs. 4 Er (der Gemeinsame Ausschuss) kann den Fachstellen Aufträge erteilen und sie verpflichten, einen oder mehrere Fachausschüsse mit Vertreterinnen und Vertretern der Kantone und/oder anderer Bundesämter einzusetzen.
Art. 16	Die Erhöhung der Kantonsbeiträge ist aufgrund der neuen Funktionalitäten nur bedingt nachvollziehbar. Sie beträgt für den Kanton St.Gallen Fr. 10'000.- Allerdings vermögen die Funktionalitäten des Informationssystems FLEKO im Vollzug nicht zu überzeugen, was zeigt, dass die kantonalen Bedürfnisse bei der Entwicklung zu wenig berücksichtigt wurden. Weiter fehlt eine mehrjährige Finanzplanung, aufgrund derer in den Kantonen eine korrekte Budgetierung vorgenommen werden kann. Es ist klarer zu formulieren, dass die drei Lizenzen gemäss Abs. 4 von jeder Veterinärvollzugsbehörde bzw. von der Behörde, in welcher der Veterinärdienst integriert ist, zu beziehen sind und eine Lizenz den Zugang zu allen drei Systemen gewährt.	s. Antrag zu Art. 12 Abs. 2 Abs. 4 ist genauer zu formulieren im Sinne des Kommentars
Art. 17 Abs. 1 Bst. b	Damit wie in den Erläuterungen zu Art 2 erwähnt, auch Daten aus kantonalen Systemen ausgewertet werden können, ist die Aufzählung gemäss den Erweiterungen in Art. 11 zu ergänzen.	Abs. 1 Bst. b: den Informationssystemen nach Art. 11. Buchstaben a-d, g und i .
Art. 21	In den Informationssystemen werden Daten des kantonalen Vollzugs geführt. Die Aufbewahrung, Archivierung und Vernichtung von solchen kantonalen Daten richtet sich nach der jeweiligen kantonalen Gesetzgebung. Gemäss der Schweizerischen Archivdirektorinnen- und Archivdirektorenkonferenz (ADK) können Unterlagen aus Ebenen übergreifenden Informationssystemen grundsätzlich sowohl auf Bundes- wie auch auf Kantonsebene archivierungspflichtig sein (https://kost-ceco.ch/cms/18-038-gt-sit_de.html).	Das BLV soll prüfen, ob die Daten nach den Vorschriften des Archivierungsgesetzes vom 26. Juni 1998 und den einschlägigen kantonalen Gesetzen vor deren Löschung dem Bundesarchiv und dem entsprechenden Kantonsarchiv angeboten werden müssen. Wenn dies der Fall ist, ist in Art. 21 diese Pflicht zu beschreiben und der Prozess, wie dies sichergestellt wird, zu regeln.

Art. 24	Da die Budgetierung für das Jahr 2022 im Kanton St.Gallen für den Informatikbereich bereits abgeschlossen ist und die Amtsstellen nachträglich keine Eingaben mehr machen können, sind die Änderungen, welche für den Kanton finanzielle Auswirkungen haben erst per 1.1.2023 in Kraft zu setzen. Dies betrifft insbesondere Art. 16.	Die Verordnungsänderung soll nicht wie in den Erläuterungen erwähnt auf den 1.1.2022 in Kraft gesetzt werden, sondern wegen den finanziellen Konsequenzen auf 1.1.2023. Alternativ ist zu prüfen, ob nur die Wirksamkeit von Art. 16 bis zu diesem späteren Datum verschoben werden kann, d.h. bis dann weiterhin der entsprechende Artikel in der alten Verordnung seine Gültigkeit behält.
Anhang 1 (ASAN)	Unter Ziffer 2.4 fehlt «Meldung an anderen Prozess»	Ziffer 2.4 ergänzen
Aufhebung und Änderungen anderer Erlasse, röm. Ziffer II, Ziffern 1, 2, 6 und 8	Unter Ziffer 3 (Vollzug der Lebensmittelgesetzgebung) steht, dass das BLV nach Absprache mit den kantonalen Vollzugsbehörden die Art und Form der Datenerfassung bestimmt. Die Absprache mit dem kantonalen Vollzug, wie die Daten in den Bundessystemen erfasst (was, wann, wie...) werden, soll in allen Vollzugsbereichen erfolgen. Der letzte Satz unter Ziffer 3, Art. 6 Abs. 2 der Verordnung über den Vollzug der Lebensmittelgesetzgebung soll auch in die anderen Vollzugsverordnungen übernommen werden.	Bei allen Änderungen unter den Ziffern 1, 2, 6 und 8 ist folgendes zu ergänzen: "Das BLV bestimmt nach Absprache mit den kantonalen Vollzugsbehörden die Art und Form der Datenerfassung."



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Departement des Innern EDI
**Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und
Veterinärwesen BLV**
Recht

**Vernehmlassung zur Totalrevision der Verordnung über die Informationssysteme für den öffentlichen Veterinärdienst
(ISVet-V, neu: Verordnung über Informationssysteme des BLV für die Lebensmittelkette)
(12.05. bis 30.08.2021)**

Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation / Amt : Kanton Schaffhausen, Departement des Innern, Veterinäramt
Abkürzung der Firma / Organisation / Amt : VetA SH
Adresse, Ort : Mühlintalstrasse 188, 8200 Schaffhausen
Kontaktperson : Peter Uehlinger, Kantonstierarzt
Telefon : 052 632 71 01
E-Mail : peter.uehlinger@sh.ch
Datum : 30.08.2021

Wichtige Hinweise:

1. Wir bitten Sie, keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen!
2. Bitte pro Artikel der Verordnung eine eigene Zeile verwenden.
3. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte als **Word**-Dokument bis am 30.08.2021 an folgende E-Mail-Adresse:
vernehmlassungen@blv.admin.ch

Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und
Veterinärwesen BLV
Schwarzenburgstrasse 155, 3003 Bern
Tel. +41 58 463 30 33
info@blv.admin.ch
www.blv.admin.ch

1 Allgemeine Bemerkungen

Am 12. Mai 2021 wurde der Kanton Schaffhausen zu einer Vernehmlassung zur Totalrevision der Verordnung über die Informationssysteme für den öffentlichen Veterinärdienst (ISVet-V, neu: Verordnung über Informationssysteme des BLV für die Lebensmittelkette) eingeladen. Diese Einladung wurde zuständigkeitshalber an das Departement des Innern (Veterinäramt) weitergeleitet. Wir bedanken uns für die Möglichkeit und nehmen gerne wie folgt Stellung:

Der Kanton Schaffhausen anerkennt den grossen Nutzen der von Bund und Kantonen im Veterinärvollzug gemeinsam betriebenen Systeme. Dass zukünftig die Informationssysteme auch Daten aus der amtliche Kontrolle von Lebensmitteln und Gebrauchsgegenständen enthalten sollen, ist vor dem Hintergrund der "Gesamtstrategie Lebensmittelkette" und der Umsetzung des "nationalen Kontrollplans" zu begrüssen. Aus Sicht des Datenschutzes ist ferner zu begrüssen, dass die Datenflüsse im Rahmen der Lebensmittelkette einer detaillierten und überprüfbaren Regelung zugeführt werden.

Mit der Verordnungsrevision wird auch der Kostenbeitrag der Kantone an den Betrieb der Systeme erhöht. Es ist unbestritten, dass ein gemeinsames System gegenüber kantonalen Einzelsystemen kosteneffizienter ist. Auch lässt sich die Erhöhung der Kosten mit neuen Funktionalitäten begründen. Allerdings fehlt in den Erläuterungen eine einleuchtende Begründung, wieso mit dem Wechsel von der Labordatenbank ALIS zu ARES insbesondere für die Kantone ein grösserer Nutzen entstehen soll. Der Nutzen liegt auf Seiten des Bundes, bekommt er doch so in Zukunft Daten aus der Lebensmittelüberwachung einheitlich über eine Schnittstelle zu den kantonalen Systemen der Labore.

Weiter vermögen die Funktionalitäten des Informationssystems FLEKO im Vollzug nicht zu überzeugen, was zeigt, dass die kantonalen Bedürfnisse bei der Entwicklung zu wenig berücksichtigt wurden.

Zudem fehlt eine mehrjährige Finanzplanung, aufgrund derer in den Kantonen eine mittelfristige Planung vorgenommen werden kann. Dementsprechend sind wir der Ansicht, dass die Mitwirkung der Kantone bei der Weiterentwicklung der gemeinsamen Systeme unbedingt in der Verordnung festzulegen ist und eine entsprechende mehrjährige Finanzplanung zukünftig durch das Bundesamt auszuarbeiten ist.

Zu beachten ist zudem, dass die Budgetierung in den Kantonen für das Jahr 2022 bereits abgeschlossen ist. Die Änderungen dürfen deshalb erst auf 2023 und nicht wie in den Erläuterungen erwähnt bereits auf den 01.01.2022 in Kraft gesetzt werden.

Beim Verteilschlüssel der Kosten nach Lizenzen ist ferner zu beachten, dass in einigen Kantonen der Veterinärdienst und die Lebensmittelkontrolle nicht in der gleichen Verwaltungseinheit sind. Einige der Systeme werden durch die Lebensmittelkontrolle nicht eingesetzt und stellen somit keinen Mehrwert dar. Dies ist bei der Kostenverteilung zu berücksichtigen.

Der Kanton Schaffhausen sieht die vorgelegte Verordnung als Übergangsregelung bis zur Umsetzung der "IKT Strategie 2025" des Veterinärdienstes Schweiz (VetD CH), welche die Vereinigung der Schweizer Kantonstierärztinnen und Kantonstierärzte (VSKT) im Juni 2020 verabschiedet hat. Die Vision der VSKT besteht in einem effizienten und effektiven IKT System, welches die kantonalen Veterinärdienste administrativ maximal entlastet. Die Flexibilität des IKT Systems soll erhöht und die Möglichkeiten elektronischer Behördenleistungen sollen genutzt werden, wie dies auf allen Stufen der Verwaltung angestrebt wird (Siehe Digitale Verwaltung Schweiz, egovernment.ch, kantonale IKT-Strategien etc.). Die Realisierung soll auf die gewonnenen Erkenntnisse mit den heute gemeinsam mit dem Bund realisierten Systemen (ASAN, Acontrol, ARES, FLEKO) basieren. Die neuen technischen Möglichkeiten und Anforderungen der Benutzer sind dabei zu berücksichtigen. Falls die Systeme weiterhin gemeinsam mit allen Kantonen und dem Bund

umgesetzt werden sollen, was zu hoffen ist, muss die Zusammenarbeit, die Mitsprache und die Finanzierung langfristig und nachhaltig zwischen den Kantonen und mit dem Bund neu geregelt werden. Dann wird auch diese Verordnung nochmals überarbeitet werden müssen.

Bemerkungen zu den einzelnen Bestimmungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Ingress	Die Kantone müssen gemäss Art. 212a der Tierschutzverordnung (SR 455.1; TSchV) Tierhalteverbote in ASAN eingeben. Ergebnisse der Tierschutzkontrollen in Acontrol werden an ASAN zur weiteren Bearbeitung übertragen. Die Rechtsgrundlage dafür müsste im Tierschutzgesetz (SR 455; TSchG) zu finden sein. Es ist zu prüfen, ob das TSchG im Ingress ebenfalls aufzuführen ist. Falls im Tierschutzgesetz die Rechtsgrundlage für die Regelung in dieser Verordnung fehlt, ist diese bei der nächsten Revision zu schaffen.	Prüfen, ob das TSchG im Ingress fehlt bzw. ob im TSchG die Delegation für die Regelung an den Bundesrat erst noch zu schaffen ist.
Art. 2 Abs. 1	Bei der Aufzählung der Vollzugsbereiche fehlt der Heilmittel, im Speziellen Tierarzneimittelbereich, obwohl in ASAN die Detailhandelsbewilligungen bearbeitet oder zumindest erfasst werden, die Ergebnisse der Primärproduktionskontrollen aus AControl geholt werden und die Daten der Antibiotikadatenbank im Auswertungssystem ALVPH analysiert werden.	...zur Erfüllung ihrer Vollzugsaufgaben in den Bereichen Tiergesundheit, Tierschutz, Lebensmittel- und Heilmittelsicherheit...
Art. 3 Abs. 1 Bst. b	Im Anhang 1 sind auch Vollzugsdaten im Bereich Tierarzneimittel und Veterinärberufe aufgeführt. Im Art. 3 fehlt dieser Bereich jedoch in der Aufzählung.	Art. 3 Abs. 1 Bst b, neu: 4. Tierarzneimittel und Veterinärberufe
Art. 4 Abs. 1 Bst a, b, d, e, f	Bei allen aufgeführten Buchstaben ist der Bereich Heilmittel ebenfalls aufzuführen.	Art. 4 Abs. 1 Bst a, b, e: ...des Tierschutzes, einer einwandfreien Primärproduktion und der Heilmittelsicherheit... Art. 4 Abs. 1 Bst d: ... Tierschutz-, Lebensmittel- und Heilmittelgesetzgebung; Art. 4 Abs. 1 Bst f: ... Tierschutz, Lebens- und Heilmittelsicherheit...
Art. 5 Bst c	Auch hier fehlt die Aufzählung des Heilmittelbereiches	Art. 5 Bst c: ... Tierschutz, Lebens- und Heilmittelsicherheit...

Art. 6 Abs. 1 Bst. c	Auch hier fehlt die Aufzählung des Heilmittelbereiches	Art. 6 Abs. 1 Bst c: ... Tierschutz, Lebens- und Heilmittelsicherheit...
Art. 8 Abs. 4	Auch hier fehlt die Aufzählung des Heilmittelbereiches	Art. 8 Abs. 4: ... Tierschutz, Lebens- und Heilmittelsicherheit...
Art. 8 Abs. 5 Bst. a	Die Kriterien für die hier erwähnten Betriebe müssen durch solche, die mit Heilmitteln umgehen, erweitert werden.	Art. 8 Abs. 5 Bst. a: ... von Betrieben betreffen, die mit Lebensmitteln und Gebrauchsgegenständen oder Heilmitteln...
Art. 8 Abs. 5 Bst. b	Für den Zugriff auf die Vollzugsdaten einer anderen kantonalen Verwaltungseinheit in ARES müssen nicht nur Tierhaltungen abgefragt werden können, sondern auch andere Betriebe, z.B. Lebensmittelbetriebe, Tierarztpraxen etc. Für die Suche ist die UID/BUR Nummer der Schlüssel. Tierhaltungen sind ev. in Zukunft auch über die BUR Nummer identifiziert und nicht mehr über die TVD Nummer. Für Personen (z.B. Heimtierhalter) ist in der Schweiz die Sozialversicherungsnummer der eindeutige Schlüssel, welcher in Zukunft von der Verwaltung genutzt werden kann, ein wesentlicher Vorteil im Gegensatz zur Verwendung von Name-Vorname (Schreibweisen, ausländische Namen). Daher ist auch diese in die Aufzählung aufzunehmen. Es sind nicht nur Tierhalter, zu welchen Daten in ARES sind, sondern auch andere Personen (z.B. Bewilligungsinhaber, Tierärzte, Exporteure, Importeure etc.).	...durch Eingabe der BUR oder UID Nummer des Betriebes , der TVD Nummer der Tierhaltung, der Identifikationsnummer des betreffenden Tieres, der Sozialversicherungsnummer oder des Namens der Tierhalterin oder des Tierhalters oder einer andern Person.
Art. 11 Bst. h und i (neu)	National- und Ständerat haben im Dezember 2020 einer Gesetzesänderung zugestimmt, wonach Behörden von Bund, Kantonen und Gemeinden im Rahmen ihrer gesetzlichen Aufgaben generell die AHV-Nummer systematisch verwenden dürfen. Falls es die nationale Gesetzgebung erlaubt, sollen die A-Systeme als Personenidentifikator die Sozialversicherungsnummer aus dem zentralen Versichertenregister der Sozialversicherungen des Bundes beziehen können. Weiter sollen sie, wie für ARES ja bereits gemäss Erläuterungen zu Art. 2 erwähnt, auch Daten aus kantonalen Systemen, wie Limsophy u.a. beziehen können.	Art. 11 Bst. h und i, neu h. Versichertenregister der Sozialversicherungen des Bundes i. Kantonale Geschäftsmanagementsysteme für den Lebensmittel- und Veterinärvollzug
Art. 12 Abs. 2 Bst. d	Wie in den Erläuterungen zu Art. 16 dargelegt, werden ASAN, ARES und FLEKO primär zur Wahrnehmung der Vollzugsaufgaben der Kantone	Art. 12 Abs. 2 Bst d: ...Jahresrechnung und plant unter Einbezug der Kantone die Weiterentwicklung der

	betrieben. Dies rechtfertigt, dass zwei Drittel der Kosten für Betrieb, Wartung und Weiterentwicklung zu Lasten der Kantone gehen. Allerdings muss damit auch ein relevantes Mitbestimmungsrecht der Kantone bei der Weiterentwicklung der Systeme einhergehen. Zudem ist aus Gründen der Planungssicherheit eine mehrjährige Finanzplanung zu erstellen, in welcher die zu erwartenden Mehrkosten aufgrund von Weiterentwicklungen berücksichtigt werden.	Systeme und erstellt eine mehrjährige Finanzplanung
Art. 14 Abs. 4	Die Fachstelle und der Gemeinsame Ausschuss sind in Art. 13 bzw. 14 definiert. Auf operativer Ebene existieren jedoch weitere Gremien, wie K-ASAN und Anwenderausschüsse. Diese wird es weiter brauchen, neue sollen bedarfsweise temporär oder dauernd geschaffen werden können. Dies sollte klar Aufgabe des Gemeinsamen Ausschusses sein, der eine oder mehrere Fachstellen gemäss Art. 13 beauftragt, Ausschüsse mit Vertreterinnen und Vertretern der Kantone und/oder anderer Bundesämter einzusetzen.	Erweiterung von Abs. 4 Er (der Gemeinsame Ausschuss) kann den Fachstellen Aufträge erteilen und sie verpflichten, einen oder mehrere Fachausschüsse mit Vertreterinnen und Vertretern der Kantone und/oder anderer Bundesämter einzusetzen.
Art. 16	Die Erhöhung der Kantonsbeiträge ist aufgrund der neuen Funktionalitäten nachvollziehbar und betragen für die einzelnen Kantone CHF 1'500 bis maximal CHF 11'000. Allerdings vermögen die Funktionalitäten des Informationssystems FLEKO im Vollzug nicht zu überzeugen, was zeigt, dass die kantonalen Bedürfnisse bei der Entwicklung zu wenig berücksichtigt wurden. Weiter fehlt eine mehrjährige Finanzplanung, aufgrund derer in den Kantonen eine korrekte Budgetierung vorgenommen werden kann. Es ist klarer zu formulieren, dass die drei Lizenzen gemäss Abs. 4 von jeder Veterinärvollzugsbehörde bzw. von der Behörde, in welcher der Veterinärdienst integriert ist, zu beziehen sind und eine Lizenz den Zugang zu allen drei Systemen gewährt. Zudem ist zu beachten, dass einige Systeme in der Lebensmittelkontrolle nicht genutzt werden. Dies ist bei der Verteilung der Kosten auf die nicht-fusionierten Ämter zu berücksichtigen.	s. Antrag zu Art. 12 Abs. 2 Abs. 4 ist genauer zu formulieren im Sinne des Kommentars

Art. 17 Abs. 1 Bst. b	Damit wie in den Erläuterungen zu Art. 2 erwähnt, auch Daten aus kantonalen Systemen ausgewertet werden können, ist die Aufzählung gemäss den Erweiterungen in Art. 11 zu ergänzen.	Abs. 1 Bst. b: den Informationssystemen nach Art. 11 Buchstaben a-d, g und i .
Art. 18 Abs. 2	Auch hier fehlt die Aufzählung des Heilmittelbereiches	Art. 18 Abs. 2: ... Tierschutz, Lebens- und Heilmittelsicherheit...
Art. 21	In den Informationssystemen werden Daten des kantonalen Vollzugs geführt. Die Aufbewahrung, Archivierung und Vernichtung von solchen kantonalen Daten richtet sich nach der jeweiligen kantonalen Gesetzgebung. Gemäss der Schweizerischen Archivdirektorinnen- und Archivdirektorenkonferenz (ADK) können Unterlagen aus Ebenen übergreifenden Informationssystemen grundsätzlich sowohl auf Bundes- wie auch auf Kantonsebene archivierungspflichtig sein (https://kost-ceco.ch/cms/18-038-gt-sit_de.html).	Das BLV soll prüfen, ob die Daten nach den Vorschriften des Archivierungsgesetzes vom 26. Juni 1998 und den einschlägigen kantonalen Gesetzen vor deren Löschung dem Bundesarchiv und dem entsprechenden Kantonsarchiv angeboten werden müssen. Wenn dies der Fall ist, ist in Art. 21 diese Pflicht zu beschreiben und der Prozess, wie dies sichergestellt wird, zu regeln.
Art. 24	Da die Budgetierung für das Jahr 2022 in allen Kantonen im Verlaufe des Sommers abgeschlossen sein wird und die Amtsstellen nachträglich keine Eingaben mehr machen können, sind die Änderungen, welche für die Kantone finanzielle Auswirkungen haben erst per 1.1.2023 in Kraft zu setzen. Dies betrifft insbesondere Art. 16.	Die Verordnungsänderung soll nicht wie in den Erläuterungen erwähnt auf den 1.1.2022 in Kraft gesetzt werden, sondern wegen den finanziellen Konsequenzen auf 1.1.2023. Alternativ ist zu prüfen, ob nur die Wirksamkeit von Art. 16 bis zu diesem späteren Datum verschoben werden kann, d.h. bis dann weiterhin der entsprechende Artikel in der alten Verordnung seine Gültigkeit behält.
Anhang 1 (ASAN)	Unter Ziffer 2.4 fehlt «Meldung an anderen Prozess».	Ziffer 2.4 ergänzen
Anhang 2	Die Liste der von den Kantonen zu übermittelnden Daten gemäss Verordnungsentwurf sind im Lebensmittelbereich (insbesondere Anhang 2) unvollständig und müssen präzisiert werden. Diesem Präzisionsbedürfnis wurde im Projekt DaKa Rechnung getragen. Wir sehen weder eine Verknüpfung, mit DaKa, noch was mit letzterem passieren wird.	
Aufhebung und Änderungen anderer Erlasse, röm.	Unter Ziffer 3 (Vollzug der Lebensmittelgesetzgebung) steht, dass das BLV nach Absprache mit den kantonalen Vollzugsbehörden die Art und Form der Datenerfassung bestimmt. Die Absprache mit dem kantonalen Vollzug, wie die Daten in den Bundessystemen erfasst (was, wann, wie) werden, soll in	Bei allen Änderungen unter den Ziffern 1, 2, 6 und 8 ist folgendes zu ergänzen:

Ziffer II, Ziffern 1, 2, 6 und 8	allen Vollzugsbereichen erfolgen. Der letzte Satz unter Ziffer 3, Art. 6 Abs. 2 der Verordnung über den Vollzug der Lebensmittelgesetzgebung soll auch in die anderen Vollzugsverordnungen übernommen werden.	"Das BLV bestimmt nach Absprache mit den kantonalen Vollzugsbehörden die Art und Form der Datenerfassung."
----------------------------------	---	--



**Vernehmlassung zur Totalrevision der Verordnung über die Informationssysteme für den öffentlichen Veterinärdienst
(ISVet-V, neu: Verordnung über Informationssysteme des BLV für die Lebensmittelkette)
(12.05. bis 30.08.2021)**

Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation / Amt : Kanton Solothurn
Abkürzung der Firma / Organisation / Amt : Amt für Landwirtschaft
Adresse, Ort : **Volkswirtschaftsdepartement des Kantons Solothurn
Amt für Landwirtschaft des Kantons Solothurn
Hauptgasse 72
4509 Solothurn**
Kontaktperson : Chantal Ritter Kantonstierärztin
Telefon : 032 627 25 25
E-Mail : chantal.ritter@vd.so.ch
Datum : 30. Juli 2021

Wichtige Hinweise:

1. Wir bitten Sie, keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen!
2. Bitte pro Artikel der Verordnung eine eigene Zeile verwenden.
3. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte als **Word**-Dokument bis am 30.08.2021 an folgende E-Mail-Adresse:
vernehmlassungen@blv.admin.ch

Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und
Veterinärwesen BLV
Schwarzenburgstrasse 155, 3003 Bern
Tel. +41 58 463 30 33
info@blv.admin.ch
www.blv.admin.ch

1

Allgemeine Bemerkungen

Der Kanton Solothurn anerkennt den grossen Nutzen der von Bund und Kantonen im Veterinärvollzug gemeinsam betriebenen Systeme. Dass zukünftig die Informationssysteme auch Daten aus der amtlichen Kontrolle von Lebensmitteln und Gebrauchsgegenständen enthalten sollen, ist vor dem Hintergrund der "Gesamtstrategie Lebensmittelkette" und der Umsetzung des "Nationalen Kontrollplans" zu begrüssen.

Mit der Verordnungsrevision wird auch der Kostenbeitrag der Kantone an den Betrieb der Systeme erhöht. Es ist unbestritten, dass ein gemeinsames System gegenüber kantonalen Einzelsystemen kosteneffizient ist. Auch lässt sich die Erhöhung der Kosten mit neuen Funktionalitäten begründen. Allerdings fehlt in den Erläuterungen eine einleuchtende Begründung, wieso mit dem Wechsel von der Labordatenbank ALIS zu ARES insbesondere für die Kantone ein grösserer Nutzen entstehen soll. Eher ist der Nutzen auf Seiten des Bundes, bekommt er doch so in Zukunft Daten aus der Lebensmittelüberwachung einheitlich über eine Schnittstelle zu den kantonalen Systemen der Labore. Weiter fehlt eine mehrjährige Finanzplanung, aufgrund derer in den Kantonen eine mittelfristige Planung vorgenommen werden kann. Dementsprechend ist der Kanton Solothurn der Ansicht, dass die Mitwirkung der Kantone bei der Weiterentwicklung der gemeinsamen Systeme unbedingt in der Verordnung festzulegen ist und eine entsprechende mehrjährige Finanzplanung zukünftig durch das Bundesamt auszuarbeiten ist.

Im Kanton Solothurn ist die Lebensmittelkontrolle dem Departement des Innern unterstellt, und der Veterinärdienst dem Volkswirtschaftsdepartement. Die Konstellation "zwei Ämter/Dienste in verschiedenen Departementen" findet sich gesamtschweizerisch in zwei Kantonen wieder. Nicht fusionierte Ämter/Dienste im selben Departement hat es in sieben Kantonen. Somit haben wohl neun Kantone das Bedürfnis nach einer geteilten Kostenrechnung für die Lebensmittelkontrolle und den Veterinärdienst. Die Aufteilung der Kosten nach Amt wird in dieser Totalrevision nicht berücksichtigt.

Die in diesem Verordnungsentwurf vorgesehene Liste der vom Kanton zu übermittelnden Daten ist im Bereich der Lebensmittel unvollständig (insbesondere Anhang 2). Daher muss die Art der von den Kantonen gelieferten Daten genau festgelegt werden. Das DaKa-Projekt, für das spezifische Datenblätter erstellt wurden, entsprach diesem Bedürfnis nach Präzision. Es ist nicht klar, welche Verbindung mit DaKa in dieser Hinsicht hergestellt wurde und was mit ihr geschehen wird.

Aus dem Entwurf geht nicht ausdrücklich hervor, ob und unter welchen Bedingungen die Anonymität der Betriebe, deren Produkte oder Verfahren kontrolliert wurden, gewährleistet wird.

Bemerkungen zu den einzelnen Bestimmungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Ingress	Die Kantone müssen gemäss Art. 212a der Tierschutzverordnung (SR 455.1; abgekürzt TSchV) Tierhalteverbote in ASAN eingeben. Ergebnisse der Tierschutzkontrollen in AControl werden an ASAN zur weiteren Bearbeitung übertragen. Die Rechtsgrundlage dafür müsste im Tierschutzgesetz (SR 455; abgekürzt TSchG) zu finden sein. Es ist zu prüfen, ob das TSchG im Ingress ebenfalls aufzuführen ist. Falls im Tierschutzgesetz die Rechtsgrundlage für die Regelung in dieser Verordnung fehlt, ist diese bei der nächsten Revision zu schaffen.	Prüfen, ob das TSchG im Ingress fehlt bzw. ob im TSchG die Delegation für die Regelung an den Bundesrat erst noch zu schaffen ist.
Art. 1	In dieser Verordnung werden nicht nur die drei «grossen» Informationssysteme ASAN, ARES und Fleko geregelt, sondern auch der Umgang mit dem Auswertesystem ALVPH. Im Gegensatz zu anderen Informationssystemen, mit denen die in dieser Verordnung aufgeführten Systeme Daten austauschen (wie TRACES, TVD, ...) gibt es für ALVPH keine separate Verordnung, welche den Umgang damit regelt. Eine Aufnahme in den Geltungsbereich dieser Verordnung wäre daher angebracht.	Geltungsbereich ergänzen mit Auswertesystem ALVPH
Art. 2 Abs. 1	Bei der Aufzählung der Vollzugsbereiche fehlt der Heilmittel, im Speziellen Tierarzneimittelbereich, obwohl in ASAN die Detailhandelsbewilligungen bearbeitet oder zumindest erfasst werden, die Ergebnisse der Primärproduktionskontrollen aus AControl geholt werden und die Daten der Antibiotikadatenbank im Auswertungssystem ALVPH analysiert werden.	...zur Erfüllung ihrer Vollzugsaufgaben in den Bereichen Tiergesundheit, Tierschutz, Lebensmittelsicherheit und Heilmittel
Art. 3 Abs. 1 Bst. b	Im Anhang 1 sind auch Vollzugsdaten im Bereich Tierarzneimittel und Veterinärberufe aufgeführt. Im Art. 3 fehlt dieser Bereich jedoch in der Aufzählung.	Neue Ziffer 4. Tierarzneimittel und Veterinärberufe
	Für den Zugriff auf die Vollzugsdaten einer anderen kantonalen Verwaltungseinheit in ARES müssen nicht nur Tierhaltungen abgefragt	...durch Eingabe der BUR oder UID Nummer des Betriebes , der TVD Nummer der Tierhaltung, der

Art. 8 Abs. 5 Bst. b	werden können, sondern auch andere Betriebe, z.B. Lebensmittelbetriebe, Tierarztpraxen etc. Für die Suche ist die UID/BUR Nummer der Schlüssel. Tierhaltungen sind ev. in Zukunft auch über die BUR Nummer identifiziert und nicht mehr über die TVD Nummer. Für Personen (z.B. Heimtierhalter) ist in der Schweiz die Sozialversicherungsnummer der eindeutige Schlüssel, welcher in Zukunft von der Verwaltung genutzt werden kann, ein wesentlicher Vorteil im Gegensatz zur Verwendung von Name-Vorname (Schreibweisen, ausländische Namen) Daher ist auch diese in die Aufzählung aufzunehmen. Es sind nicht alles Tierhalter, zu welchen Daten in ARES sind, sondern auch andere Personen (z.B. Bewilligungsinhaber, Tierärzte, Exporteure, Importeure etc.)	Identifikationsnummer des betreffenden Tieres, der Sozialversicherungsnummer oder Name des Tierhalters oder einer andern Person.
Art. 11 Bst. h und i (neu)	National- und Ständerat haben im Dezember 2020 einer Gesetzesänderung zugestimmt, wonach Behörden von Bund, Kantonen und Gemeinden im Rahmen ihrer gesetzlichen Aufgaben generell die AHV-Nummer systematisch verwenden dürfen. Falls es die nationale Gesetzgebung erlaubt, sollen die A-Systeme als Personenidentifikator die Sozialversicherungsnummer aus dem zentralen Versichertenregister der Sozialversicherungen des Bundes beziehen können. Weiter sollen sie, wie für ARES ja bereits gemäss Erläuterungen zu Art. 2 erwähnt, auch Daten aus kantonalen Systemen, wie Limsophy u.a. beziehen können.	Erweiterung um Bst. h und i: h. Versichertenregister der Sozialversicherungen des Bundes i. Kantonale Geschäftsmanagementsysteme für den Lebensmittel- und Veterinärvollzug
Art. 12 Abs. 2 Bst. d	Wie in den Erläuterungen zu Artikel 16 dargelegt, werden ASAN, ARES und FLEKO primär zur Wahrnehmung der Vollzugsaufgaben der Kantone betrieben. Dies rechtfertigt, dass zwei Drittel der Kosten für Betrieb, Wartung und Weiterentwicklung zu Lasten der Kantone gehen. Allerdings muss damit auch ein relevantes Mitbestimmungsrecht der Kantone bei der Weiterentwicklung der Systeme einhergehen. Zudem ist aus Gründen der Planungssicherheit eine mehrjährige Finanzplanung zu erstellen, in welcher die zu erwartenden Mehrkosten aufgrund von Weiterentwicklungen berücksichtigt werden.	Neufassung von Bst. d oder Erweiterung des Artikels um einen weiteren Bst. mit folgendem Inhalt: Es (das BLV) plant unter Einbezug der Kantone die Weiterentwicklung der Systeme und erstellt eine mehrjährige Finanzplanung.
Art. 14 Abs. 1	Aufgrund der gegenüber anderen Stellen sehr grossen Abhängigkeit der kantonalen Veterinärbehörden von den in der Verordnung geregelten Bundessystemen soll die Zusammensetzung des Gemeinsamen Ausschusses wie er in den Erläuterungen erwähnt ist, in der Verordnung im exakter festgelegt werden. Vier der fünf kantonalen Vertreter oder	...besteht aus vier Vertreterinnen und Vertretern des BLV sowie vier Vertreterinnen und Vertretern von kantonalen Veterinärdiensten und einer Vertreterin oder einem Vertreter eines kantonalen Laboratoriums.

	Vertreterinnen sollen aus den kantonalen Veterinärdiensten kommen, einer oder eine aus einem kantonalen Labor (Kantonschemiker oder Kantonschemikerin)	
Art. 14 Abs. 4	Die Fachstelle und der Gemeinsame Ausschuss sind in Art. 13 bzw. 14 definiert. Auf operativer Ebene existieren jedoch weitere Gremien, wie K-ASAN und Anwenderausschüsse. Diese wird es weiter brauchen, neue sollen bedarfsweise temporär oder dauernd geschaffen werden können. Dies sollte klar Aufgabe des Gemeinsamen Ausschusses sein, der eine oder mehrere Fachstellen gemäss Art. 13 beauftragt, Ausschüsse mit Vertreterinnen und Vertretern der Kantone und/oder anderer Bundesämter einzusetzen.	Erweiterung von Abs. 4 Er (der Gemeinsame Ausschuss) kann den Fachstellen Aufträge erteilen und sie verpflichten, einen oder mehrere Fachausschüsse mit Vertreterinnen und Vertretern der Kantone und/oder anderer Bundesämter einzusetzen.
Art. 16	Die Erhöhung der Kantonsbeiträge ist aufgrund der neuen Funktionalitäten nachvollziehbar und betragen für die einzelnen Kantone CHF 1500 bis maximal CHF 11'000. Weiter fehlt eine mehrjährige Finanzplanung, aufgrund derer in den Kantonen eine korrekte Budgetierung vorgenommen werden kann. Es ist klarer zu formulieren, dass die drei Lizenzen gemäss Abs. 4 von jeder Veterinärvollzugsbehörde bzw. von der Behörde, in welcher der Veterinärdienst integriert ist, zu beziehen sind und eine Lizenz den Zugang zu allen drei Systemen gewährt. Die Kostenteilung für das System ARES bei getrennten Ämtern- und Departementen (Lebensmittelkontrolle und Veterinärdienst) ist nicht definiert. Solange der Mehrwert für die Vollzugsbehörden des Lebensmittelrechts nicht nachgewiesen ist, muss die Finanzierung des ARES-Systems durch die Kantone vorerst im Bereich der Lebensmittel und Konsumgüter angepasst werden.	s. Antrag zu Art. 12 Abs. 2 Abs. 4 ist genauer zu formulieren im Sinne des Kommentars
Art. 17 Abs. 1 Bst. b	Damit wie in den Erläuterungen zu Art 2 erwähnt, auch Daten aus kantonalen Systemen ausgewertet werden können, ist die Aufzählung gemäss den Erweiterungen in Art. 11 zu ergänzen.	Abs. 1 Bst. b: den Informationssystemen nach Art. 11. Buchstaben a-d, g und i .

Art. 17, Abs 2	Der Verweis auf Art. 6, Abs. 1, Bst. B, Zif. 1 ist missverständlich, da es um Zugriffsrechte von Mitarbeitenden der Bundesverwaltung auf Vollzugsdaten geht, welche ja eben nicht «von der eigenen Behörde eingegeben werden».	Es ist ein eigener Satz für dieses Zugriffsrecht zu formulieren.
Art. 21	In den Informationssystemen werden Daten des kantonalen Vollzugs geführt. Die Aufbewahrung, Archivierung und Vernichtung von solchen kantonalen Daten richtet sich nach der jeweiligen kantonalen Gesetzgebung. Gemäss der Schweizerischen Archivdirektorinnen- und Archivdirektorenkonferenz (ADK) können Unterlagen aus Ebenen übergreifenden Informationssystemen grundsätzlich sowohl auf Bundes- wie auch auf Kantonsebene archivierungspflichtig sein (https://kost-ceco.ch/cms/18-038-gt-sit_de.html).	Das BLV soll prüfen, ob die Daten nach den Vorschriften des Archivierungsgesetzes vom 26. Juni 1998 und den einschlägigen kantonalen Gesetzen vor deren Löschung dem Bundesarchiv und dem entsprechenden Kantonsarchiv angeboten werden müssen. Wenn dies der Fall ist, ist in Art. 21 diese Pflicht zu beschreiben und der Prozess, wie dies sichergestellt wird, zu regeln.
Art. 24	Da die Budgetierung für das Jahr 2022 in allen Kantonen im Verlaufe des Sommers abgeschlossen sein wird und die Amtsstellen nachträglich keine Eingaben mehr machen können, sind die Änderungen, welche für die Kantone finanzielle Auswirkungen haben erst per 1.1.2023 in Kraft zu setzen. Dies betrifft insbesondere Art. 16	Die Verordnungsänderung soll nicht wie in den Erläuterungen erwähnt auf den 1.1.2022 in Kraft gesetzt werden, sondern wegen den finanziellen Konsequenzen auf 1.1.2023. Alternativ ist zu prüfen, ob nur die Wirksamkeit von Art. 16 bis zu diesem späteren Datum verschoben werden kann, d.h. bis dann weiterhin der entsprechende Artikel in der alten Verordnung seine Gültigkeit behält.
Anhang 1 (ASAN)	Unter Ziffer 2.4 fehlt «Meldung an anderen Prozess »	Ziffer 2.4 ergänzen
Anhang 2	Die Liste der in ARES enthaltenen Daten ist im Hinblick auf die Lebensmittelsicherheit viel zu vage. Diese müssen viel besser spezifiziert werden und es sollte eine klare Verbindung zum DaKa-Projekt geben.	Anhang 2 ergänzen
Anhang 4 Ziff. 3: Art. 6 Abs. 2 LMVV	Die Änderung der LMVV sieht die Schaffung eines neuen Art. 6 Abs. 2 LMVV vor. Danach müssten die zuständigen Vollzugsbehörden (der Lebensmittelkontrolle) ihre Kontrollergebnisse regelmässig im ARES erfassen. Das BLV hat zudem die Befugnisse, die Art und Form der Datenerfassung zu bestimmen. Diese Formulierung ist zu pauschal und in dieser Form abzulehnen. Sie verlangt im Prinzip, dass sämtliche (kantonalen) Ergebnisse amtlicher Kontrollen von Lebensmitteln und Gebrauchsgegenständen im ARES	Der vorgesehene Art. 6 Abs. 2 LMVV ist in dieser Form zu streichen oder entsprechend präziser zu formulieren.

	regelmässig zu erfassen sind. Damit wird faktisch ein Bundes-LIMS (Labor-Information-Management-System) postuliert. Es stellt sich zudem die Frage, ob im Lebensmittelgesetz (LMG, SR 817.0) für diese Bestimmung eine Rechtsgrundlage vorhanden ist. Eine generelle Pflicht zur regelmässigen Erfassung von (sämtlichen?) Kontrollergebnissen im ARES kann gestützt auf Art. 42 Abs. 3 LMG kaum begründet werden.	
Aufhebung und Änderungen anderer Erlasse, röm. Ziffer II, Ziffern 1, 2, 6 und 8	Unter Ziffer 3 (Vollzug der Lebensmittelgesetzgebung) steht, dass das BLV nach Absprache mit den kantonalen Vollzugsbehörden die Art und Form der Datenerfassung bestimmt. Die Absprache mit dem kantonalen Vollzug, wie die Daten in den Bundessystemen erfasst (was, wann, wie..) werden, soll in allen Vollzugsbereichen erfolgen. Der letzte Satz unter Ziffer 3, Art. 6 Abs. 2 der Verordnung über den Vollzug der Lebensmittelgesetzgebung soll auch in die anderen Vollzugsverordnungen übernommen werden.	Bei allen Änderungen unter den Ziffern 1, 2, 6 und 8 ist folgendes zu ergänzen: "Das BLV bestimmt nach Absprache mit den kantonalen Vollzugsbehörden die Art und Form der Datenerfassung."

6431 Schwyz, Postfach 1260

per E-Mail

Eidgenössisches Departement des Innern
vernehmlassungen@blv.admin.ch
(PDF- und Word-Version)

Schwyz, 24. August 2021

Totalrevision der Verordnung über die Informationssysteme für den öffentlichen Veterinärdienst
Vernehmlassung des Kantons Schwyz

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Mit Schreiben vom 12. Mai 2021 hat das Eidgenössische Departement des Innern den Kantonsregierungen die Unterlagen zur Totalrevision der Verordnung über die Informationssysteme für den öffentlichen Veterinärdienst vom 6. Juni 2014 (ISVet-V, SR 916.408, neu: Verordnung über Informationssysteme des BLV für die Lebensmittelkette) zur Vernehmlassung bis 30. August 2021 unterbreitet.

Wir nehmen dazu wie folgt Stellung:

Wir anerkennen den grossen Nutzen der von Bund und Kantonen im Veterinärvollzug gemeinsam betriebenen Systeme.

Mit der Verordnungsrevision wird auch der Kostenbeitrag der Kantone an den Betrieb der Systeme erhöht. Es ist unbestritten, dass ein gemeinsames System gegenüber kantonalen Einzelsystemen kosteneffizient ist. Auch lässt sich die Erhöhung der Kosten mit neuen Funktionalitäten begründen. Allerdings fehlt in den Erläuterungen eine einleuchtende Begründung, wieso mit dem Wechsel vom Informationssystem für Veterinär-Labordaten «ALIS» zum erweiterten Informationssystem «ARES» insbesondere für die Kantone ein grösserer Nutzen entstehen soll. Der Nutzen ist eher auf Seiten des Bundes, bekommt er doch so in Zukunft Daten aus der Lebensmittelüberwachung einheitlich über eine Schnittstelle zu den kantonalen Systemen der Labore. Weiter vermögen die Funktionalitäten des Informationssystems über die Ergebnisse der Schlacht tier- und Fleischuntersuchungen «FLEKO im Vollzug nicht zu überzeugen, was zeigt, dass die kantonalen Bedürfnisse bei der Entwicklung zu wenig berücksichtigt wurden. Weiter fehlt eine mehrjährige Finanzplanung, aufgrund derer in den Kantonen eine mittelfristige Planung vorgenommen werden kann. Dementsprechend sind wir der Ansicht, dass die Mitwirkung der Kantone bei der Weiterentwicklung der gemeinsamen Systeme unbedingt in der Verordnung festzulegen und eine entsprechende mehrjährige Finanzplanung zukünftig durch das Bundesamt auszuarbeiten ist.

Wir sehen die vorgelegte Verordnung als Übergangsregelung bis zur Umsetzung der «IKT Strategie 2025» des Veterinärdienstes Schweiz (VetD CH), welche die Vereinigung der Schweizer Kantonstierärztinnen und Kantonstierärzte (VSKT) im Juni 2020 verabschiedet hat. Diese Vision besteht in einem effizienten und effektiven IKT System, welches die kantonalen Veterinärdienste administrativ maximal entlastet. Die Flexibilität des IKT Systems soll erhöht und die Möglichkeiten elektronischer Behördenleistungen sollen genutzt werden, wie dies auf allen Stufen der Verwaltung angestrebt wird (siehe Digitale Verwaltung Schweiz, egovernment.ch, kantonale IKT-Strategien etc.). Die Realisierung soll auf den gemachten Erkenntnissen mit den heute gemeinsam mit dem Bund realisierten Systemen (ASAN, AControl, ARES, FLEKO) basieren. Die neuen technischen Möglichkeiten und Anforderungen der Benutzer sind dabei zu berücksichtigen. Falls die Systeme weiterhin gemeinsam mit allen Kantonen und dem Bund umgesetzt werden sollen, was zu hoffen ist, muss dann die Zusammenarbeit, die Mitsprache und die Finanzierung langfristig und nachhaltig zwischen den Kantonen und mit dem Bund neu geregelt werden. Dann wird auch diese Verordnung nochmals überarbeitet werden müssen.

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und versichern Sie, Herr Bundesrat, unserer vorzüglichen Hochachtung.

Im Namen des Regierungsrates:

Petra Steimen-Rickenbacher
Landammann



Dr. Mathias E. Brun
Staatsschreiber

Staatskanzlei, Regierungsgebäude, 8510 Frauenfeld

Eidgenössisches Departement
des Innern (EDI)
Herr Alain Berset
Bundesrat
3003 Bern

Frauenfeld, 24. August 2021
489

Totalrevision der Verordnung über die Informationssysteme für den öffentlichen Veterinärdienst (ISVet-V, neu: Verordnung über Informationssysteme des BLV für die Lebensmittelkette)

Vernehmlassung

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme zum Entwurf für die Totalrevision der Verordnung über die Informationssysteme für den öffentlichen Veterinärdienst (ISVet-V, neu: Verordnung über Informationssysteme des BLV für die Lebensmittelkette).

Unsere Bemerkungen haben wir im beiliegenden Formular festgehalten.

Mit freundlichen Grüssen

Die Präsidentin des Regierungsrates

Der Staatsschreiber

Beilage:

- Antwortformular



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Departement des Innern EDI
**Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und
Veterinärwesen BLV**
Recht

**Vernehmlassung zur Totalrevision der Verordnung über die Informationssysteme für den öffentlichen Veterinärdienst
(ISVet-V, neu: Verordnung über Informationssysteme des BLV für die Lebensmittelkette)
(12.05. bis 30.08.2021)**

Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation / Amt : Kanton Thurgau
Abkürzung der Firma / Organisation / Amt : TG
Adresse, Ort : Regierungsgebäude, 8510 Frauenfeld
Kontaktperson : Christina Angst
Telefon : 058 345 54 67
E-Mail : christina.angst@tg.ch
Datum : 24. August 2021

Wichtige Hinweise:

1. Wir bitten Sie, keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen!
2. Bitte pro Artikel der Verordnung eine eigene Zeile verwenden.
3. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte als **Word**-Dokument bis am 30.08.2021 an folgende E-Mail-Adresse:
vernehmlassungen@blv.admin.ch

Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und
Veterinärwesen BLV
Schwarzenburgstrasse 155, 3003 Bern
Tel. +41 58 463 30 33
info@blv.admin.ch
www.blv.admin.ch

1

Allgemeine Bemerkungen

Wir anerkennen den grossen Nutzen der von Bund und Kantonen im Veterinärvollzug gemeinsam betriebenen Systeme. Vor dem Hintergrund der „Gesamtstrategie Lebensmittelkette“ und der Umsetzung des „nationalen Kontrollplans“ begrüssen wir, dass zukünftig die Informationssysteme auch Daten aus der amtlichen Kontrolle von Lebensmitteln und Gebrauchsgegenständen enthalten sollen.

Mit der Verordnungsrevision wird auch der Kostenbeitrag der Kantone an den Betrieb der Systeme erhöht. Es ist unbestritten, dass ein gemeinsames System gegenüber kantonalen Einzelsystemen kosteneffizient ist. Auch lässt sich die Erhöhung der Kosten mit neuen Funktionalitäten begründen. Allerdings fehlt in den Erläuterungen eine einleuchtende Begründung, wieso mit dem Wechsel von der Labordatenbank ALIS zu ARES insbesondere für die Kantone ein grösserer Nutzen entstehen soll. Eher ist der Nutzen auf Seiten des Bundes, bekommt er doch so in Zukunft Daten aus der Lebensmittelüberwachung einheitlich über eine Schnittstelle zu den kantonalen Systemen der Labore. Weiter vermögen die Funktionalitäten des Informationssystems Fleko im Vollzug nicht zu überzeugen, was zeigt, dass die kantonalen Bedürfnisse bei der Entwicklung zu wenig berücksichtigt wurden. Zudem fehlt eine mehrjährige Finanzplanung, aufgrund derer in den Kantonen eine mittelfristige Planung vorgenommen werden kann. Dementsprechend sind wir der Ansicht, dass die Mitwirkung der Kantone bei der Weiterentwicklung der gemeinsamen Systeme unbedingt in der Verordnung festzulegen ist und eine entsprechende mehrjährige Finanzplanung zukünftig durch das Bundesamt auszuarbeiten ist.

Die vorgelegte Verordnung ist als Übergangsregelung bis zur Umsetzung der „IKT Strategie 2025“ des Veterinärdienstes Schweiz (VetD CH), die der Verband im Juni 2020 verabschiedet hat, anzusehen. Die Vision besteht in einem effizienten und effektiven IKT System, das die kantonalen Veterinärdienste administrativ maximal entlastet. Die Flexibilität des IKT-Systems soll erhöht und die Möglichkeiten elektronischer Behördenleistungen sollen genutzt werden, wie dies auf allen Stufen der Verwaltung angestrebt wird (siehe Digitale Verwaltung Schweiz, egovernment.ch, kantonale IKT-Strategien etc.). Die Realisierung soll auf den gemachten Erkenntnissen mit den heute gemeinsam mit dem Bund realisierten Systemen (ASAN, Acontrol, ARES, Fleko) basieren. Die neuen technischen Möglichkeiten und Anforderungen der Benutzer und Benutzerinnen sind dabei zu berücksichtigen. Falls die Systeme weiterhin gemeinsam mit allen Kantonen und dem Bund umgesetzt werden sollen, was zu hoffen ist, muss dann die Zusammenarbeit, die Mitsprache und die Finanzierung langfristig und nachhaltig zwischen den Kantonen und mit dem Bund neu geregelt werden. Dann wird auch diese Verordnung nochmals überarbeitet werden müssen.

In Bezug auf die Auswirkungen gemäss Ziff. IV der Erläuterungen halten wir fest, dass nicht ersichtlich ist, inwiefern die Erweiterung des ARES den Aufwand der Erfassung der Resultate der Produkt- und Prozesskontrollen reduzieren und die Fehlerquote verringern soll. Die kantonalen Vollzugsbehörden der Lebensmittelkontrolle (LMK) haben die Resultate nie in einer Excel-Liste erfasst, Die Excel-Liste war eine Vorgabe des BLV, welche die kantonalen Vollzugsbehörden LMK per Tastendruck aus ihren LIMS generierten. Das Prinzip „Once Only“ wird so kaum erreicht werden können, da die kantonale Lebensmittelkontrolle ihre Produkt- und Prozesskontrollen immer im kantonalen (eigenen) System wird erfassen müssen, weil sich nur so sämtliche Prozesse von der Planung bis zur Rechnungsstellung und Verfügung von Massnahmen im Kanton realisieren lassen. Es bleibt zudem unklar, inwiefern die Daten in ARES den Kantonen erlauben sollen, Daten aus den Lebensmittelkontrollen besser auszuwerten. Die Begründung, dass mit der Revision ein Beitrag zur Stärkung der Lebensmittelkontrolle geleistet werde, ist in dieser Form eine unbegründete Floskel.

Bemerkungen zu den einzelnen Bestimmungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Ingress	Die Kantone müssen gemäss Art. 212a der Tierschutzverordnung (TSchV; SR 455.1) Tierhalteverbote in ASAN eingeben. Ergebnisse der Tierschutzkontrollen in Acontrol werden an ASAN zur weiteren Bearbeitung übertragen. Die Rechtsgrundlage dafür müsste im Tierschutzgesetz (TSchG; SR 455) zu finden sein. Es ist zu prüfen, ob das TSchG im Ingress ebenfalls aufzuführen ist. Falls im Tierschutzgesetz die Rechtsgrundlage für die Regelung in dieser Verordnung fehlt, ist diese bei der nächsten Revision zu schaffen.	Prüfen, ob das TSchG im Ingress fehlt bzw. ob im TSchG die Delegation für die Regelung an den Bundesrat erst noch zu schaffen ist.
Art. 1	In dieser Verordnung werden nicht nur die drei Informationssysteme ASAN, ARES und Fleko geregelt, sondern es wird in Art. 17 auch die Auswertung der in diesen Systemen erfassten Daten mit dem Auswertungs- und Analysesystem ALVPH beschrieben. Im Gegensatz zu anderen Systemen, mit denen die in dieser Verordnung aufgeführten Systeme Daten austauschen (z.B. TRACES, TVD, ...) ist das System ALVPH nicht auf Verordnungsstufe geregelt. Es muss deshalb unbedingt als Gegenstand dieser Verordnung gelten und ausdrücklich in den Geltungsbereich dieser Verordnung aufgenommen werden.	Der Geltungsbereich (Gegenstand) soll mit dem Auswertungs- und Analysesystem ALVPH ergänzt werden.
Art. 2 Abs. 1	Bei der Aufzählung der Vollzugsbereiche fehlt der Heilmittel-, im Speziellen Tierarzneimittelbereich, obwohl in ASAN die Detailhandelsbewilligungen bearbeitet oder zumindest erfasst werden, die Ergebnisse der Primärproduktionskontrollen aus Acontrol geholt werden und die Daten der Antibiotikadatenbank im Auswertungssystem ALVPH analysiert werden. Erfreulich ist, dass zukünftig ARES von denjenigen Kantonen, die nicht mit ASAN arbeiten, für die Übermittlung der Kontrolldaten im Veterinärbereich	[...] zur Erfüllung ihrer Vollzugsaufgaben in den Bereichen Tiergesundheit, Tierschutz, Lebensmittelsicherheit und Heilmittel benötigen [...].

	aus kantonseigenen Systemen in das Auswertungs- und Analysesystem ALVPH genutzt werden kann (Erläuterungen S. 2). Eine indirekte oder direkte Schnittstelle zu ASAN für die Übertragung weiterer Daten (z.B. alle Daten gemäss Ziffer 2 des Anhangs 1 der Verordnung) aus den kantonalen Systemen, wie Limsophy, wäre aus Sicht einiger weniger Kantone äusserst wünschenswert. Es ist jedoch verständlich, dass das Anliegen erst im Rahmen der IKT-Strategie 2025 geprüft werden soll bzw. sich mit der Strategie die Ausgangslage ändert.	
Art. 2 Abs. 2 und 3	Abs. 2 lit. a: Formatierungsfehler [...] vom 27. Juni 19955 (TSV). Die letzte „5“ muss als Fussnotenverweis auf SR 916.401 formatiert sein. Abs. 3 verweist auf Anhang 1 Ziffer 2.3. Kontrollen. Ziff. 2.3.1 listet Kontrollen auf, die an Acontrol geliefert oder in Acontrol erfasst werden. Eine Definition von Acontrol fehlt.	anpassen
Art. 3 Abs. 1 lit. b	Im Anhang 1 sind auch Vollzugsdaten im Bereich Tierarzneimittel und Veterinärberufe aufgeführt. Im Art. 3 fehlt dieser Bereich jedoch in der Aufzählung.	Neue Ziffer 4. Tierarzneimittel und Veterinärberufe
3. Abschnitt	Die Art. 4 – 8 legen den Datenzugriff fest. Dabei wird keine Differenzierung zwischen ASAN, ARES und Fleko vorgenommen. Art. 5 legt unter anderem fest, dass Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der kantonalen Vollzugsbehörden sowie von den kantonalen Vollzugsbehörden mit der Durchführung von Vollzugsaufgaben beauftragte Dritte im Bereich Lebensmittelsicherheit online Zugriff auf die Stammdaten haben. Gemäss Art. 2 Abs. 2 lit. b dient das ARES auch der amtlichen Kontrolle von Lebensmitteln und Gebrauchsgegenständen. Aus Anhang 2 (Datenkatalog des ARES) wird ersichtlich, dass für die Lebensmittelsicherheit gemäss Ziff. 2.1 keine Stammdaten definiert wurden. Offensichtlich ist Art. 5 nicht auf das System ARES angepasst. Ebenfalls geht aus Anhang 2 hervor, dass für den Datenkatalog des ARES keine Anwenderdaten (Ziff. 1.4 und Ziff. 2.4) definiert wurden. Ein Vergleich mit den Anhängen 1 und 3 zeigt, dass die Anwenderdaten Identifikation und	Der gesamte 3. Abschnitt ist zu überarbeiten. Der Zugriff auf die Daten ist in verständlicher, übersichtlicher Art, vorzugsweise in einer Tabelle, entsprechend einem Berechtigungsschema abzubilden und in einem Anhang zu regeln.

	Rollen der Anwender umfassen sollten. Es können daher kaum Zugriffsrechte gemäss Art. 4 – 8 für ARES erteilt werden, wenn diese im zugehörigen Datenkatalog nicht existieren.	
Art. 4 Abs. 2	Gemäss Art. 4 Abs. 2 dürfen die Administratorinnen und Administratoren des ASAN, des ARES und des Fleko die Daten zudem zur Sicherstellung des Betriebs, zur Erteilung von Zugriffsrechten und zur Unterstützung der Anwenderinnen und Anwender online bearbeiten. Weitere Verweise auf Zugriff durch Administratoren und Administratorinnen finden sich in Art. 5 lit. d, Art. 6 Abs. 1 lit. e und Art. 7 sowie abgeändert in Art. 8 Abs. 1. Diese Bestimmungen machen in dieser Form die Verordnung unübersichtlich und sollten selbstverständlich sein. Alternativ wäre zu prüfen, den Aufgabenbereich und die Berechtigung von Administratorinnen und Administratoren entweder übergeordnet oder summarisch in einem Anhang zu definieren.	überarbeiten
Art. 6	In Art. 6 wird der Zugriff auf Vollzugsdaten geregelt. Die Zugriffsrechte auf das Auswertungs- und Analysesystem ALVPH, mit dem Vollzugsdaten verarbeitet und analysiert werden sollen, wird allerdings nur im Zusammenhang mit diesem System erwähnt (Art. 17 Abs. 2).	Die Zugriffsrechte auf Daten im ALVPH sind ebenfalls unter dem Titel „Zugriff auf Vollzugsdaten“ in Art. 6 zu regeln.
Art. 8 Abs. 5	Es ist unklar was der Begriff einer „anderen kantonalen Verwaltungseinheit“ umfasst. Sind damit Verwaltungseinheiten innerhalb desselben Kantons gemeint oder auch Verwaltungseinheiten in anderen Kantonen oder beides? Leider geht dies auch aus den zugehörigen Erläuterungen nicht hervor. Abs 5 lit. b: Für den Zugriff auf die Vollzugsdaten einer anderen kantonalen Verwaltungseinheit in ARES müssen nicht nur Tierhaltungen abgefragt werden können, sondern auch andere Betriebe, z.B. Lebensmittelbetriebe, Tierarztpraxen etc. Für die Suche ist die UID/BUR-Nummer der Schlüssel. Tierhaltungen sind evt. in Zukunft auch über die BUR-Nummer identifiziert und nicht mehr über die TVD-Nummer.	Eine klarere Formulierung wäre wünschenswert. [...] durch Eingabe der BUR- oder UID-Nummer des Betriebes , der TVD-Nummer der Tierhaltung, der Identifikationsnummer des betreffenden Tieres, der Sozialversicherungsnummer oder des Namens der Tierhalterin oder des Tierhalters oder einer andern Person .

	Für Personen (z.B. Heimtierhalter) ist in der Schweiz die Sozialversicherungsnummer der eindeutige Schlüssel, welcher in Zukunft von der Verwaltung genutzt werden kann, ein wesentlicher Vorteil im Gegensatz zur Verwendung von Name-Vorname (Schreibweisen, ausländische Namen). Daher ist auch diese in die Aufzählung aufzunehmen. Es sind nicht alle Tierhalter, zu denen Daten in ARES sind, sondern auch andere Personen (z.B. Bewilligungsinhaber, Tierärzte, Exporteure, Importeure etc.).	
Art. 10	Die Bekanntgabe von Daten aus diesen Informations- und Auswertungssystemen ist mit Aufwand und Kosten verbunden, da sie aus offensichtlichen Gründen zuvor bearbeitet (anonymisiert) werden müssen. Zudem muss nachvollziehbar bleiben, an wen welche Daten zu welchem Zweck bekannt gegeben wurden. Dazu ist ein schriftliches, begründetes Gesuch eine Voraussetzung. Nur so kann ein verantwortungsvoller Umgang mit den Daten sichergestellt werden.	Das BLV, das BLW, die BLK, das BAFU, die EZV und die kantonalen Vollzugsbehörden können auf begründetes schriftliches Gesuch hin die Daten des ASAN, des ARES und des Fleko für wissenschaftliche und statistische Zwecke Dritten bekannt geben. Diese Daten sind vor der Bekanntgabe zu anonymisieren.
Art. 11 lit. h und i (neu)	National- und Ständerat haben im Dezember 2020 einer Gesetzesänderung zugestimmt, wonach Behörden von Bund, Kantonen und Gemeinden im Rahmen ihrer gesetzlichen Aufgaben generell die AHV-Nummer systematisch verwenden dürfen. Falls es die nationale Gesetzgebung erlaubt, sollen die A-Systeme als Personenidentifikator die Sozialversicherungsnummer aus dem zentralen Versichertenregister der Sozialversicherungen des Bundes beziehen können. Weiter sollen sie, wie für ARES ja bereits gemäss Erläuterungen zu Art. 2 erwähnt, auch Daten aus kantonalen Systemen, wie Limsophy u.a., beziehen können.	Erweiterung um lit. h und i: h. Versichertenregister der Sozialversicherungen des Bundes; i. Kantonale Geschäftsmanagementsysteme für den Lebensmittel- und Veterinärvollzug.
Art. 12 Abs. 2 lit. d	Wie in den Erläuterungen zu Art. 16 dargelegt, werden ASAN, ARES und Fleko primär zur Wahrnehmung der Vollzugsaufgaben der Kantone betrieben. Dies rechtfertigt, dass zwei Drittel der Kosten für Betrieb, Wartung und Weiterentwicklung zu Lasten der Kantone gehen. Allerdings muss damit auch ein relevantes Mitbestimmungsrecht der Kantone bei der Weiterentwicklung der Systeme einhergehen. Zudem ist aus Gründen der Planungssicherheit eine mehrjährige Finanzplanung zu erstellen, in der die	Neufassung von lit. d oder Erweiterung des Artikels um einen weiteren lit. f mit folgendem Inhalt: Es (das BLV) plant unter Einbezug der Kantone die Weiterentwicklung der Systeme und erstellt eine mehrjährige Finanzplanung.

	zu erwartenden Mehrkosten aufgrund von Weiterentwicklungen berücksichtigt werden.	
Art. 14 Abs. 1	Aufgrund der gegenüber anderen Stellen sehr grossen Abhängigkeit der kantonalen Veterinärbehörden von den in der Verordnung geregelten Bundessystemen soll die Zusammensetzung des Gemeinsamen Ausschusses, wie er in den Erläuterungen erwähnt ist, in der Verordnung exakter festgelegt werden. Vier der fünf kantonalen Vertreter oder Vertreterinnen sollen aus den kantonalen Veterinärdiensten kommen, einer oder eine aus einem kantonalen Labor (Kantonschemiker oder Kantonschemikerin).	[...] besteht aus vier Vertreterinnen und Vertretern des BLV sowie vier Vertreterinnen und Vertretern von kantonalen Veterinärdiensten und einer Vertreterin oder einem Vertreter eines kantonalen Laboratoriums .
Art. 14 Abs. 4	Die Fachstelle und der Gemeinsame Ausschuss sind in Art. 13 bzw. 14 definiert. Auf operativer Ebene existieren jedoch weitere Gremien, wie K-ASAN und Anwenderausschüsse. Diese wird es weiter brauchen, neue sollen bedarfsweise temporär oder dauernd geschaffen werden können. Dies sollte klar Aufgabe des Gemeinsamen Ausschusses sein, der eine oder mehrere Fachstellen gemäss Art. 13 beauftragt, Ausschüsse mit Vertreterinnen und Vertretern der Kantone und/oder anderer Bundesämter einzusetzen.	Erweiterung von Abs. 4: Er (der Gemeinsame Ausschuss) kann den Fachstellen Aufträge erteilen und sie verpflichten, einen oder mehrere Fachausschüsse mit Vertreterinnen und Vertretern der Kantone und/oder anderer Bundesämter einzusetzen .
Art. 15	Unklar ist, wieso nur für das System Fleko ausdrücklich eine konkrete Leistungserbringerin aufgeführt wird und wie diese Leistungserbringung von den Aufgaben der Fachstellen (Art. 13) abgegrenzt wird. Gemäss Art. 13 Abs. 2 lit. d sind explizit die Fachstellen für die technischen Anpassungen zuständig. Der Titel des 4. Abschnitts sollte zudem erweitert werden, wenn die Identitas AG in Art. 15 als Leistungserbringerin für Fleko aufgeführt wird, denn sie gehört weder zum BLV noch zu den Fachstellen noch zum Gemeinsamen Ausschuss.	Die Abgrenzung der Zuständigkeiten und der Umfang der Leistungserbringung durch externe Partner sollte einheitlich für alle Systeme festgelegt werden.
Art. 16	Die Erhöhung der Kantonsbeiträge ist aufgrund der neuen Funktionalitäten nachvollziehbar und beträgt für die einzelnen Kantone Fr. 1'500 bis maximal	s. Antrag zu Art. 12 Abs. 2.

	Fr. 11'000. Allerdings vermögen die Funktionalitäten des Informationssystems Fleko im Vollzug nicht zu überzeugen, was zeigt, dass die kantonalen Bedürfnisse bei der Entwicklung zu wenig berücksichtigt wurden. Weiter fehlt eine mehrjährige Finanzplanung, aufgrund derer in den Kantonen eine korrekte Budgetierung vorgenommen werden kann. Soweit die kantonalen Vollzugsbehörden der Lebensmittelgesetzgebung betroffen sind, ist festzuhalten, dass vom BLV gegenüber den Amtsleitenden der amtlichen Lebensmittel- und Gebrauchsgegenstandekontrolle deutlich kommuniziert wurde, dass nicht vorgesehen sei, den kantonalen Vollzugsbehörden der Lebensmittelgesetzgebung das zentrale Datensystem ARES in Rechnung zu stellen (BLV-Kantonschemiker-Konferenz vom 15. Juni 2021). Dies geht aus dieser Verordnung in dieser Deutlichkeit nicht hervor. Zudem erscheint ein Kostenschlüssel, der sich auf die Anzahl Lizenzen bezieht, einem sinnvollen und zweckmässigen Einsatz des Systems in den Kantonen nicht förderlich. Das in den Erläuterungen aufgeführte Argument, dass das System primär zur Wahrnehmung der Vollzugsaufgaben der Kantone diene, daher primär im Interesse der Kantone betrieben werde und die Kantone folglich den überwiegenden Teil der Kosten zu tragen haben, erstaunt mindestens für den Bereich des Vollzugs der Lebensmittel- und Gebrauchsgegenstandekontrolle. Abs. 4: Es ist klarer zu formulieren, dass die drei Lizenzen gemäss Abs. 4 von jeder Veterinärvollzugsbehörde bzw. von der Behörde, in welcher der Veterinärdienst integriert ist, zu beziehen sind und dass eine Lizenz den Zugang zu allen drei Systemen gewährt.	Abs. 4 ist genauer zu formulieren im Sinne des Kommentars.
Art. 17 Abs. 1 lit. b	Damit, wie in den Erläuterungen zu Art. 2 erwähnt, auch Daten aus kantonalen Systemen ausgewertet werden können, ist die Aufzählung gemäss den Erweiterungen in Art. 11 zu ergänzen.	b. den Informationssystemen nach Art. 11 lit. a-d, g und i.
Art. 17 Abs. 2	Die Zugriffsrechte auf das Auswertungs- und Analysesystem ALVPH sind unklar geregelt, was in diesem sensiblen Bereich des Umgangs mit Vollzugsdaten nicht zeitgemäss ist. Der Verweis auf Art. 6 Abs. 1 lit. b Ziff. 1	Die Zugriffsrechte sind ausdrücklich auch für das Auswertungs- und Analysesystem ALVPH zu regeln.

	für Daten aus kantonseigenen Informationssystemen regelt zudem den Zugriff von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern von kantonalen Vollzugsbehörden auf Vollzugsdaten, die von der eigenen Behörde eingegeben wurden, was bei einem Auswertungs- und Analysesystem kaum zweckmässig ist. Eine ausdrückliche Regelung der Zugriffsrechte auf das Auswertungs- und Analysesystem ALVPH und auf ausgewertete und analysierte Daten ist zwingend notwendig.	Zweckmässig wäre es, diese Regelung in Art. 6 (Zugriff auf die Vollzugsdaten) zu regeln.
Art. 21	In den Informationssystemen werden Daten des kantonalen Vollzugs geführt. Die Aufbewahrung, Archivierung und Vernichtung von solchen kantonalen Daten richtet sich nach der jeweiligen kantonalen Gesetzgebung. Gemäss der Schweizerischen Archivdirektorinnen- und Archivdirektorenkonferenz (ADK) können Unterlagen aus Ebenen übergreifenden Informationssystemen grundsätzlich sowohl auf Bundes- wie auch auf Kantonsebene archivierungspflichtig sein (https://kost-ceco.ch/cms/18-038-gt-sit_de.html).	Das BLV soll prüfen, ob die Daten nach den Vorschriften des Archivierungsgesetzes vom 26. Juni 1998 und den einschlägigen kantonalen Gesetzen vor deren Löschung dem Bundesarchiv und dem entsprechenden Kantonsarchiv angeboten werden müssen. Wenn dies der Fall ist, ist in Art. 21 diese Pflicht zu beschreiben und der Prozess, wie dies sichergestellt wird, zu regeln.
Art. 22	Dieser Artikel greift in die Informationssysteme der Kantone ein. Das BLV muss beim Erlassen von Vorschriften zur Spezifizierung von Schnittstellen die technischen Details der Informationssysteme der Kantone unbedingt berücksichtigen. Es ist zudem heikel, Vorschriften zu Datenübertragungsfrequenzen zu erlassen, wenn diese bei den Kantonen zu einem erhöhten Aufwand führen, denn es ist noch nicht in allen Kantonen möglich, sämtliche Datenübertragungen als vollautomatisierte Prozesse zu realisieren.	Dieser Artikel ist zu ergänzen mit einer Bestimmung, dass die Bedürfnisse und Möglichkeiten der Kantone bei der Festlegung der Vorschriften technischer Art zu berücksichtigen sind.
Art. 24	Da die Budgetierung für das Jahr 2022 in allen Kantonen im Verlaufe des Sommers abgeschlossen sein wird und die Amtsstellen nachträglich keine Eingaben mehr machen können, sind die Änderungen, die für die Kantone finanzielle Auswirkungen haben erst per 1.1.2023 in Kraft zu setzen. Dies betrifft insbesondere Art. 16.	Die Verordnungsänderung soll nicht wie in den Erläuterungen erwähnt auf den 1.1.2022 in Kraft gesetzt werden, sondern wegen den finanziellen Konsequenzen auf 1.1.2023. Alternativ ist zu prüfen, ob nur die Wirksamkeit von Art. 16 bis zu diesem späteren Datum verschoben werden kann, d.h. bis dann weiterhin der entsprechende Artikel in der alten Verordnung seine Gültigkeit behält.

Anhang 1 (ASAN)	Unter Ziff. 2.4 fehlt «Meldung an anderen Prozess»	Ziffer 2.4 ergänzen
Aufhebung und Änderungen anderer Erlasse, röm. Ziff. II, Ziff. 1, 2, 6 und 8	Unter Ziff. 3 (Vollzug der Lebensmittelgesetzgebung) steht, dass das BLV nach Absprache mit den kantonalen Vollzugsbehörden die Art und Form der Datenerfassung bestimmt. Die Absprache mit dem kantonalen Vollzug, wie die Daten in den Bundessystemen erfasst (was, wann, wie ...) werden, soll in allen Vollzugsbereichen erfolgen. Der letzte Satz unter Ziff. 3, Art. 6 Abs. 2 der Verordnung über den Vollzug der Lebensmittelgesetzgebung soll auch in die anderen Vollzugsverordnungen übernommen werden.	Bei allen Änderungen unter den Ziff. 1, 2, 6 und 8 ist Folgendes zu ergänzen: „Das BLV bestimmt nach Absprache mit den kantonalen Vollzugsbehörden die Art und Form der Datenerfassung.“
Anhang 4 Ziff. 3: Art. 6 Abs. 2 LMVV	Die Änderung der LMVV sieht die Schaffung eines neuen Art. 6 Abs. 2 LMVV vor. Danach müssten die zuständigen Vollzugsbehörden (der Lebensmittelkontrolle) ihre Kontrollergebnisse regelmässig im ARES erfassen. Das BLV hat zudem die Befugnisse, die Art und Form der Datenerfassung zu bestimmen. Diese Formulierung ist zu pauschal und in dieser Form abzulehnen. Sie verlangt im Prinzip, dass sämtliche (kantonalen) Ergebnisse amtlicher Kontrollen von Lebensmitteln und Gebrauchsgegenständen im ARES regelmässig zu erfassen sind. Damit wird faktisch ein Bundes-LIMS (Labor-Information-Management-System) postuliert. Es stellt sich zudem die Frage, ob im Lebensmittelgesetz (LMG; SR 817.0) für diese Bestimmung eine Rechtsgrundlage vorhanden ist. Eine generelle Pflicht zur regelmässigen Erfassung von (sämtlichen) Kontrollergebnissen im ARES kann gestützt auf Art. 42 Abs. 3 LMG kaum begründet werden.	Der vorgesehene Art. 6 Abs. 2 LMVV ist in dieser Form zu streichen oder entsprechend präziser zu formulieren.

Numero
4083

fr

0

Bellinzona
25 agosto 2021

Consiglio di Stato
Piazza Governo 6
Casella postale 2170
6501 Bellinzona
telefono +41 91 814 41 11
fax +41 91 814 44 35
e-mail can@ti.ch
web www.ti.ch

Repubblica e Cantone
Ticino

Il Consiglio di Stato

Ufficio federale della sicurezza alimentare
e di veterinaria USAV
Schwarzenburgstrasse 155
3003 Berna

Invio per posta elettronica
vernehmlassungen@blv.admin.ch

Procedura di consultazione alla revisione totale dell'ordinanza concernente i sistemi d'informazione per il servizio veterinario pubblico (O-SISVet), ora: ordinanza sui sistemi d'informazione dell'USAV per la filiera agroalimentare (O-SIFAL)

Gentili Signore, egregi Signori,

ci riferiamo alla consultazione menzionata in epigrafe e tramite la presente vi ritorniamo il modulo di risposta.

Ringraziandovi per l'opportunità accordata di esprimersi in materia, vogliate gradire, gentili Signore ed egregi Signori, l'espressione della nostra stima.

PER IL CONSIGLIO DI STATO

Il Presidente


Manuele Bertoli

Il Cancelliere


Arnoldo Coduri

Allegato: Menzionato

Copia a:

- Divisione della salute pubblica (dss-dsp@ti.ch)
- Divisione dell'economia (dfe-de@ti.ch)
- Deputazione ticinese alle camere federali (can-relazioniesterne@ti.ch)
- Ufficio del veterinario cantonale (dss-uvc@ti.ch)
- Pubblicazione in internet



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Dipartimento federale dell'interno DFI

**Ufficio federale della sicurezza alimentare e
di veterinaria (USAV)**
Diritto

Consultazione alla revisione totale dell'ordinanza concernente i sistemi d'informazione per il servizio veterinario pubblico (O-SISVet), ora: ordinanza sui sistemi d'informazione dell'USAV per la filiera agroalimentare (dal 12 maggio al 30 agosto 2021)

Parere di

Nome / azienda / organizzazione / ufficio: Consiglio di Stato del Cantone Ticino

Abbreviazione dell'azienda / dell'organizzazione / dell'ufficio: CdS

Indirizzo, luogo: Piazza Governo 7, 6500 Bellinzona

Persona di contatto: Luca Bacciarini, Veterinario cantonale

Telefono: 091 814 41 92

E-mail: luca.bacciarini@ti.ch

Data: 17.08.2021

Indicazioni importanti:

1. Si prega di non modificare la formattazione del modulo
2. Utilizzare una nuova riga per ogni articolo dell'ordinanza
3. I pareri devono essere inviati in forma elettronica, come documento **Word**, entro il 30 agosto 2021 al seguente indirizzo:
vernehmlassungen@blv.admin.ch

Ufficio federale della sicurezza alimentare e
di veterinaria (USAV)
Schwarzenburgstrasse 155, 3003 Berna
Tel. +41 58 463 30 33
info@blv.admin.ch
www.blv.admin.ch

1 Osservazioni generali

Riconosciamo la grande utilità degli applicativi gestiti congiuntamente dalla Confederazione e dai Cantoni nell'ambito dell'applicazione della legislazione veterinaria. Il fatto che in futuro i sistemi d'informazione conterranno anche dati dei controlli ufficiali delle derrate alimentari e degli oggetti d'uso è da salutare con favore nel contesto della "strategia globale della catena alimentare" e dell'attuazione del "piano nazionale di controllo".

La revisione dell'ordinanza aumenta anche il contributo dei Cantoni ai costi di gestione dei sistemi. È indiscusso che un applicativo comune è più efficiente in termini di costi rispetto a più sistemi cantonali individuali. L'aumento dei costi può pure essere giustificato da nuove funzionalità. Tuttavia, il Rapporto esplicativo difetta di una spiegazione plausibile sul perché il passaggio dalla banca dati dei laboratori ALIS ad ARES dovrebbe comportare maggiori vantaggi soprattutto per i Cantoni. Il vantaggio è probabilmente per la Confederazione, perché in futuro potrà ricevere i dati del monitoraggio delle derrate alimentari in modo uniforme attraverso un'interfaccia con i sistemi cantonali dei vari laboratori. Inoltre, le funzionalità del sistema d'informazione FLEKO ad oggi non convincono nell'applicazione, purtroppo anche questo dimostra che in parte le necessità dei cantoni non sono prese sufficientemente in considerazione nello sviluppo degli applicativi. Inoltre, non esiste una pianificazione finanziaria pluriennale sulla base della quale i Cantoni possano fare una pianificazione per lo meno a medio termine. Di conseguenza, siamo del parere che la partecipazione dei Cantoni all'ulteriore sviluppo degli applicativi comuni debba essere stabilita nell'ordinanza e che in futuro l'Ufficio federale debba elaborare un corrispondente piano finanziario pluriennale.

Consideriamo l'ordinanza in oggetto come una regolamentazione transitoria fino all'attuazione della "Strategia TIC (tecnologie dell'informazione e della comunicazione) 2025" del Servizio veterinario svizzero (VetD CH), che l'associazione dei veterinari cantonali ha adottato nel giugno 2020. La visione della VSKT è un sistema TIC efficiente ed efficace che sgravi i servizi veterinari cantonali del maggior lavoro amministrativo possibile. La flessibilità del sistema TIC deve essere aumentata e le possibilità dei servizi elettronici dell'amministrazione devono essere sfruttate, come si cerca di fare a tutti i livelli dell'amministrazione (vedi Amministrazione Digitale Svizzera, egovernment.ch, strategie TIC cantonali, ecc.). L'implementazione dovrebbe essere basata sulle conoscenze acquisite con i sistemi attualmente implementati insieme alla Confederazione (ad esempio: ASAN, AControl, ARES, FLEKO). Le nuove possibilità tecniche e le esigenze degli utilizzatori devono essere prese in considerazione. Se, come auspicabile, questi sistemi dovranno anche in futuro essere implementati congiuntamente dai Cantoni e dalla Confederazione, la cooperazione, la cogestione e il finanziamento dovranno essere riorganizzati a lungo termine e in modo sostenibile tra Cantoni e Confederazione. Allora anche questa ordinanza dovrà ancora essere rivista.

2 Osservazioni sui singoli articoli

Articolo	Commento / Osservazioni	Proposta di modifica (testo proposto)
Ingresso	Secondo l'art. 212a dell'ordinanza sulla protezione degli animali (RS 455.1; OPAn), i Cantoni devono inserire in ASAN i divieti di detenzione degli animali. I risultati dei controlli sul benessere degli animali in AControl sono trasferiti in ASAN per un'ulteriore elaborazione. La base legale per questo trattamento dei dati dovrebbe trovarsi nella legge sulla protezione degli animali (SR 455; LPAn). Occorre verificare se la LPAn deve essere citata pure nell'ingresso. Se nella legge sulla protezione degli animali manca la base legale per la regolamentazione della presente Ordinanza, questa deve essere creata nella prossima revisione.	Controllare se la LPAn manca nell'ingresso o se la delega per il regolamento al Consiglio federale deve essere creata nella LPAn.
Art. 2 cpv. 1	Nell'elenco delle aree di applicazione mancano i prodotti terapeutici e in particolare i medicinali veterinari, anche se le licenze per il commercio al dettaglio sono elaborate o almeno registrate in ASAN, i risultati dei controlli della produzione primaria sono recuperati da AControl e i dati del database degli antibiotici sono analizzati nel sistema di valutazione ALVPH. È promettente che in futuro ARES possa essere utilizzato dai Cantoni che non lavorano con ASAN per la trasmissione dei dati dei controlli nel settore veterinario direttamente dai sistemi cantonali al sistema di valutazione e analisi ALVPH (vedi Rapporto esplicativo a pagina 2). Un'interfaccia indiretta o diretta con ASAN per la trasmissione di altri dati (ad esempio tutti i dati secondo il punto 2 dell'allegato 1 dell'ordinanza) dai sistemi cantonali, come Limsophy, sarebbe assai auspicabile.	<i>...per adempiere ai suoi compiti di applicazione nei settori della salute e del benessere degli animali, della sicurezza alimentare e dei prodotti terapeutici....</i>
Art. 3 cpv 1 lett. b	L'allegato 1 elenca anche i dati sull'applicazione nel settore dei medicinali veterinari e delle professioni veterinarie. Nell'art. 3, tuttavia, questo settore non è listato.	Nuovo punto 4. <i>medicinali veterinari e professioni veterinarie</i>
Art. 8 cpv. 5 lett. b	Per accedere ai dati di esecuzione di un'altra unità amministrativa cantonale in ARES, deve essere possibile "interrogare" non solo le aziende di bestiame, ma anche altre aziende, ad esempio aziende per la produzione di derrate alimentari, studi veterinari, ecc. Il numero RIS (registro delle imprese e degli	<i>...inserendo il numero RIS o IDI dell'azienda, il numero BDTA dell'azienda animale, il numero di identificazione dell'animale interessato, il numero di sicurezza sociale o il nome del detentore dell'animale o di un'altra persona.</i>

	stabilimenti) o IDI (numero d'identificazione delle imprese) è la chiave per la ricerca. In futuro, le aziende agricole detentrici di animali potranno essere identificati dal numero RIS e non più dal numero BDTA. Per le persone (ad esempio i proprietari di animali domestici), il numero di sicurezza sociale (AVS) è la chiave unica in Svizzera, che potrà essere utilizzato dall'amministrazione in futuro, un vantaggio significativo in contrasto con l'uso di nome-cognome (ortografie, nomi stranieri). Pertanto, anche questo dovrebbe essere incluso nella lista. I dati in ARES non riguardano solo i detentori di animali, ma anche altre persone (ad esempio i titolari di licenze, i veterinari, gli esportatori, gli importatori, ecc.).	
Art. 11 lett. h e i (nuove)	Nel dicembre 2020, il Consiglio nazionale e il Consiglio degli Stati hanno approvato una modifica di legge secondo la quale le autorità federali, cantonali e comunali possono in generale utilizzare sistematicamente il numero AVS nell'ambito dei loro compiti stabiliti per legge. Se la legislazione nazionale lo permette, dovrebbe essere possibile per le autorità di controllo di accedere ai dati identificativi di una persona direttamente dal registro federale. Inoltre, come già menzionato per ARES nelle spiegazioni all'art. 2, dovrebbero anche essere in grado di ottenere dati da sistemi cantonali come "Limsophy".	Estensione con le lettere h e i: <i>h. Registro delle persone assicurate delle casse sociali federali</i> <i>i. Sistemi cantonali di gestione aziendale per l'applicazione delle norme sulle derrate alimentari e veterinarie</i>
Art. 12 cpv. 2 lett. d	Come spiegato nei commenti all'articolo 16, ASAN, ARES e FLEKO sono gestiti principalmente per adempiere ai compiti esecutivi dei Cantoni. È quindi ragionevole che i due terzi dei costi per il funzionamento, la manutenzione e l'ulteriore sviluppo siano sostenuti dai Cantoni. Tuttavia, questo deve anche essere accompagnato da un diritto di codeterminazione per i Cantoni nell'ulteriore sviluppo dei sistemi. Inoltre, per permettere una corretta pianificazione finanziaria a livello cantonale, deve essere elaborato un piano finanziario pluriennale in cui si tiene conto dei costi aggiuntivi previsti a causa di ulteriori sviluppi.	Nuova versione della lettera d) o estensione dell'articolo per includere un ulteriore comma con il seguente contenuto: <i>Esso (l'USAV) pianifica l'ulteriore sviluppo dei sistemi con il coinvolgimento dei cantoni ed elabora un piano finanziario pluriennale.</i>
Art. 14 cpv. 1	A causa della forte dipendenza delle autorità veterinarie cantonali dai sistemi federali disciplinati nell'ordinanza rispetto ad altri organi, la composizione del comitato misto, come indicato nelle Commenti, deve essere meglio precisata nell'ordinanza. Quattro dei cinque rappresentanti cantonali dovrebbero provenire dai servizi veterinari cantonali, uno da un laboratorio cantonale (chimico cantonale).	<i>...è composto da quattro rappresentanti dell'USAV e da quattro rappresentanti dei servizi veterinari cantonali e da un rappresentante di un laboratorio cantonale.</i>

Art. 16	L'aumento dei contributi cantonali è comprensibile a causa delle nuove funzionalità e ammonta a 1'500 franchi fino a un massimo di 11'000 franchi per i singoli cantoni. Tuttavia, le funzionalità del sistema d'informazione FLEKO non sono convincenti a livello di attuazione, il che dimostra che le esigenze cantonali <u>non sono state prese sufficientemente in considerazione</u> durante lo sviluppo. Inoltre, non c'è una pianificazione finanziaria pluriennale sulla base della quale si possa effettuare una corretta pianificazione finanziaria nei Cantoni. Si dovrebbe chiarire che le tre licenze secondo il paragrafo 4 devono essere ottenute da ogni autorità veterinaria di esecuzione o dall'autorità in cui il servizio veterinario è integrato, e che una sola licenza permette l'accesso a tutti e tre i sistemi.	vedi richiesta in merito all'art. 12 comma 2 Il paragrafo 4 deve essere formulato più precisamente nel senso del commento
Art. 17 Abs. 1 Bst. b	Per garantire che anche i dati dei sistemi cantonali possano essere valutati, come menzionato nelle spiegazioni all'articolo 2, la lista deve essere completata secondo le estensioni dell'articolo 11.	Paragrafo 1 lettera b: i sistemi d'informazione secondo l'art. 11. lettere a-d, g e i.
Art. 21	I dati dell'esecuzione cantonale sono conservati nei sistemi informativi. La conservazione, l'archiviazione e la distruzione di tali dati cantonali <u>è regolata dalla rispettiva legislazione cantonale</u> . Secondo la Conferenza svizzera dei direttori di archivi svizzeri (CDA), i documenti dei sistemi d'informazione trasversali possono in linea di principio essere oggetto di archiviazione sia a livello federale che cantonale (https://kost-ceco.ch/cms/18-038-gt-sit_de.html).	L'USAV deve verificare se i dati devono essere offerti all'Archivio federale e agli archivi cantonali corrispondenti secondo le disposizioni della legge sull'archiviazione del 26 giugno 1998 e le leggi cantonali pertinenti prima della loro cancellazione. Se questo è il caso, l'articolo 21 dovrebbe descrivere questo obbligo e regolarne la procedura.
Art. 24	Il preventivo per il 2022 è già stato formalizzato (come presumiamo nella maggior parte degli altri Cantoni) le modifiche che hanno un impatto finanziario sui Cantoni dovranno entrare in vigore al più presto il 1° gennaio 2023. Questo vale in particolare per l'articolo 16.	La modifica dell'ordinanza non dovrebbe entrare in vigore l'1.1.2022 come indicato nelle note esplicative, ma bensì l'1.1.2023 a causa delle conseguenze finanziarie per i Cantoni. In alternativa, valutare se prorogare l'entrata in vigore almeno dell'art. 16 al 1.1.2023.
Allegato 1 (ASAN)	Al punto 2.4, manca "Notifica ad altro processo".	Completare la cifra 2.4

Abrogazione e modifiche di altri testi, numero romano II, numeri 1, 2, 6 e 8	Il punto 3 (Applicazione della legislazione sulle derrate alimentari) stabilisce che l'USAV determina il tipo e la forma della raccolta dei dati dopo aver consultato le autorità cantonali di esecuzione. L'accordo con le autorità cantonali di esecuzione sulle modalità di registrazione dei dati nei sistemi federali (cosa, come, quando...) deve avvenire in tutti i settori di esecuzione. L'ultima frase del n. 3, art. 6 comma 2 dell'Ordinanza sull'esecuzione della legislazione sulle derrate alimentari dovrebbe essere adottata anche nelle altre ordinanze di esecuzione.	A tutti gli emendamenti dei punti 1, 2, 6 e 8 è aggiunto il seguente testo: <i>"L'USAV determina il tipo e la forma di registrazione dei dati dopo aver consultato le autorità cantonali di esecuzione".</i>
---	--	--



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Dipartimento federale dell'interno DFI
**Ufficio federale della sicurezza alimentare e
di veterinaria (USAV)**
Diritto

**Consultazione alla revisione totale dell'ordinanza concernente i sistemi d'informazione per il servizio veterinario pubblico
(O-SISVet), ora: ordinanza sui sistemi d'informazione dell'USAV per la filiera agroalimentare
(dal 12 maggio al 30 agosto 2021)**

Parere di

Nome / azienda / organizzazione / ufficio: Consiglio di Stato del Cantone Ticino

Abbreviazione dell'azienda / dell'organizzazione / dell'ufficio: CdS

Indirizzo, luogo: Piazza Governo 7, 6500 Bellinzona

Persona di contatto: Luca Bacciarini, Veterinario cantonale

Telefono: 091 814 41 92

E-mail: luca.bacciarini@ti.ch

Data: 17.08.2021

Indicazioni importanti:

1. Si prega di non modificare la formattazione del modulo
2. Utilizzare una nuova riga per ogni articolo dell'ordinanza
3. I pareri devono essere inviati in forma elettronica, come documento **Word**, entro il 30 agosto 2021 al seguente indirizzo:
vernehmlassungen@blv.admin.ch

Ufficio federale della sicurezza alimentare e
di veterinaria (USAV)
Schwarzenburgstrasse 155, 3003 Berna
Tel. +41 58 463 30 33
info@blv.admin.ch
www.blv.admin.ch

1 Osservazioni generali

Riconosciamo la grande utilità degli applicativi gestiti congiuntamente dalla Confederazione e dai Cantoni nell'ambito dell'applicazione della legislazione veterinaria. Il fatto che in futuro i sistemi d'informazione conterranno anche dati dei controlli ufficiali delle derrate alimentari e degli oggetti d'uso è da salutare con favore nel contesto della "strategia globale della catena alimentare" e dell'attuazione del "piano nazionale di controllo".

La revisione dell'ordinanza aumenta anche il contributo dei Cantoni ai costi di gestione dei sistemi. È indiscusso che un applicativo comune è più efficiente in termini di costi rispetto a più sistemi cantonali individuali. L'aumento dei costi può pure essere giustificato da nuove funzionalità. Tuttavia, il Rapporto esplicativo difetta di una spiegazione plausibile sul perché il passaggio dalla banca dati dei laboratori ALIS ad ARES dovrebbe comportare maggiori vantaggi soprattutto per i Cantoni. Il vantaggio è probabilmente per la Confederazione, perché in futuro potrà ricevere i dati del monitoraggio delle derrate alimentari in modo uniforme attraverso un'interfaccia con i sistemi cantonali dei vari laboratori. Inoltre, le funzionalità del sistema d'informazione FLEKO ad oggi non convincono nell'applicazione, purtroppo anche questo dimostra che in parte le necessità dei cantoni non sono prese sufficientemente in considerazione nello sviluppo degli applicativi. Inoltre, non esiste una pianificazione finanziaria pluriennale sulla base della quale i Cantoni possano fare una pianificazione per lo meno a medio termine. Di conseguenza, siamo del parere che la partecipazione dei Cantoni all'ulteriore sviluppo degli applicativi comuni debba essere stabilita nell'ordinanza e che in futuro l'Ufficio federale debba elaborare un corrispondente piano finanziario pluriennale.

Consideriamo l'ordinanza in oggetto come una regolamentazione transitoria fino all'attuazione della "Strategia TIC (tecnologie dell'informazione e della comunicazione) 2025" del Servizio veterinario svizzero (VetD CH), che l'associazione dei veterinari cantonali ha adottato nel giugno 2020. La visione della VSKT è un sistema TIC efficiente ed efficace che sgravi i servizi veterinari cantonali del maggior lavoro amministrativo possibile. La flessibilità del sistema TIC deve essere aumentata e le possibilità dei servizi elettronici dell'amministrazione devono essere sfruttate, come si cerca di fare a tutti i livelli dell'amministrazione (vedi Amministrazione Digitale Svizzera, egovernment.ch, strategie TIC cantonali, ecc.). L'implementazione dovrebbe essere basata sulle conoscenze acquisite con i sistemi attualmente implementati insieme alla Confederazione (ad esempio: ASAN, AControl, ARES, FLEKO). Le nuove possibilità tecniche e le esigenze degli utilizzatori devono essere prese in considerazione. Se, come auspicabile, questi sistemi dovranno anche in futuro essere implementati congiuntamente dai Cantoni e dalla Confederazione, la cooperazione, la cogestione e il finanziamento dovranno essere riorganizzati a lungo termine e in modo sostenibile tra Cantoni e Confederazione. Allora anche questa ordinanza dovrà ancora essere rivista.

2 Osservazioni sui singoli articoli

Articolo	Commento / Osservazioni	Proposta di modifica (testo proposto)
Ingresso	Secondo l'art. 212a dell'ordinanza sulla protezione degli animali (RS 455.1; OPAn), i Cantoni devono inserire in ASAN i divieti di detenzione degli animali. I risultati dei controlli sul benessere degli animali in AControl sono trasferiti in ASAN per un'ulteriore elaborazione. La base legale per questo trattamento dei dati dovrebbe trovarsi nella legge sulla protezione degli animali (SR 455; LPAn). Occorre verificare se la LPAn deve essere citata pure nell'ingresso. Se nella legge sulla protezione degli animali manca la base legale per la regolamentazione della presente Ordinanza, questa deve essere creata nella prossima revisione.	Controllare se la LPAn manca nell'ingresso o se la delega per il regolamento al Consiglio federale deve essere creata nella LPAn.
Art. 2 cpv. 1	Nell'elenco delle aree di applicazione mancano i prodotti terapeutici e in particolare i medicinali veterinari, anche se le licenze per il commercio al dettaglio sono elaborate o almeno registrate in ASAN, i risultati dei controlli della produzione primaria sono recuperati da AControl e i dati del database degli antibiotici sono analizzati nel sistema di valutazione ALVPH. È promettente che in futuro ARES possa essere utilizzato dai Cantoni che non lavorano con ASAN per la trasmissione dei dati dei controlli nel settore veterinario direttamente dai sistemi cantonali al sistema di valutazione e analisi ALVPH (vedi Rapporto esplicativo a pagina 2). Un'interfaccia indiretta o diretta con ASAN per la trasmissione di altri dati (ad esempio tutti i dati secondo il punto 2 dell'allegato 1 dell'ordinanza) dai sistemi cantonali, come Limsophy, sarebbe assai auspicabile.	<i>...per adempiere ai suoi compiti di applicazione nei settori della salute e del benessere degli animali, della sicurezza alimentare e dei prodotti terapeutici.....</i>
Art. 3 cpv 1 lett. b	L'allegato 1 elenca anche i dati sull'applicazione nel settore dei medicinali veterinari e delle professioni veterinarie. Nell'art. 3, tuttavia, questo settore non è listato.	Nuovo punto 4. <i>medicinali veterinari e professioni veterinarie</i>
Art. 8 cpv. 5 lett. b	Per accedere ai dati di esecuzione di un'altra unità amministrativa cantonale in ARES, deve essere possibile "interrogare" non solo le aziende di bestiame, ma anche altre aziende, ad esempio aziende per la produzione di derrate alimentari, studi veterinari, ecc. Il numero RIS (registro delle imprese e degli	<i>...inserendo il numero RIS o IDI dell'azienda, il numero BDTA dell'azienda animale, il numero di identificazione dell'animale interessato, il numero di sicurezza sociale o il nome del detentore dell'animale o di un'altra persona.</i>

	stabilimenti) o IDI (numero d'identificazione delle imprese) è la chiave per la ricerca. In futuro, le aziende agricole detentrici di animali potranno essere identificati dal numero RIS e non più dal numero BDTA. Per le persone (ad esempio i proprietari di animali domestici), il numero di sicurezza sociale (AVS) è la chiave unica in Svizzera, che potrà essere utilizzato dall'amministrazione in futuro, un vantaggio significativo in contrasto con l'uso di nome-cognome (ortografie, nomi stranieri). Pertanto, anche questo dovrebbe essere incluso nella lista. I dati in ARES non riguardano solo i detentori di animali, ma anche altre persone (ad esempio i titolari di licenze, i veterinari, gli esportatori, gli importatori, ecc.).	
Art. 11 lett. h e i (nuove)	Nel dicembre 2020, il Consiglio nazionale e il Consiglio degli Stati hanno approvato una modifica di legge secondo la quale le autorità federali, cantonali e comunali possono in generale utilizzare sistematicamente il numero AVS nell'ambito dei loro compiti stabiliti per legge. Se la legislazione nazionale lo permette, dovrebbe essere possibile per le autorità di controllo di accedere ai dati identificativi di una persona direttamente dal registro federale. Inoltre, come già menzionato per ARES nelle spiegazioni all'art. 2, dovrebbero anche essere in grado di ottenere dati da sistemi cantonali come "Limsophy".	Estensione con le lettere h e i: <i>h. Registro delle persone assicurate delle casse sociali federali</i> <i>i. Sistemi cantonali di gestione aziendale per l'applicazione delle norme sulle derrate alimentari e veterinarie</i>
Art. 12 cpv. 2 lett. d	Come spiegato nei commenti all'articolo 16, ASAN, ARES e FLEKO sono gestiti principalmente per adempiere ai compiti esecutivi dei Cantoni. È quindi ragionevole che i due terzi dei costi per il funzionamento, la manutenzione e l'ulteriore sviluppo siano sostenuti dai Cantoni. Tuttavia, questo deve anche essere accompagnato da un diritto di codeterminazione per i Cantoni nell'ulteriore sviluppo dei sistemi. Inoltre, per permettere una corretta pianificazione finanziaria a livello cantonale, deve essere elaborato un piano finanziario pluriennale in cui si tiene conto dei costi aggiuntivi previsti a causa di ulteriori sviluppi.	Nuova versione della lettera d) o estensione dell'articolo per includere un ulteriore comma con il seguente contenuto: <i>Esso (l'USAV) pianifica l'ulteriore sviluppo dei sistemi con il coinvolgimento dei cantoni ed elabora un piano finanziario pluriennale.</i>
Art. 14 cpv. 1	A causa della forte dipendenza delle autorità veterinarie cantonali dai sistemi federali disciplinati nell'ordinanza rispetto ad altri organi, la composizione del comitato misto, come indicato nelle Commenti, deve essere meglio precisata nell'ordinanza. Quattro dei cinque rappresentanti cantonali dovrebbero provenire dai servizi veterinari cantonali, uno da un laboratorio cantonale (chimico cantonale).	<i>...è composto da quattro rappresentanti dell'USAV e da quattro rappresentanti dei servizi veterinari cantonali e da un rappresentante di un laboratorio cantonale.</i>

Art. 16	L'aumento dei contributi cantonali è comprensibile a causa delle nuove funzionalità e ammonta a 1'500 franchi fino a un massimo di 11'000 franchi per i singoli cantoni. Tuttavia, le funzionalità del sistema d'informazione FLEKO non sono convincenti a livello di attuazione, il che dimostra che le esigenze cantonali <u>non sono state prese sufficientemente in considerazione</u> durante lo sviluppo. Inoltre, non c'è una pianificazione finanziaria pluriennale sulla base della quale si possa effettuare una corretta pianificazione finanziaria nei Cantoni. Si dovrebbe chiarire che le tre licenze secondo il paragrafo 4 devono essere ottenute da ogni autorità veterinaria di esecuzione o dall'autorità in cui il servizio veterinario è integrato, e che una sola licenza permette l'accesso a tutti e tre i sistemi.	vedi richiesta in merito all'art. 12 comma 2 Il paragrafo 4 deve essere formulato più precisamente nel senso del commento
Art. 17 Abs. 1 Bst. b	Per garantire che anche i dati dei sistemi cantonali possano essere valutati, come menzionato nelle spiegazioni all'articolo 2, la lista deve essere completata secondo le estensioni dell'articolo 11.	Paragrafo 1 lettera b: i sistemi d'informazione secondo l'art. 11. lettere a-d, g e i.
Art. 21	I dati dell'esecuzione cantonale sono conservati nei sistemi informativi. La conservazione, l'archiviazione e la distruzione di tali dati cantonali <u>è regolata dalla rispettiva legislazione cantonale</u> . Secondo la Conferenza svizzera dei direttori di archivi svizzeri (CDA), i documenti dei sistemi d'informazione trasversali possono in linea di principio essere oggetto di archiviazione sia a livello federale che cantonale (https://kost-ceco.ch/cms/18-038-gt-sit_de.html).	L'USAV deve verificare se i dati devono essere offerti all'Archivio federale e agli archivi cantonali corrispondenti secondo le disposizioni della legge sull'archiviazione del 26 giugno 1998 e le leggi cantonali pertinenti prima della loro cancellazione. Se questo è il caso, l'articolo 21 dovrebbe descrivere questo obbligo e regolarne la procedura.
Art. 24	Il preventivo per il 2022 è già stato formalizzato (come presumiamo nella maggior parte degli altri Cantoni) le modifiche che hanno un impatto finanziario sui Cantoni dovranno entrare in vigore al più presto il 1° gennaio 2023. Questo vale in particolare per l'articolo 16.	La modifica dell'ordinanza non dovrebbe entrare in vigore l'1.1.2022 come indicato nelle note esplicative, ma bensì l'1.1.2023 a causa delle conseguenze finanziarie per i Cantoni. In alternativa, valutare se prorogare l'entrata in vigore almeno dell'art. 16 al 1.1.2023.
Allegato 1 (ASAN)	Al punto 2.4, manca "Notifica ad altro processo".	Completare la cifra 2.4

Abrogazione e modifiche di altri testi, numero romano II, numeri 1, 2, 6 e 8	Il punto 3 (Applicazione della legislazione sulle derrate alimentari) stabilisce che l'USAV determina il tipo e la forma della raccolta dei dati dopo aver consultato le autorità cantonali di esecuzione. L'accordo con le autorità cantonali di esecuzione sulle modalità di registrazione dei dati nei sistemi federali (cosa, come, quando...) deve avvenire in tutti i settori di esecuzione. L'ultima frase del n. 3, art. 6 comma 2 dell'Ordinanza sull'esecuzione della legislazione sulle derrate alimentari dovrebbe essere adottata anche nelle altre ordinanze di esecuzione.	A tutti gli emendamenti dei punti 1, 2, 6 e 8 è aggiunto il seguente testo: <i>"L'USAV determina il tipo e la forma di registrazione dei dati dopo aver consultato le autorità cantonali di esecuzione".</i>
---	--	--



Landammann und Regierungsrat des Kantons Uri

Bundesamt für Lebensmittelsicherheit
und Veterinärwesen
Schwarzenburgstrasse 155
3003 Bern

Totalrevision der Verordnung über die Informationssysteme für den öffentlichen Veterinärdienst (ISVet-V, neu: Verordnung über Informationssysteme des BLV für die Lebensmittelkette); Vernehmlassung

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit der Stellungnahme.

Sie erhalten unsere Antworten zusammengefasst im beiliegenden Formular.

Altdorf, 24. August 2021



Im Namen des Regierungsrats

Der Landammann

Der Kantleidirektor

Urban Camenzind

Roman Balli

Beilage

- Antwortformular



**Vernehmlassung zur Totalrevision der Verordnung über die Informationssysteme für den öffentlichen Veterinärdienst
(ISVet-V, neu: Verordnung über Informationssysteme des BLV für die Lebensmittelkette)
(12.05. bis 30.08.2021)**

Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation / Amt : Kantonstierarzt der Urkantone
Abkürzung der Firma / Organisation / Amt : Laboratorium der Urkantone
Adresse, Ort : Föhneneichstr. 15, 6440 Brunnen

Kontaktperson : Andreas Ewy
Telefon : +41 (0)41 825 4151
E-Mail : andreas.ewy@laburk.ch
Datum : 30.07.2021

Wichtige Hinweise:

1. Wir bitten Sie, keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen!
2. Bitte pro Artikel der Verordnung eine eigene Zeile verwenden.
3. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte als **Word**-Dokument bis am 30.08.2021 an folgende E-Mail-Adresse:
vernehmlassungen@blv.admin.ch

Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und
Veterinärwesen BLV
Schwarzenburgstrasse 155, 3003 Bern
Tel. +41 58 463 30 33
info@blv.admin.ch
www.blv.admin.ch

1 Allgemeine Bemerkungen

Wir anerkennen den grossen Nutzen der von Bund und Kantonen im Veterinärvollzug gemeinsam betriebenen Systeme. Dass zukünftig die Informationssysteme auch Daten aus der amtlichen Kontrolle von Lebensmitteln und Gebrauchsgegenständen enthalten sollen, ist vor dem Hintergrund der "Gesamtstrategie Lebensmittelkette" und der Umsetzung des "nationalen Kontrollplans" zu begrüssen.

Mit der Verordnungsrevision wird auch der Kostenbeitrag der Kantone an den Betrieb der Systeme erhöht. Es ist unbestritten, dass ein gemeinsames System gegenüber kantonalen Einzelsystemen kosteneffizient ist. Auch lässt sich die Erhöhung der Kosten mit neuen Funktionalitäten begründen. Allerdings fehlt in den Erläuterungen eine einleuchtende Begründung, wieso mit dem Wechsel von der Labordatenbank ALIS zu ARES insbesondere für die Kantone ein grösserer Nutzen entstehen soll. Eher ist der Nutzen auf Seiten des Bundes, bekommt er doch so in Zukunft Daten aus der Lebensmittelüberwachung einheitlich über eine Schnittstelle zu den kantonalen Systemen der Labore. Weiter vermögen die Funktionalitäten des Informationssystems FLEKO im Vollzug nicht zu überzeugen, was zeigt, dass die kantonalen Bedürfnisse bei der Entwicklung zu wenig berücksichtigt wurden. Weiter fehlt eine mehrjährige Finanzplanung, aufgrund derer in den Kantonen eine mittelfristige Planung vorgenommen werden kann. Dementsprechend sind wir der Ansicht, dass die Mitwirkung der Kantone bei der Weiterentwicklung der gemeinsamen Systeme unbedingt in der Verordnung festzulegen ist und eine entsprechende mehrjährige Finanzplanung zukünftig durch das Bundesamt auszuarbeiten ist.

Wir sehen die vorgelegte Verordnung als Übergangsregelung bis zur Umsetzung der "IKT Strategie 2025" des Veterinärdienstes Schweiz (VetD CH), welche der Verband VSKT im Juni 2020 verabschiedet hat. Diese Vision besteht in einem effizienten und effektiven IKT System, welches die kantonalen Veterinärdienste administrativ maximal entlastet. Die Flexibilität des IKT Systems soll erhöht und die Möglichkeiten elektronischer Behördenleistungen sollen genutzt werden, wie dies auf allen Stufen der Verwaltung angestrebt wird (siehe Digitale Verwaltung Schweiz, egovernment.ch, kantonale IKT-Strategien etc.). Die Realisierung soll auf den gemachten Erkenntnissen mit den heute gemeinsam mit dem Bund realisierten Systemen (ASAN, AControl, ARES, FLEKO) basieren. Die neuen technischen Möglichkeiten und Anforderungen der Benutzer sind dabei zu berücksichtigen. Falls die Systeme weiterhin gemeinsam mit allen Kantonen und dem Bund umgesetzt werden sollen, was zu hoffen ist, muss dann die Zusammenarbeit, die Mitsprache und die Finanzierung langfristig und nachhaltig zwischen den Kantonen und mit dem Bund neu geregelt werden. Dann wird auch diese Verordnung nochmals überarbeitet werden müssen.

Bemerkungen zu den einzelnen Bestimmungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Ingress	Die Kantone müssen gemäss Art. 212a der Tierschutzverordnung (SR 455.1; abgekürzt TSchV) Tierhalteverbote in ASAN eingeben. Ergebnisse der Tierschutzkontrollen in AControl werden an ASAN zur weiteren Bearbeitung übertragen. Die Rechtsgrundlage dafür müsste im Tierschutzgesetz (SR 455; abgekürzt TSchG) zu finden sein. Es ist zu prüfen, ob das TSchG im Ingress ebenfalls aufzuführen ist. Falls im Tierschutzgesetz die Rechtsgrundlage für die Regelung in dieser Verordnung fehlt, ist diese bei der nächsten Revision zu schaffen.	Prüfen, ob das TSchG im Ingress fehlt bzw. ob im TSchG die Delegation für die Regelung an den Bundesrat erst noch zu schaffen ist.
Art. 2 Abs. 1	Bei der Aufzählung der Vollzugsbereiche fehlt der Heilmittel, im Speziellen Tierarzneimittelbereich, obwohl in ASAN die Detailhandelsbewilligungen bearbeitet oder zumindest erfasst werden, die Ergebnisse der Primärproduktionskontrollen aus AControl geholt werden und die Daten der Antibiotikadatenbank im Auswertungssystem ALVPH analysiert werden. Erfreulich ist, dass zukünftig ARES von denjenigen Kantonen, welche nicht mit ASAN arbeiten, für die Übermittlung der Kontrolldaten im Veterinärbereich aus kantonseigenen Systemen in das Auswertungs- und Analysesystem ALVPH genutzt werden kann (Erläuterungen S.2). Eine indirekte oder direkte Schnittstelle zu ASAN für die Übertragung weiterer Daten (z.B. alle Daten gemäss Ziffer 2 des Anhangs 1 der Verordnung) aus den kantonalen Systemen, wie Limsophy, wäre aus Sicht einiger weniger Kantone äusserst wünschenswert. Es ist jedoch verständlich, dass das Anliegen erst im Rahmen der IKT Strategie 2025 geprüft werden soll bzw. sich mit der Strategie die Ausgangslage ändert.	...zur Erfüllung ihrer Vollzugsaufgaben in den Bereichen Tiergesundheit, Tierschutz, Lebensmittelsicherheit und Heilmittel.....
Art. 3 Abs. 1 Bst. b	Im Anhang 1 sind auch Vollzugsdaten im Bereich Tierarzneimittel und Veterinärberufe aufgeführt. Im Art. 3 fehlt dieser Bereich jedoch in der Aufzählung.	Neue Ziffer 4. Tierarzneimittel und Veterinärberufe
	Für den Zugriff auf die Vollzugsdaten einer anderen kantonalen Verwaltungseinheit in ARES müssen nicht nur Tierhaltungen abgefragt	...durch Eingabe der BUR oder UID Nummer des Betriebes , der TVD Nummer der Tierhaltung, der

Art. 8 Abs. 5 Bst. b	werden können, sondern auch andere Betriebe, z.B. Lebensmittelbetriebe, Tierarztpraxen etc. Für die Suche ist die UID/BUR Nummer der Schlüssel. Tierhaltungen sind ev. in Zukunft auch über die BUR Nummer identifiziert und nicht mehr über die TVD Nummer. Für Personen (z.B. Heimtierhalter) ist in der Schweiz die Sozialversicherungsnummer der eindeutige Schlüssel, welcher in Zukunft von der Verwaltung genutzt werden kann, ein wesentlicher Vorteil im Gegensatz zur Verwendung von Name-Vorname (Schreibweisen, ausländische Namen) Daher ist auch diese in die Aufzählung aufzunehmen. Es sind nicht alles Tierhalter, zu welchen Daten in ARES sind, sondern auch andere Personen (z.B. Bewilligungsinhaber, Tierärzte, Exporteure, Importeure etc.)	Identifikationsnummer des betreffenden Tieres, der Sozialversicherungsnummer oder Name des Tierhalters oder einer andern Person.
Art. 11 Bst. h und i (neu)	National- und Ständerat haben im Dezember 2020 einer Gesetzesänderung zugestimmt, wonach Behörden von Bund, Kantonen und Gemeinden im Rahmen ihrer gesetzlichen Aufgaben generell die AHV-Nummer systematisch verwenden dürfen. Falls es die nationale Gesetzgebung erlaubt, sollen die A-Systeme als Personenidentifikator die Sozialversicherungsnummer aus dem zentralen Versichertenregister der Sozialversicherungen des Bundes beziehen können. Weiter sollen sie, wie für ARES ja bereits gemäss Erläuterungen zu Art. 2 erwähnt, auch Daten aus kantonalen Systemen, wie Limsophy u.a. beziehen können.	Erweiterung um Bst. h und i: h. Versichertenregister der Sozialversicherungen des Bundes i. Kantonale Geschäftsmanagementsysteme für den Lebensmittel- und Veterinärvollzug
Art. 12 Abs. 2 Bst. d	Wie in den Erläuterungen zu Artikel 16 dargelegt, werden ASAN, ARES und FLEKO primär zur Wahrnehmung der Vollzugsaufgaben der Kantone betrieben. Dies rechtfertigt, dass zwei Drittel der Kosten für Betrieb, Wartung und Weiterentwicklung zu Lasten der Kantone gehen. Allerdings muss damit auch ein relevantes Mitbestimmungsrecht der Kantone bei der Weiterentwicklung der Systeme einhergehen. Zudem ist aus Gründen der Planungssicherheit eine mehrjährige Finanzplanung zu erstellen, in welcher die zu erwartenden Mehrkosten aufgrund von Weiterentwicklungen berücksichtigt werden.	Neufassung von Bst. d oder Erweiterung des Artikels um einen weiteren Bst. mit folgendem Inhalt: Es (das BLV) plant unter Einbezug der Kantone die Weiterentwicklung der Systeme und erstellt eine mehrjährige Finanzplanung.
Art. 14 Abs. 1	Aufgrund der gegenüber anderen Stellen sehr grossen Abhängigkeit der kantonalen Veterinärbehörden von den in der Verordnung geregelten Bundessystemen soll die Zusammensetzung des Gemeinsamen Ausschusses wie er in den Erläuterungen erwähnt ist, in der Verordnung im exakter festgelegt werden. Vier der fünf kantonalen Vertreter oder	...besteht aus vier Vertreterinnen und Vertretern des BLV sowie vier Vertreterinnen und Vertretern von kantonalen Veterinärdiensten und einer Vertreterin oder einem Vertreter eines kantonalen Laboratoriums.

	Vetreterinnen sollen aus den kantonalen Veterinärdiensten kommen, einer oder eine aus einem kantonalen Labor (Kantonschemiker oder Kantonschemikerin)	
Art. 14 Abs. 4	Die Fachstelle und der Gemeinsame Ausschuss sind in Art. 13 bzw. 14 definiert. Auf operativer Ebene existieren jedoch weitere Gremien, wie K-ASAN und Anwenderausschüsse. Diese wird es weiter brauchen, neue sollen bedarfsweise temporär oder dauernd geschaffen werden können. Dies sollte klar Aufgabe des Gemeinsamen Ausschusses sein, der eine oder mehrere Fachstellen gemäss Art. 13 beauftragt, Ausschüsse mit Vertreterinnen und Vertretern der Kantone und/oder anderer Bundesämter einzusetzen.	Erweiterung von Abs. 4 Er (der Gemeinsame Ausschuss) kann den Fachstellen Aufträge erteilen und sie verpflichten, einen oder mehrere Fachausschüsse mit Vertreterinnen und Vertretern der Kantone und/oder anderer Bundesämter einzusetzen.
Art. 16	Die Erhöhung der Kantonsbeiträge ist aufgrund der neuen Funktionalitäten nachvollziehbar und betragen für die einzelnen Kantone CHF 1500 bis maximal CHF 11'000. Allerdings vermögen die Funktionalitäten des Informationssystems FLEKO im Vollzug nicht zu überzeugen, was zeigt, dass die kantonalen Bedürfnisse bei der Entwicklung zu wenig berücksichtigt wurden. Weiter fehlt eine mehrjährige Finanzplanung, aufgrund derer in den Kantonen eine korrekte Budgetierung vorgenommen werden kann. Es ist klarer zu formulieren, dass die drei Lizenzen gemäss Abs. 4 von jeder Veterinärvollzugsbehörde bzw. von der Behörde, in welcher der Veterinärdienst integriert ist, zu beziehen sind und eine Lizenz den Zugang zu allen drei Systemen gewährt.	s. Antrag zu Art. 12 Abs. 2 Abs. 4 ist genauer zu formulieren im Sinne des Kommentars
Art. 17 Abs. 1 Bst. b	Damit wie in den Erläuterungen zu Art 2 erwähnt, auch Daten aus kantonalen Systemen ausgewertet werden können, ist die Aufzählung gemäss den Erweiterungen in Art. 11 zu ergänzen.	Abs. 1 Bst. b: den Informationssystemen nach Art. 11. Buchstaben a-d, g und i .
Art. 21	In den Informationssystemen werden Daten des kantonalen Vollzugs geführt. Die Aufbewahrung, Archivierung und Vernichtung von solchen kantonalen Daten richtet sich nach der jeweiligen kantonalen Gesetzgebung. Gemäss der Schweizerischen Archivdirektorinnen- und Archivdirektorenkonferenz (ADK) können Unterlagen aus Ebenen übergreifenden Informationssystemen	Das BLV soll prüfen, ob die Daten nach den Vorschriften des Archivierungsgesetzes vom 26. Juni 1998 und den einschlägigen kantonalen Gesetzen vor deren Löschung dem Bundesarchiv und dem entsprechenden Kantonsarchiv angeboten werden müssen. Wenn dies

	grundsätzlich sowohl auf Bundes- wie auch auf Kantonsebene archivierungspflichtig sein (https://kost-ceco.ch/cms/18-038-gt-sit_de.html).	der Fall ist, ist in Art. 21 diese Pflicht zu beschreiben und der Prozess, wie dies sichergestellt wird, zu regeln.
Art. 24	Da die Budgetierung für das Jahr 2022 in allen Kantonen im Verlaufe des Sommers abgeschlossen sein wird und die Amtsstellen nachträglich keine Eingaben mehr machen können, sind die Änderungen, welche für die Kantone finanzielle Auswirkungen haben erst per 1.1.2023 in Kraft zu setzen. Dies betrifft insbesondere Art. 16	Die Verordnungsänderung soll nicht wie in den Erläuterungen erwähnt auf den 1.1.2022 in Kraft gesetzt werden, sondern wegen den finanziellen Konsequenzen auf 1.1.2023. Alternativ ist zu prüfen, ob nur die Wirksamkeit von Art. 16 bis zu diesem späteren Datum verschoben werden kann, d.h. bis dann weiterhin der entsprechende Artikel in der alten Verordnung seine Gültigkeit behält.
Anhang 1 (ASAN)	Unter Ziffer 2.4 fehlt «Meldung an anderen Prozess »	Ziffer 2.4 ergänzen
Aufhebung und Änderungen anderer Erlasse, röm. Ziffer II, Ziffern 1, 2, 6 und 8	Unter Ziffer 3 (Vollzug der Lebensmittelgesetzgebung) steht, dass das BLV nach Absprache mit den kantonalen Vollzugsbehörden die Art und Form der Datenerfassung bestimmt. Die Absprache mit dem kantonalen Vollzug, wie die Daten in den Bundessystemen erfasst (was, wann, wie..) werden, soll in allen Vollzugsbereichen erfolgen. Der letzte Satz unter Ziffer 3, Art. 6 Abs. 2 der Verordnung über den Vollzug der Lebensmittelgesetzgebung soll auch in die anderen Vollzugsverordnungen übernommen werden.	Bei allen Änderungen unter den Ziffern 1, 2, 6 und 8 ist folgendes zu ergänzen: "Das BLV bestimmt nach Absprache mit den kantonalen Vollzugsbehörden die Art und Form der Datenerfassung."



Philippe Leuba
Conseiller d'État

Rue Caroline 11
1014 Lausanne

Chef du Département de l'économie, de l'innovation et du sport

Monsieur le Conseiller fédéral
Alain Berset
Chef du Département fédéral de l'intérieur
Inselgasse 1
3003 Berne

vernehmlassungen@blv.admin.ch

Réf. : 21_COU_6260

Lausanne, le 23 août 2021

Consultation fédérale - Révision totale de l'ordonnance concernant les systèmes d'information du service vétérinaire public (OSIVét, nouveau titre : ordonnance concernant les systèmes d'information de l'OSAV pour la chaîne agroalimentaire)

Monsieur le Conseiller fédéral,

En date du 12 mai 2021, vous avez fait parvenir à la Chancellerie d'État le projet de révision totale de l'ordonnance concernant les systèmes d'information du service vétérinaire public (OSIVét, nouveau titre : ordonnance concernant les systèmes d'information de l'OSAV pour la chaîne agroalimentaire) pour consultation et nous vous en remercions.

Le projet de révision totale, qui tient compte du lien entre les domaines des denrées alimentaires et vétérinaires proposé, est salué. En effet, l'exploitation conjointe de systèmes d'information par la Confédération et les cantons constitue un avantage certain et le fait d'intégrer au système d'information vétérinaire des données provenant du contrôle des denrées alimentaires s'inscrit parfaitement dans une approche globale de la chaîne alimentaire. Nul doute que cette mise en œuvre sera bénéfique au plan de contrôle national.

Toutefois, certaines dispositions nécessitent une modification. Parmi les éléments relevés, les points suivants devraient faire l'objet d'une attention particulière :

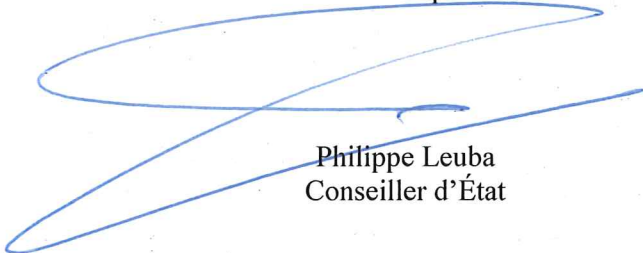
- La nature des données à transmettre par les cantons doit être précisée ainsi que les modalités de restriction des accès aux systèmes d'information. De manière générale, la répartition des compétences en matière de protection des données entre la Confédération et les cantons au sein des systèmes d'information ASAN, ARES et Fleko devrait être clarifiée.
- La contribution des cantons aux coûts d'exploitation des systèmes devrait être revue. En effet, la Confédération étant la principale bénéficiaire de la nouvelle intégration des données collectées par les autorités d'exécution sur les denrées alimentaires, la part des frais répercutés sur les cantons devrait être moindre. De plus, pour les cantons comme le canton de Vaud, où les denrées alimentaires et les affaires vétérinaires émanent de deux entités distinctes, une répartition des coûts entre les domaines doit être définie afin qu'aucune des parties ne finance des outils qu'elle ne consulte pas.

Le Chef du Département de l'économie, de l'innovation et du sport

- En ce qui concerne Fleko, à notre point de vue, les besoins des cantons n'ont pas été suffisamment pris en compte lors du développement. Il en ressort que les fonctionnalités installées ne sont pas pleinement satisfaisantes en termes de mise en œuvre pour les autorités compétentes.

Je vous prie de croire, Monsieur le Conseiller fédéral, à l'assurance de mes sentiments les meilleurs.

Le Chef du département



Philippe Leuba
Conseiller d'État

Annexe

- Formulaire de réponse

Copie

- Direction générale de l'agriculture, de la viticulture et des affaires vétérinaires (DGAV)



Procédure de consultation de la révision totale de l'ordonnance concernant des systèmes d'information du service vétérinaire public (OSIVét ; nouveau titre : ordonnance concernant les systèmes d'information de l'OSAV pour la chaîne agroalimentaire) de l'ordonnance sur les épizooties (du 12 mai au 30 août 2021)

Avis de

Nom / entreprise / organisation / service : Département de l'économie, de l'innovation et du sport - Direction générale de l'agriculture, de la viticulture et des affaires vétérinaires - Direction des affaires vétérinaires et de l'inspection

Sigle entreprise / organisation / service : DEIS-DGAV-DAVI

Adresse, lieu : Rue Caroline 11, 1014 Lausanne

Interlocuteur : D^r Giovanni Peduto

Téléphone : 021 316 39 11

Courriel : giovanni.peduto@vd.ch

Date : 05.08.2021

Remarques importantes :

1. Nous vous prions de ne pas modifier le formatage du formulaire.
2. Merci d'utiliser une ligne séparée par article d'ordonnance.
3. Veuillez faire parvenir votre avis au **format Word** d'ici au 30 août 2021 à l'adresse suivante :
vernehmlassungen@blv.admin.ch

Office fédéral de la sécurité alimentaire et
des affaires vétérinaires OSAV
Schwarzenburgstrasse 155, 3003 Berne
Tél. +41 58 463 30 33
info@blv.admin.ch
www.osav.admin.ch

1 Remarques générales

De manière générale, la révision totale de l'ordonnance, qui tient compte du lien entre les domaines denrées alimentaires et vétérinaire est à saluer. L'exploitation conjointe de systèmes d'information par la Confédération et les cantons est sans conteste un grand avantage. Le fait qu'à l'avenir ces systèmes contiendront également des données provenant du contrôle officiel des denrées alimentaires représentera une avancée supplémentaire qui s'inscrit parfaitement dans une approche globale de la chaîne alimentaire. Cela favorisera à n'en pas douter la mise en œuvre du plan de contrôle national.

Cependant, les remarques principales suivantes doivent être prises en considération :

- **La liste des données** à transmettre par le canton telle que spécifiée dans ce projet d'ordonnance est lacunaire s'agissant du domaine des denrées alimentaires (Annexe 2 notamment). Par conséquent, la nature exacte des données livrées par les cantons doit impérativement être précisée. Le projet DaKa, pour lequel des fiches précises ont été mises en place notamment, répondait à ce besoin de précision. On ne voit pas le lien qui a été fait avec DaKa en la matière, ni ce qui va advenir de ce dernier.
- Le projet ne précise pas de manière explicite que **l'anonymat** des entreprises, dont les produits ou les processus ont été contrôlés, sera garanti et dans quelles conditions.
- **Les modalités de restriction des accès aux systèmes d'information** doivent être plus clairement définies, notamment s'agissant des critères et des niveaux d'accès, afin de garantir que l'utilisateur n'aura accès qu'aux données nécessaires à la réalisation des tâches qui lui incombent.
- Même remarque s'agissant du **traitement des données**, la marge de manœuvre quant aux actions pouvant être effectuées sur les données collectées doit être clarifiée.

Les remarques précitées sont formulées eu égard à l'art. 24 al. 4 de la loi fédérale sur les denrées alimentaires et objets usuels.

- De manière générale, la répartition des compétences en matière de protection des données entre la Confédération et les cantons au sein des systèmes d'information ASAN, ARES et Fleko, en particulier sous l'angle des responsabilités (notion de responsable de traitement), devrait être clarifiée, à tout le moins dans le rapport explicatif. En effet, il ressort de ce dernier (p. 1) et des art. 12 et 18 al. 1 O-SICAL que l'OSAV serait le responsable de traitement des systèmes d'information ASAN, ARES et Fleko. Toutefois, les art. 18 al. 2, 19 et 20 O-SICAL créent la confusion en prévoyant notamment qu'une personne voulant faire valoir ses droits doit prouver son identité en déposant une demande écrite à l'autorité d'exécution de son canton de domicile. Cet aspect est important en pratique dans la mesure où le responsable de traitement sera l'entité compétente pour se déterminer sur les demandes émanant de citoyens en lien avec les traitements de données contenues dans ASAN, ARES et Fleko (demande d'accès à ses propres données, demande de constatation du caractère illicite de l'atteinte, etc.). En l'état, il semble que le projet (et le droit actuel d'ailleurs) crée une forme d'insécurité juridique à cet égard ; le législateur fédéral devrait dès lors présenter les responsables de traitement de manière plus explicite.

- A noter également que le projet prévoit d'octroyer de plus larges droits d'accès aux systèmes d'information ASAN, ARES et Fleko, de même que la base légale prévoyant la communication de données est assouplie, ce qui suscite le questionnement sous l'angle de la proportionnalité.
- **Le financement** pose problème à différents égards :
 - La révision de l'ordonnance augmente la contribution des cantons aux coûts d'exploitation des systèmes. S'il est incontestable qu'un système commun est plus rentable que des systèmes cantonaux individuels, la part des frais répercutés sur les cantons devrait être plus moins importante, dès lors que la Confédération sera la principale bénéficiaire de la nouvelle intégration dans le système d'information national des données collectées par les autorités d'exécution sur les denrées alimentaires.
 - Le délai de la révision du financement mise en consultation jusqu'à la fin août 2021 (augmentation de la participation des cantons à hauteur de CHF 250'000.-) pour une mise en application pour 2022 n'est pas réaliste au vu des planifications cantonales budgétaires déjà clôturées pour 2022.
 - La clé de répartition utilisée, à savoir le nombre de licences ne constitue pas une clé de répartition objective.
 - Il n'est pas tenu compte des cantons dans lesquels les denrées alimentaires et les services du vétérinaire cantonal sont séparés tel que le canton de Vaud, pour lesquels une répartition entre ces deux domaines doit être définie. Considérant que certains outils ne seront pas utilisés du côté des denrées alimentaires, respectivement du côté des affaires vétérinaires, une répartition des coûts devrait permettre à chacune des parties de ne pas avoir à financer des outils qu'elle ne consultera pas.
 - Cela doit être pris en compte dans la répartition des coûts, la partie denrées alimentaires ne devant pas avoir à financer des outils qu'elle ne consultera pas.
 - Avec les éléments à notre disposition, il n'est pas possible de calculer précisément le coût supplémentaire en regard de la situation actuelle. Ces éléments seront vraisemblablement détaillés dans les conventions d'utilisation avec les cantons, mais ils devraient néanmoins être présentés sous la forme d'une planification financière permettant aux entités cantonales de solliciter les budgets supplémentaires correspondants pour assurer le règlement des factures à venir.
- **Concernant FLEKO**, les fonctionnalités du système dernièrement installées ne sont pas convaincantes en terme de mise en œuvre pour les autorités compétentes, ce qui démontre que les besoins des cantons n'ont pas été suffisamment pris en compte lors du développement.
- L'ordonnance précise sommairement le rôle d'Identitas SA, prestataire de Fleko, qui est un intervenant central dans ce système d'information. Ce rôle semble décrit dans une autre ordonnance en préparation. En revanche, bien que la Confédération soit actionnaire majoritaire et assigne des [objectifs stratégiques à Identitas](#), la définition d'un prestataire privé dans une ordonnance fédérale nous interpelle, particulièrement en raison de sa compatibilité avec la législation sur les marchés publics.

2 Remarques sur les différentes dispositions

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)
	Selon l'art. 212a de l'Ordonnance sur la protection des animaux (RS 455.1; OPAn), les cantons doivent saisir les interdictions de détention d'animaux dans ASAN. Les résultats des contrôles du bien-être animal dans AControl sont transférés à ASAN pour un traitement ultérieur. La base juridique de cette mesure se trouve dans la loi sur la protection des animaux (RS 455; LPA). Si la base légale de la réglementation de la présente ordonnance fait défaut dans la loi sur la protection des animaux, elle doit être créée lors de la prochaine révision.	
Art. 1	Cette ordonnance régit non seulement les trois "grands" systèmes d'information ASAN, ARES et Fleko, mais aussi le traitement du système d'évaluation ALVPH. Contrairement à d'autres systèmes d'information avec lesquels les systèmes énumérés dans cette ordonnance échangent des données (tels que TRACES, DDTA, etc.), il n'existe pas d'ordonnance distincte pour l'ALVPH qui régleme son traitement. Il serait donc approprié de l'inclure dans le champ d'application du présent règlement.	Compléter le champ d'application avec le système d'évaluation ALVPH
Art. 2 al. 1	ASAN n'est utile pour la sécurité alimentaire que dans le secteur vétérinaire.	
Art. 2 al. 1	Dans la liste des domaines d'application, les produits thérapeutiques, en particulier les médicaments vétérinaires, sont absents, bien que les licences de commerce de détail soient traitées, ou du moins enregistrées dans ASAN, que les résultats des contrôles de la production primaire soient récupérés dans AControl et que les données de la base de données des antibiotiques soient analysées dans le système d'évaluation ALVPH.	(...) pour remplir leurs missions de contrôle dans les domaines de la santé et du bien-être des animaux, de la sécurité alimentaire et des produits thérapeutiques.
Art. 3 al. 1 let. b	L'annexe 1 énumère également les dates de mise en œuvre dans le domaine des médicaments vétérinaires et des professions vétérinaires. À l'article 3, cependant, ce domaine est absent de la liste.	Ajouter un point 4. Médicaments vétérinaires et professions vétérinaires

Art. 4	1. Le titre « <i>Services ayant [...]</i> » prête à confusion en ce sens qu'il y a les services et les services spécialisés qui sont cités dans les dispositions qui suivent. Les rôles et les responsabilités de ces différentes entités sont peu clairs et difficiles à différencier. 2. Al. 1 : on indique le terme « traiter en ligne ». Ce terme prête à confusion. Est-ce un droit de « consultation » uniquement, ou un droit de « traitement des données », donc éventuellement de modification, etc. ? Il y a lieu de préciser en fonction des données concernées. 3. L'Association des chimistes cantonaux de Suisse n'a pas besoin d'accéder à l'ARES et ne devrait donc pas être autorisée à y accéder. 4. Al. 1 let. h et al. 2 : on mentionne les services spécialisés en début d'ordonnance mais ce n'est qu'à l'art. 13 que l'on sait ce que cela regroupe. On ne comprend pas la différence entre les attributions des services spécialisés et les administrateurs qui peuvent tous deux « attribuer des droits d'accès ».	1. Remplacer le mot « services » dans le titre de l'article par le mot « entités » ainsi que dans toutes les dispositions suivantes lorsque nécessaire, et ne laisser ainsi le terme « service » que lorsque l'on parle des « services spécialisés ». 2. Al. 1 : Remplacer « traiter en ligne » par « accéder », ou « bénéficier d'un droit d'accès » 3. Dans les domaines de la sécurité des denrées alimentaires et des biens d'utilité, la sécurité des aliments pour animaux (...) 4. Mieux définir les services spécialisés et les administrateurs, notamment <u>leurs responsabilités, rôles et fonctions</u>. Ces notions doivent être clairement définies en début d'ordonnance et pas seulement à l'art. 13.
Art. 6	Les droits d'accès semblent être attribués pour l'entier d'un système d'information donné. Or, certains systèmes d'information, comme ASAN, contiennent des données provenant de diverses législations et seraient accessibles par différentes entités, étatiques ou privées. L'accès aux données doit être restreint aux données nécessaires à l'accomplissement de la tâche prévue. Il convient donc de mieux définir les restrictions d'accès aux données pour chacun des systèmes d'information ASAN, Fleko et ARES et de préciser comment la notion de « données d'exécution nécessaires à l'accomplissement des tâches » sera mise en pratique. Pourquoi l'accès aux données d'exécution est réglementé à l'article 6, mais les éléments en relation avec le système d'évaluation ALVPH ne sont examinés qu'à la section 6 (article 17, paragraphe 2) ?	Préciser que les accès peuvent être restreints aux seuls champs nécessaires à l'accomplissement de leurs tâches légales et préciser les critères qui seront utilisés pour délimiter l'accès aux données. Les règles concernant les droits d'accès aux données de l'ALVPH devraient également être réglementées à l'art. 6.

Art. 6 al. 1 let. b ch. 2	Le terme « autres unités administratives cantonales » prête à confusion. On pourrait penser que cela concerne d'autres unités administratives au sein du même canton.	Remplacer par « autres unités administratives extra-cantonales / unités administratives d'autres cantons »
Art. 8	Même remarque que ci-dessus : il est difficile de distinguer les contours des droits d'accès, leurs limites, et les responsabilités y relatives.	Préciser les droits d'accès, leurs limites, et les responsabilités.
Art. 9	L'art. 9 O-SICAL est beaucoup plus souple que l'actuel art. 22 OSIVét et ne constituera pas une base légale suffisante pour communiquer des données sensibles (à l'image d'informations relatives à une procédure pénale). Pour faciliter la compréhension des autorités cantonales d'exécution, qui n'ont pas nécessairement les connaissances en matière de protection des données, cet aspect devrait ressortir expressément de la teneur de l'article.	
Art. 10	La communication des données de ces systèmes d'information et d'évaluation devrait se faire uniquement sur la base d'une demande écrite et fondée dans laquelle il est spécifiquement mentionné quelles données sont nécessaires et à quelles fins. L'objectif est de s'assurer que ces données soient traitées de manière responsable.	L'OSAV, l'OFAG, l'UCAL, l'OFEV, l'AFD et les autorités cantonales d'exécution peuvent, sur demande écrite, communiquer les données de l'ASAN, de l'ARES et de la Fleko à des tiers à des fins scientifiques et statistiques. Ces données doivent être anonymisées avant d'être communiquées.
Art. 11	La banque de données sur le lait semble faire défaut alors que celle-ci est partie intégrante des données sur une denrée alimentaire courante (pas de mention dans OSIAgr). En revanche Acontrol y figure, bien que non précisé explicitement.	Il faut ajouter la possibilité d'échange de données avec la BDLait.
Art. 12 al. 2, let. d	La participation financière des cantons doit être accompagnée d'un droit de codécision pertinent pour ces derniers dans le développement ultérieur des systèmes. En outre, pour des raisons de sécurité de la planification, un plan financier pluriannuel doit être établi, dans lequel les coûts supplémentaires à prévoir en raison de développements ultérieurs sont pris en compte.	Lettre d : il planifie le développement des systèmes avec la participation des cantons et établit un plan financier pluriannuel.
Art. 13	Comme indiqué ci-dessus, le contenu de cet article devrait se trouver au début de l'ordonnance.	
Art. 14 al. 1	Comme les autorités vétérinaires cantonales sont très dépendantes des systèmes fédéraux réglementés par l'ordonnance, la composition de la Commission paritaire telle que mentionnée dans les explications doit être précisée dans l'ordonnance. Quatre des cinq représentants cantonaux	(...) se compose de quatre représentants de l'OSAV ainsi que de quatre représentants des services vétérinaires cantonaux et d'un représentant d'un laboratoire cantonal.

	devraient provenir des services vétérinaires cantonaux, et un d'un laboratoire cantonal (chimiste cantonal).	
Art. 14 al. 4	L'objet des mandats visés ici n'est pas clair, tout comme les responsabilités et tâches que pourraient avoir les services spécialisés dans ce cadre.	Il y a lieu de préciser le type de mandat.
Art. 15	La raison pour laquelle un prestataire de services spécifique est expressément répertorié uniquement pour le système Fleko n'est pas claire tout comme la manière dont cette prestation de services est différenciée des tâches des unités spécialisées (art. 13). Selon l'article 13, paragraphe 2, let. d, les services spécialisés sont expressément responsables des ajustements techniques. Le titre de la 4 ^e section devrait également être étendu si la société Identitas SA est répertoriée à l'article 15 en tant que prestataire de services pour Fleko, car elle n'appartient pas à l'OSAV, ni aux agences spécialisées ou au comité paritaire.	La délimitation des responsabilités et l'étendue de la prestation de services par les partenaires externes doivent être définies de manière uniforme pour tous les systèmes. De plus, la définition d'un prestataire privé dans une ordonnance fédérale est problématique. Est-ce vraiment compatible avec la législation sur les marchés publics ?
Article 16 al. 1 et 2	De manière générale, la clé de répartition fixée, soit le nombre de licences, n'est pas une clé de répartition objective permettant de répartir les coûts de manière conforme à la réalité. Le système ARES n'étant pas utile pour les autorités d'exécution du droit alimentaire, le financement par les cantons doit être supprimé pour cette partie-là. L'augmentation des contributions cantonales est compréhensible au vu des nouvelles fonctionnalités. De plus, les fonctionnalités du système d'information Fleko ne sont pas convaincantes en termes de mise en œuvre. Les besoins des cantons n'ont pas été suffisamment pris en compte lors du développement. En outre, il n'existe pas de planification financière pluriannuelle sur la base de laquelle une budgétisation correcte peut être effectuée dans les cantons. Les principes de répartition des coûts d'exploitation et des coûts des services spécialisés, décrits dans l'art. 16 al. 1 et 2 ne sont pas assez précis. Ces coûts sont-ils cumulatifs ou non ?	Alinéa 1 : supprimer ARES Voir proposition de modification à l'article 12 alinéa 2. Formulation à revoir

	Étant donné que la procédure budgétaire 2022 sera achevée au cours de l'été, sans possibilité d'adaptions ultérieures, les modifications légales ayant des incidences financières pour les cantons ne doivent pas entrer en vigueur avant le 1 ^{er} janvier 2023.	
Art. 17, al. 2	La référence à l'article 6, al. 1, let. b, ch. 1 est trompeur, car il concerne les droits d'accès des employés de l'administration fédérale aux données d'exécution, qui ne sont pas « saisies par leurs propres autorités »	Une phrase distincte doit être formulée pour ce droit d'accès.
Art. 18 al. 1 et 2	La répartition des compétences en matière de protection des données entre la Confédération et les cantons au sein des systèmes d'information ASAN, ARES et Fleko, en particulier sous l'angle des responsabilités (notion de responsable de traitement), devrait être clarifiée. En effet, il ressort des art. 12 et 18 al. 1 que l'OSAV serait le responsable de traitement des systèmes d'information ASAN, ARES et Fleko. Toutefois, les art. 18 al. 2, 19 et 20 créent la confusion en prévoyant notamment qu'une personne voulant faire valoir ses droits doit prouver son identité en déposant notamment une demande écrite à l'autorité d'exécution de son canton de domicile.	
Art. 18 al. 2	L'expérience, notamment en matière d'épizooties, montre que le système actuel de saisie et d'utilisation des données (ASAN) a atteint ses limites. En effet, la saisie des exploitations, de leurs coordonnées GPS et des espèces animales présentes sont sous la responsabilité d'un service cantonal différent de celui pouvant être amené à l'utiliser (agriculture versus vétérinaire). Il importe donc que les données fournies par un service soient rigoureuses, même si leur propre utilisation en est limitée. En cas d'épizootie hautement contagieuse, les données du système ASAN doivent être à jour. La répartition actuelle des tâches ne permet pas de garantir l'exactitude des données.	
Art. 19 al. 1	En lien avec la problématique relative au responsable de traitement, et dans le cas où il serait reconnu que l'autorité d'exécution cantonale peut se déterminer sous l'angle de la protection des données s'agissant des données qu'elle a elle-même intégrées dans l'un des systèmes d'information ASAN, ARES ou Fleko (comme cela semble être le cas s'agissant de la rectification de données), dite autorité d'exécution cantonale sera, vu la teneur de cet article, soumise à la loi fédérale sur la protection des données (dérogation au principe selon lequel les autorités cantonales sont soumises au droit cantonal de protection des données) et à la compétence du PFPDT (et non pas à celle des autorités cantonales de protection des données). Or, la LPD renvoie	

Art. 24	Le délai de la révision du financement mise en consultation ne permet pas une mise en application pour 2022 au vu des planifications cantonales budgétaires déjà clôturées pour l'année prochaine. Les changements ne peuvent entrer en vigueur qu'à partir du 1 ^{er} janvier 2023.	La modification de l'ordonnance ne devrait pas entrer en vigueur le 1.1.2022, comme mentionné dans le rapport explicatif, mais le 1.1.2023 en raison des conséquences financières. Alternativement, il faudrait examiner si seule l'entrée en vigueur de l'art. 16 peut être reportée à cette date ultérieure, c'est-à-dire aussi longtemps que l'article correspondant de l'ancienne ordonnance continue d'être valable.
Annexe 2	La liste des données contenues dans ARES est trop vague en ce qui concerne la sécurité alimentaire. Ces dernières doivent être précisées et un lien clair avec le projet DaKa devrait exister.	Compléter l'annexe 2
Annexe 4 ch. 3: Art. 6 al. 2 OELDAI	La modification de l'OELDAI prévoit la création d'un nouvel article 6, paragraphe 2. En fonction de cela, les autorités d'exécution responsables (du contrôle des aliments) devraient enregistrer régulièrement leurs résultats de contrôle dans l'ARES. L'OSAV a également le pouvoir de déterminer le type et la forme de la collecte de données. Cette formulation est trop générale et doit être rejetée sous cette forme. Elle exige en principe que tous les résultats (cantonaux) des contrôles officiels des denrées alimentaires et des objets usuels soient régulièrement enregistrés dans l'ARES. En effet, un LIMS (Laboratory Information Management System) fédéral est prévu. Se pose également la question de savoir s'il existe une base légale pour cette disposition dans la loi sur l'alimentation (LDAI, RS 817.0). Une obligation générale d'enregistrer régulièrement les résultats de contrôle (tous ?) dans l'ARES peut difficilement se justifier sur la base de l'article 42 alinéa 3 LDAI.	L'article 6, paragraphe 2, OELDAI envisagé doit être supprimé sous cette forme et être reformulé.

Monsieur
Alain Berset
Conseiller fédéral
Département fédéral de l'intérieur (DFI)
Inselgasse 1
3003 Berne



Date

Procédure de consultation relative à la révision totale de l'ordonnance concernant les systèmes d'information de l'OSAV pour la chaîne agroalimentaire (O-SICAL)

Monsieur le Conseiller fédéral,

Nous vous remercions pour votre invitation du 11 mai 2021 relative à la procédure de consultation citée en marge et vous communiquons ci-après la détermination du Gouvernement valaisan.

Le Valais a pris connaissance de la révision totale de l'ordonnance concernant les systèmes d'information du service vétérinaire public (OSIVet, nouveau titre : ordonnance concernant les systèmes d'information de l'OSAV pour la chaîne agroalimentaire O-SICAL). Il soutient ces modifications et communique ses remarques avec le formulaire de réponse en ligne. En outre, il se rallie aux propositions de l'Association suisse des vétérinaires cantonaux (ASVC) et de l'Association des chimistes cantonaux de Suisse (ACCS).

Nous vous remercions de nous avoir donné l'occasion de nous prononcer sur ce sujet et vous présentons, Monsieur le Conseil fédéral, à l'assurance de notre parfaite considération.

Au nom du Conseil d'Etat

Le président

Le chancelier

Frédéric Favre

Philipp Spörri

Annexe formulaire
Copie à vernehmlassungen@blv.admin.ch





**Procédure de consultation de la révision totale de l'ordonnance concernant des systèmes d'information du service
vétérinaire public (OSIVét ; nouveau titre : ordonnance concernant les systèmes d'information de l'OSAV pour la chaîne
agroalimentaire) de l'ordonnance sur les épizooties
(du 12 mai au 30 août 2021)**

Avis de

Nom / entreprise / organisation / service : Etat du Valais
Sigle entreprise / organisation / service : DSSC / SCAV
Adresse, lieu : Rue Pré-d'Amédée 2, 1950 Sion
Interlocuteur : Service de la consommation et des affaires vétérinaires, M. Elmar Pfammatter
Téléphone : 027 606 49 50
Courriel : laboratoire@admin.vs.ch, ovet@admin.vs.ch
Date : 19 juillet 2021

Remarques importantes :

1. Nous vous prions de ne pas modifier le formatage du formulaire.
2. Merci d'utiliser une ligne séparée par article d'ordonnance.

3. Veuillez faire parvenir votre avis au **format Word** d'ici au 30 août 2021 à l'adresse suivante :
vernehmlassungen@blv.admin.ch

1 Remarques générales

De manière générale, la révision totale de l'ordonnance, qui tient compte du lien entre les domaines denrées alimentaires et vétérinaire est à saluer.

Les remarques principales sont les suivantes:

- La liste des données à transmettre par le canton telle que spécifiée dans ce projet d'ordonnance est lacunaire, s'agissant du domaine des denrées alimentaires. Par conséquent, la nature exacte des données livrées par les cantons doit impérativement être précisée dans l'Ordonnance.
- Le projet ne précise pas de manière explicite que l'anonymat des entreprises, dont les produits ou les processus ont été contrôlés, sera garanti et dans quelles conditions.
- Les modalités de restriction des accès aux systèmes d'information doivent être plus clairement définies, notamment s'agissant des critères et des niveaux d'accès, afin de garantir que l'utilisateur n'aura accès qu'aux données nécessaires à la réalisation des tâches qui lui incombent.
- Aussi pour le traitement des données, la marge de manœuvre quant aux actions pouvant être effectuées sur les données collectées doit être clarifiée.
- Financement du projet ;
 - Le délai de la révision du financement mise en consultation jusqu'à la fin août 2021 (augmentation de la participation des cantons à hauteur de CHF 250'000.--) pour une mise en application pour 2022 n'est pas réaliste au vu des planifications cantonales budgétaires déjà clôturées pour 2022.
 - La clé de répartition utilisée, à savoir le nombre de licences ne constitue pas une clé de répartition optimale.
- Concernant FLEKO, les fonctionnalités du système dernièrement installées ne sont pas convaincantes en termes de mise en œuvre pour les autorités compétentes, ce qui montre que les besoins des cantons n'ont pas été suffisamment pris en compte lors du développement.

2 Remarques sur les différentes dispositions

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)
Ingress	Die Kantone müssen gemäss Art. 212a der Tierschutzverordnung (SR 455.1; abgekürzt TSchV) Tierhalteverbote in ASAN eingeben. Ergebnisse der Tierschutzkontrollen in AControl werden an ASAN zur weiteren Bearbeitung übertragen. Die Rechtsgrundlage dafür müsste im Tierschutzgesetz (SR 455; abgekürzt TSchG) zu finden sein. Es ist zu prüfen, ob das TSchG im Ingress ebenfalls aufzuführen ist. Falls im Tierschutzgesetz die Rechtsgrundlage für die Regelung in dieser Verordnung fehlt, ist diese bei der nächsten Revision zu schaffen.	Prüfen, ob das TSchG im Ingress fehlt bzw. ob im TSchG die Delegation für die Regelung an den Bundesrat erst noch zu schaffen ist.
Art. 1	In dieser Verordnung werden nicht nur die drei «grossen» Informationssysteme ASAN, ARES und Fleko geregelt, sondern auch der Umgang mit dem Auswertesystem ALVPH. Im Gegensatz zu anderen Informationssystemen, mit denen die in dieser Verordnung aufgeführten Systeme Daten austauschen (wie TRACES, TVD, ...) gibt es für ALVPH keine separate Verordnung, welche den Umgang damit regelt. Eine Aufnahme in den Geltungsbereich dieser Verordnung wäre daher angebracht.	Geltungsbereich ergänzen mit Auswertesystem ALVPH
Art. 2 Abs.1	Das ASAN dient nur im Veterinärbereich der Lebensmittelsicherheit	... Tierschutz und Lebensmittelsicherheit im Veterinärbereich benötigen ...
Art. 2 Abs. 1	Bei der Aufzählung der Vollzugsbereiche fehlt der Heilmittel, im Speziellen Tierarzneimittelbereich, obwohl in ASAN die Detailhandelsbewilligungen bearbeitet oder zumindest erfasst werden, die Ergebnisse der Primärproduktionskontrollen aus AControl geholt werden und die Daten der Antibiotikadatenbank im Auswertungssystem ALVPH analysiert werden.	...zur Erfüllung ihrer Vollzugsaufgaben in den Bereichen Tiergesundheit, Tierschutz, Lebensmittelsicherheit und Heilmittel.....
Art. 3 Abs. 1 Bst. b	Im Anhang 1 sind auch Vollzugsdaten im Bereich Tierarzneimittel und Veterinärberufe aufgeführt. Im Art. 3 fehlt dieser Bereich jedoch in der Aufzählung.	Neue Ziffer 4. Tierarzneimittel und Veterinärberufe

Art. 4	Le titre « <i>Services ayant [...]</i> » prête à confusion en ce sens qu'il y a les services et les services spécialisés qui sont cités dans les dispositions qui suivent. Les rôles et responsabilités de ces différentes entités sont peu clairs et difficiles à différencier. Al.1 : on indique les termes « traiter en ligne ». Ces termes prêtent à confusion. Est-ce un droit de « consultation » uniquement, ou un droit de « traitement des données », donc éventuellement de modification etc. ? Ce n'est pas du tout la même chose, surtout en fonction des données concernées. Al. 1 let. h et al. 2 : on mentionne les services spécialisés en début d'ordonnance mais ce n'est qu'à l'art. 13 que l'on sait ce que cela regroupe. On ne comprend pas la différence entre les attributions des services spécialisés et les administrateurs qui peuvent tous deux « attribuer des droits d'accès »	1. Remplacer le mot « services » dans le titre de l'article par le mot « entités » ainsi que dans toutes les dispositions suivantes lorsque nécessaire, et ne laisser ainsi le terme « service » que lorsque l'on parle des « services spécialisés ». 2. Al. 1 : Remplacer « traiter en ligne » par « accéder », ou « bénéficier d'un droit d'accès » 4. Mieux définir les services spécialisés et les administrateurs, notamment <u>leurs responsabilités, rôles et fonctions</u>. Définir ces notions essentielles clairement en début d'ordonnance.
Art 6	Les droits d'accès semblent être donnés pour l'entier d'un système d'information donné. Or, certains systèmes d'informations, comme ASAN, contiennent des données provenant de diverses législations et seraient accessibles par différentes entités, étatiques ou privées. L'accès aux données doit être restreint seulement aux données nécessaires à l'accomplissement de la tâche prévue. Il convient donc de mieux définir les restrictions d'accès aux données pour chacun des systèmes d'information ASAN, Fleko et ARES et de préciser comment la notion de « données d'exécution nécessaires à l'accomplissement des tâches » sera mise en pratique.	Préciser que les accès peuvent être restreints aux seuls champs nécessaires à l'accomplissement de leur tâches légales et pas à l'ensemble du système d'information ainsi que préciser les critères qui seront utilisés pour cloisonner ou limiter l'accès aux données. Regelung betreffend Zugriffsrechte auf die Daten im ALVPH sind auch in Art. 6 zu regeln.
Art. 6 al. 1 litt. b ch. 2	Les termes « autres unités administratives cantonales » prêtent à confusion. On pourrait penser que cela concerne d'autres unités administratives au sein du même canton.	Indiquer « autres unités administratives extra-cantonales/unités administratives d'autres cantons »

Art 8	Même remarque que pour l'art.6 : difficile de bien distinguer les contours des droits d'accès, leurs limites, et les responsabilités y relatives.	Préciser les droits d'accès, leurs limites, et les responsabilités.
Art. 8 Abs. 5 Bst. b	Für den Zugriff auf die Vollzugsdaten einer anderen kantonalen Verwaltungseinheit in ARES müssen nicht nur Tierhaltungen abgefragt werden können, sondern auch andere Betriebe, z.B. Lebensmittelbetriebe, Tierarztpraxen etc. Für die Suche ist die UID/BUR Nummer der Schlüssel. Tierhaltungen sind ev. in Zukunft auch über die BUR Nummer identifiziert und nicht mehr über die TVD Nummer. Für Personen (z.B. Heimtierhalter) ist in der Schweiz die Sozialversicherungsnummer der eindeutige Schlüssel, welcher in Zukunft von der Verwaltung genutzt werden kann, ein wesentlicher Vorteil im Gegensatz zur Verwendung von Name-Vorname (Schreibweisen, ausländische Namen) Daher ist auch diese in die Aufzählung aufzunehmen. Es sind nicht alle Tierhalter, zu welchen Daten in ARES sind, sondern auch andere Personen (z.B. Bewilligungsinhaber, Tierärzte, Exporteure, Importeure etc.)	...durch Eingabe der BUR oder UID Nummer des Betriebes, der TVD Nummer der Tierhaltung, der Identifikationsnummer des betreffenden Tieres, der Sozialversicherungsnummer oder Name des Tierhalters oder einer andern Person.
Art. 10	Die Bekanntgabe von Daten aus diesen Informations- und Auswertesystemen ist mit Aufwand verbunden (z.B. für Anonymisierungsmassnahmen). Zur Herausgabe solcher Daten sollte also zumindest ein begründetes, schriftliches Gesuch verlangt werden, in welche konkret beschrieben ist, welche Daten für welche Zwecke benötigt werden. Dabei geht es nicht darum, den bürokratischen Prozess auszubauen, sondern vielmehr darum einen verantwortungsvollen Umgang mit diesen Daten sicher zu stellen	Das BLV, das BLW, die BLK, das BAFU, die EZV und die kantonalen Vollzugsbehörden können auf schriftliches Gesuch hin die Daten des ASAN, des ARES und des Fleko für wissenschaftliche und statistische Zwecke Dritten bekannt geben. Diese Daten sind vor der Bekanntgabe zu anonymisieren.
Article 11	La banque de données sur le lait semble faire défaut alors que celle-ci est partie intégrante des données sur une denrée alimentaire courante (pas de mention dans OSI Agr). En revanche Acontrol y figure, bien que non précisé explicitement.	Précision sur la possibilité d'échange de données avec la BDLait.
Art. 11 Bst. h und i (neu)	National- und Ständerat haben im Dezember 2020 einer Gesetzesänderung zugestimmt, wonach Behörden von Bund, Kantonen und Gemeinden im Rahmen ihrer gesetzlichen Aufgaben generell die AHV-Nummer systematisch verwenden dürfen. Falls es die nationale Gesetzgebung erlaubt, sollen die A-Systeme als Personenidentifikator die Sozialversicherungsnummer aus dem zentralen Versichertenregister der Sozialversicherungen des Bundes beziehen können. Weiter sollen sie, wie	Erweiterung um Bst. h und i: h. Versichertenregister der Sozialversicherungen des Bundes i. Kantonale Geschäftsmanagementsysteme für den Lebensmittel- und Veterinärvollzug

	für ARES ja bereits gemäss Erläuterungen zu Art. 2 erwähnt, auch Daten aus kantonalen Systemen, wie Limsophy u.a. beziehen können.	
Art. 12 Abs. 2 Bst. D (neu)	Wie in den Erläuterungen zu Artikel 16 dargelegt, werden ASAN, ARES und FLEKO primär zur Wahrnehmung der Vollzugsaufgaben der Kantone betrieben. Dies rechtfertigt, dass zwei Drittel der Kosten für Betrieb, Wartung und Weiterentwicklung zu Lasten der Kantone gehen. Allerdings muss damit auch ein relevantes Mitbestimmungsrecht der Kantone bei der Weiterentwicklung der Systeme einhergehen. Zudem ist aus Gründen der Planungssicherheit eine mehrjährige Finanzplanung zu erstellen, in welcher die zu erwartenden Mehrkosten aufgrund von Weiterentwicklungen berücksichtigt werden.	Neufassung von Bst. d oder Erweiterung des Artikels um einen weiteren Bst. mit folgendem Inhalt: Es (das BLV) plant unter Einbezug der Kantone die Weiterentwicklung der Systeme und erstellt eine mehrjährige Finanzplanung.
Art. 14 Abs. 1	Aufgrund der gegenüber anderen Stellen sehr grossen Abhängigkeit der kantonalen Veterinärbehörden von den in der Verordnung geregelten Bundessystemen soll die Zusammensetzung des Gemeinsamen Ausschusses wie er in den Erläuterungen erwähnt ist, in der Verordnung exakter festgelegt werden. Vier der fünf kantonalen Vertreter oder Vertreterinnen sollen aus den kantonalen Veterinärdiensten kommen, einer oder eine aus einem kantonalen Labor (Kantonschemiker oder Kantonschemikerin)	...besteht aus vier Vertreterinnen und Vertretern des BLV sowie vier Vertreterinnen und Vertretern von kantonalen Veterinärdiensten und einer Vertreterin oder einem Vertreter eines kantonalen Laboratoriums.
Article 14 alinéa 4	L'objet des mandats visés ici n'est pas clair, tout comme les responsabilités et tâches que pourraient avoir les services spécialisés dans ce cadre.	Préciser le type de mandat.
Art. 15	Unklar ist, wieso nur für das System Fleko ausdrücklich eine konkrete Leistungserbringerin aufgeführt wird und wie diese Leistungserbringung von den Aufgaben der Fachstellen (Art. 13) abgegrenzt wird. Gemäss Art. 13 Abs. 2 lit. d sind explizit die Fachstellen für die technischen Anpassungen zuständig. Der Titel des 4. Abschnitts sollte zudem erweitert werden, wenn die Identitas AG darunter in Art. 15 als Leistungserbringerin für Fleko aufgeführt wird, denn sie gehört weder zum BLV, noch zu den Fachstellen noch zum gemeinsamen Ausschuss.	Die Abgrenzung der Zuständigkeiten und der Umfang der Leistungserbringung durch externe Partner sollte einheitlich für alle Systeme festgelegt werden.

Art. 16	Die Erhöhung der Kantonsbeiträge ist aufgrund der neuen Funktionalitäten nachvollziehbar und betragen für die einzelnen Kantone CHF 1500 bis maximal CHF 11'000. Allerdings vermögen die Funktionalitäten des Informationssystems FLEKO im Vollzug nicht zu überzeugen, was zeigt, dass die kantonalen Bedürfnisse bei der Entwicklung zu wenig berücksichtigt wurden. Weiter fehlt eine mehrjährige Finanzplanung, aufgrund derer in den Kantonen eine korrekte Budgetierung vorgenommen werden kann. Es ist klarer zu formulieren, dass die drei Lizenzen gemäss Abs. 4 von jeder Veterinärvollzugsbehörde bzw. von der Behörde, in welcher der Veterinärdienst integriert ist, zu beziehen sind und eine Lizenz den Zugang zu allen drei Systemen gewährt.	s. Antrag zu Art. 12 Abs. 2 Abs. 4 ist genauer zu formulieren im Sinne des Kommentars
Art. 17 Abs. 1 Bst. b	Damit wie in den Erläuterungen zu Art 2 erwähnt, auch Daten aus kantonalen Systemen ausgewertet werden können, ist die Aufzählung gemäss den Erweiterungen in Art. 11 zu ergänzen.	Abs. 1 Bst. b: den Informationssystemen nach Art. 11. Buchstaben a-d, g und i .
Art. 17, Abs 2	Der Verweis auf Art. 6, Abs. 1, Bst. B, Zif. 1 ist missverständlich, da es um Zugriffsrechte von Mitarbeitenden der Bundesverwaltung auf Vollzugsdaten geht, welche ja eben nicht «von der eigenen Behörde eingegeben werden».	Es ist ein eigener Satz für dieses Zugriffsrecht zu formulieren.
Art. 21	In den Informationssystemen werden Daten des kantonalen Vollzugs geführt. Die Aufbewahrung, Archivierung und Vernichtung von solchen kantonalen Daten richtet sich nach der jeweiligen kantonalen Gesetzgebung. Gemäss der Schweizerischen Archivdirektorinnen- und Archivdirektorenkonferenz (ADK) können Unterlagen aus Ebenen übergreifenden Informationssystemen grundsätzlich sowohl auf Bundes- wie auch auf Kantonsebene archivierungspflichtig sein (https://kost-ceco.ch/cms/18-038-gt-sit_de.html).	Das BLV soll prüfen, ob die Daten nach den Vorschriften des Archivierungsgesetzes vom 26. Juni 1998 und den einschlägigen kantonalen Gesetzen vor deren Löschung dem Bundesarchiv und dem entsprechenden Kantonsarchiv angeboten werden müssen. Wenn dies der Fall ist, ist in Art. 21 diese Pflicht zu beschreiben und der Prozess, wie dies sichergestellt wird, zu regeln.
Al. 2	Les conditions de conservation ne sont pas définies.	Préciser les conditions de conservation.
Art.22	Les points listés sous let. a à e sont très généraux et il est difficile d'imaginer la mise en œuvre concrète de ces aspects. Ceux-ci sont réglés de manière plus précise dans le projet DaKa, avec lequel, on ne voit pas les liens qui ont été effectués.	Préciser la disposition par le biais d'une directive ou d'une annexe.

Art. 24	Da die Budgetierung für das Jahr 2022 in allen Kantonen im Verlaufe des Sommers abgeschlossen sein wird und die Amtsstellen nachträglich keine Eingaben mehr machen können, sind die Änderungen, welche für die Kantone finanzielle Auswirkungen haben erst per 1.1.2023 in Kraft zu setzen. Dies betrifft insbesondere Art. 16	Die Verordnungsänderung soll nicht wie in den Erläuterungen erwähnt auf den 1.1.2022 in Kraft gesetzt werden, sondern wegen den finanziellen Konsequenzen auf 1.1.2023. Alternativ ist zu prüfen, ob nur die Wirksamkeit von Art. 16 bis zu diesem späteren Datum verschoben werden kann, d.h. bis dann weiterhin der entsprechende Artikel in der alten Verordnung seine Gültigkeit behält.
Anhang 1 (ASAN)	Unter Ziffer 2.4 fehlt «Meldung an anderen Prozess »	Ziffer 2.4 ergänzen
Annexe 2	La liste des données contenues dans ARES est beaucoup trop vague en ce qui concerne la sécurité alimentaire. Ces dernières doivent être beaucoup mieux précisées et un lien clair avec le projet DaKa devrait exister.	Compléter l'annexe 2
Anhang 4 Ziff. 3: Art. 6 Abs. 2 LMVV	Die Änderung der LMVV sieht die Schaffung eines neuen Art. 6 Abs. 2 LMVV vor. Danach müssten die zuständigen Vollzugsbehörden (der Lebensmittelkontrolle) ihre Kontrollergebnisse regelmässig im ARES erfassen. Das BLV hat zudem die Befugnisse, die Art und Form der Datenerfassung zu bestimmen. Diese Formulierung ist zu pauschal und in dieser Form abzulehnen. Sie verlangt im Prinzip, dass sämtliche (kantonalen) Ergebnisse amtlicher Kontrollen von Lebensmitteln und Gebrauchsgegenständen im ARES regelmässig zu erfassen sind. Damit wird faktisch ein Bundes-LIMS (Labor-Information-Management-System) postuliert. Es stellt sich zudem die Frage, ob im Lebensmittelgesetz (LMG, SR 817.0) für diese Bestimmung eine Rechtsgrundlage vorhanden ist. Eine generelle Pflicht zur regelmässigen Erfassung von (sämtlichen?) Kontrollergebnissen im ARES kann gestützt auf Art. 42 Abs. 3 LMG kaum begründet werden.	Der vorgesehene Art. 6 Abs. 2 LMVV ist in dieser Form zu streichen oder entsprechend präziser zu formulieren.
Aufhebung und Änderungen anderer Erlasse, röm. Ziffer II, Ziffern 1, 2, 6 und 8	Unter Ziffer 3 (Vollzug der Lebensmittelgesetzgebung) steht, dass das BLV nach Absprache mit den kantonalen Vollzugsbehörden die Art und Form der Datenerfassung bestimmt. Die Absprache mit dem kantonalen Vollzug, wie die Daten in den Bundessystemen erfasst (was, wann, wie..) werden, soll in allen Vollzugsbereichen erfolgen. Der letzte Satz unter Ziffer 3, Art. 6 Abs. 2	Bei allen Änderungen unter den Ziffern 1, 2, 6 und 8 ist folgendes zu ergänzen: "Das BLV bestimmt nach Absprache mit den kantonalen Vollzugsbehörden die Art und Form der Datenerfassung."

	der Verordnung über den Vollzug der Lebensmittelgesetzgebung soll auch in die anderen Vollzugsverordnungen übernommen werden.	



Eidgenössisches Departement des Innern
3003 Bern

25. August 2021 (RRB Nr. 890/2021)
**Verordnung über Informationssysteme des BLV für die
Lebensmittelkette (ISLMK-V) (Vernehmlassung)**

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Mit Schreiben vom 12. Mai 2021 haben Sie die Vernehmlassung zur Totalrevision der Verordnung über die Informationssysteme für den öffentlichen Veterinärdienst (ISVet-V, neu: Verordnung über Informationssysteme des BLV für die Lebensmittelkette, ISLMK-V) eröffnet. Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und äussern uns hierzu wie folgt:

Der Kanton Zürich begrüsst den vorliegenden Verordnungsentwurf grundsätzlich, da es sich um notwendige Anpassungen zur Nutzung des Informationssystems entlang der Lebensmittelkette und neuer Teilsysteme handelt. Begrüssenswert ist aus unserer Sicht insbesondere der grosse Nutzen der von Bund und Kantonen im Veterinärvollzug gemeinsam betriebenen Systeme. Dass zukünftig die Informationssysteme auch Daten aus der amtlichen Kontrolle von Lebensmitteln und Gebrauchsgegenständen enthalten sollen, bringt – vor dem Hintergrund der «Gesamtstrategie Lebensmittelkette» und der Umsetzung des «nationalen Kontrollplans» – wesentliche Vorteile und Vereinfachungen mit sich.

Der Kostenanteil der Kantone für den Betrieb der Informationssysteme und die Beteiligung an den Fachstellen wird sich mit der Einführung der neuen ISLMK-V ab 2022 neu auf insgesamt Fr. 1 400 000 erhöhen. Es ist jedoch gerechtfertigt, dass sich die Kantone an den Kosten für den Betrieb der Informationssysteme beteiligen, weil diese zu mehr Effizienz im Vollzug auch durch die Kantone führen. Auch die wie bisher vorgesehene finanzielle Beteiligung an den Fachstellen, die sich für alle Kantone zusammen um Fr. 100 000 erhöhen wird, rechtfertigt sich aus unserer Sicht aufgrund der ständigen Zusammenarbeit der kantonalen Behörden mit den Fachstellen. Die finanzielle Beteiligung der Kantone muss allerdings mit einem angemessenen Mitentscheidungsrecht der Kantone bei der Weiterentwicklung der Systeme einhergehen. Darüber hinaus ist aus Gründen der Planungssicherheit eine mehrjährige Finanzplanung zu erstellen, in der die zu erwartenden Mehrkosten durch die weitere Entwicklung berücksichtigt werden.



Die Vereinigung der Schweizer Kantonstierärztinnen und Kantonstierärzte (VSKT) hat 2020 eine «IKT-Strategie 2025» des Veterinärdienstes Schweiz verabschiedet. Die Vision der VSKT besteht in einem effizienten und effektiven IKT-System, das die kantonalen Veterinärdienste administrativ maximal unterstützt. Die Flexibilität des Systems soll im Vergleich zu heute erhöht und die Möglichkeiten elektronischer Behördenleistungen sollen genutzt werden, wie dies auf allen Stufen der Verwaltung angestrebt wird. Mit dem vorliegenden Verordnungsentwurf können diese Ziele nur bedingt erreicht werden. Deshalb sollen Bund und Kantone in einem gemeinsamen Projekt die umfassende Überarbeitung des Systems an die Hand nehmen, was letztlich zu einer weiteren Anpassung der vorliegenden Verordnung führen wird.

Die im vorliegenden Verordnungsentwurf enthaltene Liste der von den Kantonen zu übermittelnden Daten (Anhang 2 des Verordnungsentwurfes) ist im Hinblick auf den Lebensmittelpbereich unvollständig und muss daher ergänzt werden. Die Beziehung zwischen den Steckbriefen gemäss DaKa-Projekt und Anhang 2 des Verordnungsentwurfes sind nicht klar. Aus dem Verordnungsentwurf geht ferner nicht explizit hervor, dass und mit welchen Massnahmen die Anonymität von Unternehmen, deren Produkte oder Prozesse überprüft wurden, gewährleistet wird. Die Modalitäten für die Beschränkung des Zugangs zu Informationssystemen müssen klarer definiert werden, insbesondere in Bezug auf die Kriterien und Ebenen des Zugangs. Es muss sichergestellt werden, dass die einzelnen Benutzerinnen und Benutzer nur Zugang zu den Daten erhalten, die sie für die Ausführung ihrer Aufgaben benötigen. Die gleiche Bemerkung gilt für die Verarbeitung und Auswertung der Daten. Der Umfang der Handlungen, die mit den gesammelten Daten durchgeführt werden dürfen, muss geklärt werden.

Aus unserer Sicht kann der Verordnungsentwurf systematisch klarer aufgebaut werden. Zudem sind viele Regelungen inhaltlich nicht ganz klar, weshalb wir eine entsprechende Anpassung der Formulierungen anregen. Auch die Erläuterungen zur Verordnung sind an einigen Stellen zu wenig präzise. Die zentralen Begriffe der Verordnung sollten zu Beginn des Erlasses definiert werden. Zudem ist eine leserfreundliche und exakte Umschreibung der jeweiligen Zugriffsrechte auf die Vollzugsdaten der verschiedenen Informations-, Auswerte- und Analysesysteme erforderlich.

Im Übrigen verweisen wir auf unsere zusätzlichen Ausführungen im Rückmeldeformular.

Genehmigen Sie, sehr geehrter Herr Bundesrat,
die Versicherung unserer ausgezeichneten Hochachtung.

Im Namen des Regierungsrates

Die Präsidentin:

Die Staatsschreiberin:

Jacqueline Fehr

Dr. Kathrin Arioli





Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Departement des Innern EDI
**Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und
Veterinärwesen BLV**
Recht

**Vernehmlassung zur Totalrevision der Verordnung über die Informationssysteme für den öffentlichen Veterinärdienst (IS-Vet-V, neu: Verordnung über Informationssysteme des BLV für die Lebensmittelkette)
(12.05. bis 30.08.2021)**

Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation / Amt : Kanton Zürich
Abkürzung der Firma / Organisation / Amt : -
Adresse, Ort : Regierungsrat des Kantons Zürich, Neumühlequai 10, 8090 Zürich
Kontaktperson : Gesundheitsdirektion des Kantons Zürich, Generalsekretariat, Recht
Telefon : 043 259 21 63
E-Mail : generalsekretariat@gd.zh.ch
Datum : 25.08.2021

Wichtige Hinweise:

1. Wir bitten Sie, keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen!
2. Bitte pro Artikel der Verordnung eine eigene Zeile verwenden.
3. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte als **Word**-Dokument bis am 30.08.2021 an folgende E-Mail-Adresse:
vernehmlassungen@blv.admin.ch

Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und
Veterinärwesen BLV
Schwarzenburgstrasse 155, 3003 Bern
Tel. +41 58 463 30 33
info@blv.admin.ch
www.blv.admin.ch

1 Allgemeine Bemerkungen

Der Kanton Zürich begrüsst den vorliegenden Verordnungsentwurf grundsätzlich, da es sich um notwendige Anpassungen zur Nutzung des Informationssystems entlang der Lebensmittelkette und neuer Teilsysteme handelt. Begrüssenswert ist aus unserer Sicht insbesondere der grosse Nutzen der von Bund und Kantonen im Veterinärvollzug gemeinsam betriebenen Systeme. Dass zukünftig die Informationssysteme auch Daten aus der amtlichen Kontrolle von Lebensmitteln und Gebrauchsgegenständen enthalten sollen, bringt – vor dem Hintergrund der «Gesamtstrategie Lebensmittelkette» und der Umsetzung des «nationalen Kontrollplans» – wesentliche Vorteile und Vereinfachungen mit sich.

Der Kostenanteil der Kantone für den Betrieb der Informationssysteme und die Beteiligung an den Fachstellen wird sich mit der Einführung der neuen ISLMK-V ab 2022 neu auf insgesamt Fr. 1400 000 erhöhen. Es ist jedoch gerechtfertigt, dass sich die Kantone an den Kosten für den Betrieb der Informationssysteme beteiligen, weil diese zu mehr Effizienz im Vollzug führen. Auch die wie bisher vorgesehene finanzielle Beteiligung an den Fachstellen, die sich für alle Kantone zusammen um Fr. 100 000 erhöhen wird, rechtfertigt sich aus unserer Sicht aufgrund der ständigen Zusammenarbeit der kantonalen Behörden mit den Fachstellen. Die finanzielle Beteiligung der Kantone muss allerdings mit einem angemessenen Mitentscheidungsrecht der Kantone bei der Weiterentwicklung der Systeme einhergehen. Darüber hinaus ist aus Gründen der Planungssicherheit eine mehrjährige Finanzplanung zu erstellen, in der die zu erwartenden Mehrkosten durch die weitere Entwicklung berücksichtigt werden. Die Vereinigung der Schweizer Kantonstierärztinnen und Kantonstierärzte hat 2020 eine «IKT-Strategie 2025» des Veterinärdienstes Schweiz (VetD CH) verabschiedet. Die Vision der VSKT besteht in einem effizienten und effektiven IKT-System, das die kantonalen Veterinärdienste administrativ maximal unterstützt. Die Flexibilität des Systems soll im Vergleich zu heute erhöht und die Möglichkeiten elektronischer Behördenleistungen sollen genutzt werden, wie dies auf allen Stufen der Verwaltung angestrebt wird. Mit dem vorliegenden Verordnungsentwurf können diese Ziele nur bedingt erreicht werden. Es ist deshalb künftig eine umfassende materielle Überarbeitung der Verordnung an die Hand zu nehmen.

Die im vorliegenden Verordnungsentwurf enthaltene Liste der von den Kantonen zu übermittelnden Daten (Anhang 2 des Verordnungsentwurfes) ist im Hinblick auf den Lebensmittelbereich unvollständig und muss daher ergänzt werden. Die Beziehung zwischen den Steckbriefen gemäss DaKa-Projekt und Anhang 2 des Verordnungsentwurfes sind nicht klar. Aus dem Verordnungsentwurf geht ferner nicht explizit hervor, dass und mit welchen Massnahmen die Anonymität von Unternehmen, deren Produkte oder Prozesse überprüft wurden, gewährleistet wird. Die Modalitäten für die Beschränkung des Zugangs zu Informationssystemen müssen klarer definiert werden, insbesondere in Bezug auf die Kriterien und Ebenen des Zugangs. Es muss sichergestellt werden, dass die einzelnen Benutzerinnen und Benutzer nur Zugang zu den Daten erhalten, die sie für die Ausführung ihrer Aufgaben benötigen. Die gleiche Bemerkung gilt für die Verarbeitung und Auswertung der Daten. Der Umfang der Handlungen, die mit den gesammelten Daten durchgeführt werden dürfen, muss geklärt werden.

Abschliessend besteht aus unserer Sicht in Bezug auf den systematischen Aufbau des Verordnungsentwurfs sowie die Klarheit der Regelungen Verbesserungspotenzial. Auch die Erläuterungen zur Verordnung sind zu wenig präzise. Die zentralen Begriffe sollten zu Beginn der Verordnung definiert werden. Zudem ist eine leserfreundliche und exakte Umschreibung der jeweiligen Zugriffsrechte auf die Vollzugsdaten der verschiedenen Informations-, Auswertungs- und Analysesysteme erforderlich.

Bemerkungen zu den einzelnen Bestimmungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 1	In dieser Verordnung werden nicht nur die drei Informationssysteme ASAN, ARES und Fleko geregelt, sondern auch der Umgang mit dem Auswertungs- und Analysesystem ALVPH. Im Gegensatz zu anderen Informationssystemen, mit denen die in dieser Verordnung aufgeführten Systeme Daten austauschen (wie TRACES, TVD usw.) gibt es für ALVPH keine separate Verordnung, die den Umgang damit regelt. Eine explizite Erwähnung des Auswertesystems ALVPH in Art. 1 ist daher aus unserer Sicht erforderlich.	Art. 1 ist mit der expliziten Nennung des Auswertungs- und Analysesystems ALVPH zu ergänzen.
Art. 2 Abs. 1	Bei der Aufzählung der Vollzugsbereiche fehlt der Arzneimittel-, insbesondere der Tierarzneimittelbereich, obwohl in ASAN die Detailhandelsbewilligungen bearbeitet oder zumindest erfasst, die Ergebnisse der Primärproduktionskontrollen mit der Rubrik Tierarzneimittel aus AControl abgerufen und die Daten des ISABV (Antibiotikadatenbank) im Auswertungs- und Analysesystem ALVPH analysiert werden.	«Das ASAN dient der Bearbeitung der Dateien, die Bund und Kantone zur Erfüllung ihrer Vollzugsaufgaben in den Bereichen Tiergesundheit, Tierschutz, Lebensmittel- und Arzneimittelsicherheit benötigen, sowie der Geschäftsverwaltung.»
Art. 3 Abs. 1 Bst. b	In Anhang 1 sind auch Vollzugsdaten im Bereich Tierarzneimittel und Veterinärberufe aufgeführt (Ziff. 2.1.4, 2.1.5). In Art. 3 fehlen diese Bereiche jedoch in der Aufzählung. Es bedarf daher einer Angleichung mit den Datenkatalogen und damit einer Ergänzung von Art. 3 Abs. 1 Bst. b.	Ziff. 4 (neu): « <u>Tierarzneimittel und Veterinärberufe;</u> »
Art. 4	In Art. 4 Abs. 1 wird die Terminologie «online bearbeiten» verwendet. Was darunter zu verstehen ist, ist nicht vollends klar: Handelt es sich nur um ein Recht auf «Einsichtnahme» oder auch um ein Recht auf «Datenverarbeitung» und damit möglicherweise auf Änderung der Daten? Zudem erschliesst sich nicht abschliessend, worin der Unterschied zwischen den Funktionen der «Fachstellen» und der «Administratorinnen und Administratoren» besteht, die z.B. beide «Zugriffsrechte erteilen» können. Aus unserer Sicht sind zentrale Begriffe zu Beginn der Verordnung zu definieren.	Es ist zu prüfen, ob eine zugriffsberechtigte Stelle Lese-rechte, Schreibrechte oder das Recht zur Auswertung der Daten hat. Definition von zentralen Begriffen wie «Fachstellen» und «Administratorinnen und Administratoren» zu Beginn der Verordnung.

Art. 6 (in Verbindung mit Art. 17 Abs. 2)	Es ist zu prüfen, wie der «Zugriff auf die Vollzugsdaten» im ASAN, ARES, Fleko und ALVPH in der Verordnung am leserfreundlichsten ausgestaltet werden kann. Die Verweisungen in Art. 17 Abs. 2, wonach sich die Zugriffsrechte auf die Daten im ALVPH auf die rechtlichen Vorgaben, die für die einzelnen Informationssysteme und Applikationen richten, sowie die Verweisung auf Art. 6 Abs. 1 Bst. b Ziff. 1 für Daten, die aus den kantonseigenen Informationssystemen in das ALVPH übermittelt werden, sind unseres Erachtens ungenügend und missverständlich.	Prüfung einer leserfreundlichen und klaren Regelung betreffend die Zugriffsrechte auf die Vollzugsdaten der jeweiligen Systeme ASAN, ARES, Fleko und ALVPH.
Art. 8 Abs. 5 Bst. b	Für den Zugriff auf die Vollzugsdaten einer anderen kantonalen Verwaltungseinheit in ARES müssen nicht nur Tierhaltungen abgefragt werden können, sondern auch andere Betriebe, z.B. Lebensmittelbetriebe und Tierarztpraxen. Für die Suche ist die UID-/BUR-Nummer der Schlüssel. Tierhaltungen sind evtl. in Zukunft auch über die BUR-Nummer identifizierbar und nicht mehr über die TVD-Nummer. Für Personen (z.B. Heimtierhalter) ist in der Schweiz die Sozialversicherungsnummer der eindeutige Schlüssel. Diese Nummer wird in naher Zukunft von der Verwaltung genutzt werden können, was wesentliche Vorteile im Vergleich zur Verwendung von Name/Vorname (Schreibweisen, Sonderzeichen, identische Namen) bringen wird. Daher ist auch die Sozialversicherungsnummer in die Aufzählung aufzunehmen. Für diese Erweiterung spricht ferner, dass nicht alle Personen, zu denen Daten in ARES vorhanden sind, Tierhalterinnen oder Tierhalter sind (z.B. Bewilligungsinhaberinnen und -inhaber, Tierärztinnen und Tierärzte, Exporteurinnen und Exporteure, Importeurinnen und Importeure). Der dargelegten Situation und der anstehenden Entwicklung ist durch die entsprechende Erweiterung von Bst. b Rechnung zu tragen.	«für die Vollzugsdaten des ARES, welche die Untersuchungen der anerkannten Laboratorien betreffen: durch Eingabe <u>der BUR-Nummer oder UID-Nummer des Betriebs</u> , der TVD-Nummer der Tierhaltung, der Identifikationsnummer des betreffenden Tiers, <u>der Sozialversicherungsnummer oder des Namens der Tierhalterin oder des Tierhalters oder einer anderen Person.</u> »
Art. 9	Die Erläuterungen zu Art. 9 sind zu unpräzis und folglich zu ergänzen. Für die Leserinnen und Leser erschliesst sich insbesondere nicht, wer unter «andere Behörden» fällt bzw. ob davon auch die zugriffsberechtigten Behörden erfasst sind.	Ergänzung der Erläuterungen

Art. 10	Die Bekanntgabe von Daten aus diesen Informations- und Auswertesystemen geht mit einem gewissen Aufwand einher (z.B. für Anonymisierungsmaßnahmen). Zur Herausgabe solcher Daten sollte zumindest ein begründetes, schriftliches Gesuch verlangt werden, in dem konkret umschrieben wird, welche Daten für welche Zwecke benötigt werden. Dabei geht es nicht darum, den bürokratischen Prozess auszubauen, sondern vielmehr darum, einen verantwortungsvollen Umgang mit diesen Daten sicherzustellen.	«Das BLV, das BLW, die BLK, das BAFU, die EZV und die kantonalen Vollzugsbehörden können <u>auf schriftliches Gesuch hin</u> die Daten des ASAN, des ARES und des Fleko für wissenschaftliche und statistische Zwecke Dritten bekannt geben. Diese Daten sind vor der Bekanntgabe zu anonymisieren.»
Art. 11 Bst. h (neu)	Nationalrat und Ständerat haben im Dezember 2020 einer Änderung des Bundesgesetzes über die Alters- und Hinterlassenenversicherung (SR 831.10) zugestimmt, wonach Behörden von Bund, Kantonen und Gemeinden im Rahmen ihrer gesetzlichen Aufgaben generell die Sozialversicherungsnummer (AHV-Nr.) systematisch verwenden dürfen. Falls es die nationale Gesetzgebung erlaubt, sollen die A-Systeme als Personenidentifikator die Sozialversicherungsnummer aus dem zentralen Versichertenregister der Sozialversicherungen des Bundes beziehen können, was erhebliche Erleichterungen im Vollzug mit sich brächte.	Bst. h (neu): <u>«Versichertenregister der Sozialversicherungen des Bundes.»</u>
Art. 12 Abs. 2 Bst. d	Wie in den Erläuterungen zu Art. 16 dargelegt, werden ASAN, ARES und FLEKO in erster Linie zur Wahrnehmung der Vollzugsaufgaben der Kantone betrieben. Dies rechtfertigt, dass zwei Drittel der Kosten für Betrieb, Wartung und Weiterentwicklung zulasten der Kantone gehen. Allerdings muss damit auch ein relevantes Mitbestimmungsrecht der Kantone bei der Weiterentwicklung der Systeme einhergehen. Zudem ist aus Gründen der Planungssicherheit eine mehrjährige Finanzplanung zu erstellen, in der die zu erwartenden Mehrkosten aufgrund von Weiterentwicklungen berücksichtigt werden.	<u>«Es plant unter Einbezug der Kantone die Weiterentwicklung der Systeme und erstellt eine mehrjährige Finanzplanung sowie jährlich das Budget und die Jahresrechnung.»</u>
Art. 14 Abs. 1	Aufgrund der gegenüber anderen Stellen sehr grossen Abhängigkeit der kantonalen Veterinärbehörden von den in der Verordnung geregelten Bundessystemen soll die Zusammensetzung des gemeinsamen Ausschusses, wie er in den Erläuterungen erwähnt ist, in der Verordnung exakter festgelegt werden. Vier der fünf kantonalen Vertreterinnen oder Vertreter sollen aus den kantonalen Veterinärdiensten kommen, eine oder einer aus einem kantonalen Labor (Kantonschemikerin oder Kantonschemiker).	«Der gemeinsame Ausschuss für das ASAN, das ARES und das Fleko besteht aus vier Vertreterinnen und Vertretern des BLV <u>sowie aus vier Vertreterinnen und Vertretern von kantonalen Veterinärdiensten und einer Vertreterin oder einem Vertreter eines kantonalen Laboratoriums.</u> »
Art. 14 Abs. 4	Die Fachstellen und der gemeinsame Ausschuss sind in Art. 13 bzw. 14 aufgeführt. Auf operativer Ebene existieren jedoch weitere Gremien, wie K-	<u>«Er kann den Fachstellen Aufträge erteilen und sie verpflichten, einen oder mehrere Fachausschüsse mit</u>

	ASAN und Anwenderausschüsse. Die bestehenden Gremien wird es weiterhin brauchen, neue sollen bedarfsweise temporär oder dauernd geschaffen werden können. Weitere Ausschüsse einzusetzen, muss Aufgabe des gemeinsamen Ausschusses sein, der dann eine oder mehrere Fachstellen gemäss Art. 13 beauftragt, Ausschüsse mit Vertreterinnen und Vertretern der Kantone und/oder anderer Bundesämter einzusetzen. Es sollte zudem präzisiert werden, welche Aufgaben für die Fachdienste in diesem Zusammenhang einhergehen können.	<u>Vertreterinnen und Vertretern der Kantone und anderen Bundesämtern einzusetzen.»</u> Zudem wird eine Präzisierung der für die Fachstellen einhergehenden Aufgaben beantragt.
Art. 15	Es ist davon auszugehen, dass sich für die Mehrheit der Leserinnen und Leser nicht erschliessen wird, wieso im Verordnungstext nur die Identitas AG als Leistungserbringerin für die Fleko festgehalten ist und diesem im Übrigen keine allgemeinen Vorgaben für die Betreiberinnen und Betreiber der Datenbanken entnommen werden können, wie dies z.B. in der Verordnung über die Tierverkehrsdatenbank (SR 916.404.1) unter Art. 19 ff. (4. Abschnitt: «Betrieb der Datenbank») der Fall ist. Unklar ist ebenfalls, wie die Aufgaben der Leistungserbringerin Identitas AG von den Aufgaben der «Fachstellen» (Art. 13) abgegrenzt werden. Gemäss Art. 13 Abs. 2 Bst. d sind z.B. explizit die Fachstellen für die technischen Anpassungen zuständig. Es ist zudem in Betracht zu ziehen, den Titel des 4. Abschnitts «Aufgaben des BLV, Fachstellen und gemeinsamer Ausschuss» mit der Leistungserbringerin «Identitas AG» zu erweitern, falls diese wie beabsichtigt im Verordnungstext explizit als Leistungserbringerin aufgeführt werden soll.	Die Abgrenzung der Zuständigkeiten und der Umfang der Leistungserbringung durch externe Partner sollte einheitlich für alle Systeme festgelegt werden.
Art. 17 Abs. 1 Bst. b	Anpassung im Hinblick auf die Ergänzung in Art. 11 (vgl. Ausführungen zu Art. 11 Bst. h).	«den Informationssystemen nach Artikel 11 Buchstaben a–d, <u>g und h;</u>»
Art. 17 Abs. 2	Die Verweisung auf Art. 6 Abs. 1 Bst. b Ziff. 1 ist leserunfreundlich und missverständlich. Wir beantragen eine klare und übersichtliche Regelung der Zugriffsrechte auf die Vollzugsdaten für die einzelnen Informations-, Auswertungs- und Analysesysteme ohne unnötige Verweisungen im Verordnungstext.	Die Zugriffsrechte sollen für alle Informations-, Auswertungs- und Analysesysteme klar und übersichtlich geregelt werden.

Art. 21	In den Informationssystemen werden Daten des kantonalen Vollzugs geführt. Die Aufbewahrung, Archivierung und Vernichtung von solchen kantonalen Daten richtet sich nach der jeweiligen kantonalen Gesetzgebung. Gemäss der Schweizerischen Archivdirektorinnen- und Archivdirektorenkonferenz (ADK) können Unterlagen aus Ebenen übergreifenden Informationssystemen grundsätzlich sowohl auf Bundes- als auch auf Kantonsebene archivierungspflichtig sein (https://kost-ceco.ch/cms/18-038-gt-sit_de.html). Die Bedingungen für die Archivierung bzw. die Löschung der Daten ist in Bezug auf die einschlägigen kantonalen Vorschriften nicht definiert.	Es ist zu prüfen, ob die Daten nach den Vorschriften des Archivierungsgesetzes vom 26. Juni 1998 und den einschlägigen kantonalen Gesetzen vor deren Löschung dem Bundesarchiv und dem entsprechenden Kantonsarchiv angeboten werden müssen. Wenn dies der Fall sein sollte, ist dies in Art. 21 entsprechend festzuhalten.
Anhang 1	Unter Ziff. 2.4 fehlt «Meldung an anderen Prozess».	Ziff. 2.4 mit «Meldung an anderen Prozess» ergänzen.
Anhang 2	Die Liste der in ARES enthaltenen Daten ist viel zu wenig präzise, was die Lebensmittelsicherheit betrifft. Diese Liste muss daher entsprechend ergänzt werden mit klarer Verbindung zum Projekt «DaKa».	Ergänzung entsprechend den Steckbriefen im Projekt DaKa vornehmen oder das System der Steckbriefe beschreiben.
Anhang 4 Ziff. 1, 2, 3, 6 und 8	Gemäss Ziff. 3 zu Anhang 4 soll Art. 6 Abs. 2 Satz 2 der Verordnung über den Vollzug der Lebensmittelgesetzgebung (LMVV) künftig lauten: «Sie erfassen die Kontrollergebnisse regelmässig im Informationssystem für Resultate von Kontrollen und Untersuchungen nach der Verordnung vom ...über Informationssysteme des BLV für die Lebensmittelkette. <u>Das BLV bestimmt nach Absprache mit den kantonalen Vollzugsbehörden die Art und die Form der Datenerfassung.</u>» Nach Art. 6 Abs. 2 Satz 1 müssten die zuständigen Vollzugsbehörden (der Lebensmittelkontrolle) ihre Kontrollergebnisse regelmässig im ARES erfassen. Das BLV hat zudem die Befugnisse, die Art und Form der Datenerfassung zu bestimmen. Diese Formulierung ist zu pauschal und in dieser Form abzulehnen. Sie verlangt im Prinzip, dass sämtliche (kantonalen) Ergebnisse amtlicher Kontrollen von Lebensmitteln und Gebrauchsgegenständen im ARES regelmässig zu erfassen sind. Damit wird faktisch ein Bundes-LIMS (Labor-Information-Management-System) postuliert. Es stellt sich zudem die Frage, ob im Lebensmittelgesetz (LMG, SR 817.0) für diese Bestimmung	Zu Ziff. 3: Art. 6 Abs. 2 Satz 1 LMVV ist in dieser Form zu streichen oder entsprechend präziser und restriktiver zu formulieren. Der in Art. 6 Abs. 2 Satz 2 LMVV festgehaltene Grundsatz, wonach das BLV nach Absprache mit den kantonalen Vollzugsbehörden die Art und die Form der Datenerfassung bestimmt, ist hingegen auch in andere Verordnungen (Ziff. 1, 2, 6, 8) aufzunehmen.

	eine Rechtsgrundlage vorhanden ist. Eine generelle Pflicht zur regelmässigen Erfassung von (sämtlichen) Kontrollergebnissen im ARES kann gestützt auf Art. 42 Abs. 3 LMG kaum begründet werden. Abschliessend ist an dieser Stelle festzuhalten, dass die in Art. 6 Abs. 2 Satz 2 LMVV festgehaltene Absprache mit den kantonalen Vollzugsbehörden, in welchen Fällen – und in welcher Form – die Daten in den Bundessystemen erfasst werden müssen, grundsätzlich in allen Vollzugsbereichen erfolgen soll. Dieser Grundsatz sollte sodann auch in die anderen Verordnungen übertragen werden.	
--	---	--